

Editorial

Das „Superwahljahr“ hat mit dem Hamburger Paukenschlag begonnen. Ohne Chance und Absicht, dem Chronistentempo der Tagespresse nachzujagen, geht die Vierteljahreszeitschrift GWP gleichwohl zu Jahresbeginn auf das Thema ein, und zwar gleich doppelt: einmal im mehr journalistischen „Brennpunkt“ von Eckhard Jesse und dann gründlich und theoriegeleitet im Fachaufsatz von Oskar Niedermayer.

Dem Jahresbeginn gewidmet ist auch der Cartoon auf der Rückseite des Heftes von Walter Hanel. Auch Künstler sind keine Propheten, aber die beschwingte Grafik deutet auf Probleme, die uns sicherlich nicht nur in diesem Jahr begleiten werden.

„The business of business is business“. Dieser dem amerikanischen Ökonomen Milton Friedman zugeschriebene Spruch passt gut in die Zeit der Finanzkrise, von der noch niemand weiß, wie sie überwunden werden soll, von der man aber weiß, dass sie diesem geradlinigen Denken entsprungen ist, zu dem sich freilich nur wenige seiner Vertreter auch so geradlinig offen bekennen.

„*Wirtschaft in die Schule*“ wird seit über 10 Jahren von Wirtschaftsverbänden und von Pädagogen propagiert, die so ein eigenes Schulfach Wirtschaft fordern.

Im Jahr 2000 erschienen in GWP einige Beiträge (R.v. Rosen und H.-H. Hartwich in 1-2000; K.-P. Kruber in 3-2000; R. Sturm und S. Reinhardt in 4-2000), die dieser Thematik galten (s. www.budrich-journals.de). Ausgelöst waren sie unmittelbar durch einen Text des Chefs des Deutschen Aktieninstituts, Rüdiger von Rosen; die Stellungnahmen der Didaktiker und Fachwissenschaftler zeigten auf, wo die pädagogischen, schulökonomischen und ethischen Grenzen für eine bloß wirtschaftsorientierte Herangehensweise liegen.

Die Diskussion dauert fort und wird uns weiterhin beschäftigen. Soeben hat sich die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung kritisch mit einem Gutachten („Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen“ des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft; Oktober 2010, Autoren: Th. Retzmann, G. Seeber, B. Remmele, H.-C. Jongebloed. Im Internet unter <http://tinyurl.com/39ehf49>) auseinandergesetzt. Dort heißt es:

(weiter auf S. 4)

Jahrgang 60, 2011, Heft 1 – Inhalt

<i>Brennpunkt</i>	Eckhard Jesse, Schwarz-Gelb in Gefahr? 2011 ist mit mindestens sieben Landtagswahlen ein „Superwahljahr. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein könnten hinzukommen. Angesichts der für die Regierungsparteien wenig komfortablen Ausgangsposition stellt sich die Frage, ob 2011 für Schwarz-Gelb ein „annus horribilis“ werden könnte wie 2005 für Rot-Grün?	7
<i>Aktuelle Analyse</i>	Kerstin Roggenkamp: Allianz der Unwilligen und Machtlosen? Die G77 bei den internationalen Klimaverhandlungen Spätestens der Klimagipfel von Kopenhagen 2009 machte deutlich, dass mit China, Indien und Brasilien inzwischen auch einige Entwicklungsländer in die internationale Führungsriege der Klimapolitik aufgestiegen sind. Die Entwicklungsländer werden auf UN-Klimakonferenzen vertreten durch die Gruppe der 77. Ihre Rolle bei den Konferenzen wird hier untersucht.	15
<i>Aktuelle Analyse</i>	Astrid Kufer: Ende der Rente mit 60 – Die französische Rentenreform 2010 Auf den ersten Blick nähern sich das deutsche und französische System der Altersvorsorge mit der im Herbst 2010 in Frankreich beschlossenen Rentenreform an. Ziel der französischen Regierung ist dabei jedoch vorrangig die kurzfristige Konsolidierung der Rentenversicherung. Strukturelle Reformen, wie in Deutschland stehen dagegen derzeit in Frankreich noch nicht zur Debatte.	23
<i>Wirtschaftspolitische Kolumne</i>	Hans-Hermann Hartwich: Der inhomogene Währungsraum – Das Grundproblem des Euro An einer Krise des Eurosystems bestehen keine Zweifel. Aber ist das Jahr 2011 nun schon das „Schicksalsjahr des Euro“? Die Probleme betreffen zunächst einmal und in erster Linie die Schulden und die aufgetürmten Haushaltsdefizite bestimmter Mitgliedsländer des Eurosystems. Gerät dieses System damit selbst in Gefahr?	31
<i>Fachaufsatz</i>	Oskar Niedermayer: Landtagswahlen und Bundespolitik im „Superwahljahr“ 2011 Am Ende des „Superwahljahres“ 2011 mit seinen sechs Landtagswahlen wird sich die Landes- und bundespolitische Landschaft in Deutschland verändert haben. Aufgrund theoretischer Überlegungen über die gegenseitige Beeinflussung der Landes- und Bundesebene und einer Analyse der Entwicklungen bis zum Herbst 2010 werden hier einige Spekulationen darüber angestellt, wie diese Veränderungen aussehen könnten.	39
<i>Fachaufsatz</i>	Stefan Hradil und Annette Spellerberg: Lebensstile und soziale Ungleichheit Lebensstile setzen die nötigen Ressourcen und die individuelle Freiheit zur relativ eigenständigen Lebensführung voraus. Sind Lebensstile eher Ausdruck gesellschaftlicher Individualisierung oder aber der Ausstattung mit Bildung, Geld etc.? Gehen durch sich verschärfende soziale Ungleichheiten für die Verlierer dieser Entwicklung auch die Freiheiten der Lebensgestaltung verloren? Konzentrieren sich die Lebensstiloptionen auf die Gewinner?	51
<i>Fachaufsatz</i>	Thomas Demmelhuber: Konflikttherd Gazastreifen: Staatsbildung in Ägyptens Hinterhof? Reich ist das Angebot an Studien zu den politischen Ambitionen der Hamas, zu völkerrechtlichen Fragen sowie der Rolle externer Akteure. Vernachlässigt werden hingegen Binnenperspektiven und kritische Bestandsaufnahmen der Politikformulierung der Hamas-Regierung. Dies korreliert mit der verbreiteten Einschätzung, dass es sich bei der Hamas-Regierung lediglich um ein Regierungsintermezzo handele und die auf westlichen Terrorlisten stehende Hamas keine legitime politische Kraft darstelle.	63
<i>Fachaufsatz</i>	Thorsten Hippe: Gute Arbeit im Kapitalismus? Das Arbeitsverhältnis als Beispiel für die Vorteile didaktischer Interdisziplinarität In der Wirtschaftsdidaktik wird oft postuliert, dass das Paradigma der Ökonomik den dominanten fachwissenschaftlichen Bezugspunkt wirtschaftlichen Lernens bilden soll. Sozialwissenschaftliche Kritiker fordern dagegen eine genuin interdisziplinäre Form wirtschaftlicher Bildung. Im Artikel werden diese beiden kontroversen Thesen exemplarisch anhand des Themas „Arbeitsverhältnis“ überprüft.	73

Jahrgang 60, 2011, Heft 1 – Inhalt

<i>Essay</i>	Christian E. Rieck: Lernwelt Internet In der Debatte um Nutzen und Gefahren des Internets sind schon jetzt die Umrisse eines Kompromisses erkennbar: Zwar verändert das neue Medium Internet zweifelsohne unsere kognitiven Fähigkeiten als Gesellschaft und damit unseren Zugang zur Welt, doch gibt es Hoffnung auf eine neue Medienkultur, die mit den Gefahren des Mediums auch dessen Chancen wahrnimmt. Dieser Essay plädiert dafür, dass die Schule das richtige Laboratorium zur Formulierung und Einübung einer solchen neuen Medienkultur ist.	85
<i>Kontrovers dokumentiert</i>	Isabelle Kürschner: Kann's die Frauenquote richten? Beim Ziel, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen sind sich alle einig – beim Weg allerdings nicht Frauen sind in den Führungszirkeln von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik unterrepräsentiert, darin sind sich alle einig. Geteilte Meinungen gibt es bei der Frage nach den Gründen und bei den Methoden, wie das Potential der Frauen auch in der Führung weiter genutzt werden kann. Mit der Einführung einer Frauenquote bei der Deutschen Telekom und den Initiativen, Frauen in Aufsichtsräte und auf Vorstandspositionen zu bringen, hat die Diskussion eine neue Intensität angenommen.	97
<i>Rechtsprechung kommentiert</i>	Heiner Adamski: Reichtum und Steuerbetrug – Die Steuerdaten-CD Darf die Bundesrepublik Deutschland gestohlene Daten „kaufen“ und nutzen? Darf der Staat mittels der gestohlenen Daten Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung einleiten? Die einen lehnen „Geschäfte“ mit den Anbietern von Steuer-CDs ab; sie sehen den Staat als Hehler im Verbund mit Kriminellen. Die anderen sehen die Steuerhinterzieher als Kriminelle und möchten den Anbietern der Daten Orden verleihen. Der Verlauf der „Fronten“ ist unter anderem parteipolitisch interessant.	105
<i>Internet-Recherchehilfe</i>	Sebastian Chr. Fückel: „Klimawandel“ – Eine Route durch das World Wide Web Der Klimawandel ist fester Bestandteil der öffentlichen Diskussion. Doch trotz neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse über dessen anthropogene Ursachen gelingt der Staatenwelt auf den internationalen Klimakonferenzen kein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll. Das Netz bietet zu diesen und zahlreichen weiteren Aspekten eine Fülle an Informationen. Anhand einer beispielhaften Problemstellung zeigt dieser Beitrag eine mögliche Route durch das Netz, entlang der ein umfassender Überblick zum Thema „Klimawandel“ ermöglicht wird.	113
<i>Politische Didaktik</i>	Michael May: Kompetenzorientiert unterrichten – Anforderungssituationen als didaktisches Zentrum politisch-sozialwissenschaftlichen Unterrichts Trotz der kompetenzorientierten Revision der Curricula und der damit einhergehenden Handlungsaufforderung an die Lehrenden, sind Überlegungen zu einer kompetenzorientierten Unterrichtspraxis noch Mangelware. Der Beitrag zeigt, dass Kompetenzorientierung die Bearbeitung von fachspezifischen Anforderungssituationen nötig macht und schlägt ein Set typischer Anforderungssituationen vor.	123
<i>Das besondere Buch</i>	Hans-Jochen Luhmann: Naomi Oreskes and Erik M. Conway: Merchants of Doubt. How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming Der (Klima-)Skeptizismus leugnet, was die Wissenschaft sieht. Deshalb ist es so eigenartig, dass die Wissenschaft um das Phänomen lange wie die Katze um den heißen Brei herumgeschlichen ist. Nun endlich beginnt, was lange ausstand: Zwei Wissenschaftshistoriker stellen sich dem Schweigen der berufenen und ressourcenstarken wissenschaftlichen Institutionen entgegen.	135
<i>Rezensionen</i>	Tilman Grammes: „... nur der blasse Schatten der Erinnerung“. Hg. von Hanns-Fred Rathenow/Barbara Mansfield Tilman Grammes: Skepsis und Engagement. Arbeiten zur Bildungsgeschichte und Lehrerbildung. Hg. von Clemens Albrecht, Roswitha Lohwasser, Rosemarie Naumann. Horst Leps: Dirk Lange und Gerhard Himmelmann (Hrsg.): Demokratie-Didaktik – Impulse für die politische Bildung	141 141 141
<i>Autorinnen und Autoren</i>		143

„Die DVPB hebt hervor, dass das Verbändegutachten keinen allgemeinbildenden Unterricht im Auge hat. Stattdessen wird eine einzige Perspektive – die der nutzenkalkulierenden Ökonomie mit ihrem Effizienzkriterium – auf einen einzigen Gegenstand – nämlich wirtschaftliche Situationen – angewandt. Behauptet wird, dass damit nicht nur der Kompetenzbereich Entscheidung und Rationalität (gemeint ist lediglich Zweckrationalität) des Einzelnen, sondern auch die Kompetenzbereiche Beziehung und Interaktion sowie Ordnung und System angezielt würden. Die sozialen Beziehungen werden auf ökonomische Austauschbeziehungen reduziert, die politische Ordnung wird lediglich ökonomisch aus einer einzigen Perspektive beurteilt und gestaltet (die umgekehrte Blickrichtung fehlt übrigens)...“ (Stellungnahme auf www.DVPB.de)

Wie man Wirtschaft in der Schule mehrperspektivisch unterrichten kann, zeigt dieses Heft mit dem Aufsatz „Interdisziplinäre Wirtschaftsdidaktik“ (Hippe). Weitere Wirtschaftsthemen: Verschränkung und Konflikt von Wirtschaft und Politik zeigen u.a. Hartwichs Wirtschaftspolitische Kolumne „Inhomogener Währungsraum“ sowie die Texte zur Klima- und generellen Umweltproblematik (Roggenkamp: Aktuelle Analyse „Allianz der Machtlosen und Unwilligen“, Luhmann: Das Besondere Buch, „Bestrittene Umweltprobleme“); ferner die Beiträge zur Frauenquote (Kürschner) und zu den Steuerflüchtlings-CDs (Adamski, Rechtsprechung kommentiert).

Wir nehmen Abschied von Karl Martin Bolte, einem großen Soziologen, dem die politische Bildung in Deutschland viel verdankt. (s. Nachruf auf S. 5!)

Die Herausgeber

Nachruf

Am 14. Februar 2011 verstarb der Soziologe Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Beiratsmitglied von GWP. Die Soziologie hat in ihm einen der wichtigsten Vertreter des Faches und die Politische Bildung einen Anreger verloren, der Maßstäbe gesetzt hat.

Helmut Schelsky hat die Jugend der Nachkriegszeit als die „Skeptische Generation“ bezeichnet: Aufgewachsen noch mit den Dogmen und Ideologien der Nazizeit, dann gründlich ernüchert durch die Realität des Krieges und durch den moralischen Ruin dessen, an das sie einst geglaubt hatten, galt den jungen Menschen nach dem Krieg dann nichts als die Wirklichkeit und die Freiheit der Menschen, sich darin zu bewähren. Glaubenssätze und Phrasen waren ihnen zuwider.

Karl Martin Bolte war ein Vertreter dieser „skeptischen Generation“. Soziologie war für ihn eine empirische Wissenschaft, die sich an den Realitäten und an den Problemen der Menschen zu orientieren hatte und nicht an dem, was Wissenschaftler, Kirchen oder Politiker wünschten. Zwar war er hauptsächlich an Makroerscheinungen wie der Sozialstruktur, dem Erwerbsleben und der demografischen Entwicklung interessiert und gab viel auf die quantitative Analyse der Gesellschaft. Dennoch betrieb er stets die von ihm so genannte „subjektorientierte Soziologie“: Sie hatte sich an dem auszurichten, was die Einzelnen wirklich erfahren konnten.

Karl Martin Bolte wurde am 29. November 1925 in Wernigerode/Harz geboren. Nach dem Studium der Philosophie, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, vorwiegend an der Universität Kiel, war der Diplom-Volkswirt von 1950 bis 1957 dort Assistent bei dem Bevölkerungswissenschaftler Gerhard Mackenroth. In den frühen 1960er Jahren hatte er eine Professur für Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg inne. Seit 1964 war er Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, die er bis zu seiner Emeritierung nicht verließ.

Karl Martin Bolte war auch ein großer Wissenschaftsorganisator. Er war von 1975 bis 1978 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Vorsitzender der von der Bundesregierung eingesetzten „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“ und Vorsitzender des Arbeitskreises „Ge-

burtenentwicklung und nachwachsende Generation“ des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit. In dieser Eigenschaft gehörte er zu den Ersten, die auf die Folgen des demografischen Wandels aufmerksam machten – lange bevor Öffentlichkeit und Politik begannen, sich damit zu beschäftigen.

Vor allem aber initiierte und leitete er nacheinander zwei Sonderforschungsbereiche an der Universität München. Hier lernten und forschten Dutzende von Soziologen über zwei Jahrzehnte lang. Eine große Zahl der heute aktiven Soziologen zählt zu seinen Schülern und Schülerinnen. Etwa 40 von ihnen tragen heute den Professorentitel!

Für die Politische Bildung hatte Boltes Wirken eine ganz besondere Bedeutung: Er verabscheute soziologischen Jargon und bewies, dass alles auch in einfachen Worten ausgedrückt werden könne – wenn es nur durchdacht wäre. Seine klaren, einprägsamen Darstellungen der gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse wurden maßgebend für einschlägige Werke zum 1960 eingeführten Schulfach „Gemeinschaftskunde“. Sein großes zweibändiges Werk „Deutsche Gesellschaft im Wandel“, ebenso wie mehrere Teilkapitel daraus, waren über Jahrzehnte Schulbücher im sozialwissenschaftlichen Unterricht.

Bis zuletzt war Karl Martin Bolte als Beiratsmitglied dieser Zeitschrift verbunden.

Die Herausgeber

Schwarz-Gelb in Gefahr?

Eckhard Jesse



Eckhard Jesse

1. Ausgangslage

Die 16 Jahre lang bestehende Koalition aus Union und FDP (acht Jahre vor der Wiedervereinigung, acht Jahre danach) wurde 1998 auf Bundesebene abgewählt. Zum ersten (und bisher einzigen) Mal in der Geschichte Deutschland kam es zu einem ungefilterten Regierungswechsel: Die beiden Regierungsparteien gerieten in die Opposition, zwei Oppositionsparteien (SPD und Grüne) gelangten in die Regierung. 2002 folgte die Fortsetzung dieses Bündnisses, 2005 die Große Koalition und 2009 – nach elf Jahren – erneut eine schwarz-gelbe Koalition. Ein solches Bündnis hatte zunächst auch die Mehrheit im Bundesrat inne, doch nach der einzigen Landtagswahl 2010 – in Nordrhein-Westfalen – verlor es diese, u.a. deshalb, weil es, um keine Interessengruppen zu verprellen, zögerlich reagierte. Von dem bürgerlichen „Projekt“ war nicht viel zu spüren, wohl aber von mannigfachen Koalitionsquerelen.

Die demoskopischen Daten ergeben – bei Schwankungen im Einzelnen – ein eindeutiges Bild. Während die Union dank Angela Merkel ihren Stimmenanteil halten konnte, brachen die Liberalen in der Wählergunst heftig ein, wohl wegen ihrer Wahrnehmung als Klientel- und Steuersenkungspartei und der Furcht des Parteivorsitzenden Guido Westerwelle. Bei den Oppositionsparteien ist die Entwicklung gerade umgekehrt. So vermochte die SPD trotz ihrer Rolle als stärkste Oppositionskraft nicht sonderlich zuzulegen. Hingegen profilieren sich die Grünen, was die nächste Zeit betrifft, als „dritte Kraft“. Einerseits profitiert die Partei im „bürgerlichen“ Milieu von der Schwäche der FDP, andererseits treibt ihr eine verbreitete Proteststimmung gegen das „Establishment“ Stimmen zu, nicht der im Bund keineswegs als koalitionsfähig geltenden Partei „Die Linke“. Die Äußerungen ihrer Vorsitzenden Gesine Löttsch Anfang Januar 2011 in der „jungen welt“ über „Wege zum Kommunismus“ im Vorfeld einer von dieser linksextremistischen Postille jährlich veranstalteten Rosa-Luxemburg-Konferenz, die wiederum im Vorfeld der traditionellen Prozession für die Begründer der Kommunistischen Partei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zur Berliner „Gedenkstätte der Sozialisten“ stattfand, schadete der Partei massiv. In der Folge fielen die seit der Bundestagswahl 2009 ohnehin stagnierenden

demoskopischen Werte auf unter zehn Prozent. Eine Rechts(außen)partei ist, auch nach der mehr oder weniger vollzogenen Fusion der NPD mit der DVU (faktisch ist diese in jener aufgegangen), im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern eine zu vernachlässigende Größe.

2011 stellt mit mindestens sieben Landtagswahlen ein „Superwahljahr“ dar. Nordrhein-Westfalen, hier regieren SPD und Grüne unter Tolerierung der Linken, und Schleswig-Holstein, wegen der nicht als verfassungsgemäß angesehenen Begrenzung der Ausgleichsmandate hat das Landesverfassungsgericht eine Neuwahl bis spätestens Ende 2012 angeordnet, könnten hinzukommen. Angesichts der für die Regierungsparteien wenig komfortablen Ausgangsposition stellt sich die Frage, ob 2011 für schwarz-gelb ein „annus horribilis“ werden könnte wie 2005 für rot-grün? Anders formuliert: Dürfte am Ende des Jahres auch die Koalition im Bund am Ende sein? Der Ausgang der Landtagswahlen spielt dabei eine wichtige Rolle. Und: Welche andere Koalitionskonstellation bietet sich an, spätestens 2013?

2. Sieben Landtagswahlen 2011

Die erste Wahl 2011, die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar, führte gleich zu dem erwarteten Regierungswechsel. Nachdem die erste und bisher einzige schwarz-grüne Koalition im November 2010 auseinandergefallen war (Christoph Ahlhaus, der Nachfolger Ole von Beusts als Bürgermeister, konnte mit den Grünen nicht annähernd so gut umgehen wie sein alterer Vorgänger), setzte sich die SPD unter Olaf Scholz überzeugend durch. Die Liberalen schafften erstmals seit 2004 erneut den Einzug in die Bürgerschaft. Die bundespolitische Relevanz dieser Wahl in einem Stadtstaat war ungeachtet der neuen Konstellationen eher gering.

Die nachfolgende Wahl am 20. März in Sachsen-Anhalt besitzt eine größere Tragweite, wengleich der Ausgang durch den Verzicht des 75-jährigen CDU-Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer stark durch landespolitische Gegebenheiten bestimmt sein dürfte. Da sich die SPD unter ihrem Spitzenkandidaten Jens Bullerjahn darauf festgelegt hat, keinen Repräsentanten der Linken zum Ministerpräsidenten zu wählen, spricht vieles für eine Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition – diesmal unter Reiner Haseloff von der CDU. Schließlich wird die Linke mit ihrem Spitzenkandidaten Wulf Gallert nicht bereit sein, der deutlich schwächeren SPD das Amt des Ministerpräsidenten zu überlassen. Die Stärke der Linken im Land ist damit offenkundig das Glück der CDU. Nach der Wahl könnte der Landtag aus sechs Fraktionen bestehen, wobei die NPD freilich nur Außenseiterchancen besitzt, in das Landesparlament einzuziehen.

Die Wahl am 27. März in Baden-Württemberg ist für die schwarz-gelbe Koalition im Bund wie für die Opposition wohl die wichtigste Wahl des Jahres. Dort regiert seit 1996 schwarz-gelb, und seit 1954 stellt die CDU in ihrem Stammland den Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident Stefan Mappus, Nachfolger von Günther Oettinger, steht in der Gefahr, dieses Amt zu verlieren. Durch die Schlichtung unter der Federführung von Heiner Geißler in Sachen

Stuttgarter Bahnhof ist die CDU wieder etwas in die Offensive gekommen. Die Grünen könnten unter ihrem bewusst „bürgerlich“ auftretenden Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann zum ersten Mal in einem Bundesland besser abschneiden als die Sozialdemokraten, die nicht von der Schwäche der CDU zu profitieren weiß, zumal ihr „erster Mann“ Nils Schmidt farblos wirkt. Das worst case-Szenario für die Koalition im Bund: Die SPD und die Grünen erlangen durch das Scheitern der FDP an der Fünfprozentklausel eine Mandatsmehrheit. Diese Konstellation würde zwar nicht das Ende der Bundesregierung sein, doch ein schwerer Schlag, zumal Angela Merkel das „Projekt Stuttgart 21“ eigens zu ihrer Sache gemacht hat. Sollte die FDP ein Debakel erleben, träte Guido Westerwelle im Mai 2011 vermutlich nicht wieder für das Amt des Parteivorsitzenden an. Umgekehrt bedeutete die Fortsetzung von schwarz-gelb im „Ländle“ eine massive Stärkung der Regierung im Bund. Die Linke würde durch den erstmaligen Einzug ins Landesparlament unter Umständen schwarz-gelb wie rot-grün verhindern, vielleicht auch eine Koalition der CDU mit den Grünen oder der SPD ermöglichen. Allerdings ist es sehr fraglich, ob eine dezidierte Linkspartei in einem betont „bürgerlich“ geprägten Land jeden 20. Wähler zu überzeugen vermag.

Der Wahl am selben Tag in Rheinland-Pfalz kommt für die Bundespolitik eine weitaus geringere Bedeutung zu. Der Sozialdemokrat Kurt Beck, der das Land seit 1994 regiert, zunächst in einer sozial-liberalen Koalition, seit 2006 ohne Koalitionspartner, dürfte sein Amt trotz mancher Filz-Affären verteidigen und damit auf dem Weg sein, der dienstälteste Ministerpräsident in einem Bundesland zu werden – allerdings nunmehr wieder in einer Koalition, diesmal wohl mit den Grünen. Insofern war der triumphale Wahlsieg der SPD 2006 in gewisser Weise ein Pyrrhus-Sieg, denn dadurch verlor die Partei ihren Koalitionspartner aus dem anderen „Lager“. Die CDU unter ihrer neuen Spitzenkandidatin Julia Klöckner umwirbt ebenso wie die SPD die Grünen, deren klarer Einzug in den Landtag gesichert scheint, im Gegensatz zu dem der FDP und der Linken.

Die geringste Sprengkraft verspricht die Wahl am 22. Mai in Bremen, dem kleinsten Bundesland. Der SPD, die dort seit 65 Jahren das Amt des Bürgermeisters innehat (eine solche Kontinuität einer Regierungspartei gibt es nirgendwo anders), dürfte dieses nach dem Wahltag niemand streitig machen. Der Sozialdemokrat Jens Böhrnsen, der nach dem überraschenden Rückzug Horst Köhlers als Bundespräsident vorübergehend dessen Amtsgeschäfte übernommen hatte und dadurch über Bremen hinaus bekannt wurde, strebt die Fortsetzung der Koalition mit den Grünen an. Die CDU unter ihrer neuen Spitzenkandidatin Rita Mohr-Lüllmann ist nicht in der Lage, an dieser Konstellation etwas zu ändern. Der Wiedereinzug der Linken in die Bürgerschaft ist wahrscheinlicher als jener der Liberalen.

Die Vorzeichen für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September stehen wie in Bremen auf Kontinuität. Auf die Fortsetzung der Großen Koalition unter dem Sozialdemokraten Erwin Sellering, dem Nachfolger Harald Ringstorffs, deutet manches hin. Sollte jedoch die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Lorenz Caffier, dem populären Innenminister des Landes und im Gegensatz zu Sellering ein „Einheimischer“, vor der SPD liegen (der Unter-

schied betrug bei der letzten Wahl nur 1,4 Punkte), könnte die SPD sich entschließen, mit der Linken unter Helmut Holter als Juniorpartner eine Koalition einzugehen, eine arithmetische Mehrheit vorausgesetzt. Eine Paradoxie: Die Stärke der CDU wäre damit zugleich ihre Schwäche. Ob der Landtag nach der Wahl aus drei, vier, fünf oder sechs Fraktionen besteht, ist schwerlich angemessen vorherzusagen. Der Wiedereinzug der Liberalen und der NPD, die in Vorpommern ihre Hochburg hat, ist ebenso ungewiss wie das erstmalige Überwinden der Fünfprozenthürde durch die Grünen.

Viel Spannung verspricht die Wahl in Berlin am 18. September. Hier ist die Regierungspartei SPD in einer weitaus heikleren Position als die Oppositionspartei CDU. Die Fortsetzung der rot-roten Koalition dürfte an der Arithmetik scheitern und die Bildung einer rot-grün-roten Regierung vielleicht am Selbstbewusstsein der Grünen, die in diesem Stadtstaat über eine beträchtliche Resonanz verfügen. Ihre Spitzenkandidatin Renate Künast will den seit einem Jahrzehnt amtierenden Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit ablösen. Insofern schließt sie eine Koalition mit der CDU und der FDP, wobei deren Einzug in das Abgeordnetenhaus keineswegs sicher ist, nicht aus. Auch ein Bündnis der SPD mit der CDU unter Frank Henkel ist vorstellbar. Berlin ist ein Beispiel dafür, dass die großen Parteien immer kleiner und die kleinen Parteien (mit Ausnahme der FDP) immer größer werden. Die stärkste Kraft dürfte nicht mehr die 30-Prozent Marke erreichen. Damit erklärt sich die Vielfalt der Koalitionsoptionen.

3. Komplizierte Koalitionskonstellationen

Die Äußerung der Bundeskanzlerin auf dem Bundesparteitag der CDU im November 2010, schwarz-gelb sei „alternativlos“ (dieses Wort wurde das „Unwort“ des Jahres 2010), stimmt so nicht. Denn selbstverständlich gibt es in einer parlamentarischen Demokratie andere Koalitionsmöglichkeiten: Große Koalition, rot-grün, rot-grün-gelb, rot-grün-rot, selbst schwarz-gelb-grün. Die Frage ist nicht nur, ob sie besser, sondern auch ob sie überhaupt politisch möglich sind. Die gegenwärtige Konstellation im Bund ist vor der nächsten Bundestagswahl wohl unumkehrbar – es sei denn, die FDP kündigt die Koalition auf und strebt ein Bündnis mit der SPD und den Grünen an. Arithmetisch wäre dies möglich, politisch hingegen kaum. Ansonsten bliebe nur, um Neuwahlen herbeizuführen, die Vertrauensfrage Angela Merkels, wenn die FDP nicht mehr mit der Union regieren will, aber auch ein Bündnis mit der Konkurrenz ablehnt. Beide Varianten liefern faktisch auf einen Selbstmord der Partei hinaus. Hingegen könnte sich durch den Ausgang der Wahlen im Jahre 2011 die Position der schwarz-gelben Bundesregierung für die Bundestagswahl 2013 verschlechtern. Es ist nahezu ausgeschlossen, dass die Mehrheit im Bundesrat bis 2013 wieder erreicht wird.

Da jeweils landesspezifische Konstellationen für den Wahlausgang eine beträchtliche Rolle spielen, ist die These von den sieben „kleinen Bundestagswahlen“ unangebracht. Mit einem „Domino“-Effekt ist also nicht zu rechnen.

Freilich kann die bundespolitische Situation den Ausgang der Landtagswahlen beeinflussen. Die Union dürfte nicht überall die Regierungsverantwortung verlieren. Anders als in den siebziger Jahren – damals gab es entsprechend der Lage im Bund in den Ländern entweder fast ausnahmslos rot-gelbe Koalitionen (mit der Ausnahme von Niedersachsen, wo der CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht ein Bündnis mit der FDP eingegangen war) oder Alleinregierungen der Union – ist heutzutage die Koalitionskonstellation komplizierter. Der Ausgang einer Wahl kann nicht stets als ein Votum für oder gegen den Bund interpretiert werden.

Die Wähler wollen und sollen wissen, mit wem die Parteien im Fall entsprechender arithmetischer Mehrheiten zu koalieren beabsichtigen. So wird aus der Wählerstimme nicht nur ein Parteivotum, sondern faktisch auch ein Regierungs- oder Oppositionsvotum. Verzichteten Parteien angesichts der komplizierter gewordenen Koalitionsbildung auf Koalitionsaussagen, läuft dies auf eine Entmachtung der Wähler hinaus, der die „Katze im Sack kaufen“ soll. Die Parteiverdrossenheit nähme angesichts des „Koalitionsgerangels“ zu. Der konkurrenzdemokratische Mechanismus schwächte sich ab.

Verbreitete Vorbehalte gegen ein bipolares Parteiensystem leuchten vor dem Hintergrund der stark konsensdemokratisch ausgerichteten politischen Kultur Deutschlands (mit zahlreichen Vetospielern) nicht recht ein. Wir haben mit dem Bundesrat eine starke zweite Kammer, die selten die gleichen Mehrheitsverhältnisse wie im Bund aufweist: zum einen durch den Ausgang der Landtagswahlen, bei denen der Wähler häufig die im Bund regierenden Parteien „abstrafft“ (wie vermutlich 2011), zum andern durch einen leider bis heute nicht behobenen Konstruktionsfehler im Grundgesetz. Enthaltungen im Bundesrat wirken sich bei zustimmungspflichtigen Gesetzen wie ein Nein aus. Kann sich eine Landesregierung nicht einigen, enthält sie sich. Durch unterschiedliche Koalitionsmuster in den Ländern ist so eine Vetofunktion des Bundesrates gleichsam präjudiziert. Nach der hessischen Landtagswahl im Februar 2009, die zu einer konservativ-liberalen Regierung geführt hatte, verlor selbst die Große Koalition im Bundesrat ihre Mehrheit.

Wer eine bipolare Koalitionsstruktur im Bund für sinnvoll erachtet, muss deswegen nicht die These teilen, diese werde und solle sich in toto auf die Länder übertragen. Hier sind lagerübergreifende Koalitionen aufgrund regionaler Spezifika möglich, wie die Entwicklung vor (Zweierbündnis durch SPD und FDP von 1991-2006 in Rheinland-Pfalz, durch CDU und Grüne von 2008/09 in Hamburg sowie Dreierbündnisse – Ampelkoalitionen – in Brandenburg 1990-1994 und Bremen 1991-1995) und nach der Bundestagswahl 2009 gezeigt hat: Im Saarland konnte die Partei der Grünen unter ihrem Vorsitzenden Hubert Ulrich entscheiden, ob zuerst eine schwarz-gelb-grünes oder ein rot-rot-grünes Bündnis in einem Bundesland zustande kommt. Für eine Ampelkoalition, das Wunschmodell der Grünen, fehlte eine arithmetische Mehrheit.

4. Perspektiven

Ein Fünfparteiensystem im Bund, wie es sich für die nächsten Jahre weiter abzeichnet, macht die Koalitionsbildung hinfert nicht leichter. Wenn eine herkömmliche Zweierkoalition möglich ist (entweder schwarz-gelb oder rot-grün), bleiben die „Lager“ erhalten. Scheitert eine derartige Koalition, so gibt es verschiedene Varianten, die unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten allesamt problematisch sind.

Erstens: Eine rot-grün-rote Koalition würde zwar das linke „Lager“ im umfassenden Sinne repräsentieren, aber sie wäre wegen der Einbeziehung der Linken problematisch, weil diese Partei nun wahrlich kein Gralshüter des demokratischen Verfassungsstaates ist. Zum einen liefe das auf die Verletzung des antiextremistischen Konsensus hinaus, zum anderen dürfte eine solche Koalition angesichts der offenkundigen Konflikte nicht stabil sein.

Zweitens: Eine schwarz-rote Koalition würde zwar aus zwei durch und durch demokratischen Parteien bestehen, doch repräsentierte ein solches Bündnis die lagerübergreifende Koalition schlechthin. Auf diese Weise wäre das konkurrenzdemokratische Element gelähmt. Bei der nächsten Wahl könnten die Regierungsparteien – die beiden Volksparteien – weiter an Stimmen verlieren, wie dies 2009 bereits dramatisch eingetreten ist, mehr bei der SPD als bei der Union.

Drittens: Eine lagerübergreifende Dreierkoalition (schwarz-gelb-grün bzw. rot-grün-gelb) würde zwar die Bildung einer Großen Koalition umgehen, doch in abgeschwächter Form wäre es eine solche. Interne Konflikte könnten Geschlossenheit nach außen gefährden. Die Grünen sähen sich gegenüber ihren Koalitionspartnern Union und FDP zu Profilierung gedrängt, die Liberalen ebenso gegenüber ihren Koalitionspartnern SPD und Grüne. Diejenige kleine Partei, die in einer solchen Koalition sich nicht genügend repräsentiert wähnte, legte unter Umständen ein Erpressungspotential an den Tag, weil sie um ihre Unentbehrlichkeit weiß. Sprach direkt nach der Bundestagswahl 2009 mehr für eine „Jamaika“-Koalition, so hat sich durch die Verlängerung der Laufzeiten für die Kernreaktoren die Aussicht auf ein solches Bündnis minimiert.

Wer die Linke nicht in der Regierung sehen will, wer in einer Großen Koalition Stillstand wittert und wer ein lagerübergreifendes Dreierbündnis als dysfunktional ansieht, kann eine Minderheitsregierung ins Spiel bringen. Sie hat in Deutschland, nicht zuletzt wegen des wenig erhebenden Anschauungsunterrichts in der Weimarer Republik, kein gutes Renommee. Allerdings sind derartige Vorbehalte für ein Land, das mittlerweile stabil ist, wenig begründet. Nicht jede Minderheitenregierung muss prekär sein, wie ein Blick nach Skandinavien zeigt, vor allem nach Dänemark und Schweden. Das gilt zumal dann, wenn die Partei, die die Regierung stützt bzw. toleriert, zum Verfassungsbogen zählt.

So ließe sich folgende Variante vorstellen. Für den Fall, dass es weder für eine schwarz-gelbe noch für eine rot-grüne Mehrheit reicht, könnte vor der Wahl folgender Konsens gelten. Wenn schwarz-gelb mehr Stimmen bekommen hat als rot-grün, müssten die Grünen bereit sein, eine solche Koalition zu stützen bzw. zu tolerieren. Im Fall einer relativen Mehrheit für rot-grün gilt das Gleiche

für die Liberalen. Durch diese Vorkehrung erhielte eine Kraft, die nicht innerhalb des Verfassungsbogens agiert, keinen Einfluss auf die Regierung, und das konkurrenzdemokratische Koalitionsmuster bliebe erhalten. Allerdings: Für die kleinere Partei, die Tolerierung zu praktizieren hat, wäre dies nicht ganz einfach. Weder ließe sich ihr freilich Unglaubwürdigkeit vorwerfen, weil kein Bruch einer Koalitionsaussage vorliegt, noch Pfründewesen, da sie eine Regierungsbeteiligung meidet.

Gewiss ist ein solcher Vorschlag nicht das Ei des Kolumbus, doch verdient eine Minderheitsregierung, zumal in den Bundesländern, keine pauschale Verdammnis, da die Rolle des Tolerierungspartners einer Partei klar innerhalb des Verfassungsbogens zufällt, anders als in Sachsen-Anhalt (1994-2002), Berlin (2001-2002) und Nordrhein-Westfalen (seit 2010). Die hiesige politische Kultur, die Sicherheit und Stabilität favorisiert, tut sich schwer damit, eine Minderheitsregierung als erwägenswerte Alternative einzubeziehen. In Frage kommt freilich nur eine Variante, bei der eine Partei diese stützt, keine, bei der die Koalition mit wechselnden Mehrheiten zu regieren sucht.

Bekanntermaßen schneiden die im Bund regierenden Parteien bei Landtagswahlen zumal in der Mitte einer Wahlperiode eher schlecht ab. Dieser Umstand lässt keinen sicheren Rückschluss auf den Ausgang der nächsten Bundestagswahlen zu. Aber die Wahlergebnisse können in gewisser Weise die Koalitionskonstellationen prägen. Eine CDU, die bei jeder Wahl deutlich verliert, ist für die Grünen schon deshalb kein Partner. Auf diese Weise wird die Partei sich nicht von der SPD lösen. Und sollte die Linke bei den Wahlen im Westen nicht weiter reüssieren, sähe die SPD keinen großen Grund, auf die Postkommunisten zuzugehen. Wegen der extrem großen Volatilität verbietet sich jedes Urteil aufgrund von Momentaufnahmen. Der Wählerwille ist nur bedingt berechenbar.

Parteien – und deren Zukunft?



UWE JUN
OSKAR NIEDERMAYER
ELMAR WIESENDAHL (HRSG.)
Die Zukunft der Mitgliederpartei
2009. 290 S. Kt. 33,00 € (D), 34,00 € (A),
47,90 SFr
ISBN 978-3-86649-204-2

Das Buch bietet einen guten Überblick über die Mitgliederdebatte, analysiert die Bemühungen der Politik, den Verlust aufzuhalten und schließt mit einer Selbsteinschätzung von Parteivertretern.

politik&kommunikation 7/09



ELMAR WIESENDAHL
Volksparteien
Aufstieg, Niedergang und Zukunft
2011. Ca. 220 S. Kt.
Ca. 19,90 € (D), 20,50 € (A), 30,50 SFr
ISBN 978-3-86649-385-8
Die Volksparteien in Deutschland befinden sich gegenwärtig in einer Krise. Welches sind die Hintergründe dieser Krise? Wie wird die Zukunft der Volksparteien aussehen?

**Immer wissen, was kommt:
Fordern Sie unsere aktuellen
Kataloge und unseren
regelmäßigen Newsletter an!
Kurze eMail genügt:
info@budrich-verlag.de**



Gleich bestellen – in Ihrer Buchhandlung oder direkt:
Verlag Barbara Budrich • Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen. Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich-verlag.de

www.budrich-verlag.de

Allianz der Unwilligen und Machtlosen? Die G77 bei den internationalen Klimaverhandlungen

Kerstin Roggenkamp



Kerstin Roggenkamp

1. Einleitung¹

Spätestens der Klimagipfel von Kopenhagen 2009 machte deutlich, dass mit China, Indien und Brasilien inzwischen auch einige Entwicklungsländer in die internationale Führungsriege der Klimapolitik aufgestiegen sind. Die Entwicklungsländer werden auf UN-Klimakonferenzen vertreten durch die Gruppe der 77 (G77). Ihre Rolle bei den Konferenzen unter der UN-Klimarahmenkonvention und dem Kyoto-Protokoll soll hier untersucht werden. Der Blick richtet sich auf die Entwicklungen von der ersten „Conference of Parties“ (COP-1) 1995 in Berlin bis Cancún 2010 (COP-16).

Der Klimawandel und die weltweite Industrialisierung sind inzwischen an einem Punkt angelangt, an dem erfolgreiche Klimapolitik ohne die Entwicklungsländer nicht mehr möglich ist. Zum einen emittieren die Entwicklungsländer immer mehr Treibhausgase und tragen damit zur Verstärkung der Klimaprobleme bei. Zum anderen waren die Reduktionsbemühungen der Industriestaaten bisher von wenig Erfolg gekrönt und konnten den Klimawandel nicht verlangsamen. Industrie- und Entwicklungsländer müssen gemeinsam aktiv werden, wenn der Klimawandel noch eingedämmt werden soll.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Positionen und Beweggründe der Entwicklungsländer in der Klimapolitik nachzuvollziehen. Nur, wenn diese verstanden werden, kann eine gemeinsame Strategie für den Klimaschutz erarbeitet werden. Die folgenden Ausführungen werden zeigen, ob der generelle Eindruck richtig ist, dass die Entwicklungsländer in der Geschichte der Klimapolitik an Bedeutung gewonnen haben, oder ob die G77 nur eine Gruppe von Machtlosen und Unwilligen ist, wie Kasa und Kollegen (2008: 117) unterstellen. Nach einer kurzen Vorstellung der G77 werden ihre wichtigsten klimapolitischen Positionen zusammengefasst. Dabei werden vier Aspekte in die Untersuchung einbezogen:

- (1) Wie war die G77 intern organisiert? Wie geschlossen trat sie auf? Welche Länder oder Gruppen übernahmen Führungspositionen?
- (2) Welche Funktion nahm die G77 bei den Konferenzen wahr? War sie eher Treiber oder Bremsen?
- (3) Wie war das Verhältnis zu den Industriestaaten?
- (4) Welche Bedeutung hatte die G77 für die Konferenzen? Konnte sie ihre Themen erfolgreich in die Diskussion einbringen und konnte sie ihre Standpunkte durchsetzen?

2. Die Gruppe der 77

Die G77 ist der wichtigste Zusammenschluss von Entwicklungsländern auf UN-Ebene. Die Zahl der Gründungsmitglieder von 1964 bestimmt bis heute den Namen der Gruppe, auch wenn ihr inzwischen über 130 Staaten in zahlreichen Untergruppen angehören. Das größte Entwicklungsland China ist kein Mitglied der G77, hat jedoch einen speziellen Status als assoziiertes Mitglied.

Die Gemeinsamkeit der G77 ist mehr durch ein subjektives Identitätsempfinden als durch objektive Fakten begründet. Es ist ihre Selbstwahrnehmung als globale Außenseiter, welche die Gruppe zusammenschweißt. Gerade in der Klimapolitik scheinen die Interessen der einzelnen Untergruppen (vor allem von OPEC, also den erdölproduzierenden Staaten und AOSIS, den kleinen Inselstaaten) sehr verschieden, wenn nicht sogar unvereinbar. Aufgrund ihrer Heterogenität wird die G77 als eine „unsichere Allianz“ zwischen den „Unwilligen“, wie den Ölstaaten, und den „Machtlosen“, wie den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries (LDCs)), beschrieben (Kasa et al. 2008: 117). Doch trotz dieser schwierigen Ausgangsbedingungen war die klimapolitische Position der G77 nun über fast zwei Jahrzehnte hinweg überraschend einheitlich. Die Einheit der Gruppe wird in der G77 als eigener Wert geschätzt.

Wichtige Untergruppen der G77 sind:

Die Allianz kleiner Inselstaaten (AOSIS)

Sie wird oft als „das moralische Gewissen der internationalen Klimaverhandlungen“ bezeichnet (Oberthür/Ott 2000: 377). Sie setzt sich für möglichst starke, langfristig angelegte Klimaziele ein. Dabei betont sie die Verantwortung der Industriestaaten für die Bekämpfung des Klimawandels, will aber auch die reicheren Entwicklungsländer zu mehr

Zugeständnissen bewegen. In der G77 wirbt die AOSIS für ein möglichst umfassendes, verbindliches Klimaregime.

Die OPEC

Die Integration der Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC) in das UN-Klimaregime ist eine große Herausforderung. Es ist ein offenes Geheimnis, dass enge, informelle Verbindungen zwischen den Ölstaaten und Anti-Klimapolitik-Interessengruppen bestehen. Trotz ihrer offensichtlichen Abneigung gegen Klimaschutzpolitik haben alle zwölf OPEC-Nationen die UN-Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Der Beitritt zu den Abkommen ermöglicht ihnen das taktische Mitverhandeln und Blockieren. Die OPEC-Staaten unter der Führung von Saudi Arabien haben aufgrund ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Stärke einen überproportional großen Einfluss in der G77 und dominieren vor allem über die LDCs. Sie stellen z.B. einen Fonds für Internationale Entwicklung für die besonders schwachen Entwicklungsländer bereit. Anders als viele anderen Entwicklungsländer haben die Ölstaaten die Mittel, sich intensiv mit Klimapolitik zu beschäftigen. Ihre Forderungen wurden von der restlichen G77 oft unterstützt.

Große Schwellenländer

Zu den großen Schwellenländern zählen die bevölkerungsreichen und ökonomisch starken Entwicklungsländer China, Brasilien, Indien und Südafrika. Sie haben nicht nur große Ambitionen in der internationalen Politik mitzureden, sondern auch hohe absolute Emissionswerte. Ihre niedrigen Pro-Kopf-Emissionen und die ebenso niedrigen historischen Gesamtemissionen sind für die Schwellenländer jedoch der Grund, eigene Emissionsreduktionen von vorherigen Reduktionen der Industrieländer abhängig zu machen. Neben der historischen Verantwortung der Industrie-

staaten zitieren die Schwellenländer auch immer wieder ihr „Recht auf Entwicklung“, denn Armut ist noch immer ein großes Problem in diesen Staaten. Das Interesse an Energieeffizienz und erneuerbaren Energien ist hoch, weil sich durch technischen Fortschritt Klimawandel und Unterentwicklung gleichzeitig bekämpfen lassen. Die Industriestaaten sollen hierbei mit Technologietransfer und gemeinsamen Projekten helfen. Die einzelnen Länder ergreifen auch nationale Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels. Das Wirtschaftswachstum hat jedoch oberste Priorität.

Die Mitgliedschaft der Schwellenländer gibt der G77 größeres politisches Gewicht. Aber auch die Schwellenländer profitieren. Indem sie die Anliegen der Ärmsten zu ihren eigenen machen, schützen sie sich vor den Forderungen der Industrieländer.

3. Klimapolitische Positionen der G77

Seit der ersten Konferenz setzt sich die G77 für ein starkes Klimaregime mit weitreichenden Reduktionsverpflichtungen für die Emissionen der Industrieländer ein. Stets forderte sie stärkere Verpflichtungen und/oder eine bessere Einhaltung der bestehenden Reduktionsversprechen durch die Industriestaaten. Dabei betonte sie deren historische Verantwortung für den Klimawandel und bezog sich auf die entsprechenden Absätze in der UN-Klimarahmenkonvention und im Kyoto Protokoll. Anders verhielt es sich bei den Reduktionsmaßnahmen der Entwicklungsländer. Hier trat die G77 von Beginn an gegen verpflichtende oder auch nur international überwachte Maßnahmen ein. Auch wenn es vereinzelte diesbezügliche Vorstöße gab, schloss die offizielle G77-Position ein Entwicklungsländerengagement bis 2006 vehement aus. Als Grund nannte sie ihr Recht auf Entwicklung und die Verantwortung der Industrieländer für

den Klimawandel. Das Thema hatte lange Zeit den Charakter eines „Tabu-Gegenstandes“ inne, über welchen die G77 jede Diskussion verweigerte. Umso erstaunlicher war der Umschwung der G77 bei der COP-13 in Bali. Sie war nun bereit, Reduktionen bei der CO₂-Emission von Entwicklungsländern zu einem Teil der internationalen Verhandlungen zu machen. In Kopenhagen legten die Schwellenländer bereits weitreichende Reduktionspläne vor, die schließlich in Cancún offiziell in den UN-Prozess eingebunden wurden. Dieses Zugeständnis war möglich, weil die Industrieländer der G77 bei einem anderen wichtigen Thema, nämlich der finanziellen und technologischen Unterstützung, entgegenkamen. Ihren Grundsatz, dass die Industrieländer beim Klimaschutz vorangehen und die Entwicklungsländer unterstützen müssen, behielt die G77 damit bei.

Die kontinuierliche Forderung nach finanzieller und technologischer Unterstützung durch die Industriestaaten ist spätestens seit der COP-3 die größte Konstante in der klimapolitischen Strategie der G77. Es gibt hier wenig Unterschiede zwischen den Positionen der LDCs und der Schwellenländer. Dabei beschwert sich die G77 immer wieder über die Leistung und Vorgehensweise der Global Environmental Facility (GEF), welche die Klimafonds verwaltet. Auch in Cancún war dies ein wichtiger Streitpunkt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, in welchem sich die G77 noch nicht durchsetzen konnte (Die einzige Ausnahme ist der Adaption Fonds zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern, der nicht von der GEF verwaltet wird). Die Diskussion um Finanzhilfen wurde vor allem bei den COPs 3 bis 9 zusätzlich erschwert durch das Bestehen der G77 auf finanzielle Unterstützung der OPEC-Staaten beim Umbau ihrer Ökonomien. Ab der COP-10 verlor dieses Thema jedoch an Brisanz, weil seitdem die Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel ge-

trennt von der Anpassung an die Klimapolitik diskutiert wird. Die Bedeutung des Themas Finanzierung bei den Klimakonferenzen wuchs stetig. In Cancún errang die G77 mit der Einrichtung des neuen Green Climate Fonds einen großen Erfolg. Aus dem Fonds sollen in Zukunft 100 Mio. USD jährlich an die Entwicklungsländer fließen.

Dem Clean Development Mechanism (CDM) gegenüber war die G77 bis zur COP-7 skeptisch eingestellt. Der CDM bietet Industriestaaten die Möglichkeit, ihre Reduktionspflicht durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern zu erfüllen. Die G77 sah darin eine Aufweichung der Reduktionsversprechen der Industriestaaten und fürchtete, von den Industrieländern übervorteilt zu werden. Einige Staaten, vor allem aus Lateinamerika, sahen jedoch schon von Beginn an Möglichkeiten, vom CDM zu profitieren. Im Lauf der Zeit entdeckten auch andere Länder die Vorteile des CDM. Indien und China, die ursprünglich die schärfsten Gegner des CDM waren, wurden zu seinen größten Nutznießern und Unterstützern. Mittlerweile befürwortet die gesamte G77 den CDM. Dieser Meinungswechsel lässt sich durch Lernprozesse und die positiven Erfahrungen in der Startzeit des Mechanismus erklären.

Die Adaptation oder Anpassung an den Klimawandel ist für Entwicklungsländer weit dringlicher als für die meisten Industriestaaten. Der UN-Klimaprozess konzentrierte sich jedoch zunächst ausschließlich auf Mitigation, d.h. die Reduktion von CO₂-Emissionen. Erst seit der COP-8 fordert die G77 größere Beachtung für Adaptation ein und wünscht finanzielle und technologische Hilfe auch in diesem Bereich. Die Bedeutung des Themas für die G77 und für die Klimaverhandlungen wuchs seit der COP-8 kontinuierlich. Die COP-10 wurde zur Adaptation-COP erklärt und in Cancún wurde ein eigener Ausschuss für Adaptation eingerichtet.

4. Die Rolle der G77 bei den Klimakonferenzen

Die folgende Tabelle gibt eine sehr grobe Zusammenfassung der Rolle der G77 bei den Klimakonferenzen im Zeitverlauf. Die 16 COPs lassen sich aus Sicht der Entwicklungsländer in fünf Phasen unterteilen, zwischen denen sich die Rolle der G77 in mindestens einem Teilaspekt gewandelt hat.

Die Rolle der G77 bei den UN-Klimakonferenzen

Phase	I	II	III	IV	V
	„Die Green Group gegen den Klimawandel“	„Absturz in die Bedeutungslosigkeit?“	„Klimabremsen mit der OPEC“	„Mit Opportunismus und Pragmatismus gegen die Erwärmung“	„Die Schwellenländer als selbstbewusste Klimaretter“
COPs	1-2	3-7	8-9	10-12	13-16
Interne Koalitionen und Führer	G77 gespalten (<i>Green Group</i> und OPEC)	G77 geschlossen (OPEC integriert)	G77 geschlossen (OPEC-Führung)	G77 geschlossen (OPEC integriert)	G77 geschlossen (OPEC integriert)
Funktion	Treiber	(übersehener) Treiber	Bremser	egoistischer Treiber	selbst- und verantwortungsbewusster Treiber
Verhältnis zu den Industrieländern	Zusammenarbeit mit der EU	Zusammenarbeit mit der EU Verhältnis wird schlechter	schlechtes Verhältnis G77 fühlt sich vernachlässigt	meist konstruktive Zusammenarbeit	meist konstruktive Zusammenarbeit
Bedeutung	wichtiger Impulsgeber	wenig wahrgenommen	als störend wahrgenommen	Themen wichtig wird ernst genommen	Themen und Länder wichtig

Die G77 trat bei den Klimakonferenzen die meiste Zeit nach außen sehr geschlossen auf. In Phase I agierte die OPEC noch eigenständig gegen den Rest der G77 (wegen ihrer fortschrittlichen Vorschläge auch Green Group genannt). Doch seit der COP-3 in Kyoto formuliert die Gruppe ihre Vorschläge als Einheit. Dass über die „großen Entwicklungsländerthemen“, Adaptation, Finanzierung und Technologietransfer, interne Einigkeit besteht, vereinfachte vermutlich die Abstimmung der G77-Position für die Klimakonferenzen. Der Alleingang Boliviens, das als einziges UN-Land gegen die Cancún-Abkommen stimmte, stellt eine interessante und in dieser Form bisher einmalige Abweichung von der Homogenität dar.

Die OPEC war zweifellos die einflussreichste Gruppe innerhalb der G77. Obwohl sie zahlenmäßig klein ist, gelang es ihr immer wieder, die Führung der G77 zu übernehmen und ihre Interessen gegen die der anderen Mitglieder durchzusetzen, bzw. den Rest der Gruppe für ihre Anliegen (z.B. Entschädigungen für Ölstaaten) zu gewinnen. Die Bedeutung der OPEC in der G77 nahm ab der COP-3 zu und erreichte bei den COPs 8 und 9 ihren Höhepunkt. Seitdem sinkt der Einfluss der OPEC langsam. Die zweitaktivste Untergruppe der G77, die AOSIS, konnte hingegen die restlichen Gruppenmitglieder nicht mit solchem Erfolg hinter ihren Vorschlägen vereinen. Auch andere „verletzliche“ Gruppen wie die LDCs gewannen spätestens seit der COP-10 langsam an Bedeutung im Gruppengefüge, erreichten aber noch nicht den Einfluss von OPEC und AOSIS.

Bei den wichtigsten und aktivsten Einzelstaaten fällt Saudi Arabien als sehr präsender Akteur bei den Klimaverhandlungen auf. Es blockierte und bremste den Fortschritt häufig sehr effektiv und gewann die G77 für den Kampf um Entschädigungen für vom Ölexport abhängige Staaten. Andere – oft konstruktivere – Führungsstaaten in der G77 waren China und Indien. Indi-

en übernahm in der Anfangsphase der Konferenzen die Führung in der Green Group und machte auch in Bali den entscheidenden Vorschlag, der Reduktionsmaßnahmen für die Entwicklungsländer annehmbar machte. Zusammen mit China hatte Indien großen Einfluss auf die G77-Position zum CDM.

Im Verlauf der COP-1 nahm die G77 die Rolle einer Treiberin für progressive Klimapolitik ein und behielt diese Funktion in den folgenden Konferenzen die meiste Zeit bei. Nur in der kurzen Phase zwischen den COPs 8 und 9 kann die G77 als Ganzes als Bremser bezeichnet werden. Dies ist sicher auch, aber nicht nur, mit dem gestiegenen Einfluss der OPEC in dieser Phase zu erklären. Im Lauf der Zeit wurden die Vorstellungen der G77 von einem internationalen Klimaregime und ihre Forderungen dazu konkreter. Sie agierte nicht nur als Treiberin für umfassende Reduktionsziele, sondern verstärkt auch für ihre eigenen Interessen, wie Unterstützung bei Adaptation und Mitigation in Entwicklungsländern. Seit Phase IV ist sie weniger als zuvor bereit, ihre eigenen Interessen hinter das Wohl des Ganzen zurückzustellen. In der Phase V kann sie jedoch durchaus als verantwortungsbewusste Treiberin gesehen werden. Besonders die großen Schwellenländer machen sich langsam bereit, die Führung im Klimaprozess zu übernehmen.

Im Verhältnis zwischen den Konferenzstaaten lässt sich eine klare Nord-Süd-Trennung beobachten. Das Nord-Süd-Denken ist auf beiden Seiten tief verwurzelt und durch die strikte Trennung zwischen Annex I (Industrie)- und Nicht-Annex I-Staaten sogar institutionalisiert (Williams 2005: 63). Trotzdem begann die Geschichte der Klimakonferenzen mit einer Koalition zwischen G77 und EU, die einige Jahre lang Bestand hatte. Beide teilten wichtige klimapolitische Grundansichten. Vielleicht ist es auch die Rolle der EU als internationale Soft-Power, die weltweit

für Umwelt und Entwicklung eintreten möchte, welche sie als potentiellen Partner für die G77 prädestiniert. Bis zur COP-7 war die Zusammenarbeit zwischen G77 und EU sehr stark. Sie vertraten nicht nur ähnliche Positionen, sondern reichten sogar gemeinsame Vorschläge ein. Diese Zusammenarbeit hat jedoch ab der dritten Phase abgenommen. Auch im Verhältnis zwischen EU und G77 dominiert inzwischen das Misstrauen. Spätestens seit Bali 2007 bewegen sich die beiden Gruppen jedoch langsam wieder aufeinander zu.

In den letzten Jahren lässt sich zusätzlich eine andere Tendenz beobachten. Die stärkeren Entwicklungsländer, vor allem die großen Schwellenländer, aber auch südamerikanische Staaten, suchen (nicht nur) klimapolitisch vermehrt die Nähe der USA. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Aushandlung des Kopenhagen-Akkords, welche die EU außen vor ließ. Durch die Orientierung hin zur Hard-Power USA können Staaten wie China ihren Großmacht-Anspruch unterstreichen.

Obwohl die Green Group der G77 auf der COP-1 wertvolle Vorschläge machte, spielten Entwicklungsländerinteressen in der Anfangszeit nur eine marginale Rolle für den UN-Klimaprozess. Aufgrund der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ausgestaltung und Ratifizierung des Kyoto-Protokolls wurden sie mehr und mehr vernachlässigt. In der zweiten Phase der Konferenzen wuchs die Unzufriedenheit der Entwicklungsländer mit ihrer Stellung im Klimaprozess. Seit der COP-8 ist ein Bedeutungszuwachs der Entwicklungsländer, besonders der Schwellenländer zu beobachten. Die „Emanzipation“ der Entwicklungsländer in dieser Phase ist eng verbunden mit ihrer Unzufriedenheit, hängt aber sicher auch damit zusammen, dass die OPEC nun die Führung der G77 übernahm. Die OPEC-Staaten, allen voran Saudi-Arabien, treten traditionell selbstbewusster gegenüber den Industriestaaten auf und

scheuen sich nicht zu opponieren. In der vierten Phase verlor die OPEC zwar wieder an Einfluss in der G77, das Selbstbewusstsein der Entwicklungsländer jedoch blieb bestehen. Sie setzten sich verstärkt für ihre Themen ein und setzten diese auch durch. Die Beachtung von Entwicklungsländerthemen durch Industrieländer nahm zu. So wurde die Finanzierung von Phase zu Phase ein wichtigerer Diskussionspunkt und auch Adaptation und Technologietransfer gewannen an Bedeutung. In Cancún dominierten diese Themen die Verhandlung.

5. Die Bedeutung der G77 für den Klimaschutz wächst

Die Rolle der G77 bei den internationalen Klimakonferenzen war in mancher Hinsicht sehr konstant, in einigen Aspekten hat sie aber in den vergangenen 16 Jahren einen deutlichen Wandel erlebt. Kontinuität lässt sich vor allem bei den von der G77 vertretenen Positionen feststellen. Ihre klimapolitischen Grundeinstellungen blieben im Kern unverändert. Fast ebenso konstant wie diese Positionen war die Funktion der G77 auf den Konferenzen. Mit Ausnahme der Phase III trat sie durchgehend als Treiber für starke Klimaziele auf. Bemerkenswert ist seit der COP-3 die gleichbleibend große innere Geschlossenheit der Gruppe. Gewandelt hat sich hingegen das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf den Klimakonferenzen. Dabei hat sich nicht nur der Grad der Zusammenarbeit zwischen den Phasen verändert, sondern auch die Art der Zusammenarbeit, d.h. die Rollenverteilung zwischen „Norden“ und „Süden“. Nach einer Verschlechterung des Verhandlungsklimas nähern sich die beiden Gruppen in den letzten Jahren einander wieder an.

Interessant ist hierbei, dass zwischen den drei Variablen „Funktion der G77“, „Verhältnis zu den Industriestaaten“ und „Einfluss der OPEC in der G77“

eine gewisse Korrelation zu bestehen scheint. Das Klima in der Zusammenarbeit mit den Industriestaaten ist umso besser, je mehr die G77 als Treiber fungiert und je weniger Einfluss die OPEC in der Gruppe hat. Dabei liegt nahe, dass es sich hier um eine gegenseitige Abhängigkeit der Variablen handelt. Der größere Einfluss der OPEC in Phase III der Klimaverhandlungen kann ein Grund für das besonders angespannte Verhältnis zwischen Entwicklungs- und Industrieländern zu dieser Zeit sein. Genauso könnte aber auch die Vernachlässigung der Entwicklungsländerinteressen durch die Industriestaaten die Attraktivität der radikalen OPEC-Forderungen in den Augen der anderen G77-Staaten erhöht haben. Es sind weitere empirische Studien notwendig, um zu überprüfen, ob der gegenseitige Einfluss zwischen den Variablen tatsächlich so groß ist. Desweiteren wäre zu ermitteln, ob die Bedeutung der G77 in den Verhandlungen von den anderen drei Variablen determiniert wird oder ob sie vielmehr ihrerseits die übrigen bestimmt.

Wie schon in der Einleitung vermutet, hat die Bedeutung der G77 für den Klimaprozess zugenommen. Seit etwa 2002 (Phase III) wächst sie kontinuierlich. Dabei stärken besonders die aufstrebenden Schwellenländer das Gewicht der G77. Aber auch die vermeintlich „machtlosen“ LDCs wissen sich immer besser in die Verhandlungen einzubringen. Dass die Entwicklungsländer mit ihrem Bedeutungszuwachs auch eine gewisse Verantwortung einzugehen bereit sind, zeigt sich in ihrem Entgegenkommen bei Entwicklungslän-

der-Reduktionen im Bali Action Plan. Selbst die traditionell „unwilligen“ Staaten wie die OPEC haben in den vergangenen Jahren wichtige Zugeständnisse gemacht. In Kopenhagen haben viele Entwicklungsländer Reduktionsziele vorgelegt, die gemessen an den Erwartungen der Klima-Experten sehr umfangreich waren. Die Industriestaaten haben nun die Chance, durch entsprechende eigene Verpflichtungen eine neue Phase internationaler Klimapolitik einzuleiten, in der Industrie- und Entwicklungsländer nicht nur rhetorisch, sondern auch praktisch Seite an Seite gegen den Klimawandel ankämpfen.

Anmerkung

- 1 Dieser Beitrag beruht auf einer Diplomarbeit, angefertigt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg 2010.

Literatur

- Kasa, Sjur/Gullberg, Anne T./Heggelund, Gørild (2008): "The Group of 77 in the international climate negotiations: recent developments and future directions" in *International Environmental Agreements* 8 (2008), S. 113-127.
- Oberthür, Sebastian/ Ott, Hermann E. (1999): *The Kyoto Protocol. International Climate Policy for the 21st Century*, Berlin.
- Williams, Marc (2005): "The Third World and Global Environmental Negotiations: Interests, Institutions and Ideas" in *Global Environmental Politics* 5:3, S. 48-69.

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik



Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 76!

Herausforderung Eurasien

Shanghai Spirit
Russische Interessen
Chinas Strategien
Rätsel für die USA

Deutsche Außenpolitik
Das braune Amt

Brasilien nach Lula
Obamas Waterloo

Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!

bestellung@welttrends.de

[amazon.de](https://www.amazon.de)

www.welttrends.de

Ende der Rente mit 60 – Die französische Rentenreform 2010

Astrid Kufer¹



Astrid Kufer

Demonstrationen und Streiks begleiten im Herbst 2010 die Beratungen zur französischen Rentenreform. Verhindern können diese die Maßnahmen, darunter insbesondere die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahre, jedoch letzten Endes nicht. Im Vergleich zu Deutschland dürfen die französischen Arbeitnehmer damit auch zukünftig früher in Rente gehen, es wäre jedoch verkürzt, die Analyse der Altersvorsorge in Frankreich ausschließlich an den Altersgrenzen festzumachen. Auf den ersten Blick erscheinen die Systeme beider Länder durchaus ähnlich – sowohl was Aufbau und Finanzierung wie die daraus resultierenden Herausforderungen betrifft. Bei genauerem Hinsehen werden jedoch entscheidende strukturelle Unterschiede deutlich, welche den Spielraum für Reformen einschränken.

1. Altersvorsorge in Deutschland und Frankreich – die Unterschiede liegen im Detail

Was den Aufbau der Altersvorsorge betrifft, handelt es sich in beiden Ländern um so genannte ‚3-Säulen-Systeme‘ (vgl. Tabelle 1). Diese sehen neben einer gesetzlich geregelt, verpflichten-

den Ebene der Altersvorsorge (1. Säule), Instrumente der betrieblichen Zusatzversorgung (2. Säule) und Möglichkeiten der individuellen Altersvorsorge durch Lebensversicherung, Sparpläne, etc. (3. Säule) vor. Des Weiteren besteht in beiden Ländern eine staatlich finanzierte Grundsicherung für Geringverdiener. Innerhalb der gesetzlichen Ebene unterscheiden das deutsche wie das französische System organisatorisch die Altersvorsorge von Beamten, abhängig Beschäftigten in der Privatwirtschaft sowie freiberuflich Tätigen und Selbstständigen. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht in der Finanzierung des gesetzlichen Pfeilers, welche auf dem Solidaritätsprinzip basiert. Es handelt sich um eine Umlagefinanzierung, d.h. die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entrichteten Beitragszahlungen werden zur Finanzierung der laufenden Renten verwendet.

Da diese unmittelbar von der Zahl der Erwerbstätigen abhängig ist, stehen Frankreich wie Deutschland auch vor ähnlichen Herausforderungen: dem demografischen Wandel sowie der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die französische Prognose zur Bevölkerungsentwicklung erscheint dabei im Vergleich zu Deutschland noch etwas günstiger: Während französische Frauen –

laut Angaben von Eurostat – 2007 im Durchschnitt 2 Kinder hatten, bekommen deutsche Frauen der gleichen Altersgruppe lediglich nur mehr 1,4 Kinder. Positiv ist zudem die Entwicklung der Zuwanderung. Unbestritten ist aber ebenfalls, dass Franzosen heute im Durchschnitt deutlich älter werden als die Bürger anderer europäischer Länder. Frankreichs Gesellschaft altert also auch, aber sie altert vergleichsweise langsamer als die deutsche und schrumpft nicht.

Anders sind die Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt: Insgesamt entwickelte sich dieser in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich dynamischer (Arbeitslosenquote für 2009 in Frankreich 9,5%, in Deutschland 7,4%). Aufschlussreich ist zudem, dass in Frankreich Berufseinsteiger ebenso wie Arbeitnehmer über 55 deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Während in Frankreich 18% der 15-24jährigen ungewollt erwerbslos sind, ist dieser Anteil in Deutschland mit 11,9% geringer (Angaben des Statistischen Bundesamtes). Was die Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren betrifft, ging in Deutschland 2008 noch jeder zweite (genauer 53,8%) einer Erwerbstätigkeit nach, während dies in Frankreich nur für 38% der Fall war. Daraus resultiert, dass die französische Sozialversicherung die finanziellen Belastungen deutlich stärker als andere Länder auf die Gruppe der 30-60jährigen konzentriert.

Auch wenn die Beiträge aus Erwerbsarbeit immer noch die wichtigste Quelle der Finanzierung der Rentenversicherung darstellen, erfolgt in beiden Ländern zudem ein Transfer aus Steuereinnahmen (in Deutschland z.B. durch die Einnahmen aus der Ökosteuern). In Frankreich tragen u.a. Einnahmen aus Steuern auf Kapitalerträge (Dividenden, Lebensversicherungen, Immobilien) zur Finanzierung der Sozialversicherung bei. Laut Angaben der OECD ist der Anteil steuerfinanzierter Zuschüsse am Budget der Rentenversicherung in beiden Ländern mit knapp 25% ähnlich hoch.

Strukturelle Unterschiede

Bei der Analyse der französischen Altersvorsorge sind jedoch, trotz der genannten Gemeinsamkeiten, zwei entscheidende Unterschiede zu berücksichtigen. Dies betrifft die Zahl der Rentenversicherungs-Träger sowie die Bedeutung betrieblicher und privater Altersvorsorge.

Während in Deutschland die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten Ansprüche aus einer Einrichtung, der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), erwirbt, gibt es in Frankreich deutlich mehr Rentenkassen mit z.T. abweichenden Beitragssätzen und Berechnungsformeln. Man differenziert dabei auf Ebene der gesetzlichen Versorgung zwischen Grundversorgung und Zusatzversorgung. Letztere erfolgt in einigen Bereichen direkt durch den für die Grundversorgung zuständigen Träger, in anderen Bereichen wurden jedoch eigene Einrichtungen gegründet. Für den einzelnen Versicherten folgt hieraus, dass er in unterschiedlichen Versorgungseinrichtungen Rentenansprüche erwirbt, deren Berechnungsregeln (über Beitragsjahre oder über Punkte) allerdings voneinander abweichen können. Innerhalb der gesetzlichen Ebene wird zudem zwischen einzelnen Branchen, Berufsgruppen und Unternehmen mit Sonderstatus (u.a. Bahn, Nahverkehr) unterschieden. Daraus resultiert, dass allein in der gesetzlichen Ebene der Altersvorsorge mehr als 35 verschiedene Rentenkassen bestehen, was die Ermittlung der Rentenansprüche einzelner Arbeitnehmer, gerade bei Wechsel des Arbeitsplatzes, erschwert.

Ein weiterer entscheidender Unterschied ist in der Bedeutung der 2. und 3. Säule der Altersvorsorge zu sehen. Zwar gibt es auch in Frankreich seit 2003 Ansparinstrumente zur betrieblichen und privaten Altersvorsorge, diese werden jedoch bisher nur zögerlich wahrgenommen. Den Angaben der OECD zufolge verfügten 2007 in Deutschland 64% der Bevölkerung über eine betriebliche so-

wie 44% über eine individuelle kapitalgedeckte Zusatzversorgung. In Frankreich ist der Anteil jeweils deutlich geringer (15% für die betriebliche, weniger als 5% für individuelle Altersvorsorge). Entsprechend höher ist der Anteil der Einkünfte aus der gesetzlichen Versorgung am Durchschnittseinkommen französischer Rentner (vgl. Tabelle 1, Zusammensetzung der Durchschnittseinkommen der über 65jährigen).

2. Rentenreform 2010 – Fortführung der Reformbemühungen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise

Die eingangs erwähnten Demonstrationen und Streiks zeigen die politische wie soziale Bedeutung, welche die Franzosen der „Rente mit 60“ beimessen. Eingeführt wurde diese 1983 unter dem ersten sozialistischen Präsidenten der fünften Republik, François Mitterrand. Neben der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, der Mindestrenten und Familienbeihilfen sowie der Reduktion der Wochenarbeitszeit wurde sie zu einem der wichtigsten Symbole des französischen Sozialstaats. Änderungen an der Altersvorsorge erscheinen daher vielen als eine Verletzung des „französischen Modells“, und der Widerstand gegen diesbezügliche Reformen drückt zugleich Kritik an Liberalisierung und Globalisierung aus. Federführend waren dabei, nicht erst in jüngerer Vergangenheit, die Gewerkschaften der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (Angestellte von Bahn, Energieversorgern und Nahverkehrsbetrieben, Lehrer, Pflegekräfte). Sie schafften es erfolgreich, ihren Protest gegen die Reformen als Verteidigung des staatlich garantierten, öffentlichen Dienst (*service public*) zu präsentieren und sich damit die Unterstützung oder zumindest das Wohlwollen der Bevölkerung zu sichern. Der gewerkschaftliche Widerstand ist – obwohl in Mitgliederzahl wie Mitbestimmungsmög-

lichkeiten schwächer als deutsche Arbeitnehmervertretungen – umso wichtiger, als das politische System den Einfluss institutioneller Opposition (in Nationalversammlung und Senat) beschränkt und die Macht bei der Exekutive, also dem Präsidenten, konzentriert. Die Bilanz der gewerkschaftlichen Opposition gegen die Reform 2010 ist jedoch insgesamt, im Vergleich zu derjenigen früherer Jahre, durchwachsen. Dies gilt sowohl für die Teilnahme an den verschiedenen Aktionstagen und Demonstrationen wie den Streiks. Die Gründe hierfür sind sowohl auf Gewerkschafts- (lange Zeit keine gemeinsame Position) wie Regierungsseite (erfolgreiche Kommunikationsstrategie) zu suchen. Die Franzosen zeigten sich in den wiederholten Meinungsumfragen dem Projekt gegenüber kritisch, erkennen aber zugleich resigniert den Handlungsbedarf an.

Trotz vereinzelter Zugeständnisse konnten die Gewerkschaften daher auch 2010 den Trend vergangener Reformen nicht aufhalten:

- Kontinuierliche Erhöhung der erforderlichen Beitragsjahre seit 1993

Zwar konnten französische Arbeitnehmer bisher mit 60 in Rente gehen, jedoch nur, wenn sie mindestens 40,5 Beitragsjahre erbracht haben. Diese Zahl wurde seit 1993 nicht nur für die Angestellten des privaten Sektors, sondern auch für die Beamten und die Beschäftigten in Unternehmen mit Sonderstatus erhöht und soll bis 2020 auf 41,5 Jahre steigen. In Deutschland ist im Vergleich dazu das gesetzliche Renteneintrittsalter (mit 65 bzw. 67 ab 2029) höher, die erforderliche ‚Wartezeit‘ jedoch mit 35 Jahren deutlich niedriger. In Frankreich werden für jedes fehlende Quartal finanzielle Abzüge fällig (vgl. hierzu Tabelle 2).

- Annäherung von öffentlichem und privaten Sektor

Seit 2003 wurden die Regelungen für die Angestellten des öffentlichen wie privaten Sektors, trotz erheblicher Prote-

ste der Gewerkschaften, zumindest teilweise angeglichen. Dies betrifft die Berechnungsgrundlage der Renten, für welche nicht mehr die Lohn- sondern die Preisentwicklung herangezogen wird. Dennoch profitieren Beamte und bestimmte Gruppen des öffentlichen Dienstes (u.a. Polizei, Zoll, Pflegepersonal) immer noch von zahlreichen Sonderregelungen, wie z.B. niedrigeren Altersgrenzen für den Renteneintritt.

Diese Maßnahmen reichen jedoch mittel- und langfristig nicht aus, um den wachsenden Finanzierungsbedarf zu decken. Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die daraus resultierende rapide Verschlechterung der finanziellen Situation der Rentenversicherung und Staatsverschuldung beschleunigte diese Entwicklung. In der gesetzlichen Ebene der Rentenversicherung wird allein für das Jahr 2010 ein Defizit von knapp 30 Milliarden € erwartet. Knapp jede zehnte Rente wird damit durch Schulden finanziert. Der französische Staatshaushalt weist zeitgleich ein Defizit von 8% auf. Es soll durch Kürzungen in der Verwaltung, Streichung von Steuern sowie Einsparungen bei Sozialleistungen bis 2013 wieder auf die im Maastricht-Vertrag vereinbarte Höchstgrenze von 3% heruntergefahren werden.

Eckpunkte der Rentenreform 2010

Vorrangiges Ziel der französischen Reform ist daher der Ausgleich des für das Jahr 2018 in der Rentenversicherung erwarteten Defizits von 43,8 Milliarden € (vgl. Tabelle 3). Damit soll ein Signal an Beitragszahler und Rentner (mittel- und langfristige Garantie der Renten trotz der Wirtschaftskrise) sowie die internationalen Finanzmärkte (Bewertung der Kreditwürdigkeit Frankreichs) ausgehen. Um den wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu gefährden, wurde auf Kürzungen der laufenden Renten und Beitragserhöhungen verzichtet.

Wie schon in der Vergangenheit entschied sich die französische Regierung

vielmehr für eine Erhöhung der Altersgrenzen. Dies betrifft sowohl das gesetzliche Eintrittsalter, aber auch das Regelpensionsalter. Die Altersgrenzen wurden für alle Beschäftigten, also für die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie für die Versicherten in den Unternehmen mit Sonderstatus um zwei Jahre erhöht. In den meisten Fällen bedeutet dies, dass die Betroffenen nunmehr bis 62 arbeiten müssen. Für die Beschäftigten von Polizei, Zoll, Feuerwehr und Krankenhäusern gelten zukünftig die Grenzen 52 bzw. 57. Auch das Regelpensionsalter, also jenes Alter, ab dem der Versicherte, unabhängig von der Zahl der erbrachten Beitragsjahre, in jedem Fall eine abschlagsfreie Rente erhält, wurde von 65 auf nun 67 erhöht. Aus dieser Maßnahme allein erwartet sich die Regierung Erlöse in Höhe von 18,6 Milliarden €. Weitere Einnahmen in Höhe von knapp 4,9 Milliarden € sollen durch Steuererhöhungen (u.a. Einkommens- und Kapitalsteuern) erreicht werden. Damit soll der solidarische Charakter der Reform unterstrichen und eine finanzielle Beteiligung der Besserverdienenden erreicht werden. Allerdings stellt diese im Vergleich zu den anderen Posten, u.a. dem auch zukünftig nötigen, bereits eingeplanten staatlichen Zuschuss in Höhe von 15,9 Milliarden €, einen vergleichsweise kleinen Anteil dar. Einnahmen aus der Angleichung der Beitragssätze der Arbeitnehmerbeiträge der Beamten an diejenigen des privaten Sektors (geschätzt 4 Milliarden €) sowie 2,4 Milliarden € aus einem Transfer aus der Arbeitslosenversicherung schließlich gleichen das erwartete Defizit zumindest rechnerisch aus. Dies gilt einschließlich der erwarteten Kosten für die vereinbarten Zugeständnisse (Kosten in Höhe von rund 2 Milliarden €).

Die kurzfristige Konsolidierung des Defizits der Rentenversicherung und nicht der langfristige Umbau des Systems stehen somit im Zentrum der Re-

form. Zum diesem Zwecke werden auch die eigentlich für die Zeit nach 2020 gebildeten Rücklagen bereits ab 2012 ausgeschüttet. Zudem erfolgt eine rasche Umsetzung der Neuregelungen, im Falle des gesetzlichen Eintrittsalters beginnt diese ab 2012 durch eine Erhöhung von vier Monaten pro Jahr und ist bis 2018 abgeschlossen. Die in Deutschland beschlossene Erhöhung der Altersgrenzen wird dagegen erst 2029 abgeschlossen sein.

Ein anderes Element der verabschiedeten Reform verdient jedoch, unabhängig von seinem finanziellen Gewicht, besondere Beachtung: die Frage der Schwerarbeit (frz. *pénibilité*). Es handelt sich um die erstmalige Anerkennung von Arbeitsunfähigkeit in Folge spezifischer Arbeitsbedingungen (Schichtarbeit, Belastungen durch krebserregende Stoffe, Lärm oder das Heben schwerer Lasten). Diese sollen in die Prüfung der Arbeitsfähigkeit miteinbezogen werden, wohingegen die Prüfung der Erwerbsminderung in Deutschland ausschließlich auf Basis medizinischer Gründe erfolgt. Liegt eine Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit von mindestens 10% vor, kann der Betroffene auch zukünftig mit 60 in Rente gehen. Allerdings ist noch vieles unklar, z.B. die Zusammensetzung der Kommissionen oder die Anerkennung erst verzögert auftretender Erkrankungen. Schätzungen von Arbeitsministerium und Gewerkschaften zufolge könnten von der Regelung rund 30.000 Personen pro Rentenzugang profitieren.

3. Bilanz und Ausblick – Wann kommt die Strukturreform?

Was die eingangs erwähnten strukturellen Probleme der französischen Rentenversicherung betrifft, gibt es zwar durchaus Lösungsansätze, doch weicht die Politik einer Diskussion hierzu bisher weitestgehend aus.

Zum einen droht, bedingt durch das ausschließliche Festhalten an der solida-

rischen, umlagefinanzierten Altersvorsorge, ein Vertrauensverlust jüngerer Generationen. Für sie ist die ununterbrochene Erwerbsbiografie, auf welcher das französische Rentensystem beruht, aufgrund längerer Ausbildungszeiten und befristeter Arbeitsverträge zunehmend unrealistisch. Dies erschwert es ihnen nicht nur, die erforderlichen Beitragsjahre zu erreichen, sondern sie verfügen zudem, aufgrund sinkender Löhne, kaum über die Möglichkeit, individuelle Vorsorge für das Alter zu treffen. Wenig vertrauensfördernd ist auch die Intransparenz der französischen Rentenversicherung, resultierend aus der institutionellen Zersplitterung. Zumindest letzterem könne, so Antoine Bozio und Thomas Pitteky, durch Umstellung auf ein Punktesystem (wie in Deutschland bereits der Fall) oder ein individuelles Rentenkonto begegnet werden. Dieser Vorschlag wurde in der Debatte zur Reform 2010 jedoch ebenso wenig aufgegriffen wie die Forderung nach einer Reorganisation bzw. Zusammenlegung der zahlreichen Rentenkassen.

Andere Überlegungen betreffen die Frage der Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer. Trotz bestehender gesetzlicher Vorgaben, welche die Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeitsplätzen für ältere Arbeitnehmer zwingen sollen, ist die Arbeitslosenquote älterer Arbeitnehmer sehr hoch. Das Problem verlagert sich daher von der Renten- in die Arbeitslosenversicherung. Damit einher geht ein wachsendes Risiko der Altersarmut, welches bereits jetzt insbesondere Frauen, Geringverdiener und Beschäftigte in Teilzeitbeschäftigungen betrifft.

Keines der beiden großen politischen Lager zeigt sich bisher zur Diskussion struktureller Reformen bereit. Dies wird deutlich in der Ankündigung, auch langfristig vorrangig auf der Umlagefinanzierung als wichtigstem Pfeiler der Rentenversicherung festzuhalten. Ein Ausbau der 2. und 3. Säule der Altersvorsorge oder Umstellung auf ein Punkte-

system stehen dagegen nicht zur Debatte. Die von der größten Oppositionspartei, der sozialistischen Partei, vorgelegte Alternative setzt im wesentlichen auf Steuererhöhungen und lässt die bestehenden Regelungen unangetastet. Im Falle eines Wahlsiegs 2012, würde die PS, so die Ankündigung ihrer Parteivorsitzenden Martine Aubry, die im Herbst 2010 verabschiedete Reform wieder rückgängig machen. Doch auch die von der konservativen Regierung vorgelegten Vorschläge können nur bedingt überzeugen. Dies gilt insbesondere für

ihre Einschätzung der Entwicklung von Arbeitsmarkt und Wirtschaft, welche von externen Beobachtern deutlich skeptischer bewertet wird.

Mit der Rentenreform 2010 wird ein symbolisch und daher auch politisch wie gesellschaftlich wichtiger Schritt vollzogen, die strukturellen Probleme jedoch bleiben bestehen und werden voraussichtlich in den kommenden Jahrzehnten noch deutlich stärker zu Tage treten. Mit der nächsten Rentenreform ist somit spätestens 2019/2020 zu rechnen.

Tabelle 1: Aufbau der Rentenversicherung

	Frankreich	Deutschland
1. Gesetzliche Ebene/ Pfeiler	<p>Zweigliedriges System: Grundversorgung und Zusatzversorgung</p> <p><i>Abhängig Beschäftigte:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Beamte/Angestellte im öffentlichen Dienst (verschiedene Sondersysteme) – Abhängig Beschäftigte z.B. in Landwirtschaft (MSA), Industrie, Handel, Dienstleistungen (CNAV, ARRCO-AGIRC), Regime der Unternehmen mit Sonderstatus wie u.a. Krankenhäuser, Bahn <p><i>Selbstständige:</i> Regime für Landwirtschaft, Handwerk, Freie Berufe, Künstler, Kirche</p>	<p><i>Abhängig Beschäftigte:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Beamtenversorgung – Arbeiter und Angestellte: Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) <p><i>Selbstständige:</i> Alterssicherung der Landwirte, Berufsständische Versorgungssysteme, Sondereinrichtungen für Selbstständige in der GRV (Künstler, Handwerker), Freiwillig Versicherte</p>
2. Betriebliche Zusatzversorgung	PERCO	Beamtenversorgung, Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Betriebliche Altersvorsorge
3. Individuelle Altersvorsorge	Lebensversicherung, PERP	Lebensversicherung, Riester-Rente
4. Grundversicherung	Grundversorgung (<i>Minimum Vieillesse</i>) und <i>Minimum contributif</i>	Bedarfsorientierte Grundversorgung im Alter
Zusammensetzung der Durchschnittseinkommen der über 65jährigen*	aus gesetzlicher Rente: 85% aus betrieblicher und privater Vorsorge: 8% aus Erwerbstätigkeit: 6%	aus gesetzlicher Rente: 73% aus betrieblicher und privater Vorsorge: 15% aus Erwerbstätigkeit: 12%
Anteil der Be-	auf betrieblicher Ebene : 15%	auf betrieblicher Ebene: 64%

	Frankreich	Deutschland
völkerung mit kapitalge-deckter Zu-satzvorsorge (in %) **	privat : < 5%	privat: 44%
Bruttoer-satzquote in % des indivi-duellen Bruttoarbeitsent-gelts 2007 **	53,3%	43%

Eigene Zusammenstellung

* Angaben der OECD und des COR, vgl. Assemblée nationale, Rapport d'information N° 2700, 6 juillet 2010

** OECD: Renten auf einen Blick: Renteneinkommenssysteme in den OECD-Ländern 2009. Die Bruttoersatzquote bezieht sich einen Indikator, der die Höhe des nach der Pensionierung bzw. Verrentung bezogenen Ruhestandseinkommens als einen Prozentsatz des individuellen Erwerbseinkommens zum Zeitpunkt des Rententritts ausweist.

Tabelle 2: Altersgrenzen

	Frankreich		Deutschland	
	derzeit	ab 2012	derzeit	ab 2012
Gesetzliches Renteneintrittsalter	60	62	65	67
Erforderliche Beitragsjahre	min. 40,5	min. 41,5 (ab 2020)	min. 35	min. 35
Regelpensionsalter *	65	67	65	67
Höhe Abschläge	1,75% / Quartal		3,6% / Jahr	
Schrittweise Umsetzung der Reform	bis 2017 (Gesetzliches Renteneintrittsalter) bzw. 2023 (Regelpensionsalter)		bis 2029	
Effektives Renteneintrittsalter 2009 **	59,3		61,6	
Sonderregelungen nach Reform	Früheres Renteneintrittsalter für bestimmte Berufsgruppen wie Polizei (52), Feuerwehr, Zoll, Krankenschwestern (57), sowie für Beschäftigte mit Berufsbeginn vor dem 18. Geburtstag (<i>carrières longues</i>)		z.B. für Arbeitnehmer mit 45 Beitragsjahren Rente mit 65, Renten-antritt für alle möglich ab 63 unter Abschlägen mit min. 35 Beitragsjahren	

Eigene Zusammenstellung auf Basis von Angaben der OECD und des COR, vgl. Assemblée nationale, Rapport d'information N° 2700, 6 juillet 2010

* Alter, mit dem das Mitglied eines Vorsorgesystems Anspruchsberechtigung auf eine volle Pensions- bzw. Rentenleistung erreicht (d.h. unabhängig von der Zahl der erbrachten Beitragsjahre)

** Alter in dem eine Person tatsächlich in den Ruhestand tritt (z.T. unter Abschlägen)

Tabelle 3: Finanzielles Gewicht der Maßnahmen der Rentenreform (Angaben in Milliarden €)

Prognose Saldo der französischen Rentenversicherung 2018	- 43,8
Staatlicher Zuschuss	+ 15,9
Erwartete zusätzliche Einnahmen	
– aus Erhöhung der Altersgrenzen	+ 18,6
– aus Steuererhöhungen	+ 4,9
– aus Angleichung der Beitragssätze	+ 4,0
– aus Transfer aus der Arbeitslosenversicherung	+ 2,4
Zusätzliche Kosten für Maßnahmen zu Gunsten der <i>carrières longues, pénibilité</i> , u.a.	-2,0

Eigene Darstellung auf Basis der Angaben des Ministère du Travail, de la Solidarité et de la Fonction Publique

Anmerkung

- 1 Astrid Kufer ist Doktorandin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart. Dieser Beitrag entstand im Rahmen ihrer Tätigkeit für das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg über welches eine ausführlichere Fassung (AFA Nr. 24) bezogen werden kann (info@dfi.de).

Der inhomogene Währungsraum – Das Grundproblem des Euro

Hans-Hermann Hartwich



Hans-Hermann
Hartwich

An einer Krise des Eurosystems – und das ist mehr als der jeweilige Kurswert des Euro – bestehen seit den aufgedeckten Finanzmanipulationen Griechenlands, der faktischen Insolvenz irischer Banken und den hohen Staatsverschuldungen weiterer Mitgliedstaaten keine Zweifel. Aber ist das Jahr 2011 nun schon das „Schicksalsjahr des Euro“? Die überwiegend genannten Problembereiche betreffen zunächst einmal und in erster Linie die Schulden und die aufgetürmten Haushaltsdefizite bestimmter Mitgliedsländer des Eurosystems. Gerät dieses System damit selbst in Gefahr?

1. Griechenland

Griechenland, Mitglied des Eurosystems, lieferte das Modell. Die durch innerstaatliche Fehler und Misswirtschaft verursachten Zahlungsbilanzschwierigkeiten verstärkten sich gleichsam in progressiver Weise durch Finanzspekulationen von Devisenhändlern und Finanzmanagern gegen das in Schwierigkeiten geratene Land. Es benötigte Kapital zur Ablösung seiner Kredite. Wegen seiner Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit erhielt das Land neue Kredite nur unter Hinnahme überhöhter Zinssätze. Dadurch erhöhte sich die Staats-

schuld. Überdies verstärkte sich der Druck auf die Regierung, mittels drastischer Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Ohne Hilfe von außen musste der Zangengriff von innen und von außen zur Zahlungsunfähigkeit führen.

Hier trat die Europäische Währungsunion auf den Plan. Die Union bestand in diesem Fall aus den Regierungen der Eurostaaten unter enger Kooperation mit der Europäischen Zentralbank. Auch der Internationale Währungsfonds beteiligte sich. Die EU-Kommission ist nicht Akteur, sondern Hilfsorgan. Eine direkte Hilfe für Griechenland war nach dem EU-Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen. Art. 125 AEUV besagt: „Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen ... von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein...“ Eine offene Missachtung dieser „No Bailout“-Klausel hätte z.B. das Bundesverfassungsgericht auf den Plan gerufen.

Andererseits konnten die Mitgliedstaaten das griechische Problem – ungeachtet des Umstandes, dass schon die Mitgliedschaft Griechenlands im Währungssystem durch falsche Angaben erschlichen worden war – nicht einfach ignorieren und Griechenland sich selbst überlassen. Denn das Eurosystem konnte

in Gefahr geraten. Diese Gefahr besteht, grob gesagt darin, dass immer mehr Mitgliedstaaten in finanzielle Schwierigkeiten geraten und jede weitere Hilfe die Gesamtdefizite vergrößert. Kurz, alle Mitgliedstaaten des Eurosystems haben ein Interesse daran, rechtzeitig eine Abwärts-spirale des Eurowertes zu verhindern.

2. Kein Zurück zur DM

Die Frage hinter einer Griechenland-Hilfe heißt aber nicht nur: „Was soll man tun, um das Eurosystem zu erhalten?“ Die erste – ketzerische – Frage lautet durchaus auch: „Soll man den Euro retten?“ Lohnt es sich, für den Erhalt des Euro-Systems zu kämpfen. Insbesondere, lohnt es sich für Deutschland. Nach reiflicher Überlegung sei die Antwort: Ja !

Zwar würde die Aufgabe des Euro als Währung nicht bedeuten, dass damit schon die „Vollendung des europäischen Binnenmarktes“ hinfällig würde. Hier gibt es seit langem feste und verlässliche Rechtsvorschriften in den Verträgen. Und die Mechanismen der Wirtschaftsgestaltung in Einzelvorschriften durch die EU-Kommission und ihren gewaltigen Apparat sind eingeschliffen. Sie haben ein Fundament geschaffen, das kaum noch aufgebrochen werden kann. Der Marktzugang bliebe auch für die deutsche Wirtschaft erhalten. Anders noch: Sie ist und bleibt Teil des gemeinsamen europäischen Marktes. Ein Funktionieren des gemeinsamen (europäischen) Marktes könnte man sich auch ohne eine gemeinsame Währung vorstellen. Aber die würde ja nicht neu geschaffen. Sondern sie existiert mit 17 Mitgliedstaaten. Das wäre der Ausgangspunkt jeden Ausstiegs aus der Währungsunion.

In diesem Bedingungs-feld und angesichts der bereits erreichten Annäherung im Eurosystem würde bei einem Ausstieg der Kurs einer erneuerten und stabilen D-Mark – ebenso wie die Währungen der Niederlande, Luxemburgs

und Österreichs – bei gleichzeitiger Abwertung der meisten anderen nationalen Währungen des Eurosystems in einem Ausmaß ansteigen, dass der deutsche Export einbräche.

Von noch größerem Nachteil wäre, dass man sich nicht vorstellen kann, wie sich nationale Währungen, selbst eine starke Währung wie die DM, unter den global agierenden Währungen der großen Volkswirtschaften heute und in naher Zukunft behaupten könnten. Sicher gibt es noch eine Fülle weiterer Gesichtspunkte bei einer Aufgabe des Eurosystems. Sie lassen nicht erkennen, dass ein solcher Schritt vorteilhaft wäre.

3. Alternativen

Soll die Währungsunion erhalten bleiben, gibt es im Prinzip zwei grundsätzlich verschiedene Folgerungen:

Erstens: Es wird ein „einheitlicher Währungsraum“ für die Währungsunion geschaffen, der nur nationale Wirtschaftsräume umfasst, die annähernd gleich stark sind, und durch ihre tatsächlich vorhandene „Konvergenz“ als Zustand und Prozess, also vor allem in ihrer Entwicklung, das stabile Fundament für den Euro abgeben. In der Realität würde dies bedeuten, dass mehrere Mitgliedstaaten das Währungssystem verlassen müssten, oder

zweitens: Die fehlende Einheitlichkeit des Währungsraumes wird durch ein System fiskalischer Verzahnungen (z.B. durch die Ausgabe von Euro-Bonds) und wechselseitiger Hilfen („Transferunion“) ersetzt, die sehr konkret und kontrolliert Abweichungen einzelner ausschließen. Es wird damit in die nationale Finanzhoheit eingegriffen. Verträge müssten erneut geändert werden.

In beiden Fällen könnte es gelingen, die Stabilität des Euro nach innen und nach außen zu gewährleisten.

4. Versäumnisse des Anfangs

Die offensichtlich fehlende wirtschaftliche Konvergenz der damaligen EU-Mitgliedstaaten hatte schon vor und bei der Gründung des „Europäischen Wirtschafts- und Währungssystems“ eine große Rolle gespielt und Besorgnisse ausgelöst. „Wirtschaftliche Konvergenz“ bedeutet generell „Annäherung volkswirtschaftlicher Schlüsselgrößen unterschiedlicher Volkswirtschaften im Zeitablauf“ (W. Harbrecht/J. Schmid, 1987). „Konvergenz“ zielt primär auf die wirtschaftlichen Prozesse, die Entwicklung also. Es ist ein Missverständnis, Konvergenz allein auf ein bestimmtes Datum mit konkreten gleichen oder ähnlichen makroökonomischen Größen abzustellen. Genau dies aber geschah bei der Gründung der Währungsunion.

Trotz erkennbar fehlender Homogenität der Volkswirtschaften wurde die überraschend große Zahl von 11 Staaten den Konvergenzkriterien der Verträge gerecht. Nach gründlicher Bewertung durch höchsten europäischen Sachverständigen (Rat der EU-Finanzminister, Ecofin; Europäische Kommission; Europäisches Währungsinstitut; Deutsche Bundesbank), wurden die 11 Staaten als Gründungsmitglieder anerkannt. Immerhin hatten sie in relativ wenigen Jahren die politische Kraft aufgebracht, sich in wichtigen ökonomischen Grunddaten nachvollziehbar einander anzunähern. Die Skepsis in der politischen Öffentlichkeit, dass es wirklich gleich 11 Staaten geschafft haben sollten, blieb bestehen.

Nachweislich hatten diese Staaten in einer Art Bewährungsfrist von mehreren Jahren ihre Wirtschaftsindikatoren, Inflationsrate und langfristige Zinssätze, angeglichen und keine Wechselkursänderungen vorgenommen. Komplizierter gestaltete sich die Frage nach dem jährlichen Staatsdefizit (unter 3% des BIP) sowie nach der Gesamtverschuldung, deren Stand bei 60% des BIP liegen sollte. Bei der Auswahl der

letztlich als Mitglied in Frage kommenden Staaten stellte sich aber schnell heraus, dass ökonomisch notwendige Kriterien, sie mögen noch so streng formuliert werden, politisch nicht durchsetzbar sind, wenn sie die nationalstaatliche Souveränität tangieren.

So wiesen Italien und Belgien eine Gesamtverschuldung von jeweils 118,1% des BIP (statt 60%) im Jahre 1998 auf. Sie verfehlten damit eindeutig eines der beiden wichtigsten Kriterien für die Aufnahme in die Währungsunion. Aber: Italien war Gründerstaat der EWG („römische Verträge“) und Belgien ein „klassisches“ und bewährtes „Benelux-Land“ der EWG-Gründung von 1957. Konnte man diese Staaten wegen eines makroökonomischen Kriteriums ausschließen? Die wirtschaftliche Vernunft unterlag letztlich der europapolitischen Realität. Es sollte nicht bei diesem ersten „Sündenfall“ bleiben.

5. Stabilitätspakte

Da sich die strengen ökonomischen Aufnahmekriterien für die Währungsunion nicht hatten durchsetzen lassen, machte sich die Regierung Kohl mit Finanzminister Waigel schon 1997 für einen zusätzlichen „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ stark, der – die Vertragsbestimmungen ergänzend – 1997 beschlossen wurde.

Der Stabilitätspakt zur Sicherung einer dauerhaften Übereinstimmung der Finanzpolitik mit den Anforderungen eines soliden Haushalts als frühzeitiger Indikator von Fehlentwicklungen war umstritten, weil er allzu gut in die umstrittene „Stabilitätspolitik“ der Regierung Kohl passte, die der Beschäftigung zu wenig Aufmerksamkeit schenkte. Er war aber, wie sich heute zeigt, richtig, wenngleich wirkungslos. Der Stabilitätspakt sah sowohl vorbeugende als auch abschreckende Maßnahmen vor. Wegen der Gefahr steigender Staatsdefizite wurde 1999 noch ein „Frühwarn-

system“ der EU-Kommission eingerichtet. Wenige Jahre später zeigte sich, dass auch diese Absicherung einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten nicht funktionierte. Nun waren es konjunkturpolitische, vor allem beschäftigungspolitische, Gründe, die eine strikte gemeinsame Stabilitätspolitik durchkreuzten.

So stiegen infolge weltwirtschaftlicher Konjunkturschwächen die Haushaltsdefizite gerade der „großen“ Mitgliedstaaten des Eurosystems, Deutschland, Frankreich und Italien, bis 2002 über 3% des BIP. Weil diese drei Staaten vorrangige Gründe für eine eher nachfrageorientierte Haushaltspolitik zur Konjunkturankurbelung sahen, setzten sie mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht (69,6% des BIP der Euro-Mitgliedstaaten) die Hinnahme eines steigenden „übermäßigen“ Defizits durch. Der Stabilitätspakt wurde „aufgeweicht“. In der SZ hieß es dazu am 26.9.2002, für das historische Projekt der Gemeinschaftswährung komme bereits nach neun Monaten der erste Härtefall. Schon zu einem so frühen Zeitpunkt drängten „in brutaler Deutlichkeit“ die Fragen in den Vordergrund, die die Eurozone in den kommenden Jahren prägen sollten (GWP 4/2002, 447-461). In dem Defizitverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland und Frankreich bestätigte der Europäische Gerichtshof, dass die Nationalstaaten und nicht die EU-Kommission Herr des Verfahrens seien. Deutlicher konnte die Wirkungslosigkeit des Stabilitätspakts nicht aufgezeigt werden.

Am 20./21.3.2005 kam es dann zu einer Einigung über eine erneute Reform. Sie bedeutete eher eine Abkehr vom „Stabilitätspakt“ – und eine Hinwendung zum „Wachstums“pakt entsprechend der weltwirtschaftlichen Konjunktur. Es gab neue zusätzliche Gründe für die Überschreitung des Referenzwertes und Einschränkungen bei der Einleitung von Defizitverfahren durch die Kommission. Eine Statistik von Eu-

rostat aus diesem Zeitraum zeigt, dass Griechenland ein Haushaltsdefizit von 6,1% hatte (statt 3%) und auch Deutschland und Frankreich mit 3,7% des BIP über dem Referenzwert lagen. Nun nannte die FAZ die Währungsunion eine „Schuldenunion“ (22.3.2005) (GWP 2/2005, 213-220). Bis zur nächsten Krise dauerte es nur wenige Jahre.

6. Rettungsschirme

Im Zuge der weltweiten Finanz- und Bankenkrise ab Herbst 2007 in den USA, Großbritannien und – beginnend mit Griechenland – in Staaten der Europäischen Währungsunion entwickelten sich völlig neue – und nun wieder entgegen gesetzte – Anforderungen an die Stabilitätspolitik der Mitgliedstaaten des Eurosystems. Es zeigte sich unwiderlegbar, dass kein Weg am anfangs geplanten harten Stabilitätscurs zur Sicherung der Konvergenz der Mitgliedstaaten im Euroraum vorbei führte. Mitgliedstaaten, die diesem Grundsatz nicht gefolgt waren, gerieten in der Krise mit hohen Haushaltsdefiziten in Zahlungsschwierigkeiten. Sie mussten neue Kredite auf den internationalen Finanzmärkten aufnehmen. Dabei zeigte sich in aller Deutlichkeit die Abhängigkeit der einzelnen Nationalstaaten von den globalen Finanzmärkten. Die Schwierigkeiten der Nationalstaaten wurden vor allem von internationalen Kapitalanlegern und -spekulantInnen ausgenutzt, jede Schwäche „bestraft“, indem Kredite wie Staatsanleihen und Schuldverschreibungen für die Schuldner immer teurer wurden. Internationale Rating-Agenturen stuften Kapitalanlagen in den Schuldnerstaaten als äußerst risikoreich ein. Immer schwieriger wurde es also für Mitgliedstaaten des Eurosystems, Staatsanleihen zu begeben, um ihre Funktionsfähigkeit zu sichern.

Im Falle Griechenlands hatte sich erstmals die Frage gestellt, ob ein Mit-

glied des Eurosystems zahlungsunfähig (insolvent) werden könnte. Ob es nicht statt einer fortlaufenden Schuldenfinanzierung besser wäre, über eine erklärte Insolvenz zur Umschuldung zu gelangen und damit die staatliche Finanzierung wieder auf festen Boden zu stellen? Aber konnte dies bei einem Euro-land zugelassen werden, ohne dass die Folgen unabsehbar wurden? Könnte dann nicht ein Eurostaat nach dem anderen aus dem Eurosystem mittels verweigerter Kredite oder überhöhter Kreditzinsen heraus gebrochen werden?

Aus der Griechenland-Krise, deren Lösung noch mit speziellen Kreditgarantien der einzelnen Eurostaaten und der Weltbank versucht wurde, entwickelte sich der „Rettungsschirm“ der EU als prinzipiell gültige Vorsorge. Dabei stellt jedes Euromitglied für den Notfall Kapital zu vertretbaren Zinsen zur Verfügung, die es seinerseits auf Grund seiner Bonität günstiger erhalten konnte. Das Kapital – verwaltet vom ESFS-Fonds („Finanzstabilisierungsfazilität“) – dient vor allem als Garantie im Falle von staatlicher Zahlungsunfähigkeit. Es wurde und wird erst fällig, wenn ein Staat wirklich insolvent ist. De facto haben wir es also schon bei diesem „Schirm“, ob er nun 750 Mrd € (bis 2013) oder mehr umfasst, mit einer (noch begrenzten) europäischen Haftungsgemeinschaft zu tun. Zur Zeit ist dies ein vertragsrechtlicher Verstoß gegen die „No Bailout“-Klausel des Art. 125 (AEUV).

Die neuen Probleme abseits des Vertragsrechts liegen auf der Hand: So wird zum Beispiel Deutschland auf Grund seiner Einlagen in das europäische Währungssystem, bester Bonitätsraten und infolge seines wirtschaftlichen Gewichts stets den Löwenanteil eines derartigen „Schirms“ zu finanzieren haben. Die gesellschaftspolitische Frage der Finanzierung europäischer Defizite lautet dann: Was kann man der eigenen Bevölkerung zumuten? Die Innenpolitik des haftenden Staates wird in

jedem Fall schwer durch eine Regierungspolitik belastet, die der eigenen Bevölkerung steuerfinanzierte Beiträge für andere abverlangt, die ihre Wirtschaft und ihren Wohlstand wesentlich leichtfertiger finanziert haben und nun vor der Pleite stehen.

Die fiskalische Seite ist ihrerseits eminent politisch, weil sie die Souveränität des Schuldnerstaates konkret einschränkt. Denn Bedingung der europäischen Gläubiger und des Mitfinanciers IWF sind härteste Auflagen für die Wirtschaft und die Finanzen des Schuldnerstaates. „Haushaltsdisziplin“ wird also nun von außen mit schwerwiegenden innenpolitischen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Bevölkerung aufgezwungen.

Nun ist nicht zu übersehen, dass der „Rettungsschirm“ in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung seinerseits krisenanfällig ist. Die Gesamtsumme setzt sich zusammen aus 440 Mrd. € Kreditgarantien aller Euroländer (Steuergelder aus den Eurostaaten; für Deutschland allein bewilligte der Bundestag zur Zeit 148 Mrd. €), 60 Mrd. € aus dem Notfallfonds der EU-Kommission und Hilfen des IWF (max. 50% des europäischen Einsatzes). De facto sind diese Mittel also begrenzter als es in der Gesamtsumme von 750 Mrd. € zum Ausdruck kommt. So müssen allein 190 Mrd. € als Garantien zur Verfügung stehen, um die Bonität des ESFS-Fonds zu sichern. Präventive Wirkungen hat der Schirm nicht. Private Gläubiger der Euro-Länder sind gegenwärtig nicht einbezogen.

Die umstrittene Neugestaltung des „Rettungsschirms“ soll die Garantiesummen erhöhen, präventiver ausgelegt sein, effektiver wirken. Wenn man auf diesem Wege, dem Weg zu offener Hilfe („Transferunion“) ist, macht es auch Sinn, über gemeinsame Anleihen der Eurostaaten („Euro-Bonds“) nachzudenken. Hierbei würden sich Bonitätsraten und Zinsaufschläge für jeden Zeichnerstaat eher moderat verändern beziehungsweise verschlechtern. Auch Um-

schuldungen mit Verzicht auf Forderungen im Rahmen des Eurosystems wären keine Revolution. Dasselbe gilt für die Schaffung eines europäischen Währungsfonds nach dem Vorbild des IWF.

Interessant ist bei der Diskussion über eine fiskalische Umgestaltung der Währungsunion, dass sich ausgerechnet die EU-Kommission als treibende Kraft geriert. Sie ist weder zuständig, noch hat sie Eigenmittel. Sie ist auch nicht legitimiert, die notwendigen gravierenden Eingriffe in die Finanzhoheit der Eurostaaten vorzuschlagen. Sie ist den Steuerzahlern gegenüber nicht verantwortlich. Ihre Betriebsamkeit seit Monaten auf diesem Feld kann nur als Versuch gedeutet werden, anlässlich der notwendigen Neuregelungen durch Vertragsänderungen in Finanzangelegenheiten mehr Macht und Gewicht im Eurosystem zu erlangen, aus in dem sie bislang faktisch ausgeschlossen ist. Diese Seite der Veränderungen sollte nicht übersehen werden. Die EU-Kommission hat zwar viele Ämter, aber in den gewichtigen Politikfeldern hat sie weder Kompetenzen noch Verantwortung. Eine Gelegenheit, dies zu ändern, bietet ihr nun die Sorge um den Euro.

7. Rettung durch Gleichklang, nicht Schirme

Ein „Rettungsschirm“ des Europäischen Währungssystems, wie immer er aussieht, bringt dann eine qualitative Veränderung des gesamten Systems, wenn er effektiv ist. Deswegen ist es nicht einmal das Allerwichtigste, dass die Währungsunion zu einer „Transferunion“ umgestaltet wird. Dieses Ergebnis liegt in der Natur der Sache. Noch wichtiger ist nach den Erfahrungen der ersten fast 10 Jahre, ob es möglich ist, die Inhomogenität der Mitgliedstaaten soweit zu beseitigen, dass der Euro in Zukunft wenigstens annähernd einen einheitlichen Währungsraum repräsentiert, der auch handlungsfähig ist.

„Homogenität“ der Mitgliedstaaten besagt eben nicht nur, dass bestimmte „Konvergenzkriterien“ an einem bestimmten Zeitpunkt bestehen oder erarbeitet wurden. Das Problem ist grundsätzlicher und schwieriger. Es schließt die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft ein. Es schließt die Bereitschaft ein, in zentralen Bereichen der heutigen Wohlfahrtsstaaten ein annähernd gleiches Niveau zu akzeptieren; vom Mindestlohn bis zum Renteneintrittsalter z.B., auch beim Konsumieren und Sparen.

Wagen wir uns einmal ins Konkrete: Nach den Statistiken (hier: Wirtschaftsblatt, Wien, 21.1.2011) und der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung bis Ende 2010 dürften etwa sieben Mitgliedstaaten des Eurosystems die notwendige „Homogenität“ aufweisen: Luxemburg, Finnland, Niederlande, Frankreich, Deutschland, Österreich, Malta, Estland. Anpassungsfähig erscheinen Zypern, Slowakei und Slowenien. Als problematisch müssen gelten: Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Belgien. Italien (115,8%), Griechenland (115,1%) und Belgien (96,7%) weisen, gemessen am BIP, die höchste Gesamtverschuldung auf.

Freiwillig oder Zwang? Die entscheidende Frage ist, ob notfalls durch strenge Disziplinierung alle beteiligten Staaten dauerhaft ins Boot gezwungen werden können, ohne dass die demokratischen Systeme einer Gleichschaltung unterliegen. Auch gilt es, die Würde aller Regierungen und Staatsgemeinschaften zu achten. Und dann ist da die Frage, wer führt? Solange es keine europäische Regierung gibt, liegt die Verantwortung bei den Regierungen der Nationalstaaten. Könnten dies Frankreich und Deutschland gemeinsam bewerkstelligen?

Staaten und ihre Völker müssten gewohnte wirtschaftliche Lebensweisen einander anpassen. Die Beibehaltung des Euro als Gemeinschaftswährung erzwingt die Harmonisierung der Fiskal-

politik, einschließlich der Wohlfahrts- und Sozialpolitik. Dies aber bedeutet, dass es einen Zwang für die historisch gewachsenen und natürlichen Mentalitäten der beteiligten Staaten, Gesellschaften und Völker geben wird, einander anzugleichen. Dies wird ganz besonders schwer sein im Verhältnis der mediterranen Staaten zu den mittel- und nordeuropäischen Staaten.

Gelingt diese Veränderung nicht, werden erneut Staaten ohne genaue und mehrjährige Prüfung der Konvergenz in das Eurosystem aufgenommen, und können sich wieder eigensüchtige nationale Sonderwege einzelner Mitgliedstaaten in der ganzen Breite der Staatsfinanzen einspielen, dann wird die Währungsunion zerbrechen. Einzelne Mitgliedstaaten werden bei jeder Schwäche von der unerbittlichen Logik des internationalen Finanzkapitals ausgesaugt und erdrückt. Interne Transfers werden aufgebraucht. Das Eurosystem wird als Währung implodieren, infolge fehlender natürlicher Homogenität und infolge verweigerter Disziplinierung nationaler Finanzen im Sinne einer wenigstens politisch erarbeiteten Homogenität des Währungsraumes, der in der Lage ist, als Handlungseinheit in der Weltwirtschaft zu agieren.

Nachtrag:

Der Beitrag wurde am 24. Januar 2011 abgeschlossen. Erst danach also kam es zu spektakulären Ereignissen wie vor allem dem unvermittelten Abgang des deutschen Bundesbank-Präsidenten Axel Weber. Weber hat damit den deutschen Interessen im Eurosystem schwer geschadet. Zu recht hatte sich die deutsche Politik auf die Führung der EZB durch die stärkste Wirtschaftsmacht der EU, Deutschland, eingerichtet. Die sogenannte „deutsche Stabilitätskultur“ habe, so lauteten die Kommentare, auf-

gegeben. Noch ist unklar, ob der smarte italienische Notenbank-Präsident Mario Draghi Nachfolger des Franzosen Trichet wird. Draghi war zehn Jahre lang Generaldirektor des italienischen Schatzministeriums und dort zuständig für Haushalt, Schuldenverwaltung und Privatisierungen. Damit sei er – schrieb die FAZ (Nr. 38 v. 15.02.2011) – die graue Eminenz an der Spitze des Verwaltungsapparats gewesen. Italiens Staatsverschuldung liegt mit 115,8% des nationalen BIP an der Spitze der Euro-Staaten und damit weit über der eigentlich zulässigen Verschuldung. Soll ausgerechnet ein Repräsentant dieses Eurostaates die EZB in den kommenden Jahren führen? Im Interview mit der FAZ sprach sich Draghi für die deutsche Stabilitätskultur aus. „Alle sollten dem deutschen Beispiel folgen“ (FAZ, 15.02.11, S. 10). Was soll man von dieser Kandidatur halten?

Neben dem Schaden für die deutschen Interessen im Eurosystem offenbart der Abtritt Webers natürlich auch das generelle Problem, woran sich die Politik der EZB orientieren sollte. Konsequente Autonomie-Wahrung sowie strikte Orientierung an Geldwertstabilität und Ausgabendisziplin oder geldpolitische Unterstützung der Zielsetzungen einer europäischen Wirtschaftsregierung. Das sind zentrale Fragen. Im Prinzip ist letzteres ja nicht falsch. Und in der deutschen Notenbankpolitik der vergangenen Jahrzehnte hätte man sich eine solche Haltung gelegentlich gewünscht. In der gegenwärtigen Lage der Europäischen Währungsunion verbietet sie sich aber. Sie ermuntert die natürliche Abneigung mancher Mitgliedstaaten gegenüber einer strikten Haushaltsdisziplin und bremst damit nicht auf dem möglichen Weg in eine ausweglose Krise der vorgenannten Art.

Der große Krach



2010 - 263 S. - € 19,90
 ISBN: 978-3-89691-785-0

In Kenntnis der bisherigen Literatur, die sich allzu häufig mit der reinen Schilderung von Phänomenen begnügte, entschlüsselt Elmar Altvater in bekannt souveräner Weise die Ursachen dieser Krise. Diese umfasst sehr viel mehr als nur den Finanzsektor oder die Finanzspekulationen, sie betrifft in ihren Auswirkungen Arbeit und Geld, Energie, Klima und Ernährung und kommt letztlich aus dem Zentrum heutiger Gesellschaften.



Landtagswahlen und Bundespolitik im „Superwahljahr“ 2011

Oskar Niedermayer



Oskar Niedermayer

Zusammenfassung

Am Ende des „Superwahljahres“ 2011 mit seinen sieben Landtagswahlen wird sich die landes- und bundespolitische Landschaft in Deutschland verändert haben. Aufgrund theoretischer Überlegungen über die gegenseitige Beeinflussung der Landes- und Bundesebene und einer Analyse der Entwicklungen bis zum Jahresanfang 2011 werden hier einige Spekulationen darüber angestellt, wie diese Veränderungen aussehen könnten. In den Blick genommen werden: (1) die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung sowie den sie tragenden Personen und ihre Auswirkungen auf die Landtagswahlchancen von CDU und FDP, (2) die Auswirkungen der Landtagswahlen auf die Zusammensetzung der Landesregierungen und damit auch des Bundesrats sowie die daraus folgenden Auswirkungen auf die Durchsetzbarkeit der Politik der Bundesregierung, (3) der dramatische Absturz der FDP und der Höhenflug der Grünen in der bundespolitischen Stimmung, deren Abfärben auf die Landesebene und die möglichen Folgen für die Bundesparteien, (4) das Aufkommen neuer landespolitischer SPD-Koalitionsoptionen unter Führung der Linken bzw. der Grünen und deren Auswirkungen auf die politische Stimmung im Bund sowie den Umgang der Bundes-SPD mit den beiden Parteien, (5) die Diskussion um eine Lagerbildung im Parteiensystem.

Im Verlauf des „Superwahljahres“ 2011 werden in sieben Bundesländern die Landtage neu gewählt: Nach der Aufkündigung der ersten schwarz-grünen Landeskoalition durch die Grünen findet am 20. Februar in Hamburg eine vorgezogene Bürgerschaftswahl statt, danach folgen turnusmäßige Wahlen am 20. März in Sachsen-Anhalt, am 27. März in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, am 22. Mai in Bremen, am 4. September in Mecklenburg-Vorpommern und schließlich am 18. September in Berlin. Am Ende dieses Wahljahres wird sich die landes- und bundespolitische Landschaft in Deutschland verändert haben. Wie diese Veränderungen genau aussehen werden, lässt sich aus heutiger Sicht – also im Januar 2011 – nicht sagen, weil einerseits bis zu den einzelnen Wahlen noch viele heute nicht absehbare Entwicklungen und Ereignisse eintreten können und andererseits die deutsche Wählerschaft so flexibel geworden ist, dass die jetzige politische Stimmungslage keine einigermaßen genaue Aussagen über die zu erwartenden Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern und deren Rückwirkungen auf die Bundesebene erlaubt. Dennoch lassen sich auf der Grundlage von theoretischen Überlegungen und einer Analyse der bisherigen

deutsche
Wählerschaft flexibel

Entwicklungen einige begründete Spekulationen über die Art und Weise sowie die möglichen Ergebnisse der gegenseitigen Beeinflussung von Landes- und Bundesebene anstellen.

1. Die gegenseitige Beeinflussung der Landes- und Bundesebene

Eine gegenseitige Beeinflussung der Landes- und Bundesebene kann prinzipiell in vier Bereichen erfolgen: im Bereich des Wahlverhaltens, der Regierungspolitik sowie der Struktur- und inhaltlichen Charakteristika der Parteiensysteme.

Wahlverhalten

Ein Einfluss der Landtagswahlergebnisse auf das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger bei der nachfolgenden Bundestagswahl ist vor allem dann möglich, wenn die Landtagswahlen relativ kurz vor der Bundestagswahl stattfinden, so dass sie von den Medien als „Testwahl“ für die spätere Wahl stilisiert werden, und die psychologischen Aufbau- bzw. Demoralisierungswirkungen bei den Siegern und Verlierern bis zur Bundestagswahl andauern. Dies ist für die Landtagswahlen 2011 nicht zu erwarten, da bis zur nächsten Bundestagswahl noch zwei Jahre vergehen.

Testwahl

Anders ist es mit dem Einfluss der Lage im Bund auf das Wahlverhalten bei den anstehenden Landtagswahlen. In der Wahlforschung gibt es seit Ende der Siebziger Jahre eine Forschungsrichtung, die Landtagswahlen als so genannte „Nebenwahlen“ von nachgeordneter Bedeutung betrachtet, die von den „Hauptwahlen“ – also den Bundestagswahlen – in systematischer Weise beeinflusst werden. Dieser Einfluss bezieht sich zum einen auf die Wahlbeteiligung und zum anderen auf die Wahlchancen verschiedener Gruppen von Parteien. Die Hauptthese ist, dass bei Landtagswahlen im Vergleich zu Bundestagswahlen mit einer geringeren Wahlbeteiligung und mit einem schlechteren Abschneiden der nationalen Regierungsparteien (insbesondere der Kanzlerpartei) zugunsten kleiner, neuer, auch möglicherweise extremistischer Parteien zu rechnen ist, weil bei Landtagswahlen in den Augen der Bürgerinnen und Bürger weniger auf dem Spiel steht. Diese unterschiedliche Relevanzmessung konnte empirisch vielfach bestätigt werden, d.h.: Die Bevölkerung misst den politischen Entscheidungen der Landtage für das eigene Leben systematisch geringere Bedeutung zu als denen des Bundestages.

Wahlbeteiligung

Es kann zudem argumentiert werden, dass die geringere Wahlbeteiligung auch die Wahlchancen der verschiedenen Parteien beeinflusst: Da die Wähler kleinerer Parteien oft ideologisch enger an ihre Partei gebunden und damit besser zu mobilisieren sind, wirkt sich eine niedrigere Wahlbeteiligung eher zu Lasten der großen (Volks-)Parteien aus. Zudem werden beim Wahlverhalten Motive wirksam, die sich nicht an der Landes-, sondern an der Bundesebene orientieren. Empirisch bestätigt ist vor allem der Einfluss der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien auf das Landtagswahlverhalten: Theoretisch plausibel ist zudem ein Einfluss der Bewertung des bundespolitischen Spitzenpersonals. Mit zunehmend kritischer Bewertung der Leistung der Bundesregierung sinken die Wahlchancen der ihr an-

Zufriedenheit mit
der politischen
Arbeit der
Bundesregierung

gehörenden Parteien bei Landtagswahlen (am stärksten, wenn gleiche Regierungszusammensetzungen in Bund und Land eine klare Verantwortungszuweisung ermöglichen), d.h.: Die Landtagswahlen werden zur Abstrafung der nationalen Regierungsparteien benützt, wobei dieses „Protestwahlverhalten“ auch extremistischen Parteien nutzen kann. Wichtig ist dabei die Tatsache, dass die Anhänger der Regierungsparteien ihrer Partei bei Landtagswahlen einen Denktzettel verpassen können, ohne dass dies für die nationale Machtverteilung unmittelbare Konsequenzen hat.

Protestwahl-
verhalten

Die bisherigen Erfahrungen zeigen auch, dass die Bundesregierungen während einer Legislaturperiode in der Regel einem gewissen „Popularitätszyklus“ unterliegen: Sie haben vor der Wahl bei ihren Anhängern hohe Erwartungen geweckt, die sie durch ihre konkrete Politik meist enttäuschen, was sich in schlechteren Bewertungen ausdrückt. Hinzu kommt, dass die Logik des Regierungshandelns gebietet, unpopuläre und schmerzhaft Maßnahmen möglichst bald nach der Wahl zu verabschieden, damit sie bis zur nächsten Wahl von der Bevölkerung wieder vergessen sind. Mit dem Näherrücken der Parlamentswahl treten dann die positiven Aspekte des Regierungshandelns – auch in Form von „Wahlgeschenken“ – und die längerfristigen Parteibindungen der Wähler wieder stärker in den Vordergrund und führen wieder zu besseren Bewertungen.

Popularitätszyklus

Logik des Regie-
rungshandelns

Wahlgeschenke

Der zweite Bereich der gegenseitigen Beeinflussung von Landes- und Bundesebene besteht im Bereich der Regierungspolitik. Relevant sind hier vor allem die durch Landtagswahlen und die nachfolgende Bildung neuer Landesregierungen bewirkten Veränderungen der Stimmenverhältnisse im Bundesrat. Da die Landesregierungen durch dieses Verfassungsorgan an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken, hat seine Zusammensetzung unmittelbare Folgen für die Durchsetzungsfähigkeit der Politik der jeweiligen Bundesregierung.

Regierungspolitik

Bundesrat

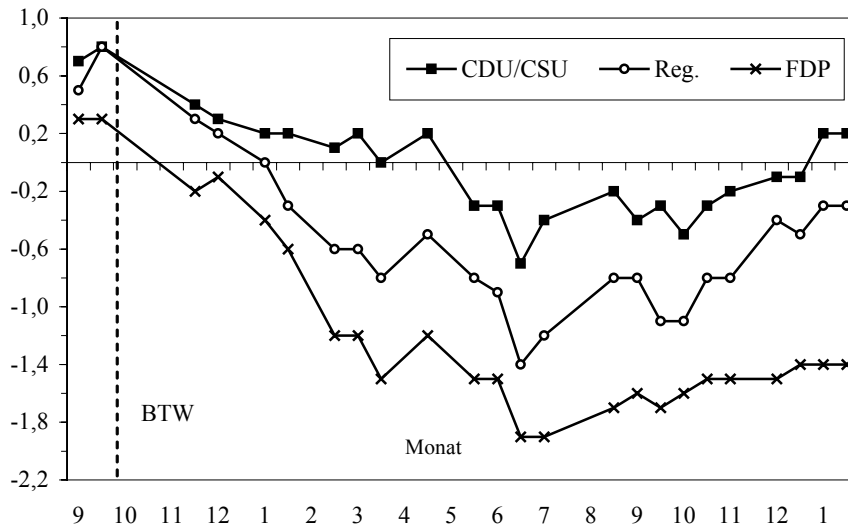
Von den vielfältigen Möglichkeiten der gegenseitigen Beeinflussung der Strukturcharakteristika der Parteiensysteme auf Bundes- und Länderebene soll hier nur das „Abfärben“ bundespolitischer Unterstützungsumschwünge einer Partei auf die Landesebene und die Folgen landespolitischer Wahlergebnisse für die Bundespartei herausgegriffen werden. Bei den inhaltlichen Eigenschaften der Parteiensysteme geht es vor allem um die Segmentierung, d.h. den Grad der gegenseitigen Abschottung der einzelnen Parteien hinsichtlich der Bildung von Koalitionen. So ist ein Parteiensystem z.B. dann nicht segmentiert, wenn alle Parlamentsparteien prinzipiell bereit sind, miteinander Koalitionen einzugehen. Eine gegenseitige Beeinflussung von Bundes- und Landesebene ist vor allem bei der Frage der Ausweitung von Koalitionsoptionen durch neue Varianten bzw. die Einbeziehung neuer Parteien in Koalitionsüberlegungen zu erwarten. In der Bundesrepublik wurde bisher eine neue Regierungskoalition im Bund immer vorher zuerst auf der Landesebene „ausprobiert“, d.h. die Koalitionsbildungen auf der Länderebene dienten aus Bundessicht als Experimentierfeld, um Erfahrungen mit neuen Koalitionspartnern zu sammeln und dadurch die Unwägbarkeiten einer neuen Koalition auf der Bundesebene zu reduzieren.

Segmentierung

2. Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung und deren mögliche Folgen für die Ergebnisse der Landtagswahlen und die Regierungspolitik

Kurz vor der Bundestagswahl 2009 schnitt die Große Koalition in der Bewertung durch die Bevölkerung verhalten positiv ab (vgl. Abb. 1). Schon die erste Messung der Zufriedenheit mit der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zwei Monate nach der Wahl zeigt einen Rückgang und in den Folgemonaten stürzte die Regierung bis Mitte 2010 regelrecht ab. Danach konnte sie sich erholen, blieb aber bis Anfang 2011 im negativen Bereich.

Abb. 1: Regierungszufriedenheit seit der Bundestagswahl 2009
(Skala von -5 = überhaupt nicht zufrieden bis +5 = sehr zufrieden)



Quelle: FGW-Politbarometer

„historisch
verspätete“
Koalition

Zur Erklärung des deutlichen Unterstützungsrückgangs lässt sich zunächst anführen, dass die beiden (bzw. drei) vermeintlichen „Traumpartner“ von Anfang an weit weniger inhaltliche Gemeinsamkeiten aufwiesen als gemeinhin angenommen wurde. Man kann sogar die These aufstellen, dass schwarz-gelb eine „historisch verspätete“ Koalition darstellte. Zur Bundestagswahl 2005 hatten Union und FDP ein klares gemeinsames Projekt, nämlich eine an marktfreiheitlichen Prinzipien ausgerichtete Reform. Da die zu starke Betonung marktliberaler Positionen der CDU bei der Wahl und in den Anfangsjahren der Großen Koalition jedoch schadete, nahm sie von der neoliberalen Reformagenda Abstand und entdeckte ihre Tradition als Sozialstaatspartei wieder. Die FDP hingegen gab ihre klare marktliberale Orientierung nicht auf, was ihr bei der Bundestagswahl 2009 zugute kam: Die im Rahmen der Finanzkrise als notwendig erachtete (Teil-)Verstaatlichung von Banken und die Diskussionen um weitere Staatsbeteiligungen interpretierte ein Teil der wirtschaftsliberal orientierten Uni-

onsanhänger als Abkehr vom Markenkern der Union und verlieh ihrem Widerspruch durch die Wahl der FDP Ausdruck. Nach der Wahl stand die CDU angesichts der noch nicht ausgestandenen Wirtschaftskrise den weit gehenden Steuersenkungsforderungen der FDP (aber auch der CSU) skeptisch gegenüber und legte mehr Wert auf Haushaltskonsolidierung. Im Koalitionsvertrag wurde dann der FDP/CSU-Forderung nach Steuersenkungen in Milliardenhöhe entsprochen, aber gleichzeitig ein Finanzierungsvorbehalt im Sinne der CDU aufgenommen. Damit war die Grundlage für einen Dauerstreit der Koalitionspartner gelegt.

Zum größten Problem der Regierung und der Kanzlerin im ersten Regierungshalbjahr wurde, dass man einerseits mit Rücksicht auf die Anfang Mai 2010 anstehende Landtagswahl in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland Nordrhein-Westfalen – wo bei einer Niederlage der amtierenden schwarz-gelben Regierung der Verlust der Bundesratsmehrheit drohte – keine unpopulären bundespolitischen Entscheidungen fällen wollte und daher die Reformvorhaben im Steuer-, sowie im Gesundheits- und Energiebereich hinaus-schob, andererseits aber nicht in der Lage war, die inner- und zwischenparteilichen Streitigkeiten über diese Politikbereiche zu unterbinden bzw. wenigstens nicht öffentlich werden zu lassen. Trotz alledem verblieb die Bewertung der Regierungsarbeit der Union durch die Bürger noch im Positiven. Dies änderte sich erst, als ab Mai 2010 in schneller Folge mehrere für die Union problematische Ereignisse und Entwicklungen eintraten: die dramatische Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, der Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler verbunden mit der Schlappe bei der Neuwahl, wo sich der Unions-/ FDP-Kandidat Christian Wulff trotz einer schwarz-gelben Mehrheit in der Bundesversammlung erst im dritten Wahlgang gegen den Kandidaten von SPD und Grünen, Joachim Gauck, durchsetzen konnte, der im Umfeld des als sozial ungerecht gebrandmarkten Sparpakets zur Beschimpfungsorgie ausartende Dauerstreit zwischen den Koalitionspartnern und schließlich die von Thilo Sarrazin angestoßene Debatte um die Integrationspolitik und der Rückzug der sich als einzige Konservative in der Unionsführung bezeichnenden Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach nach ihren relativierenden Äußerungen zur deutschen Kriegsschuld, was zu heftigen Diskussionen um die Vernachlässigung der konservativen Stammklientel der CDU durch den Modernisierungskurs Merkels führte. Konsequenz all dieser Entwicklungen war, dass die Union Ende September bei der politischen Stimmung auf ein Rekordtief von 30 Prozent fiel.

Danach taten die Führungen von CDU und CSU alles, um die konservativen Wähler wieder an die Union zu binden. Zudem ging man auf Distanz zu den Grünen und die Kanzlerin ließ dem angekündigten ‚Herbst der Entscheidungen‘ Taten folgen: Auf den Weg gebracht wurden der Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee, das Energiekonzept mit einem Programm für erneuerbare Energien und verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke, die Gesundheitsreform und die Reform der Hartz IV-Gesetze. All diese Entscheidungen waren politisch höchst umstritten und sorgten so für eine polarisierende Mobilisierung. Im Spätherbst 2010 begann sich die Neuorientierung in einer Verbesserung der Beurteilung der Regierung und vor allem der Union niederschlagen, die Anfang 2011 wieder positive Werte erhielt.

Reformvorhaben

Rücktritt des
Bundespräsidenten

Integrationspolitik

Umbau der
Bundeswehr
Energiekonzept
Reform der
Hartz IV-Gesetze

Der Unterstützungszug durch die Bürger in der Anfangsphase ist keine nur für die momentane Bundesregierung zutreffende Entwicklung, sondern stellt eher den Normalfall des im vorherigen Abschnitt beschriebenen Populärzyklus dar. Einen wesentlichen Unterschied der jetzigen Regierungskoalition zu den Vorgängerregierungen gibt es jedoch: die Bewertung des kleinen Koalitionspartners. Die FDP sackte im Sommer 2010 auf den Minusrekord von -1,9 ab. Schlechter wurde die Arbeit einer Regierungspartei in den mehr als 30 Jahren der Messung von Regierungszufriedenheit noch nie bewertet und die FDP konnte auch vom Aufschwung seit dem Spätherbst nicht wirklich profitieren. Dies hat inhaltliche wie personelle Gründe, die dadurch eng verwoben sind, dass der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle die FDP zu einer ‚Einmannpartei‘ gemacht hat. Westerwelle legte die FDP vor der Bundestagswahl auf eine fast ausschließliche Profilierung als Steuersenkungspartei fest und weckte damit sehr hohe Erwartungen, die nach der Wahl enttäuscht wurden. Statt des versprochenen „mehr Netto vom Brutto“ für die breite Masse der Bevölkerung setzte die FDP nur Verbesserungen für ihre Stammklientel durch. Zum Desaster geriet dabei die – zusammen mit der CSU – der CDU abgerungene Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für das Hotelgewerbe, als mehrere im Umfeld der Bundestagswahl erfolgte, großzügige FDP-Spenden der Familie Finck, Haupteigentümer der Möwenpick-Hotelgruppe, bekannt wurden, die der FDP wieder das Image einer Klientelpartei der Besserverdienenden anhefteten. Zudem wurde sie zur ‚Nullthemenpartei‘, als Kanzlerin Merkel nach der NRW-Wahl und unter dem Eindruck der Eurokrise Steuersenkungen eine klare Absage erteilte und die Führung es trotz mehrfacher Ankündigungen nicht schaffte, die Partei inhaltlich neu auszurichten und thematisch zu verbreitern.

Steuer-
senkungspartei

Einen wesentlichen Anteil am FDP-Absturz hatte zudem ihr Vorsitzender, der den ‚Amtsbonus‘, den die Rolle des Außenministers bei der Bewertung durch die Bevölkerung mit sich bringt, nicht für sich nutzen konnte. Guido Westerwelle wurde von der Bevölkerung nie sonderlich gut beurteilt. Einen persönlichen Spitzenwert erreichte er kurz nach der Bundestagswahl 2009, stürzte dann aber dramatisch ab und verharrte bisher bei Negativwerten, wie sie in den mehr als 30 Jahren der Messung von Politikerbewertungen noch nie ein Außenminister hinnehmen musste. Ursächlich dafür ist vor allem die Tatsache, dass die Bevölkerung von einem Außenminister erwartet, staatstragend über den Niederungen der innenpolitischen Konflikte zu schweben, während Westerwelle mit diesem Habitus Probleme hat und seine innenpolitischen Ausflüge – vor allem seine Äußerungen in der Hartz IV-Debatte (Stichwort: „spätromische Dekadenz“) ihm deutlich schadeten.

Was bedeutet dies nun alles für die Aussichten der die Bundesregierung bildenden Parteien bei den Landtagswahlen des Jahres 2011? Bei aller gebotenen Vorsicht aufgrund nicht vorhersehbarer Entwicklungen und der Flexibilität der Wählerschaft lässt sich zum Jahresanfang 2011 annehmen, dass sich die bundespolitische „Großwetterlage“ für die CDU nicht mehr allzu negativ auswirken wird. Anders sieht es für die FDP aus, die nicht zuletzt aufgrund der schlechten Lage der Partei im Bund in allen Landtagswahlen im Frühjahr 2011 um den (Wieder-)Einzug ins Parlament fürchten muss.

Schafft es die FDP in Hamburg – wo seit dem Bruch der schwarz-grünen Koalition eine ausgeprägte Wechselstimmung herrscht, der SPD-Herausforderer Olaf Scholz klar vor dem von Beust-Nachfolger Christoph Ahlhaus liegt, die SPD über ein erheblich besseres Profil verfügt und in fast allen Politikfeldern deutlich mehr Kompetenz zugeschrieben bekommt als die sich vom Image der liberalen Großstadtpartei unter von Beust verabschiedende CDU und die Grünen (GAL) an Zustimmung verlieren – diesmal wieder nicht, in die Bürgerschaft einzuziehen, so könnte die SPD auf eine Alleinregierung zusteuern; reicht es dafür nicht, will sie eine rot-grüne Koalition anstreben. Hamburg

In Sachsen-Anhalt regieren CDU und SPD unter dem populären CDU-Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer, der allerdings mit der Wahl aus seinem Amt ausscheiden will. In der politischen Stimmung liegt die CDU vorne, gefolgt von der Linkspartei und der SPD. Eine schwarz-gelbe Regierungsmehrheit ist so gut wie ausgeschlossen, ebenso ein rot-grünes Mehrheitsbündnis, wobei die Grünen deutlich größere Chancen haben, ins Parlament einzuziehen, als die FDP. Daher konzentriert sich alles auf die Frage, ob die CDU/SPD-Koalition durch eine rot-rote Koalition abgelöst wird. Die SPD schließt zwar Rot-Rot nicht prinzipiell aus, will aber auf keinen Fall einem Ministerpräsidenten der Linken ins Amt verhelfen, und vermittelt im Wahlkampf – wie auch ihr Koalitionspartner – bisher den Eindruck, die als gut beschriebene Zusammenarbeit der jetzigen Regierung nach der Wahl fortsetzen zu wollen. Sachsen-Anhalt

Baden-Württemberg, wo die CDU immer stärkste Partei und die FDP immer im Landtag vertreten war, wird seit 1996 von einer schwarz-gelben Koalition regiert. Bis zum Frühjahr 2010 hatte die amtierende Regierung in den Umfragen die absolute Mehrheit, auch unter dem im Februar 2010 als Nachfolger des als EU-Kommissar nach Brüssel gewechselten Günther Oettinger gewählten CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus. Im Sommer jedoch rollten zum ersten Mal die Bagger an, um das seit mehr als einem Jahrzehnt geplante und durch alle parlamentarischen und juristischen Hürden gesteuerte Großprojekt „Stuttgart 21“ – der Ersatz des oberirdischen Kopfbahnhofs durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof – zu verwirklichen. Jetzt wuchs der schon 2007 durch ein von der Stadt abgelehntes Bürgerbegehren mit 67.000 Unterschriften dokumentierte Widerstand – auch von Anhängern der Regierungsparteien – gegen dieses Projekt. Der negative Bundeseinfluss und Stuttgart 21, das von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde, führten in den Umfragen zum Verlust der schwarz-gelben Mehrheit und zu einem deutlichen Erstarren der Grünen, die die SPD weit hinter sich ließen. Als dann Ende September die Landesregierung die Bauarbeiten durch einen gewaltsamen Polizeieinsatz durchzusetzen versuchte, schien ihr Schicksal bei der bevorstehenden Landtagswahl besiegelt. Nachdem jedoch unter dem Vorsitz Heiner Geißlers ein mehrwöchiges, für Transparenz sorgendes Schlichtungsverfahren durchgeführt wurde, das mit einem von vielen Bürgern akzeptierten Schlichtungsspruch endete, erfolgte ein Stimmungsumschwung: Seit Jahresende unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung das Großprojekt, seine Bedeutung für die Wahlentscheidung ist deutlich zurückgegangen, und nach den neuesten Umfragen hat die amtierende Regierung durchaus eine gute Wiederwahlchance, wenn die FDP den Einzug ins Parlament schafft. Sollte jedoch auch die Linke in den Landtag einziehen, würde es für Baden-Württemberg

keine der beiden Koalitionen reichen. Dann stellt sich die Frage, ob SPD und Grüne eine Zusammenarbeit mit der Linken anstreben, was zumindest die SPD nicht explizit ausgeschlossen hat, aber an der Basis schwer durchzusetzen sein wird. Die Alternative ist, jeweils als Juniorpartner in eine Koalition mit der CDU zu gehen, was ebenfalls auf große Probleme stößt, da die SPD an dem Trauma leidet, als Juniorpartner in einer Großen Koalition unterzugehen, und das traditionell eher entspannte Verhältnis zwischen CDU und Grünen unter der Polarisierung wegen Stuttgart 21 und der Atompolitik der Landesregierung schwer gelitten hat.

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz wird die SPD wohl ihre 2006 aufgrund einer besonders schwachen CDU und des Scheiterns der Grünen erstmals errungene absolute Mehrheit verlieren. Zusammen mit den Grünen, deren Wiedereinzug ins Parlament als sicher gilt und die bei formalem Offenhalten der Koalitionsperspektive klar zur SPD neigen, besitzt sie jedoch gegenüber Schwarz-Gelb trotz einer erstarkten CDU einen deutlichen Vorsprung. Auch für Bremen und Mecklenburg-Vorpommern erscheint eine schwarz-gelbe Regierungsmehrheit nicht realistisch.

Bremen

Mecklenburg-Vorpommern

Zusammenfassend lässt sich damit feststellen, dass die Landtagswahlen des Jahres 2011 aller Voraussicht nach durchaus Veränderungen der Zusammensetzung der Landesregierungen bringen werden. Allerdings ist es extrem unwahrscheinlich, dass es danach mehr CDU-Alleinregierungen bzw. CDU/FDP-Koalitionen auf Landesebene geben wird. Somit sind keine unmittelbaren Folgen für die Durchsetzungsfähigkeit der Politik der Bundesregierung zu erwarten. Die für die Zusammensetzung des Bundesrats folgenreiche Wahl fand schon 2010 statt: Nach der Ablösung der CDU/FDP-Regierung von Nordrhein-Westfalen durch die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung im Anschluss an die Landtagswahl vom 9. Mai 2010 verloren die schwarz-gelben Landesregierungen im Bundesrat die absolute Mehrheit. Da sich Landesregierungen, deren Koalitionsparteien sich im Bund auf Regierung und Opposition aufteilten, bei parteipolitisch kontroversen Abstimmungen in der Regel enthalten und Enthaltungen wegen der Erfordernis der absoluten Mehrheit wie Nein-Stimmen wirken, konnten die Oppositionsparteien rein rechnerisch ab dann zustimmungspflichtige Gesetzesvorhaben der Bundesregierung blockieren. Es muss betont werden, dass eine „Blockadepolitik“ über den Bundesrat nur organisiert werden kann, wenn dem parteipolitisch geprägten Abstimmungsverhalten keine klaren landesspezifischen Interessen entgegenstehen, denn die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass die Landesregierungen primär nach den Interessen ihres eigenen Bundeslandes entscheiden. Bei stark parteipolitisch aufgeladenen Themen mit klaren Frontlinien zwischen Bundesregierung und Opposition kann jedoch im Bundesrat durchaus eine tragfähige parteipolitische Oppositionsmehrheit geschmiedet werden. Dies war Ende 2010 zum ersten Mal der Fall, als die Hartz IV-Reform im Bundesrat keine Mehrheit erhielt und in den Vermittlungsausschuss musste. Da die Landtagswahlen 2011 nicht zu einer neuen, politisch gleichgerichteten Mehrheit im Bundesrat führen werden, muss die Bundesregierung auch weiterhin bei parteipolitisch kontroversen Beschlüssen mit einer Blockade ihrer Politik und dem Zwang zu Kompromissen mit der Opposition rechnen.

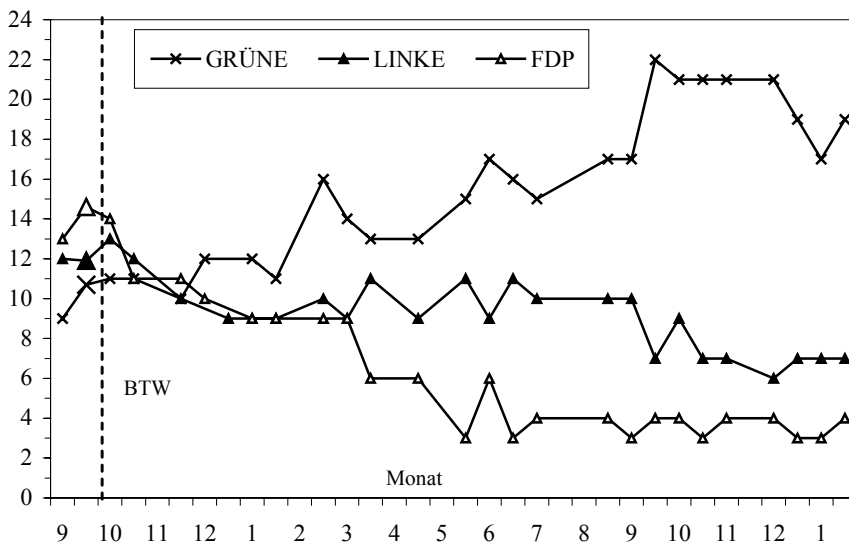
Bundesrat

Landesregierungen
entscheiden nach
den Interessen ihres
eigenen
Bundeslandes

3. Die wackelnden Vorsitzendenstühle und die neue dritte Kraft

Die immer negativere Beurteilung der FDP-Regierungsarbeit und der Person ihres Vorsitzenden im ersten Regierungsjahr schlug sich in der politischen Stimmung sehr deutlich nieder. Die FDP rutschte von fast 15 Prozent bei der Bundestagswahl auf 3-4 Prozent im Sommer 2010 ab und hat sich seither noch nicht wieder erholt (vgl. Abbildung 2). War sie bei der Bundestagswahl klar die dritte Kraft im Parteiensystem, so bildet sie jetzt das eindeutige Schlusslicht. Mit zunehmendem Unterstützungsentzug durch die Wähler wurde die innerparteiliche Kritik an Westerwelle immer lauter. Selbst die offene Ablösungsdiskussion zum Jahreswechsel 2010/2011 versandete jedoch wieder, nachdem Westerwelle zum freiwilligen Verzicht auf den Parteivorsitz nicht bereit war und aufgrund inhaltlicher wie persönlicher Differenzen in den Reihen des Führungspersonals keine einheitliche gegnerische Front mit einer klaren personellen Alternative gebildet werden konnte. Es deutet jedoch einiges darauf hin, dass ein Desaster bei der Landtagswahl im liberalen Stammland Baden-Württemberg den Druck auf den Vorsitzenden so weit erhöhen würde, dass er entweder am Wahlabend von selbst die politische Verantwortung übernehmen und zurücktreten müsste oder von seinen Parteifreunden dazu gezwungen werden würde.

Abb. 2: Politische Stimmung seit der Bundestagswahl 2009 (in Prozent)



Quelle: FGW-Politbarometer.

Auch die Linkspartei befindet sich seit der Bundestagswahl im Abstieg. Der Rückzug Oskar Lafontaines zunächst vom Fraktions- und dann auch vom Parteivorsitz, die Querelen um den Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, die Verweigerungshaltung bei der Bundespräsidentenwahl, die Tatsache, dass den

Nachfolgern im Parteivorsitz, Klaus Ernst und Gesine Löttsch, die Autorität und Medienwirksamkeit ihres Vorgängers fehlt, die Debatte um den Lebensstil und die finanziellen Ansprüche von Klaus Ernst, die Auseinandersetzungen der verschiedenen Strömungen über die inhaltliche Ausrichtung der Partei, die Schwierigkeiten der Integration unterschiedlicher Teilmilieus innerhalb und zwischen der früheren WASG und PDS und schließlich die von Gesine Löttsch verursachte Kommunismuskussion trugen dazu bei, dass die Partei sich nur mit sich selbst beschäftigte und in den relevanten Debatten nach der Bundestagswahl entweder nicht präsent war oder durch negative Schlagzeilen auffiel. Sollte die Linke bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg zum ersten Mal wieder aus einem Landtag fliegen und in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nicht in den Landtag einziehen, ist es fraglich, ob die beiden Vorsitzenden sich noch lange im Amt halten können.

Grüne Während die FDP am Boden liegt und die Linke sich im Sinkflug befindet, konnten die bei der Bundestagswahl noch das Schlusslicht bildenden Grünen seit Anfang 2010 einen noch nie dagewesenen Höhenflug verbuchen. Dieser Aufstieg kann durch eine Kombination von lang- und kurzfristigen Faktoren erklärt werden. Zweifellos haben die Grünen in den letzten Jahren personell, organisatorisch, inhaltlich und koalitionsstrategisch die Voraussetzungen für ein besseres künftiges Abschneiden geschaffen: Ihr Spitzenpersonal ist aus dem Schatten des früheren heimlichen Vorsitzenden Joschka Fischer herausgetreten, arbeitet jetzt mit- statt gegeneinander und zeigt mehr Medienpräsenz. Organisatorisch gelang es, die Parteistrukturen stärker zu professionalisieren und die Kampagnenfähigkeit zu verbessern. Inhaltlich wurde der ökologische Markenkern durch das Konzept des Green New Deal neu definiert, in dem Ökologie und Ökonomie zum wechselseitigen Nutzen miteinander verbunden sind. Zudem wurden die inhaltlichen Forderungen deutlich moderater als früher. Koalitionsstrategisch begannen sich die Grünen ihrer Schlüsselstellung im Fünf-Parteien-System bewusst zu werden, was zu einer koalitionsstrategischen Emanzipationsstrategie von der SPD führte. Auch wenn auf der Bundesebene durch die neuesten Entwicklungen eine Koalition mit der Union nur schwer vorstellbar ist, bleiben die Grünen auf der Landesebene bei ihrer Strategie des Offenhaltens klarer Koalitionsaussagen. Betrachtet man die Entwicklung der politischen Stimmung genauer, so wird allerdings deutlich, dass die beiden großen Sprünge im Februar und September 2010 auf einen Kurzfristfaktor zurückzuführen sind: die grüne Themenkonjunktur vor allem durch die Diskussion um und die Entscheidung zur Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke durch die Bundesregierung. Da die Atomfrage zur grünen Kernidentität gehört, entfaltete sie eine starke Mobilisierungswirkung. Zudem waren die Grünen die einzige Partei, die sich in der Integrationsdebatte mit ihren Anhängern im Einklang befand. Es ist daher auch verständlich, dass der „Grünen-Hype“ mit dem Verschwinden dieser Themen aus der politischen Agenda in neuester Zeit abgenommen hat. Dies lässt sich auch bei den Umfragen in den Bundesländern beobachten, wo die Grünen zunächst deutlich vom bundespolitischen Rückenwind profitierten, in neuester Zeit jedoch überall an Unterstützung verlieren. Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass die Rolle der ‚dritten Kraft‘ im Parteiensystem durch die

Entwicklungen nach der Bundestagswahl von der FDP auf die Grünen übergegangen ist.

4. Veränderungen der Koalitionslandschaft?

Wechselwirkungen zwischen Bundes- und Landesebene zeigen sich nicht nur bezüglich der Struktur, sondern auch bezüglich der inhaltlichen Charakteristika der Parteiensysteme, wobei es hier vor allem um die Ausweitung von Koalitionsoptionen geht. Hier gerät die SPD in den Blick, die nicht nur bei der Bundestagswahl 2009 das mit Abstand schlechteste Wahlergebnis ihrer gesamten Nachkriegsgeschichte einfuhr, sondern auch mit einem langfristigen elektoralen und parlamentarischen Negativtrend auf Länderebene zu kämpfen hat. Der schleichende Niedergang der SPD auf der Landesebene hat insofern auch bundespolitische Relevanz, als er das Selbstverständnis der Partei als führende Kraft unter den drei Oppositionsparteien berührt und die Frage nach zukünftigen Koalitionen mit der SPD als Juniorpartner der Grünen oder der Linken aufwirft. SPD

Schon im März 2011 könnte sich in Baden-Württemberg, das traditionell für die SPD ein schwieriges Pflaster darstellt, die Frage nach einer Koalition unter Führung der Grünen stellen. Hier erfolgte schon im Oktober 2010 der Tabubruch, als der Generalsekretär der Landes-SPD die Bereitschaft verkündete, notfalls auch als Juniorpartner in eine Koalition mit den Grünen zu gehen. In Berlin jedoch, wo die Grünen mit der SPD um die Spitzenposition bei der Abgeordnetenhauswahl im September kämpfen, ist die Lage anders. Die stolze Hauptstadt-SPD kann sich nicht vorstellen, in einer Koalition mit derjenigen Partei die zweite Geige zu spielen, der sie bei den beiden zurückliegenden Abgeordnetenhauswahlen zugunsten der Linkspartei die kalte Schulter gezeigt hat. Schon eine grün-rote Koalition allein in Baden-Württemberg würde jedoch die bundespolitische Stimmung durchaus beeinflussen und innerhalb der Bundes-SPD diejenigen in zunehmende Schwierigkeiten bringen, die die Grünen immer noch paternalistisch-gönnenhaft als ‚verlorenen Sohn‘ ansehen und daher Probleme haben, auf Augenhöhe mit ihnen zu kommunizieren. Noch früher stellt sich der SPD wahrscheinlich die Frage, ob sie dazu bereit ist, als Juniorpartner in eine Koalition mit der Linkspartei zu gehen. In Sachsen-Anhalt ist die Linke in den Umfragen deutlich stärker geworden und liegt jetzt weit vor der SPD, so dass sich bei der Landtagswahl 2011 noch deutlicher als 2006 die Frage nach einer rot-roten Regierungskoalition unter einem Ministerpräsidenten der Linkspartei stellen könnte. Dies wäre eine Koalitionsoption mit bundespolitischer Wirkung: Zwar sind die (westdeutschen) Wähler an rot-rote Koalitionen in ostdeutschen Bundesländern gewöhnt, jedoch immer nur unter Führung der SPD, ein Ministerpräsident der Linkspartei wäre eine qualitative Veränderung mit ungewissen Folgen für das Wahlverhalten. Allerdings haben führende Sozialdemokraten aus Sachsen-Anhalt, dem Beispiel ihrer Genossen aus Thüringen 2009 folgend, eine solche Möglichkeit bisher definitiv ausgeschlossen (auch wenn es in der Partei durchaus andere Meinungen gibt).

5. Fazit

Die Analyse hat gezeigt, dass sich Bundes- und Landesebene in vielfältiger Weise beeinflussen und dass diese Einflüsse im Superwahljahr 2011 in einigen Bereichen durchaus Folgen für das zukünftige Wahlverhalten der Bevölkerung und die Charakteristika der Parteiensysteme auf den beiden Ebenen haben können. Ob sich die hier angestellten Spekulationen bewahrheiten, wird der Verlauf des Jahres zeigen. Auf eine weitere Spekulation in der öffentlichen Diskussion des Jahres 2010 soll hier abschließend noch eingegangen werden: die These von der ‚Lagerbildung‘ im deutschen Parteiensystem. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus spricht vieles dafür, diese These zu verneinen.

Lagerbildung

Ein Lager ist mehr als eine Zweckkoalition unterschiedlicher Parteien. Es ist ein kulturelles Gebilde, das in den Mentalitäten und den damit verknüpften gefühlsmäßigen Zu- bzw. Abneigungen der Akteure verwurzelt ist und deren Verhalten prägt. Es mag durchaus sein, dass unter den Anhängern der verschiedenen Parteien solche Lagermentalitäten existieren, auch wenn der sehr hohen Anteil von ‚lagerübergreifenden‘ Parteiwechslern bei aufeinander folgenden Bundestagswahlen eher dagegen spricht. Für das Parteiensystem relevant wird eine Lagerbildung aber erst, wenn dies auch für die Parteiführungen gilt und ihr Verhalten prägt. Es ist unstrittig, dass sich die CDU-Führung in neuerer Zeit wieder stärker von den Grünen abgegrenzt und die schwarz-gelbe Koalitionsoption betont hat. Dies aber im Sinne einer Lagermentalität als tiefe Zuneigung zur FDP-Führung zu interpretieren, fällt angesichts der Entwicklungen des letzten Jahres extrem schwer. Das gleiche gilt für das Verhältnis von SPD und Grünen. Es ist richtig, dass die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl und die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen bundespolitisch das Signal aussendeten: Rot-Grün ist wieder da. Zu betonen ist allerdings, dass die Führungskräfte beider Parteien die rot-grüne Zusammenarbeit nicht als ‚Projekt‘ ideologisch überhöhen, sondern als pragmatisches Zweckbündnis ansehen, das zudem auch durch eine veränderte Rolle der Grünen geprägt ist, die eine einseitige Festlegung auf rot-grüne Bündnisse vermeiden. Verdeutlicht man sich zudem, dass das Verhältnis zwischen SPD/Grünen und Linken nach den gescheiterten Gesprächen in Nordrhein-Westfalen, der Verweigerungshaltung der Linken bei der Bundespräsidentenwahl und der durch die Linken-Vorsitzende Gesine Lötzsch entfachten Kommunismusdebatte auf einem neuen Tiefpunkt angelangt ist, so erübrigt es sich, von einem ‚linken Lager‘ zu sprechen.

Lebensstile und soziale Ungleichheit

Stefan Hradil und Annette Spellerberg



Stefan Hradil



Annette Spellerberg

Zusammenfassung

Lebensstile setzen die nötigen Ressourcen und die individuelle Freiheit zur relativ eigenständigen Lebensführung voraus. Es fragt sich, was hierbei wichtiger ist: Sind Lebensstile eher Ausdruck gesellschaftlicher Individualisierung oder aber der Ausstattung mit Bildung, Geld etc.? Diese Frage drängt sich seit einiger Zeit immer mehr auf: Gehen durch sich verschärfende soziale Ungleichheiten für die Verlierer dieser Entwicklung auch die Freiheiten der Lebensgestaltung verloren? Konzentrieren sich die Lebensstiloptionen auf die Gewinner? Dieser Frage wird im vorliegenden Beitrag anhand einer neuen Lebensstilstudie aus dem Jahre 2008 nachgegangen.

1. Bedeutung und Begriff des Lebensstils

Bis vor wenigen Jahrzehnten waren es die Lebensbedingungen, die das Leben der meisten Menschen schwierig gestalteten. In der Nachkriegszeit bereiteten fehlende Wohnungen, Arbeitslosigkeit, Mangel an Kleidung und Grundnahrungsmitteln der Bevölkerungsmehrheit arge Probleme. In wohlhabenden Gesellschaften sehen viele Menschen die Herausforderungen nicht nur in ihren Lebensbedingungen, sondern auch in ihrer Lebensführung. Es ist schwieriger geworden, im eigenen Leben Kurs zu halten, als mit den Lebensumständen und den verfügbaren Ressourcen klar zu kommen, denn diese sind reichhaltig geworden und bieten viele Möglichkeiten. Die Risiken entstehen denn auch nicht mehr so häufig aufgrund der Knappheit und Enge von Lebensbedingungen als aus der Notwendigkeit, die „richtigen“ Entscheidungen zu treffen. Bei der Wahl der Lebensform und des Berufs, bei der Wahl von Partnern und Kontaktkreisen etc. kann man Fehler machen, die das gesamte Leben beeinträchtigen.

Freilich liegt in dieser Herausforderung auch eine Chance. Die Freiheitsgrade, sein Leben so oder anders zu gestalten, sind stark gewachsen. Und die jeweilige Art und Weise, wie diese Freiheiten genutzt werden, also die eigene Lebensführung, ist für die Menschen mittlerweile zentral geworden. Sie äußert sich in Kleidung und Wohnungsausstattung, Mediennutzung und ästhetischen Vorlieben, Freizeitgestaltung und Kontaktverhalten u.v.a.m. Diese Aspekte der

Lebensführung prägen nicht zuletzt auch die Selbstdefinition, Identität und Fremdeinschätzung.

Damit die eigene Lebensführung vor sich selbst und vor anderen erkennbar bleibt und von anderen unterschieden werden kann, also identitätsbildend wirken kann, betreiben viele Menschen eine mehr oder minder weit reichende Stilisierung: Sie achten auf eine gewisse Konsistenz der einzelnen Verhaltensweisen und deren Symbolisierung nach außen. Freilich entsteht diese innere und äußere Übereinstimmung in der Lebensführung nicht nur bewusst und absichtsvoll. Sie bildet sich auch unbewusst heraus, weil die von außen beobachtbare Lebensführung der Einzelnen von ihren inneren Überzeugungen und Einstellungen (zum Beispiel von mehr oder minder häuslichen) geformt wird. Schließlich sind es auch Nutzensgesichtspunkte, die auf eine Geschlossenheit der Lebensführung und deren Zurschaustellung hinwirken: Es ist ineffizient, Alltagsentscheidungen jeden Tag aufs Neue zu treffen. Die Menschen routinisieren daher viele Alltags-handlungen, vom Aufbewahrungsort der Zahnbürste über den täglichen Weg zur Arbeit bis hin zu den üblichen Einkaufsstätten.

Stilisierung

Einstellungen

Nutzen-
gesichtspunkte

All diese Prozesse wirken zusammen und erzeugen den Lebensstil von Menschen. Hierunter wird der regelmäßig wiederkehrende Gesamtzusammenhang der Alltagsorganisation von Menschen verstanden, insbesondere ihrer Verhaltensweisen, Meinungen, Wissensbestände und bewertenden Einstellungen. Lebensstil ist also ein umfassendes Konzept, das viele Bereiche des Denkens und Handelns zugleich einschließt.

Sphäre des privaten
Lebens

Der Begriff des Lebensstils bezieht sich vornehmlich auf die Sphäre des privaten Lebens und der Freizeit, denn er richtet sich im Unterschied zu Schicht- oder Klassenbegriffen weniger auf das Vorhandensein von Ressourcen (wie Bildung oder Einkommen), sondern auf deren Verwendung. Wenn mit dem Lebensstil eines Menschen seine konkrete Einzelhandlungen (Konsumpräferenzen, politische Neigungen, Kindererziehung etc.) erklärt werden, dann bezieht sich diese Erklärung auf die Ziele und Präferenzen der Ressourcenverwendung (zum Beispiel auf seine Neigung zu einer häuslichen und zurückgezogenen Lebensführung) und – anders etwa als Verhaltensklärungen durch Klassen- und Schichtkonzepte – nicht auf die Verfügbarkeit dazu notwendiger Ressourcen.

Was ihren Lebensstil betrifft, so stehen Menschen in der Regel nicht allein. Es ergeben sich Ähnlichkeiten mit bestimmten Mitmenschen, unter anderem deshalb, weil sie (als notwendige, jedoch nicht zureichende Bedingung) über ähnliche Bildungsgrade oder Einkommen verfügen, sich ähnlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen gegenüber sehen, über ähnliche Einstellungen verfügen, ähnlichen Kulturen anhängen und sich bei der Gestaltung ihres Lebens an ähnliche Vorbilder anlehnen.

Der Begriff „Lebensstil“ setzt voraus, dass Menschen eine gewisse Freiheit in der Gestaltung ihres Alltags besitzen. Je wohlhabender, sicherer, gebildeter und liberaler eine Gesellschaft ist, desto mehr Raum haben die Einzelnen, ihr Leben selbst zu führen. Deshalb haben die Erhöhung des Lebensstandards, der Ausbau des Wohlfahrtsstaates, die Bildungsexpansion und die dadurch verlängerte Experimentierphase der „Postadoleszenz“ vor allem in den 1970er und 1980er Jahren bewirkt, dass sich die Lebensstile der Menschen in Deutschland auffächerten.

Trotzdem können die Einzelnen ihren Lebensstil keineswegs völlig frei wählen. Bestimmte Gegebenheiten wirken sich mehr oder minder prägend auf die eigene Lebensführung aus. So unterliegen Eltern anderen Einflüssen als Kinderlose, ältere Personen anderen als jüngere, gebildete anderen als weniger gebildete, einkommensstarke anderen als arme. Außerdem prägen Berufe (auch der Lehrerberuf) durch die Art ihrer Tätigkeit den jeweiligen Lebensstil. Dies ist als „déformation professionnelle“ seit langem bekannt. Ändern sich diese Faktoren oder die Kontaktpersonen von Menschen, so kann sich auch ihr Lebensstil ändern.

Keine freie Wahl des Lebensstils

2. Zwei theoretische Vermutungen: Individualisierung und Klassenstruktur als Ursache von Lebensstilen

Man kann bestehende Lebensstilgefüge in einer Gesellschaft, wie oben dargestellt, aufgrund bestimmter Motive von Menschen (mit Hilfe soziologischer Mikrotheorien) erklären. Die wichtigsten Beweggründe hierunter sind das Bemühen der Einzelnen um Identität, um eine effiziente Gestaltung ihres Alltags und um Abgrenzung von anderen Gruppierungen. Die Entstehung von Lebensstilen lässt sich aber auch mit dem Gesamtzustand und der Gesamtentwicklung der Gesellschaft erklären. (Hier setzen soziologische Makrotheorien an.) Die wichtigsten Ursachen, die aus der Makro-Perspektive genannt werden, sind die zunehmende Individualisierung und die anhaltend wirksame Klassenstruktur moderner Gesellschaften.

soziologische Mikrotheorien

Lebensstilpluralisierung als Folge der Individualisierung

Die Individualisierung moderner Gesellschaften war bereits in der Renaissance im Leben von einzelnen Künstlern und Wissenschaftlern zu erkennen. Im Zusammenhang mit der Industrialisierung breitete sich die Individualisierung dann vor allem als großstädtisches Phänomen aus (Georg Simmel 1984 [1903]). Folgt man der Individualisierungstheorie Ulrich Becks (1986), dann hat mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg die Individualisierung große Teile der Gesellschaft erfasst (Beck 1986).

Georg Simmel
Ulrich Beck

Zugeschnitten auf die Erklärung von Lebensstilen lautet die Argumentation dieser Theorie wie folgt: Mehr Einkommen, Bildung, soziale Sicherheit und Mobilität haben dazu geführt, dass viele Menschen über mehr Ressourcen verfügen und zu individuellem Handeln fähig sind. Sie lösen sich dadurch immer mehr aus den Verhaltensregeln zentraler Gemeinschaften, vor allem aus der Familie, der Gemeinde, der Religion und der sozialen Klasse bzw. Schicht. Dadurch sind die Menschen in der Lage, aber auch dazu gezwungen, ihr Leben relativ eigenständig zu gestalten. Hierdurch wachsen die Freiheiten der Lebensführung, gleichzeitig steigen aber auch die Risiken des Scheiterns. Um Halt und Richtung zu finden, schließen sich daher viele Menschen mit anderen zusammen, die ähnliche Bestrebungen, Lebensziele und somit Lebensstile aufweisen, oder die individualisierten Menschen lehnen sich an Vorbilder aus Medien, Mu-

Individualisierungstheorie

sik etc. an. Individualisierung äußert sich also keineswegs in immer unterschiedlicheren individuellen Lebensgestaltungen, sondern nicht selten sogar in wachsender Gleichförmigkeit der einzelnen sozialen Gruppierungen, bis hin zur Uniformität. Allerdings unterscheiden sich diese neuen Szenen, Cliques, Milieus und Lebensstilgruppierungen, in denen die Individuen Halt und Gemeinsamkeit suchen, von älteren Gemeinschaften durch ihre Flüchtigkeit: Waren religiöse Gemeinschaften, Klassenkulturen, regionale Zugehörigkeiten früher meist lebenslang prägend, so verlassen individualisierte Menschen die neuen Wahlgemeinschaften, wenn andere Umstände oder Neigungen es nahelegen.

drei Dimensionen Der Soziologe Ulrich Beck fasst diese neueren Individualisierungsvorgänge in drei Dimensionen (1986: 206) zusammen: „*Herauslösung* aus historisch vorgegebenen Sozialformen und –bindungen im Sinne traditionaler Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge („*Freisetzungsdimension*“). *Verlust von traditionellen Sicherheiten* im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen („*Entzauberungsdimension*“) und – womit die Bedeutung des Begriffs gleichsam in ihr Gegenteil verkehrt wird – eine *neue Art der sozialen Einbindung* („*Kontroll- bzw. Reintegrationsdimension*“).“

Die sozialstrukturelle Prägung von Lebensstilgruppierungen

Nach Ansicht von Individualisierungstheoretikern machen die genannten Individualisierungsvorgänge die Zugehörigkeit zu Lebensstilen – und nicht selten auch deren Existenz – unbeständiger. Dennoch finden sich auch in modernen Gesellschaften auch relativ stabile Lebensstilgruppierungen. Sie bestehen aus einer Vielzahl von Bestimmungsgründen fort: aus religiöser Überzeugung, aus lokaler und regionaler Überlieferung, aus beruflicher Prägung etc.

Pierre Bourdieu Die Habitus Theorie Pierre Bourdieus (1982) macht darüber hinaus darauf aufmerksam, dass relativ stabile Lebensstilgruppierungen immer wieder durch Anpassungsprozesse an die Lebensbedingungen sozialer Klassen und Klassenfraktionen zustande kommen. Pierre Bourdieu geht von der ungleichen Verteilung dreier Ressourcenarten aus: dem ökonomischen Kapital (Geld), dem Bildungskapital (institutionelle Bildungsabschlüsse, sachliche Bildungsgüter, inhaltliche Bildung in den Köpfen der Menschen) und dem „sozialen Kapital“ („Beziehungen“). Je nach Ausmaß ihres Kapitalbesitzes insgesamt gehören die Menschen der „Arbeiterklasse“, dem „Kleinbürgertum“ oder der „Bourgeoisie“ an (vertikaler Aspekt). Und je nach Zusammensetzung bzw. Zukunftsaussichten ihres Kapitalbesitzes werden sie den Klassenfraktionen der Besitz- oder der Bildungsbourgeoisie, sowie dem alten, dem neuen oder dem „exekutiven“ Kleinbürgertum zugerechnet (horizontaler Aspekt).

Habitus Theorie Wenn Menschen innerhalb der jeweiligen Lebensbedingungen ihrer sozialen Klasse(nfraktion) aufwachsen, entstehen zwangsläufig und weitgehend unbewusst klassen(fraktions)spezifische Habitusformen. Das sind latente Denk-, Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster, die einerseits die Möglichkeiten alltäglichen Handelns begrenzen, andererseits aktives Handeln stimulieren.

Arbeiterklasse So entsteht der Habitus der Arbeiterklasse aufgrund deren Lebenslage, die harte Notwendigkeiten enthält und so Nützlichkeitsdenken sowie eine „Kultur

des Mangels“ nach sich zieht. Zum Beispiel werden Käufe weniger nach ästhetischen Gesichtspunkten als nach Preis und Haltbarkeit vorgenommen. Der Habitus der Arbeiterklasse legt also ein Sich-Einrichten in den gegebenen engen Verhältnissen nahe. Der Habitus des Kleinbürgertums dagegen ist, seiner Mittellage entsprechend, auf sozialen Aufstieg ausgerichtet, auf die ehrgeizige, teils ängstliche, teils plakative Erfüllung vorgegebener kultureller Normen. Dies betrifft auch Fragen der Bildung und des Geschmacks. Der Habitus des Kleinbürgertums bedeutet angestrenktes Bemühen, „das Richtige“ zu tun. Statussymbole spielen im Kleinbürgertum eine große Rolle. Der Habitus der Bourgeoisie hingegen ermöglicht es, sich in Kenntnis der „richtigen“ Standards über diese zu erheben, einen eigenen Stil zu entwickeln, diesen unter Umständen als gesellschaftliche Norm zu propagieren und durchzusetzen. Das Kleinbürgertum ist dann wiederum darauf angewiesen, dieser neuen „Orthodoxie“ gerecht zu werden. Die Arbeiterklasse verharrt weiterhin in ihrer Kultur des Mangels. So entstehen durch die jeweiligen Habitusformen soziale Klassenmilieus, die auf kulturelle Weise die Vorrangstellung der Bourgeoisie immer wieder reproduzieren.

Kleinbürgertums

Bourgeoisie

Die Konsequenzen der jeweiligen Habitusformen und dementsprechenden sozialen Milieus zeigen sich im praktischen Verhalten und damit im Lebensstil. Wohnungseinrichtungen und Speisen, die bevorzugten Musikstile, Maler, Museen und Komponisten, insgesamt also die Lebensstile der Menschen, unterscheiden sich je nach ihrem Habitus und damit nach ihrer Klassenlage. Freilich heißt das nicht, dass Lebensstile durch Klassenverhältnisse völlig determiniert sein müssen. Aber sie bilden einen Rahmen, der die Freiheit der Lebensstilgestaltung begrenzt.

3. Wer hat Recht: Entstehen Lebensstile aus der Klassenlage oder wegen der Individualisierung?

Wer die Lebensstile von Menschen als Ergebnis von Individualisierungsvorgängen sieht, hält andere Entstehungsprozesse für wesentlich und kommt zu anderen Schlussfolgerungen als der, der anhaltende Klassenstrukturen für die Ursache von Lebensstilgruppierungen hält. Mehr noch: Die beiden Erklärungen sind weitgehend widersprüchlich:

- Individualisierungsvorgänge führen weitgehend *bewusst* zur Gestaltung des eigenen Lebensstils, der Klassenhabitus lässt Lebensstile eher *unbewusst* entstehen.
- Die Individualisierungstheorie ist eine Erklärung, die an den *Gedankenwelten* der Menschen ansetzt, die Habitusstheorie sieht in Ressourcen und in Klassenlagen, also in materiellen Verhältnissen, die wesentliche Ursachen der Lebensstilgestaltung.
- Wer meint, dass Lebensstile aus der Individualisierung erwachsen, erwartet dass sich Lebensstile *auffächern*, eher *unabhängig von vertikalen Klassenlagen* und strukturell eher *unbeständig* sind. Wer Klassenlagen und Habitusformen für maßgebend hält, wird eher eine *Konstanz* des Lebensstilgefüges

und eine prinzipiell *vertikale*, den Klassenlagen folgende Struktur der Lebensstilgruppierungen erwarten.

Die vorgenannten Gegensätze in den Erklärungsansätzen und in den darauf beruhenden Hypothesen führten seit den 1980er Jahren in den Sozialwissenschaften zu ganz erheblichen, durch politische Ideologien aufgeladenen Konflikten. Erwartungsgemäß tendierten eher „links“ eingestellte Sozialwissenschaftler und Leser dazu, Klassenlagen und dem Habitus die entscheidende Kraft zur Prägung von Lebensstilen zuzuerkennen und dadurch Lebensstilphänomenen recht wenig Eigenständigkeit zuzumessen. Liberal Denkende bevorzugten eher die Individualisierungserklärung und sahen Lebensstil(gruppierungen) damit vergleichsweise unabhängig von sozialstrukturellen Bedingungen.

Empirie Wenn Meinungen und Annahmen sich widersprechen, ist in den Sozialwissenschaften die Empirie der Schiedsrichter. Empirische Überprüfungen müssen jedoch nicht dazu führen, dass nur eine der beiden widersprüchlichen Erklärungen sich als zutreffend herausstellt. Auch die Realität kann Widersprüche enthalten, so dass möglicherweise beide Erklärungen ein Stück weit zutreffen.

Seit etwa den 1980er Jahren öffnet sich die Schere der Einkommen, seit den 1990er Jahren werden auch die Vermögensverhältnisse ungleicher. Reich und Arm rücken weiter auseinander. Mehr Menschen als zuvor werden als „arm“ oder aber als „reich“ angesehen. Die Mittelschicht schrumpft. Viele Menschen halten diese Entwicklungen nicht nur für moralisch bedenklich, sie befürchten auch vermehrte Konflikte und wachsende politische Instabilität (vgl. Hradil 2007).

Es liegt nahe zu vermuten, dass die wachsende soziale Ungleichheit auch Auswirkungen auf die Herausbildung von Lebensstilen bei den Einzelnen und auf das Gefüge der Lebensstilgruppierungen insgesamt hat. In den unteren Bereichen der Sozialstruktur lassen sich eine rückläufige Vielfalt von Lebensstilen und mehr Einflüsse der Klassenlage als von Individualisierungsprozessen erwarten. Denn Arme, Ungelernte und viele Menschen mit Migrationshintergrund haben sehr eingeschränkte Lebens- und Teilhabechancen. Sie können meist nur den Mangel verwalten. Wie sollten sich da Freiheiten der Lebensgestaltung und der Stilisierung des eigenen Lebensstils herausbilden? Auch in den unsicherer gewordenen Mittellagen der Gesellschaft und innerhalb der abschmelzenden Mittelschichten ist eine Stagnation der Lebensstilpluralität zu vermuten. Andererseits kann angenommen werden, dass die wachsende Zahl der gut Gestellten mehr Freiheiten der relativ eigenständigen Stilisierung ihres Lebens als je zuvor hat.

Im Folgenden soll anhand ausgewählter empirischer Befunde den genannten Vermutungen nachgegangen werden. Inwieweit ist das Gefüge von Lebensstilgruppierungen Ausdruck von Klassenverhältnissen oder aber von Individualisierungsvorgängen? Haben die neueren Verschärfungen sozialer Ungleichheiten Auswirkungen auf die Ausbildung von Lebensstilen und auf das Neben- und Übereinander von Lebensstilgruppierungen? Allerdings wird sich zeigen, dass die verfügbaren empirischen Befunde eher Antworten auf diese Fragen erlauben, die auf Hinweisen als auf Beweisen beruhen. Das betrifft vor allem die zweite Frage.

4. Zwei empirisch ermittelte Lebensstiltypologien

Sozialforscher greifen, wenn sie Lebensstile empirisch nachweisen wollen, meist auf Freizeitaktivitäten und kulturelle Geschmacksrichtungen sowie auf allgemeine Einstellungen der Menschen (als Orientierungsrahmen ihres Verhaltens) zurück (vgl. Georg 1998; Spellerberg 1996). Was das Freizeitverhalten angeht, so wird in empirischen Studien unter anderem danach gefragt, welche und wie oft Freunde getroffen, Theater besucht, Kunstwerke betrachtet oder Computer benutzt werden. Was den kulturellen Geschmack betrifft, so wird nach den bevorzugten Musikstilen, Sportarten, Filmen, Büchern gefragt. Die Ausprägungen der genannten Verhaltensindikatoren (z.B. die Bevorzugung von Opern als Musikstil, Tennis als Sportart, historischen Filmen und klassischer Romanliteratur), die von den Befragten besonders häufig in Kombination genannt werden, registrieren die Sozialforscher als Lebensstiltypen. Und je nachdem, welche Vorlieben innerhalb der genannten Indikatoren ein Befragter nennt (zum Beispiel interessiert er sich für Horrorfilme, Sportsendungen im Fernsehen und Rockmusik), bildet er mit anderen Befragten, die ähnlich antworteten einem Lebensstiltyp.

Freizeitaktivitäten
kulturelle Geschmacksrichtungen
allgemeine Einstellungen

Die Lebensstiltypologie von Gunnar Otte

Gunnar Otte (2004: 192) hat im Jahre 2001 Bewohner der Stadt Mannheim befragt und aus den Befunden eine „Lebensführungstypologie“ entwickelt. Sie beruht auf folgenden Indikatoren mit einer jeweils vierstufigen Skala:

Gunnar Otte

- Einen gehobenen Lebensstandard pflegen
- Maximale Ausgaben im Restaurant
- Kunstaussstellungen und Galerien besuchen
- Bücher lesen
- Eine überregionale Tageszeitung lesen
- Das Leben in vollen Zügen genießen
- Viel ausgehen
- Leben gefällt, wenn ständig etwas los ist
- Nach religiösen Prinzipien leben
- An alten Traditionen der Familie festhalten

Die typischen Kombinationen der Ausprägungen dieser Indikatoren, also die gefundenen Lebensstile, ordnet er vor dem Hintergrund zweier Koordinaten ein: im Hinblick auf das Ausstattungsniveau und hinsichtlich der „Modernität“ der Einstellungen, die im jeweiligen Lebensstil zum Ausdruck kommen. Dadurch entstand folgende Lebensstiltypologie, in der die nachfolgend genannten Bevölkerungsanteile auf die einzelnen Typen entfielen.

Ausstattungsniveau
„Modernität“

Tabelle 1: Verteilung von Lebensführungstypen in Mannheim 2001

Ausstattungs-niveau	Modernität/biographische Perspektive		
	Traditionale Einstellung	Teilmoderne Einstellung	Moderne Einstellung
Gehoben	1 Konservativ-Gehobene 2%	4 Liberal-Gehobene 16%	7 Reflexive 15%
Mittel	2 Konventionalisten 4%	5 Aufstiegsorientierte 24%	8 Hedonisten 18%
Niedrig	3 Traditionelle Arbeiter 4%	6 Heimzentrierte 11%	9 Unterhaltungssuchende 6%

Otte, G. 2004: S. 191, n=1024; vereinfachter Auszug aus Abb. 7.4

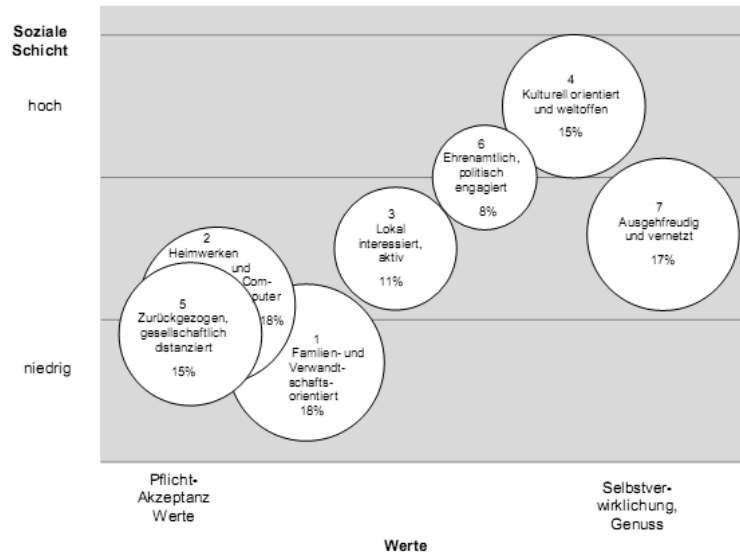
Der Vorteil der erstellten Typologie liegt in der eindeutigen und nachvollziehbaren Zuordnung von Befragten zu einer der neun Gruppen. Der Nachteil der Typologie liegt darin, dass die Fragen sich sehr stark auf die verfügbaren Ressourcen und weniger auf die gewählten Verhaltensweisen und damit auf den Kern von Lebensstilen erstrecken.

Eine neue Lebensstiltypologie von Annette Spellerberg

SOEP Eine neue Lebensstiluntersuchung benutzt Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahre 2008. Das SOEP ist eine umfangreiche (2008: 16 302 Befragte), jährlich bei den gleichen Personen wiederholte, für die gesamte Bevölkerung Deutschlands repräsentative Befragung. Das SOEP wird seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin erhoben.

Die Bildung von Lebensstiltypen auf der Basis von Daten des SOEP stützt sich auf Indikatoren aus dem Bereich der Wertorientierungen und des Freizeitverhaltens. Fragen zum kulturellen Geschmack sind nicht verfügbar. Es wurden 27 Lebensstilindikatoren erfragt, die sich auf die „Wichtigkeit bestimmter Lebensbereiche für das Wohlbefinden“ richten (zum Beispiel: Arbeit, Familie, Gesundheit oder Religion). Außerdem wurde nach 18 Indikatoren zur „Häufigkeit bestimmter Freizeitaktivitäten“ gefragt (zum Beispiel: Ausflüge, ehrenamtliche Tätigkeiten, Gartenarbeit oder Sport). Mittels sog. „Clusteranalysen“ wurden häufige genannte Kombinationen von Ausprägungen der genannten Indikatoren zu Lebensstiltypen zusammengefasst. Die folgende Abbildung vermittelt eine Übersicht über die Typologie und über die Bevölkerungsanteile, die die jeweiligen Lebensstile aufweisen.

Abbildung 1: Lebensstile in Deutschland 2008



Quelle: A. Spellerberg 2010

Die Einzelheiten der Charakterisierung der einzelnen Lebensstiltypen gehen aus folgender Tabelle hervor. (Wenn die Einzelheiten nicht interessieren, kann die Tabelle auch überschlagen werden.)

Tabelle 2: Charakterisierung der Lebensstiltypen in Deutschland

<p><i>Typ 1: Familien- und Verwandtschaftsorientiert</i> <i>Bevölkerungsanteil: 17 %</i> <i>Aktivitäten: Familie, Verwandte besuchen, Kirchliche, religiöse Veranstaltungen, fernsehen</i> <i>Seltene Aktivitäten: PC-, Internetnutzung, ausgehen, Ehrenamt, Sport, künstl. Tätigkeiten</i> <i>Wertorientierungen: Ehe, Partnerschaft, Kinder; Haus</i> <i>Sozialstrukturelle Merkmale: 2/3 Frauen, 20 % älter als 75 Jahre, 60 Jahre im Durchschnitt, 8 % Abitur, 140 € weniger als das mittlere Einkommen, 19 % Ausländer, 53 % Eigentümer</i></p>
<p><i>Typ 2: Heimwerken und Computer</i> <i>Bevölkerungsanteil: 18 %</i> <i>Aktivitäten: Basteln, Reparieren, Auto, PC und Internetnutzung</i> <i>Seltene Aktivitäten: Ehrenamt, Verbände, Vereine, Parteien, Verbände, kirchliche, religiöse Veranstaltungen, kulturelle und sportliche Veranstaltungen besuchen</i> <i>Wertorientierungen: Ehe, Partnerschaft, Kinder, sich etwas leisten können, Haus</i> <i>Sozialstrukturelle Merkmale: 61 % Männer, Durchschnittsalter 46, 45 % Kinder im Haushalt, 20 % Abitur, Haushaltsnettoeinkommen 140 € unter dem Mittel, 55 % Vollzeit, 8% Ausländer, 60% Hauseigentümer</i></p>
<p><i>Typ 3: Lokal interessiert, Aktiv</i> <i>Bevölkerungsanteil: 11 %</i> <i>Aktivitäten: Sportveranstaltungen besuchen, Ehrenamt, Verbände, Vereine, Parteien, Verbände, Basteln, Reparieren, Auto, Sport, ausgehen</i> <i>Seltene Aktivitäten: /</i> <i>Wertorientierungen: Ehe, Partnerschaft, für andere da sein</i></p>

<p><i>Sozialstrukturelle Merkmale:</i> 68 % Männer, 46 Jahre im Durchschnitt, 19 % Abitur, 32 % Kinder im Haushalt, Einkommen durchschnittlich, 55 % vollzeiterwerbstätig, 4% Ausländer, 60 % Hauseigentümer</p>
<p><i>Typ 4:</i> Kulturell orientiert und weltoffen <i>Bevölkerungsanteil:</i> 15 % <i>Aktivitäten:</i> Ausflüge Kurzreisen, künstlerisch aktiv sein, Sport treiben, Essen, trinken gehen, Kino, Oper, Theater, Auslandskontakte pflegen <i>Seltene Aktivitäten:</i> Politische Aktivitäten, Parteien, TV, Sportveranstaltungen besuchen <i>Wertorientierungen:</i> Selbstverwirklichen, sich einsetzen, Welt sehen <i>Sozialstrukturelle Merkmale:</i> 61 % Frauen, 49 Jahre im Mittel, 19 % Kinder im Haushalt, 45 % Abitur, Haushaltsnettoeinkommen 300 € über dem Mittel, 46 % Vollzeit, 6% Ausländer, 48 % Hauseigentümer</p>
<p><i>Typ 5:</i> Zurückgezogen, gesellschaftlich distanziert <i>Bevölkerungsanteil:</i> 15 % <i>Aktivitäten:</i> Fernsehen durchschnittlich <i>Seltene Aktivitäten:</i> Kulturelles, Ehrenamtliches, Außerhäusliches und Geselliges <i>Wertorientierungen:</i> Familie (entspricht aber nicht Durchschnittswert), nicht: Ehrenamt <i>Sozialstrukturelle Merkmale:</i> 56 % Frauen, 19 % älter als 75, 60 Jahre im Durchschnitt, 9 % Abitur, Haushaltsnettoeinkommen 100 € unter dem Mittel, 8 % Ausländer, 12% arbeitslos (17 % in Ostdeutschland), 75% nicht erwerbstätig, 10% Kinder im Haushalt, 33% Hauseigentümer</p>
<p><i>Typ 6:</i> Ehrenamtlich, politisch engagiert <i>Bevölkerungsanteil:</i> 8 % <i>Aktivitäten:</i> Parteien, Politik, Initiativen, Verbände, Kirche, Künstlerische Aktivitäten, Sport, kulturelle Veranstaltungen <i>Seltene Aktivitäten:</i> Fernsehen <i>Wertorientierungen:</i> Sich gesellschaftlich einsetzen, Für andere da sein, Ehe, Partnerschaft, Kinder <i>Sozialstrukturelle Merkmale:</i> 49 % Frauen, Durchschnittsalter 51, 31 % Kinder im Haushalt, 40 % Abitur, Haushaltsnettoeinkommen 100 € über dem Mittel, 39 % Vollzeit, 8% Ausländer, 61% Hauseigentümer</p>
<p><i>Typ 7:</i> Ausgefreudig und vernetzt <i>Bevölkerungsanteil:</i> 17 % <i>Aktivitäten:</i> Essen, trinken gehen, Freunde, Nachbarn treffen, PC-, Internetnutzung, Sport, Kino, Disco, Popmusik <i>Seltene Aktivitäten:</i> Ehrenamt, Verbände, Vereine, Parteien, Verbände, kirchliche, religiöse Veranstaltungen, künstlerische Tätigkeiten, kulturelle Veranstaltungen besuchen <i>Wertorientierungen:</i> Sich etwas leisten können, Erfolg im Beruf, Selbstverwirklichung, Welt sehen, reisen <i>Sozialstrukturelle Merkmale:</i> 50 % Frauen, 35 Jahre im Mittel, 34 % Abitur, Haushaltsnettoeinkommen/Kopf durchschnittlich, 56 % Vollzeit, 12% Ausländer, 33% Hauseigentümer,</p>

5. Interpretation I: Sind die gefundenen Lebensstile von Klassenzugehörigkeit oder Individualisierung geprägt?

Ruft man sich die erste der beiden Fragen ins Gedächtnis zurück, die in Abschnitt 3 gestellt wurden, dann lassen sich die dargestellten Befunde so interpretieren: Zweifellos gibt es einen Zusammenhang zwischen der sozialstrukturellen Lage (bzw. der Klassenlage) und dem Lebensstil der Menschen in Deutschland.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Abbildung 1 zeigt, dass einige Lebensstile in den unteren Bereichen der Sozialstruktur vorherrschen, andere typisch für die gesellschaftliche Mitte sind, und wieder andere sich in den oberen Lagen konzentrieren.

Dies wird durch Angaben aus Tabelle 2 bestätigt: Das Haushaltseinkommen der „Zurückgezogenen“ liegt deutlich unter dem Durchschnitt. Personen, deren Einkommen im niedrigsten Einkommensfünftel liegt, sind in dieser Lebensstilgruppierung besonders häufig. Drei Viertel der „zurückgezogen“ Lebenden sind denn auch nicht erwerbstätig. Dagegen finden sich in der Lebensstilgruppierung der „Kulturorientierten“ besonders viele Personen mit Einkommen aus dem obersten Fünftel der Einkommensbezieher.

Haushalts-
einkommen

Ähnliches gilt für die Bildung: In allen vier Lebensstilgruppierungen, die sich durch aktives Verhalten auszeichnen („Lokal interessiert, aktiv“, „Kulturell orientiert und weltoffen“, „Ehrenamtlich, politisch engagiert“ und „Ausgefreudig und vernetzt“) sind höhere Bildungsabschlüsse überdurchschnittlich häufig, während in allen passiveren Lebensstilgruppierungen niedrigere Bildungsabschlüsse dominieren. Hier zeigt sich, dass das Schicht- bzw. Klassenmerkmal Bildung deutliche Auswirkungen auf den Lebensstil der Menschen hat. Dieser Einfluss ist größer als der des Einkommens.

Bildung

Aber das Gefüge der Lebensstilgruppierungen in Deutschland kommt nicht nur durch das Oben und Unten sozialer Klassen und Schichten zustande. Auch die jeweiligen Werthaltungen der Menschen, und damit im Zusammenhang auch ihr Alter, führen zu „horizontalen“ Unterschieden im Lebensstil. Die Hälfte der Bevölkerung, deren Lebensstile „Zurückgezogen, gesellschaftlich distanziert“, „Familien- und Verwandtschaftsorientiert“ oder auf „Heimwerken und Computer“ ausgerichtet sind, hängt vorwiegend den alten Werten der „Pflicht und Akzeptanz“ sowie der „Familie“ an. Für die andere Bevölkerungshälfte sind Werthaltungen wie „Genuss und Selbstverwirklichung“ und „aktives Ausüben von Ehrenämtern“ typisch. Diese Bevölkerungshälfte besteht vorwiegend aus jüngeren Generationen, die vom Wertewandel geprägt ist, der weg von materiellen und hin zu postmateriellen, weg von wir- und hin zu ichbezogenen Werten führte. Für jene jüngeren Generationen ist die Individualisierung typisch. Insgesamt zeigt sich so, dass die Individualisierung und die damit verbundenen Werthaltungen der individuellen Selbstverwirklichung ebenfalls deutlichen Einfluss auf die Gestaltung von Lebensstilen haben. Sie kommt in der Abbildung durch die horizontale Anordnung von Lebensstilen zum Ausdruck.

Werthaltungen

In der Summe zeigt sich also, dass an beiden Erklärungsweisen der Lebensstilentstehung, sowohl am Hinweis auf Klassenlagen also auch auf die Individualisierung, „etwas dran“ ist. Ganz unabhängig voneinander sind die beiden Ursachen freilich nicht: Die individuelleren Werthaltungen sind in der Regel begleitet von günstigeren Lagen im sozialen Höher und Tiefer. Lebensstilen kommt die Funktion zu, individualisierten Menschen im schnellen sozialen Wandel Orientierung und Gemeinsamkeit zu bieten. Lebensstile haben jedoch immer auch die Funktion, soziale Hierarchien symbolisch zu repräsentieren und so zu stärken.

6. Interpretation II: Haben die Verschärfungen sozialer Ungleichheit Auswirkungen auf Lebensstile?

Hat sich, um nun auf die zweite der oben gestellten Fragen zu kommen, die wachsende soziale Ungleichheit der letzten beiden Jahrzehnte auch auf die Lebensstile der Menschen ausgewirkt? Um diese Frage exakt zu beantworten, hilft ein vergleichender Blick auf die oben dargestellten Lebensstilstudien aus den Jahren 2001 und 2008 kaum weiter. Denn sie beruhen auf unterschiedlichen Untersuchungsansätzen und sind daher nicht vergleichbar.

Allerdings zeigt sich bei der Prüfung der oben dargestellten neuen Lebensstilstudie, dass in unteren Bevölkerungsschichten auch noch im Jahre 2008 zwar bescheidene, aber durchaus unterschiedliche Lebensstile gelebt wurden. Dies scheint Annahmen zu widersprechen, denen zufolge bei wachsender Ungleichheit die Stilisierungsmöglichkeiten der schlechter gestellten Bevölkerungsteile deutlich abnehmen. Es scheint so, dass auch nach der Öffnung der Schere der sozialen Ungleichheit die Ressourcen zur Verfügung stehen, um unterschiedliche Lebensstiloptionen wahrzunehmen.

Literatur

- Beck, U. (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2 der Zeitschrift Soziale Welt. Göttingen
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, P. (1982 [La Distinction 1979]): Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M.
- Georg, W. (1998): Soziale Lage und Lebensstil. Eine Typologie, Opladen
- Hartmann, Peter 1999: Lebensstilforschung. Darstellung, Kritik und Weiterentwicklung. Opladen: Leske + Budrich
- Hradil, S.: Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht, in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik 2 (2007), S. 189-202
- Hradil, S.: Die Armut und die Unterschicht. Eine Kontroverse wird härter, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 1/2010, S. 105-110
- Hurrelmann, K., Albert, M. (2006): Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie: Eine pragmatische Generation unter Druck. Shell
- Kronauer, M. (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/M
- Meulemann, H. (1996): Werte und Wertewandel. Weinheim/München
- Müller-Schneider, Th. (2001): Freizeit und Erholung. In: B. Schäfers, W. Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Bonn, 2. Aufl. S. 227-237
- Otte, G. (2004): Sozialstrukturanalyse mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung. Wiesbaden.
- Schulze, G. (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt
- Schumacher, E. (2002) Die soziale Ungleichheit der Lehrer/innen – oder: Gibt es eine Milieuspezifität pädagogischen Handelns? in: J. Mägdefrau; E. Schumacher (Hg.): Pädagogik und soziale Ungleichheit, Bad Heilbrunn, S: 253-270
- Simmel, G. (1984 [1903]): Die Großstädte und das Geistesleben, in: Ders.: Das Individuum und die Freiheit. Essays, Berlin: Wagenbach, S. 192-204
- Spellerberg, A. (1996): Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland. Berlin

Konfliktherd Gazastreifen: Staatsbildung in Ägyptens Hinterhof?

Thomas Demmelhuber



Thomas
Demmelhuber

Zusammenfassung:

Der Gazastreifen steht nicht erst seit den Versuchen der ‚Gaza-Flotille‘ im Jahr 2010, die Seeblockade des Gazastreifens durch die israelische Marine zu durchbrechen, im Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Schon seit dem Sieg der Hamas bei den Wahlen zum palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 erfährt dieser dicht besiedelte Küstenstreifen im südöstlichen Mittelmeer eine wachsende mediale Aufmerksamkeit. Dieser Beitrag zielt darauf ab, nach der Akteurs- und Konfliktkonstellation im Gazastreifen und den Implikationen für das regionale Umfeld mit besonderer Berücksichtigung der Rolle Ägyptens zu fragen. Grundannahme ist dabei, dass die weitgehende Blockade des Gazastreifens zu Land und zu Luft sowohl an der israelischen Grenze als auch an der Grenze zu Ägypten aus institutioneller Sicht zu einer faktischen Verstaatlichung und Formalisierung der Herrschaftsstrukturen im Gazastreifen führte.

Der Gazastreifen steht nicht erst seit den Versuchen der ‚Gaza-Flotille‘ im Jahr 2010, die Seeblockade des Gazastreifens durch die israelische Marine zu durchbrechen, im Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Schon seit dem Sieg der Hamas¹ bei den Wahlen zum palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 und in Folge der gewaltsamen Übernahme der Regierungsgewalt durch die Hamas im Gazastreifen nach gescheiterten Vermittlungsbemühungen durch Saudi-Arabien im Jahr 2007, des anhaltenden Raketenbeschusses israelischer Städte aus dem Gazastreifen und des massiven israelischen Militäreinsatzes zum Jahreswechsel 2008/09 erfährt dieser dicht besiedelte, 40 Kilometer lange Küstenstreifen im südöstlichen Mittelmeer² eine wachsende mediale Aufmerksamkeit. Dementsprechend vielfältig erweist sich bei einer Sichtung der Literatur das Angebot an Studien zu den politischen Ambitionen der Hamas (meist im Kontext des Politischen Islam), völkerrechtlichen Fragen und Zuständigkeiten (Verantwortung Israels) sowie der Rolle externer Akteure (z.B. Iran). Vernachlässigt bzw. kaum rezipiert werden hingegen Binnenperspektiven und kritische Bestandsaufnahmen der Politikformulierung der Hamas-Regierung. Dies korreliert wohl mit der verbreiteten Grundeinschätzung, dass es sich bei der Hamas-Regierung lediglich um ein temporäres Regierungsintermezzo handele und die auf westlichen Terrorlisten stehende Hamas mitnichten eine legitime politische Kraft darstelle.

Dieser Beitrag setzt sich dezidiert von dieser Grundannahme und obig skizzierten analytischen Zugang ab. Vielmehr soll nach der Akteurs- und Konfliktkonstellation im Gazastreifen und den Implikationen für das regionale Umfeld mit besonderer Berücksichtigung der Rolle Ägyptens gefragt werden. Grundannahme ist dabei, dass die weitgehende Blockade des Gazastreifens zu Land und zu Luft – trotz Lockerung 2010 – sowohl an der israelischen Grenze als auch an der Grenze zu Ägypten aus institutioneller Sicht zu einer faktischen Verstaatlichung und Formalisierung der Herrschaftsstrukturen im Gazastreifen führte. Die Isolation der Hamas durch die beteiligten Akteure (Nahostquartett³, Ägypten und Israel), weil sie diese als Terrororganisation ansehen und die Hamas sich weiter weigert, das Existenzrecht Israels und das ‚Osloer Abkommensgefüge‘ anzuerkennen, hat bis dato nicht zu einem Stimmungsumschwung oder Regimewechsel im Gazastreifen geführt. Gleichzeitig verengt sich in diesem Prozess das Handlungsspektrum für Vermittlungsbemühungen der internationalen Staatengemeinschaft (d.h. im vorliegenden Fall des Nahostquartetts), um das strukturelle Problem, welches im innerpalästinensischen Konflikt um Machtanspruch und Deutungshoheit (Hamas vs. Fatah⁴) begründet ist, zu lösen. Das ständige Rekurrenieren auf eine Zweistaatenlösung wird mit einer Verfestigung des innerpalästinensischen Konflikts ad absurdum geführt.

Nahostquartett

Aus regionaler Sicht steht die Arabische Republik Ägypten als Anrainersstaat innen-, sicherheits- und bündnispolitisch vor der Herausforderung, *erstens* die eigene Interessensagenda gegen innen- und regionalpolitische Widerstände durchzusetzen, *zweitens* den internationalen Erwartungen als Vermittler Rechnung zu tragen und *drittens* von den Konfliktparteien (hier v.a. Hamas und Fatah) sowie der gesamten Arabischen Welt als glaubwürdiger Vermittler akzeptiert zu werden. Ägyptische Politik in der ‚Gaza-Frage‘ zeigt aufs deutlichste, dass diese Verknüpfung außenpolitischer Interessen der Quadratur eines Kreises gleicht und dementsprechend die Regierung in Kairo eine sehr stark auf nationalstaatliche Interessen rekurrenierende Politik mit einer klaren Prioritätensetzung verfolgt.

glaubwürdiger
Vermittler

Ägypten und sein Hinterhof

Die relative territoriale Geschlossenheit des Gazastreifens ist ein Produkt der Frühphase des arabisch-israelischen Konflikts, der eng mit dem Großbritannien vom Völkerbund zugesprochenen ‚Palästinamandat‘ nach dem Ersten Weltkrieg korreliert (Konferenz von San Remo 1920). Geschwächt vom Zweiten Weltkrieg und nicht mehr in der Lage seinen imperialen Anspruch weltweit aufrecht zu erhalten, sowie zudem durch widersprüchliche außenpolitische Grundsatzenscheidungen in der Zwischenkriegszeit selbst in die regionale Konfliktdynamik verstrickt, kündigte Großbritannien die Rückgabe des Mandats an die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, die Vereinten Nationen (VN), an. Die VN reagierten mit einem Teilungsplan (Resolution 181 (GV), 29. November 1947), in dem die Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates angestrebt wurde. Jerusalem und Bethlehem sollten laut Teilungsplan unter inter-

Palästinamandat

Teilungsplan
November 1947

nationaler Kontrolle bleiben. Während die jüdische Führung in Palästina mit realpolitischem Kalkül diesen Plan begrüßte, wurde die Resolution von arabischer Seite kategorisch abgelehnt. Was den Gazastreifen betraf, sah der UN-Teilungsplan von 1947 das Gebiet als Teil eines zukünftigen palästinensischen Staates an. Bis dahin sollte Ägypten ‚treuhänderisch‘ die Verantwortung übernehmen. Erst im Zuge des ersten arabisch-israelischen Kriegs 1948 besetzten ägyptische Truppen den Küstenstreifen und verwalteten das Gebiet mit kurzer Unterbrechung bis 1967 (‚Sechs-Tage-Krieg‘). Nach dem Krieg von 1967 und dem territorialen Gebietsgewinn zugunsten Israels wurde der Gazastreifen Teil der von israelischen Streitkräften militärisch kontrollierten Gebiete und später auch Einzugsgebiet für jüdische Siedler.

Sechs-Tage-Krieg

Aus ägyptischer Sicht war das Gebiet des heutigen Gazastreifens in der jüngeren Geschichte nie konstitutiver Bestandteil ägyptischen Territoriums, was sich auch darin zeigte, dass die Regierung in Kairo von 1948 bis 1967 ein sehr rigides ägyptisches Staatsbürgerschaftsrecht durchsetzte und die Mobilität der Bevölkerung von Gaza im Vergleich zu dem von Jordanien verwalteten Westjordanland äußerst restriktiv handhabte. Erst die zahlreichen Verhandlungsrunden der 1990er Jahre zur arabisch-israelischen Aussöhnung (v.a. Madrid, Oslo I und Oslo II) brachten Bewegung in die Frage der Zuständigkeiten für den Küstenstreifen. So wurde mit dem Gaza-Jericho-Abkommen von 1994, das der Osloer Prinzipienklärung zur vorübergehenden Selbstverwaltung folgte, die politische Verantwortung über den Gazastreifen auf die im gleichen Abkommen geschaffene Palästinensische Autonomiebehörde (PA) mit Sitz in Ramallah übertragen. Alle sicherheitsrelevanten Aspekte (Grenzkontrolle, Hoheit zu Luft und zu See) blieben weiterhin bei der israelischen Militärverwaltung. Erst der unilaterale und gegen Widerstand im eigenen Land erfolgte Rückzug des israelischen Militärs aus dem Gazastreifen unter der vom Likud geführten Regierung Scharon im Sommer 2005 führte zu einer für Ägypten neuen Akteurskonstellation an der nordöstlichen Staatsgrenze. An der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten standen den ägyptischen Grenzbeamten nun nicht mehr israelische sondern Sicherheitskräfte der PA gegenüber.

Gaza-Jericho-
Abkommen von
1994Palästinensische
Autonomiebehörde

Zwar konnte 2005 mit Unterstützung der Europäischen Union (EU) zwischen der PA, Israel und der EU eine Einigung über ein multilaterales Grenzregime, der *EU Border Assistance Mission Gaza* (EU BAM Gaza), erzielt werden, das in Zukunft den Personenverkehr am Grenzübergang Rafah regeln sollte. Israelischen Sicherheitsbedenken wurde mit einer Videoüberwachung des Grenzverkehrs durch israelische Grenzbeamte Rechnung getragen. Die operative Umsetzung des Grenzverkehrs endete allerdings bereits kurze Zeit später, als nach den Wahlen zum palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 die Hamas die Mehrheit der Sitze errang und nach gescheiterten Vermittlungsbemühungen für eine Regierung der Nationalen Einheit (‚Mekka-Abkommen‘), die Hamas im Gazastreifen gewaltsam die Macht übernahm. Sie sieht sich seitdem als die legitime palästinensische Regierung und erkennt die vom palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas ernannte Parallelregierung der PA für das Westjordanland unter Premierminister Salam Fayyad nicht an. Währenddessen scheiterten wiederholt von Ägypten initiierte Vermittlungsgespräche zwischen Vertretern von Fatah und Hamas in Kairo. So endeten bspw. die Gespräche 2009 nur vor-

EU Border
Assistance Mission
Gaza

Mekka-Abkommen

dergründig ergebnislos aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen darüber, mit welchem Wahlgesetz die de jure längst überfälligen palästinensischen Präsidentschaftswahlen durchzuführen seien.⁵ Im Kern ging es vielmehr um Deutungshoheit, Machtansprüche, die strategische Ausrichtung und eine Abwägung der ‚Wahl der Mittel‘ in der Grundsatzfrage der politischen Entwicklung für eine zukünftige palästinensische Staatlichkeit.

Aspekte unilateraler Grenzpolitik

Ägypten hält den Grenzübergang bei Rafah mit der Begründung geschlossen, dass die Hamas kein legitimer Partner im Grenzabkommen von 2005 sei. Erst eine formale Beteiligung der PA an der Regierung im Gazastreifen würde aus ägyptischer Sicht einen geregelten Grenzverkehr ermöglichen. Die Hamas interpretiert die Sachlage anders. Man sieht sich nach dem Sieg in den von internationalen Beobachtern als frei und fair beschriebenen Wahlen⁶ im Januar 2006 als rechtmäßige palästinensische Regierung an. Die Motivlage für die zögerliche Haltung der ägyptischen Regierung in der Grenzfrage ist dabei offenkundig. Die Regierung in Kairo folgt ihren innen-, sicherheits- und bündnispolitischen Interessen und will tunlichst vermeiden, die volle politische, ökonomische und humanitäre Verantwortung für den Gazastreifen zu übernehmen. Diese wäre umgehend gegeben, wenn die ägyptische Regierung einseitig die Grenze bei Rafah öffnen würde.

Hamas und der Iran

Zentral für Ägypten sind sicherheitspolitische Bedenken im Falle einer kompletten Öffnung der Grenze bei Rafah. Eine Infiltrierung durch Hamas-Kräfte im eigenen Land soll aus herrschaftspolitischen Gründen um jeden Preis vermieden werden. Das ist vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die Hamas eine Schwesterorganisation der in Ägypten verbotenen, wenngleich geduldeten Muslimbruderschaft (MB) ist und die MB wiederum die wichtigste Oppositionskraft im Land darstellt. Zudem verfügt die Hamas über enge strategische Beziehungen zum iranischen Regime Ahmadinejad, was wiederum politisch brisant ist, da Ägypten seit fast drei Jahrzehnten aufgrund zahlreicher politischer und religiöser Streitigkeiten keine diplomatischen Beziehungen mit dem Iran unterhält.⁷ Dieser Sachverhalt verleitet ägyptische Regierungsvertreter und regierungnahe Journalisten zu der wiederholten Aussage, der Gazastreifen sei ein ‚islamisches Emirat‘ nach iranischem Vorbild und damit eine ernstzunehmende Bedrohung der nationalen Sicherheit.⁸

Unruheherd Sinai

Die Sinaihalbinsel ist seit der vollständigen Rückgabe an die Ägypter in den 1980er Jahren ein Unruheherd. Die Zentralregierung in Kairo tut sich schwer, das staatliche Gewaltmonopol gegenüber relativ autonom agierenden Beduinen-

stammen auf dem Sinai einzufordern. Besondere Brisanz erlangt das ‚Sinai-Sicherheitsproblem‘ durch die zentrale Rolle, die der Südsinai für die ägyptische Tourismusindustrie einnimmt, da von den jährlich knapp 13 Millionen Touristen (Stand 2009) circa ein Drittel auf die Sinairegion entfällt. So haben Anschläge von angeblich *al-Qaida* nahe stehenden Beduinengruppen auf touristische Einrichtungen in der Vergangenheit (u.a. Sharm el-Sheikh 2005, Dahab 2006) vorübergehend die Nachfrage in der Tourismusbranche gedämpft und die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft zurückgehen lassen.

Ägypten als ‚Chefvermittler‘

Die ägyptische Regierung will von seinen internationalen Partnern (in erster Linie EU und USA) aber auch von Israel als verlässlicher Partner wahrgenommen werden, um damit auch seine eigene Selbstwahrnehmung als zentraler Leitakteur in der Region bestätigt zu sehen. Diese Rolle ist auch Kernelement der strategischen Partnerschaft mit den USA seit dem Friedensschluss mit Israel im Rahmen des Camp-David-Abkommens von 1978, was jährlich mit militärischen Transferzahlungen in der Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar an die ägyptische Regierung honoriert wird. Innenpolitische Interessen entsprechen damit bündnispolitischen Zwängen und avancieren zu einer ‚win-win-Situation‘ für das ägyptische Regime, sofern man den operativ fast unmöglichen Spagat schafft, sich gleichzeitig auch als ehrlicher Makler der ‚palästinensischen Sache‘ darzustellen.

Religion und Realpolitik

Diese Ausgangssituation schafft seit der Abschottung des Gazastreifens durch Israel und Ägypten den Nährboden für einen inflationären Anstieg des informellen Grenzverkehrs und einen massiven Ausbau des Tunnelverkehrs zwischen dem Gazastreifen und der Sinai-Halbinsel. Zur Hochzeit der kompletten Isolation des Gazastreifens ab Januar 2008 waren es offensichtlich mindestens 400 Tunnels (lt. Regierungsvertreter der Hamas)⁹, die den informellen Handel mit der Außenwelt nicht zum Erliegen brachten und das mittlerweile um 80 Prozent zurückgegangene, formale Importgeschäft etwas ausglich.¹⁰ Währenddessen ist das Exportgeschäft vor allem landwirtschaftlicher Erzeugnisse vollständig zum Erliegen gekommen.

Ägypten reagierte auf Druck seiner regionalen und internationalen Partner im Dezember 2009 mit US-amerikanischer Hilfe mit dem Bau eines massiven Stahlwalls, der Medienberichten zufolge nach Fertigstellung bis zu 20 Meter in die Tiefe reichen und damit jede Tunnelaktivität unterbinden soll.¹¹ Die Reaktionen in der Arabischen Welt waren höchst kontrovers: So sprach der einflussreiche TV-Mufti Youssef al-Qaradawi der ägyptischen Regierung jegliche religiöse Legitimation für dieses Bauvorhaben ab. Umgehend verwies die Regierung in Kairo auf ein höchst umstrittenes islamisches Rechtsgutachten (*Fatwa*) regierungstreuer Gelehrter der al-Azhar-Universität, die diesem Grenzwall den Anstrich religiöser Legitimation gaben, da das Bauprojekt der nationalen

Grenzwall für die nationale Sicherheit Ägyptens

Tunnelindustrie

Sicherheit Ägyptens diene.¹² Israel versucht nach gescheiterten Militäroffensiven¹³ wiederholt mit seinen Streitkräften aus der Luft, den Tunnelhandel zu unterbinden. Dennoch floriert die ‚Tunnelindustrie‘ weiter. Berichte mehren sich, dass selbst der sich im Bau befindliche Stahlwall schon überwunden werden konnte. Mehr noch, die Tunnelwirtschaft differenziert sich arabischen Medienberichten zufolge nach Branchen weiter aus (z.B. Tunnels ausschließlich für Autohandel oder für den Benzin- und Gashandel).¹⁴ Die Aufrechterhaltung der Blockade des Gazastreifens avanciert zu einem Wachstumsschub für das Tunnelgeschäft, in dem bspw. 2008 laut UNRWA¹⁵ 20.000 Arbeitskräfte tätig waren.¹⁶ Für die vorliegende Studie viel entscheidender ist aber, dass sich der Tunnelhandel neben der damit verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Gütern zu einem herrschaftspolitischen Eckpfeiler der Hamas-Regierung um Ministerpräsident Ismail Haniyeh entwickelt. Damit einhergehend erweist sich die Taktik Ägyptens und Israels (mit Zustimmung der palästinensischen Regierung im Westjordanland), die Hamas durch eine Isolation des Gazastreifens nachhaltig zu schwächen, als kontraproduktiv.

Konsolidierung der Hamas-Regierung

Clan- und Familienstrukturen

Die Verfestigung der Machtbasis der Hamas ist vor dem Hintergrund einer stark ausdifferenzierten und bis in das 19. Jahrhundert zurückreichenden Clan- und Familienstruktur im Gazastreifen zu sehen. Die historisch gewachsene Bevölkerungsstruktur wurde erst durch den Zustrom an palästinensischen Flüchtlingen im Zuge der ersten arabisch-israelischen Kriege aufgebrochen. Dennoch vermochten diese Clan- und Familienstrukturen ihre formalen und informellen Machtbeziehungen zu kompensieren. Vor allem in Zeiten eines Machtvakuum, so zum Beispiel nach dem unilateralen Rückzug Israels 2005, füllten Clans und Familien dieses Machtvakuum, indem sie quasi-staatliche Aufgaben wie öffentliche Sicherheit und sozialkaritative Grundversorgung übernahmen sowie in ihren jeweiligen Einflussgebieten institutionalisierte Formen des Konfliktaustrags schufen. Nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Hamas 2007 schaffte es diese erst graduell die Gewährleistung öffentlicher Ordnung umzusetzen. So forderte die Hamas mit viel Pragmatismus im Umgang mit einflussreichen Clanstrukturen, deren Bündnislinien insbesondere nach Machtübernahme der Hamas sehr unübersichtlich blieben, diese Hoheit ein. Das geschah auch unter massivem Einsatz von Hamas-Sicherheitskräften, so beispielsweise im August 2009, als die Hamas gegen eine radikal-islamistische Gruppierung (*Jund Ansar Allah*) vorging, die mit Übergriffen und Bombenattentaten, den Herrschaftsanspruch der Hamas nicht anerkennen wollte und dazu aufrief, den ‚Widerstand‘ zu internationalisieren.

Mit der Verhängung einer Totalblockade des Gazastreifens durch Israel im Januar 2008 und der Einstellung von Transferzahlungen westlicher Geber stand die Hamas vor der Herausforderung, die defizitäre humanitäre Lage zu verbessern und gleichzeitig ihre Herrschaftsbasis gegenüber einzelnen Fatah-Gruppierungen und den weiter autonom agierenden Clanstrukturen weiter zu konso-

lidieren. Die ‚Tunnelindustrie‘ entwickelte sich dabei zu einem funktionalen Mittel der Herrschaftssicherung, indem die Hamas mit Pragmatismus und machtpolitischem Kalkül ihren Machtanspruch festigen konnte.

Formalisierung des Informellen

Erfolgreich verhindert die Hamas bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen vollständigen ökonomischen Kollaps im Gazastreifen. Zunächst schlugen noch die Gehaltsüberweisungen an Bedienstete der Autonomiebehörde aus Ramallah zu Buche (bis 2007). Hinzu kommt die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln durch die UNRWA, von denen laut VN-Statistik mindestens 60 Prozent der Gaza-Bevölkerung abhängig sind. Auch sind politisch motivierte Transferzahlungen aus der weiteren Region des Nahen Ostens (z.B. Iran), die meist in bar über Tunnels in den Gazastreifen gelangen, zu berücksichtigen.

Gehaltsüberweisungen
Versorgung durch die UNRWA
Transferzahlungen

Neben diesen Punkten sind aber vor allem Strategien bedeutsam, welche die pragmatische Anpassungsfähigkeit der Hamas zeigen, Einnahmen und damit ein Steueraufkommen im Gazastreifen zu generieren, um eine tragfähige Finanzbasis der Hamas-Regierung zu schaffen. So verhängt die Hamas, mit der Ausnahme von Grundnahrungsmitteln, die über die Tunnels aus Ägypten in den Gazastreifen gelangen, eine Mehrwertsteuer von knapp 15 Prozent auf jedes über einen Tunnel gehandelte Produkt. Für Zigaretten und Benzin gilt dabei noch ein höherer Steuersatz. Nebst Lizenzgebühr für jeden registrierten Tunnel treiben Hamas-Steuerbeauftragte direkt auf Gaza-Seite dieses Steueraufkommen ein. Als positiven Nebeneffekt können sie damit auch ihr Gewaltmonopol unter Beweis stellen, vor allem gegenüber einflussreichen Familienclans im Tunnelgeschäft. Ebenso hat die Hamas eine Lohnsteuer in der Höhe von fünf Prozent erhoben, die automatisch vom Lohn der mehr als 20.000 Bediensteten im öffentlichen Dienst abgezogen wird. Auch führte die Hamas eine in den Jahren zuvor nur rudimentär eingeforderte ‚Nummernschildpflicht‘ für Fahrzeuge im Gazastreifen ein (natürlich gegen Entrichtung einer Lizenzgebühr in der Höhe von 200 US-Dollar).¹⁷ So hat sich die Hamas-Regierung erfolgreich eine im Ansatz tragfähige, alternative Finanzbasis geschaffen und das trotz Einstellung internationaler und innerpalästinensischer (durch Autonomiebehörde) Hilfszahlungen.

Mehrwertsteuer
Lizenzgebühr
Lohnsteuer
Nummernschildpflicht

Lockerung der Blockade

Die ‚Aufweichung‘ der Totalblockade des Gazastreifens mit einer Liste von 114 erlaubten Importprodukten durch die israelische Regierung im Juni 2010 (auch auf internationalen Druck hin) nahm umgehend Einfluss auf das Tunnelgeschäft. Der Handel mit Grundnahrungsmitteln, die nun wieder relativ ungehindert in den Gazastreifen importiert werden konnten, verlagerte sich schnell auf die formale Ebene, was das Tunnelgeschäft stark schwächte und Medienberichten zufolge dazu führte, dass drei Viertel der Tunnel derzeit ‚außer Betrieb‘ sind.¹⁸ Schwerpunktgüter des informellen Handels sind nun vor allem Produkte, die weiter von Israel aus Sicherheitsbedenken zurückgehalten werden, wie Ze-

ment, Stahl, diverse Baumaterialien sowie klassische Schmuggelgüter wie Waffen und Geld.

Übernahme quasi-staatlicher Aufgaben

Insgesamt schafft es die Hamas mit einer Übernahme quasi-staatlicher Aufgaben erfolgreich ein Steueraufkommen zu generieren, das es der Regierung ermöglicht, ihre Grundaufgaben der öffentlichen Sicherheit, gesundheitlichen Grundversorgung oder auch den Wiederaufbau nach israelischen Militäroperationen im Ansatz zu finanzieren und die Löhne der Mitarbeiter des schnell wachsenden Stabs an Bediensteten in Behörden und in den Sicherheitsdiensten auch zu bezahlen. Eine daraus abzuleitende Konsolidierung der Hamas-Regierung ist deutlich erkennbar und widerspricht der ursprünglichen Zielsetzung der beteiligten Konfliktparteien, durch eine Isolation des Gazastreifens den Nährboden für einen Regimewechsel zu legen.

Konsolidierung der Hamas-Regierung

Fazit und Ausblick

Die seit dem unilateralen Rückzug der israelischen Streitkräfte 2005 zu beobachtende territoriale Geschlossenheit des Gazastreifens, die Stabilisierung der Regierungskontrolle der Hamas und die weiterhin bestehende Isolation von der Außenwelt leisten der Verfestigung einer Quasi-Staatlichkeit in Gaza weiter Vorschub. Der institutionelle Ausbau tragfähiger Strukturen in ‚Hamastan‘ parallel zum ‚Fatahland‘¹⁹ im Westjordanland schafft graduell eine normative Kraft des Faktischen, die einer ‚Zweistaatenlösung‘, welche von allen beteiligten Konflikt- und Vermittlerparteien gebetsmühlenartig wiederholt wird, zuwiderläuft.

Verfestigung einer Quasi-Staatlichkeit

Unabhängig von der Frage nach der Form zukünftiger palästinensischer Staatlichkeit, die im vorliegenden Beitrag von nachgeordneter Bedeutung ist, zeigt sich zweierlei: Das Verhalten der beteiligten Akteure, insbesondere Ägyptens und Israels führt zu einer Perpetuierung der komplexen Konfliktlage an den Grenzen zum Gazastreifen und verhindert ein Grenzregime, das den Grenzverkehr für Personen und Güter regelt, kontrolliert und dabei den sicherheitspolitischen Bedenken seitens Ägyptens und Israels Rechnung trägt. Ägypten lehnt das mit Verweisen auf die nationale Souveränität kategorisch ab und signalisiert wenig Verhandlungsbereitschaft. Ägypten verweigert sich damit auch der Anerkennung, dass die Formalisierung der Herrschaftsstrukturen im Gazastreifen eine neue politische Realität geschaffen hat. Letztere ‚Quasi-Staatlichkeit‘ im Gazastreifen passt offenkundig nicht in die politische Machtarithmetik der Regierung in Kairo.

Dennoch trägt dieser gegenwärtige Status quo ägyptischen innen- und bündnispolitischen Interessen nur kurzfristig Rechnung. Jeder Versuch seitens der ägyptischen Regierung den Grenzschutz massiv auszubauen und zu verstärken, konnte durch Improvisationskunst der Akteure des informellen Handels überwunden werden. Die Regierung in Kairo ist in ihrer Grenzpolitik zudem eingeschränkt, da sie nicht befugt ist, das Grenzpersonal beliebig aufzustocken. Immer noch gültige Höchstgrenzen von bewaffneten Sicherheitskräften auf der Sinai-Halbinsel, definiert durch das Camp-David-Abkommen von 1978 mit Israel, setzen der ägyptischen Regierung klare operative Grenzen. Für ein multilatera-

Camp-David-Abkommen

les Grenzregime mit Anerkennung der Machtverhältnisse im Gazastreifen fehlen dennoch bis auf weiteres der politische Wille von Ägypten und Israel sowie eine klare Willensbekundung seitens der USA, was die Regierungen in Kairo und Jerusalem derzeit mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen dürften.

Anmerkungen

- 1 Hamas steht einerseits als Akronym für Harakat al-muqawama al-islamiyya (‚Islamische Widerstandsbewegung‘) und andererseits wörtlich übersetzt für ‚Eifer, Enthusiasmus und Begeisterung‘. Bei den Wahlen am 25. Januar 2006 zum palästinensischen Legislativrat errang die Hamas 74 von 132 Sitzen. Die Fatah kam auf 45 Sitze.
- 2 Bei einer Breite von durchschnittlich knapp zehn Kilometern ergibt sich eine Fläche von 365 km², was im deutschen Vergleich etwas mehr als der Fläche der freien Hansestadt Bremen (ohne Bremerhaven) entspricht. Mit über 4.100 Einwohnern pro km² ist die Siedlungsdichte entgegen häufiger Darstellung im Normbereich urbaner Siedlungen und nur minimal höher als die Bevölkerungsdichte Berlins. Hingegen liegt die Bevölkerungsdichte in dreien der acht Flüchtlingslagern des Gazastreifens bei über 80.000 (!) pro km² (eigene Berechnungen mit Daten von CIA World Fact Book, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/library>; Palestinian Return Centre, abrufbar unter: <http://www.prc.org.uk>; jeweils eingesehen am 1. Oktober 2010).
- 3 Das Quartett ist eine Gruppe von Akteuren, die den ‚Friedensprozess‘ zwischen Israel und Palästinenser vermittelt. Gegründet 2002, gehören dem Quartett die Vereinten Nationen (VN), die Europäische Union (EU), die USA und Russland an. Seit 2007 ist Tony Blair Sondergesandter des Nahostquartetts.
- 4 Die Fatah ist stärkste Fraktion in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Ihr gehört auch der amtierende palästinensische Präsident Mahmoud Abbas an. Fatah steht seit dem Gründungsjahr 1959 als Abkürzung für Harakat al-tahrir al-watani al-filastini (‚Nationale Palästinensische Befreiungsbewegung‘). Sie geht u.a. auf Yassir Arafat, einen ihrer Gründer, zurück.
- 5 Die Hamas forderte unter anderem ein Verhältniswahlssystem ein, wohingegen die Fatah für eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahl eintrat. Die Motivation ist offensichtlich. Die Fatah fürchtet über ein reines Listenwahlrecht die zahlenmäßig starke Population in der Hamas-Hochburg Gazastreifen.
- 6 Vgl. Pressemitteilung des EU-Parlaments (EP06-007EN) vom 26. Januar 2006.
- 7 Ägypten und der Iran unterhalten seit dem Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten 1979 keine vollen diplomatischen Beziehungen mehr. Die ‚Eiszeit‘ zwischen Ägypten und Iran begann mit dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel im Zuge von Camp David I (1978). Als ein Jahr später, nach der Revolution in Teheran, Ägyptens Präsident Sadat dem iranischen Schah Mohamed Reza Pahlavi das Exil anbot, erreichten die Beziehungen zwischen Kairo und dem neuen Regime in Teheran einen vorläufigen Tiefpunkt. Auf die Ermordung Sadats durch islamistische Extremisten im darauf folgenden Jahr reagierte das Regime in Teheran mit der Glorifizierung des Attentäters Khaled Islambuli. In Teheran wurde unter anderem eine Straße nach ihm benannt.
- 8 Vgl. u.a. Zvi Bar’el, ‚Neighbors/The Muslim Brotherhood – Iran’s brothers-in-arms?‘ in: Haaretz, 31. Dezember 2008; Ursula Lindsey, ‚Egypt’s Wall‘, in: Middle East Report Online, 1. Februar 2010 (abrufbar unter: <http://www.merip.org>, eingesehen am 3. November 2010).
- 9 Entspricht den von der Hamas registrierten Tunnels. Die tatsächliche Zahl der operativen Tunnels (vor der Operation ‚Gegossenes Blei‘) war höher, da die Hamas das Tunnelgeschäft nie vollständig kontrollierte.
- 10 Vgl. Zahlen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz: IKRK, ‚Gaza: 1.5 million people trapped in despair‘, abrufbar unter: <http://www.icrc.org> (eingesehen am 5. November 2010).
- 11 Vgl. u.a. Rory McCarthy, ‚Egypt Building Underground Metal Wall to Curb Smuggling into Gaza‘, in: The Guardian, 10. Dezember 2009.

- 12 Vgl. Rachele Kliger, 'Egypt's steel wall sparks »fatwa war«', in: The Jerusalem Post, 4. Januar 2010; vgl. zu dem ‚Fatwa-Krieg‘: Tally Helfont, 'Egypt's Wall with Gaza & the Emergence of a New Middle East Alignment', in: Orbis – A Journal of World Affairs, Summer 2010, S. 426-440 (S. 434ff.).
- 13 Die eigentlichen Ziele der ‚Operation Gegossenes Blei‘ 2008/09 waren ein Regimewechsel, die Befreiung des weiterhin verschleppten israelischen Soldaten Gilad Shalit, eine Unterbindung der Tunnelwirtschaft und eine Verhinderung des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen. Keines dieser drei Ziele konnte erreicht werden. Shalit befindet sich immer noch in Gefangenschaft, die Herrschaftsbasis der Hamas konsolidiert sich weiter und die Tunnelwirtschaft nimmt immer größere Ausmaße an. Lediglich der Raketenbeschuss hat seit Jahresbeginn 2009 drastisch abgenommen.
- 14 Vgl. Schlagzeile des saudischen Nachrichtensenders al-Arabiyya vom 25. September 2009.
- 15 UNRWA steht für United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East.
- 16 UNRWA, The Gaza Labour Market. A Briefing Paper, Amman u.a. 2009, S. 21.
- 17 International Crisis Group, 'Ruling Palestine I: Gaza under Hamas', in: Middle East Report, n°73 (2008), Brüssel u.a., S. 16f.
- 18 Ibrahim Barzak, 'Easing of Gaza blockade leaves many smugglers idle', in: The Associated Press, 2. November 2010.
- 19 In Anlehnung an den Beitrag von Asseburg, vgl. Muriel Asseburg, ‚»Hamastan vs. Fatahland«: Fortschritt in Nahost?‘, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, 35 (2007).

Gute Arbeit im Kapitalismus?

Das Arbeitsverhältnis als Beispiel für die Vorteile didaktischer Interdisziplinarität

Thorsten Hippe



Thorsten Hippe

Zusammenfassung

In der Wirtschaftsdidaktik wird oft postuliert, dass das Paradigma der Ökonomik den dominanten fachwissenschaftlichen Bezugspunkt wirtschaftlichen Lernens bilden soll. Sozialwissenschaftliche Kritiker fordern dagegen eine genuin interdisziplinäre Form wirtschaftlicher Bildung. Im Artikel werden diese beiden kontroversen Thesen exemplarisch anhand des Themas „Arbeitsverhältnis“ überprüft. Es zeigt sich, dass Lernprozesse zu diesem Thema aus guten didaktischen Gründen nicht nur die Ökonomik, sondern auch die Perspektiven der Arbeitssoziologie und der Organisationspsychologie *gleichberechtigt* berücksichtigen müssen.

Ein Großteil der Wirtschaftsdidaktik sieht im Paradigma der Ökonomik (Hermann/Suchanek 2005) das dominante fachwissenschaftliche Fundament wirtschaftlicher Bildung. Demnach soll das kategoriale Analyseschema zur Anleitung von Lernprozessen darin bestehen, a) das Handeln von Akteuren (nur) mit dem ökonomischen Verhaltensmodell zu analysieren, d.h. Individuen typisiert rationalen, opportunistischen Eigennutz zu unterstellen. Danach seien b) daraus folgende Kooperationsprobleme (z.B. Soziales Dilemma) aufzuzeigen und c) institutionelle Regeln zu identifizieren, die durch Setzung passender ökonomischer Anreize für alle Akteure diese Probleme lösen (z.B. Kaminski 2001/2002).

Paradigma der Ökonomik

Die Frage, ob auch andere sozialwissenschaftliche Disziplinen von Bedeutung für die Förderung wirtschaftlichen Lernens von Schülern sind, wird von der Wirtschaftsdidaktik kaum untersucht. Dennoch glaubt sie wissen zu können, dass das Paradigma der Ökonomik gut die alleinige fachwissenschaftliche Grundlage wirtschaftlicher Bildung bilden könne. So fragen Krol et al. (2006, 7) rhetorisch: „Die Ökonomik als fachwissenschaftlicher Bezugspunkt – was sonst?“ Zudem wird behauptet, dass sozialwissenschaftliche Disziplinen bzgl. des Erkenntnisgegenstands nur wenig gemeinsam hätten (DAI 2008, 17). Ein integrativer Lehrer(bildner) setze sich „zwischen alle Stühle“ (Retzmann et al. 2010, 85).

Bedeutung anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen

Kritiker dieser *reinen* Ökonomik-Didaktik entgegnen, dass sie a) zur unkritischen Affirmation heutiger ökonomischer Praktiken/Strukturen führe und b) die Bedeutung sozialer Konventionen, Normen und Kulturen als soziomora-

liche Fundamente wirtschaftlicher Organisationen und Strukturen vernachlässige (Hedtke 2002).

Eine Schwäche dieser Kontroverse liegt darin, dass beide Seiten ihre Thesen zur Sinnhaftigkeit einer rein ökonomischen versus interdisziplinären Wirtschaftsbildung i.d.R. nur in abstrakt-pauschalen Generalformeln *behaupten* anstatt sie differenziert anhand konkreter Unterrichtsthemen zu *überprüfen/belegen*.

Prüfung der beiden
konträren Thesen
anhand des Themas
„Arbeitsverhältnis“

Darum prüfe ich im Folgenden die beiden konträren Thesen exemplarisch anhand des Themas „Arbeitsverhältnis“, d.h. der Beziehung zwischen Unternehmer und Arbeitnehmern auf der betrieblichen Mikroebene. Diese Beziehung hat eine große Bedeutung für den späteren Alltag der Lernenden, zumal diverse Charakteristika des jeweiligen Arbeitsverhältnisses laut empirischen Studien einen hohen Einfluss auf die subjektive Lebensqualität von Menschen haben. Daraus folgt als sachanalytische Leitfrage: Wie können Arbeitsverhältnisse so gestaltet werden, dass sie die potentiell konfligierenden Interessen a) von Unternehmen an hinreichender Arbeitsproduktivität und b) von Arbeitnehmern an humanen Arbeitsplätzen zugleich erfüllen? Welche Gefährdungen dieser Interessen zeigen sich in der heutigen Arbeitswelt?

ein genuin sozial-
wissenschaftlicher
Bildungsprozess

Dazu stelle ich dar, welche sozialwissenschaftlichen Disziplinen einen Beitrag zur kontroversen Diskussion dieser Frage leisten und wie deren verschiedene Perspektiven zueinander in Bezug gesetzt werden können. Dabei zeige ich, dass die Ökonomik bei diesem Thema nicht den dominanten fachwissenschaftlichen Bezugspunkt bilden sollte. Vielmehr ist ein *genuin sozialwissenschaftlicher* Bildungsprozess nötig, der neben Ökonomik (Kapitel 1) auch Arbeitssoziologie (Kapitel 2) und Organisationspsychologie (Kapitel 3) *gleichberechtigt* mit einbezieht. Denn ein rein ökonomischer Unterricht zu diesem Thema ohne organisationspsychologische und arbeitssoziologische Perspektive würde in der Tat a) zur Auslassung problematischer Entwicklungen in der heutigen Arbeitswelt neigen (Kapitel 2) und b) wirtschaftlich erfolgreiche, soziomoralische Alternativen zur ökonomischen Anreiz-Steuerung von Arbeitsverhältnissen übersehen (Kapitel 3).

1. Das Arbeitsverhältnis aus Sicht der Ökonomik

„Ausbeutung“ in
Deutschland ein
Relikt des 19.
Jahrhunderts

Für die Ökonomik ist das vom Marxismus beklagte Machtungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital zugunsten des letzteren und die daraus folgende „Ausbeutung“ des Arbeiters zumindest in Deutschland ein Relikt des 19. Jahrhunderts. Arbeitnehmer würden von Unternehmen heute eher als Partner denn als bloße Weisungsempfänger behandelt (Dietz 2006). Arbeitgeber handelten gemäß dem Motto „Zuckerbrot statt Peitsche“ (Fehr/Renninger 2001). Die große Mehrheit der Arbeitnehmer sei daher mit ihren Arbeitsplätzen zufrieden (Akerlof/Shiller 2009, 155).

Erstens schütze der Reputationsmechanismus des Marktes Arbeitnehmer vor einer respektlosen Behandlung durch Arbeitgeber: „Ein Arbeitgeber mit einem Ruf für ruppige Behandlung der Arbeitnehmer wird gerade von tüchtigen Arbeitnehmern gemieden. Er ist deshalb auf Dauer einem Konkurrenten nicht ge-

wachsen, der durch seinen Ruf guter Behandlung der Arbeitnehmer gerade die Besten an sich bindet.“ (Von Weizsäcker 1998, 275). Zweitens sei das Arbeitsverhältnis durch Informationsasymmetrien zu Lasten des Arbeitgebers geprägt, da Arbeitsverhalten und -motivation der Arbeitnehmer oft nur begrenzt beobachtbar seien (Dietz 2006). Das Arbeitsverhältnis ist eine Prinzipal-Agent-Beziehung, in dessen Rahmen der Agent (Arbeitnehmer) den Prinzipal (Arbeitgeber) heimlich durch Leistungszurückhaltung („Shirking“) schädigen kann. Dies veranlasse Arbeitgeber dazu, ein arbeitnehmerfreundliches Betriebsklima zu schaffen, um sich das Wohlwollen der Beschäftigten zu sichern.

Prinzipal-Agent-
Beziehung

Im Zentrum des Erkenntnisinteresses der Ökonomik steht also weniger die Frage, wie eine eventuelle „Ausbeutung“ der Arbeitnehmer zu verhindern sei, sondern wie man mögliches „Shirking“ durch Arbeitnehmer unterbinden kann. Die ökonomische Sichtweise ist didaktisch von großer Bedeutung zur Förderung des Perspektivenwechsels in die Rolle des Unternehmers und dessen betriebliche Steuerungsprobleme.

Zur Lösung der Problematik wird u.a. eine Lockerung des Kündigungsschutzes empfohlen, um Anreize der Arbeitnehmer zu Absentismus („Blaumachen“) zu senken (Sinn 2005, 173). Zudem überlegen einige Arbeitsökonominnen, wie man Arbeitnehmer zu unternehmerischem Handeln (Entwicklung eigener Ideen zur Kostenreduktion etc.) motivieren kann, um die Effizienz von Unternehmen zu fördern. Für viele Ökonomen spielt dabei die Setzung passender ökonomischer Anreize für Arbeitnehmer eine wichtige Rolle, z.B. durch den internen Wettbewerb um Beförderungen und durch leistungs- bzw. erfolgsabhängige Bezahlung (Lazear/Shaw 2007; Venohr 2006; Halal 2000).

ökonomische
Anreize für
Arbeitnehmer

So empfehlen einige Ökonomen, Unternehmen in kleine Geschäftsbereiche und korrespondierende Teams von Arbeitnehmern zu disaggregieren, die von detaillierter Bevormundung seitens des Top-Managements befreit sind. Den Teams sollen feste ökonomische Ziel-Kennziffern vorgegeben und ansonsten ein gewisser Spielraum bzgl. der Methoden der Erledigung ihrer Arbeit und der Organisation ihres Geschäftsbereichs eingeräumt werden (Dezentralisierung), der auch gewisse unternehmerische Freiheiten beinhalten kann. Diese Entscheidungsautonomie müsse aber durch wirkmächtige Anreiz-Systeme, d.h. durch eine hohe ökonomische Eigenverantwortung der Teams der Geschäftsbereiche ergänzt werden. So sollen die Teams in entsprechend hohem Maße (mit)verantwortlich für die finanziellen Erfolge/Verluste ihres Geschäftsbereichs sein (Profit-Center), sodass sich die Gehälter erfolgsvariabel gestalten.

Zur didaktischen Veranschaulichung dieser ökonomischen Steuerungsstrategie und zur nötigen Schulung der kategorialen Kompetenz des Denkens in Anreizen eignet sich eine konkrete Fallstudie z.B. zur Würth-Gruppe (Venohr 2006). Dieser wirtschaftlich sehr erfolgreiche Konzern, der im Großhandel mit Befestigungs- und Montagetechnik tätig ist, betreibt seit langem eine Politik der Dezentralisierung. Entscheidungsrechte werden so weit wie sinnvoll an einzelne operative Einheiten vor Ort und ihre Mitarbeiter-Teams verlagert, sodass diese „wie Unternehmen im Unternehmen“ agieren. So legen die Außendienstmitarbeiter z.B. innerhalb gewisser Grenzen die Produktpreise selber kundenspezifisch fest. Fast jeder Mitarbeiter wird erfolgsabhängig entlohnt. Bei Außendienstmitarbeitern ist über die Hälfte der Vergütung variabel, d.h. abhängig von

Fallstudie Würth-
Gruppe

Leistungsgrößen wie dem individuellen Umsatz. Bei dauerhafter Verfehlung der Ziele werden Mitarbeiter spätestens nach 2 Jahren entlassen. Diese Leistungsanreize werden dadurch erhöht, dass die relative Performanz von Teams und einzelnen Mitarbeitern für die gesamte Belegschaft transparent gemacht wird, indem interne Rankings publiziert werden und die Größe des Dienstwagens eines Mitarbeiters von seinem Verkaufserfolg abhängt. Zur weiteren Steigerung der Leistungsanreize setzt die Würth-Gruppe auf *internen* Wettbewerb: *innerhalb des Konzerns* wurde ein zweites Unternehmen (Reca-Norm) gegründet, das dem *Einzelunternehmen* Würth Konkurrenz macht: „Für Überschneidungen bei Kunden gibt es keinerlei formalisierte Abstimmungsprozesse. Konzern-intern gelten die Gesetze des freien Marktes. Die Konkurrenz im eigenen Haus ist – nach der Würth-Denkweise – allemal die beste, sie belebt den emotionalen Wellengang im Unternehmen. Daneben wird der Vertriebsdruck durch zwei getrennte Vertriebsmannschaften verstärkt.“ (Venohr 2006, 110)

Behavioral
Economics

Allerdings hält nicht jeder Wirtschaftswissenschaftler solche Anreize generell für sinnvoll. Ökonomische Anreize können unerwünschte Nebenfolgen erzeugen wie z.B. bei der Firma Sears, Roebuck & Co., deren Automechaniker nach Anzahl der Reparaturen bezahlt wurden, was zu vielen unnötigen Reparaturen und zur Schädigung des Firmenrufs führte. Aus solchen Problemen folgern Vertreter der Behavioral Economics (Dietz 2006; Akerlof/Shiller 2009, 144ff.), dass Unternehmen auf ein anderes Instrument zur Mitarbeitermotivation setzen: den Effizienzlohn. Sie nehmen an, dass sich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine „Geschenkaustauschbeziehung“ herausbildet. Innerhalb dieser lasse der Arbeitgeber den Arbeitnehmern in Form generöser Entlohnung, d.h. eines höheren Festlohns als es die Situation am Arbeitsmarkt erfordert (Effizienzlohn), ein „Geschenk“ zukommen (Vertrauensvorschuss), das der Arbeitnehmer mit einem *freiwilligen* „Gegengeschenk“ in Form hoher Arbeitsmotivation erwidere (Akerlof/Shiller 2009, 155). Die Behavioral Economics geht davon aus, dass sich der Arbeitnehmer nicht als opportunistischer Homo Oeconomicus verhält, sondern als Homo Reciprocans, der wohlwollendes Verhalten anderer Menschen *freiwillig* reziprok erwidert, obwohl er den Vertrauensvorschuss wegen Informationsasymmetrien ausbeuten könnte. Diese Theorie stützt sich empirisch auf Laborexperimente und eine repräsentative Befragung von Personalmanagern in den USA.

Homo Reciprocans

Allein wegen dieses theoretischen Pluralismus *innerhalb* der Wirtschaftswissenschaft sollte das ökonomische Verhaltensmodell bei diesem Thema nicht das privilegierte Analyseschema des Lernprozesses bilden, denn die obige Effizienzlohn-Theorie der Behavioral Economics stellt nicht opportunistischen Eigennutz, sondern *internalisierte* Normen (Dietz 2006, 153), d.h. moralische Reziprozität (serwartungen) als zentrale Kategorie in den Mittelpunkt. So berichtet Bewley (zit. nach Dietz 2006) aus seiner Befragung von Personalmanagern in den USA: „Many business people believe that *moral* commitment is all that stands between them and chaos.“

2. Das Arbeitsverhältnis aus Sicht der Arbeitssoziologie

Im Vergleich zur Ökonomik ist die Arbeitssoziologie deutlich kritischer, was die Verbreitung arbeitnehmerfreundlicher Arbeitsformen im heutigen Kapitalismus anbetrifft. Die These der Ökonomik, dass die Gefahr der „Ausbeutung“ heute gering sei, hält die Arbeitssoziologie für obsolet (Marrs 2010). So zeigen empirische Studien der Arbeitssoziologie z.B. zur IT-Branche und zum Bankensektor, dass ehemals arbeitnehmerfreundliche, von den Beschäftigten früher als „kommunitaristisch“ beschriebene Betriebskulturen zunehmend durch eine neue Unternehmenssteuerungsstrategie ersetzt werden. Diese als „marktzentrierter Kontrollmodus“ (Marrs 2010) bezeichnete Strategie, die weitgehend der von einigen Ökonomen empfohlenen unternehmensinternen Dezentralisierung (s.o.) entspricht und Arbeitnehmer über ökonomische Anreize steuern will, führt aus Sicht der Arbeitssoziologie oft zu einer „Ausbeutung“ gerade auch qualifizierter Arbeitnehmer in Form einer massiven arbeitsmäßigen Überlastung.

marktzentrierter
Kontrollmodus

Eine Ursache für diesen Wandel der Unternehmenskultur sei der Siegeszug des *Finanzmarkt*-Kapitalismus. Die erhöhten Renditeforderungen der neuen Kapitalgeber (Investmentfonds) würden vom Topmanagement in Form von nicht verhandelbaren und ständig erhöhten finanziellen Leistungszielen auf die einzelnen Geschäftsbereiche, Teams und Arbeitnehmer übertragen. Letztere seien vor die Wahl gestellt, die finanziellen Ziele entweder zu erreichen oder den Fortbestand der eigenen Abteilungen/Arbeitsplätze durch drohendes Outsourcing, Offshoring etc. zu gefährden (Boes/Bultemeier 2008). Zudem würden Beschäftigte durch ständige engmaschige Leistungsvergleiche (z.B. monatliches Ranking der Verkaufszahlen von Bankmitarbeitern und Filialen) und eine stark erfolgsabhängige Vergütung unter Druck gesetzt. Zugleich beklagen viele Arbeitnehmer ein – durch den hohen Renditedruck bedingtes – massives Missverhältnis zwischen der Knappheit der vom Management bereitgestellten Personalressourcen und der Maßlosigkeit von Termin- und Ertragszielen.

Finanzmarkt-
Kapitalismus

Auf den daraus folgenden Leistungsdruck reagieren Beschäftigte mit a) einer *Intensivierung* der Arbeitszeit (Leistungsverdichtung), b) einer *Flexibilisierung* der Arbeitszeit (ständige Verfügbarkeitsbereitschaft) und c) einer erheblichen *Extensivierung* der Arbeitszeit (Überstunden). Jeder 10. Vollzeitbeschäftigte arbeitet über 60 Std./Woche. Die Arbeitssoziologie spricht von einer „Entgrenzung der Arbeit“, da viele Beschäftigte dadurch große Probleme haben, effektive Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben zu ziehen. Dabei spielt auch der Konformitätsdruck gegenüber den Kollegen (peer group pressure) eine Rolle (Boes/Bultemeier 2008, 74), denn wer überlange Arbeitszeiten verweigert oder bei Krankheit zu Hause bleibt, tut dies angesichts knapper Personalkapazitäten auf Kosten der Belastung seiner Kollegen. Der vertikale Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer um die Arbeitszeit werde von Unternehmen somit in einen horizontalen Konflikt transformiert, wo er angesichts unabweisbarer Marktzwänge, dringender Kundenwünsche und erwarteter Kollegialität gruppendynamisch erstickt werde.

Entgrenzung der
Arbeit

Als Folge der Flexibilisierung, Intensivierung und Extensivierung der Arbeitszeit wird eine starke Zunahme gravierender psychosomatischer Erkrankun-

gen wie z.B. Tinnitus, Burnout, Schlafstörungen konstatiert (siehe auch den anschaulichen Online-Artikel „Arbeiten, bis der Arzt kommt“ von Rudzio/Uchatius in DIE ZEIT Nr.28/2010). Viele Beschäftigte beschreiben ihre Arbeit als stark Stress erzeugend:

„Sie werden wahnsinnig, sie arbeiten lang und sind manchmal verzweifelt innerlich. Es ist so ein Druck, so ein Stress. Wie gesagt, ich mache meine Arbeit gern, sonst würde ich das nicht aushalten. Ich weiß auch nicht, wie lange ich das noch aushalte, weil die pressen mich aus wie eine Zitrone. Weil mein privates Leben geht dabei so ziemlich in die Loten.“ (Bankangestellte, zit. nach Boes/Bultemeier 2008, 83).

Gerlmaier et al. (2010) zeigen in ihrer empirischen Studie zur psychischen Belastung von IT-Beschäftigten, dass der Anteil derjenigen, die nach der Arbeit problemlos abschalten können, von 51% (2001) auf 29% (2009) gesunken ist. Beschäftigte berichten über eine deutliche Zunahme ernster gesundheitlicher Beschwerden als Folge von Überlastung:

„Die Krankheitsbilder als solches sind gravierender geworden. Dass jemand Tinnitus hat, oder auch Gehörsturz, das hat es früher nicht so oft gegeben. So auch dieses Burnout-Syndrom. Das hat es früher nicht in dieser Ausprägung gegeben.“ (IT-Angestellter, zit. nach Baukrowitz 2008, 3).

Die Beschäftigten können sich kaum vorstellen, ihre Arbeit in der derzeitigen Form bis zur Rente ausüben zu können:

„Bemerkenswert war auch, dass fast niemand die Frage, ob er oder sie sich vorstellen könne, die gegenwärtige Tätigkeit bis zur Rente auszuüben, mit Ja beantwortete. Meist wurde mit einem entschiedenen ‚nein, auf keinen Fall‘ geantwortet – oft begleitet von einem Lachen, das den Aberwitz dieser Vorstellung deutlich machen sollte.“ (Boes et al. 2008a, 8).

Auch die empirische Studie von Gerlmaier et al. (2010) zeigt, dass der Anteil der IT-Beschäftigten, die meinen, dass ihre Arbeit auf Dauer durchgehalten werden kann, von 57% (2001) auf 37% (2009) gesunken ist. Dennoch sei die Diskussion psychosomatischer Überforderungen in den Betrieben oft tabuisiert: „Unsere Sozialberatung berichtet mir immer davon, dass die Burnoutfälle drastisch ansteigen. Offen jammert niemand, aber die Beschäftigten leiden. Trotzdem bitten sie darum, dass die Sozialberatung nicht auf dem Firmengelände stattfinden soll, weil sie sich trotz allem fit zeigen wollen und niemand sehen soll, dass sie Hilfe brauchen.“ (Betriebsrat, zit. nach Becker et al. 2010, 215).

psychosomatische
Überforderung

So werde psychosomatische Überforderung oft individualisiert, d.h. als persönliches Versagen interpretiert und nicht auf den Wandel der Unternehmensstrategien bezogen. Viele qualifizierte Beschäftigte erleben es als schwere Selbstbildschädigung, wenn sie dem maskulinen Souveränitätsgebaren, das der marktzentrierte Kontrollmodus einfordert, nicht gerecht werden. Da sie zudem eine hohe intrinsische Motivation für ihre Arbeit *als solche* zeigen, schalten sie ihr psychosomatisches Frühwarnsystem aus, bis sich die verdrängten Erholungsbedürfnisse schlagartig ihr Recht verschaffen:

„Eine Aussage, die für viele Beschäftigteninterviews stehen kann, lautet z.B. ‚ich blende das aus, sonst würde ich meine Arbeit gar nicht mehr schaffen.‘ Dabei werden sie von ihrem Körper und den Grenzen ihrer gesundheitlichen Belastbarkeit regelrecht überrascht:

„mich hat es auch mal, wie man so schön sagt, rausgeschossen für vier Wochen. Wo ich auf dem Weg zum Kunden war und gesagt habe, irgendwo gemerkt habe, das da geht nicht mehr. Das geht einfach nicht, ich muss zurückfahren. Ich kann nicht. Vier Wochen krank, fertig. Ich habe wirklich in die Abende und jedes Wochenende gearbeitet, jeden Feiertag und irgendwo habe ich gespürt zu glauben, das hat keinen Effekt.“ (Beschäftigter IT-Industrie, zit. nach Boes et al. 2008b, 57f.)

So beschäftigt sich die Arbeitssoziologie (z.B. Kocyba/Voswinkel 2007) auch intensiv mit dem Problem des Präsentismus (Arbeiten trotz Krankheit), das sie empirisch für bedeutsamer erachtet (Preisendörfer 2010) als das von der Ökonomik betonte Problem des Absentismus (s.o.). Um die obigen Probleme zumindest einzudämmen, fordert die Arbeitssoziologie ein *generelles* Mitbestimmungsrecht der Beschäftigten bei der Festlegung von Leistungszielen.

Präsentismus

Die arbeitssoziologische Perspektive weist erhebliche Bildungsrelevanz auf, da sie Lernende für mögliche Nebenfolgen ökonomischer Steuerungsformen und die psychosomatischen Grenzen menschlicher Belastbarkeit durch „moderne“ Arbeitsformen sensibilisiert. Somit eignet sie sich gut zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der heutigen Arbeitswelt. Dabei sollte man sich bemühen, psychosomatischen Erkrankungen das Stigma zu nehmen, indem diese als verständliche biologische Reaktion des Körpers thematisiert werden, die ebenso ernst zu nehmen ist wie andere Krankheiten, und nicht nur „Simulanten“ oder „Schwächlinge“, sondern viele Menschen betreffen können. Zudem kann die arbeitssoziologische Sicht genutzt werden, die Neigung zur Individualisierung, d.h. zur Selbstzuschreibung der Verantwortung für chronische Erschöpfung zu hinterfragen. Dabei können Lernende präventiv an kritischer Reflexivität gegenüber ökonomistischen Kulturen gewinnen, in der grenzenlose Flexibilität und Mobilität, Aufopferung des Privatlebens für den Beruf und pausenlose Steigerung der persönlichen Wettbewerbsfähigkeit verlangt wird.

Dazu ist eine reine Ökonomik-Didaktik hingegen kaum geeignet. Denn viele Vertreter der Ökonomik stellen wirtschaftspolitische Forderungen auf und arbeiten mit einer Rhetorik, die geeignet ist, die obige Problematik zu verschärfen. So sind die wirtschaftspolitischen Analysen und Forderungen der Ökonomik oft in einseitiger Weise von Formeln wie „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ geprägt, die mit „Fleiß“, „verlängerten Arbeitszeiten“ und „strenger Leistungsorientierung“ zu erreichen sei (so wörtlich der von 243 Ökonomik-Professoren unterschriebene „Hamburger Appell“). Die Frage, ob die Leistungsorientierung mancherorts schon heute allzu „streng“ ausfallen könnte, stellt die Ökonomik erst gar nicht.

strenge Leistungsorientierung

Theoretischer Hintergrund der *Einseitigkeit* solcher Appelle ist der Bias, dass menschlicher Wohlstand in der Ökonomik in erster Linie an Höhe und Qualität des für den Konsum produzierten Outputs (und der *Zahl* der Arbeitsplätze) festgemacht wird, sodass ökonomischer Leistungswettbewerb – ohne Rücksicht auf seine Intensität – *ausschließlich* positiv bewertet wird. Je stärker der globale Rendite- und Leistungsdruck, desto besser für das BIP-Wachstum. Was dies jedoch für menschliche Bedürfnisse nach *Arbeits-Freude*, Ruhe, Erholung(sfähigkeit), schöpferischer Muße etc. bedeutet, wird dagegen nicht analysiert. Zwar wird *abstrakt behauptet*, dass die Ökonomik Wohlstand angeblich nicht nur an materiellen Zielen festmache (Homann 2007, 3), aber die *einseitige*

Forschungs-*Realität* spricht eine ganz andere Sprache: Während unzählbare Studien der (Arbeits)Ökonomik Wege zur Erhöhung von ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit, „Flexibilität“, Mobilität und BIP-Wachstum vorschlagen, spielen Formen übermäßiger Arbeitsbelastung von Erwerbstätigen und deren negative Folgen für Gesundheit und Familienleben in den Analysen und Forderungen der deutschen (Arbeits)Ökonomik bisher keine Rolle. Die wenigen Wirtschaftswissenschaftler, für die dies nicht gilt (z.B. Ulrich Thielemann), sind *Kritiker* der Ökonomik.

Die Vorteile des heutigen Leistungsdrucks bzgl. der Optimierung des Konsums überwiegen demnach *per se* dessen Schattenseiten für Produzenten, die laut Ökonomik demgegenüber vernachlässigbar sind: „Es ist richtig, dass Markt und Wettbewerb dem einzelnen permanent viel abverlangen. Doch gerade dieses stressige System produziert ein hohes allgemeines Wohlstandsniveau. Der Wettbewerb sorgt für Preissenkungen, Qualitätssteigerungen und Innovationen“ (Homann 2007, 3). Natürlich ist eine wettbewerbliche Marktwirtschaft mit adäquaten Leistungsanreizen einer wettbewerbslosen Planwirtschaft vorzuziehen. Aber überwiegen die Vorteile von Konsum-Steigerung und -Optimierung die Nachteile des Leistungsdrucks auch dann noch, wenn dieser so stark wird, dass er die psychosomatische Gesundheit von Erwerbstätigen massiv schädigt?

Ein Unterricht, der sich auf die Ökonomik fokussiert und die Arbeitssoziologie ignoriert, würde so in der Tat zur stillschweigenden Akzeptanz kontroverser ökonomischer Praktiken (des marktzentrierten Kontrollmodus) neigen, da er ein wichtiges Problem der heutigen Arbeitswelt außer Acht lässt. Daher ist die ökonomische Perspektive mit einer soziologischen Perspektive (Rosa 2006) zu kontrastieren. Letztere erkennt die unbestreitbaren positiven Effekte von Wettbewerb an, zeigt aber auch Sensibilität für dessen Schattenseiten: „Das Bestehen im Wettbewerb und die Erfüllung der Wettbewerbszwänge ist zu einem ebenso unerbittlichen wie dominanten Endzweck geworden. Was schnell geht, muss noch schneller gehen, was schon wächst, muss noch schneller wachsen. Aus dem Glücks- und Freiheitsversprechen der Akzeleration zahlreicher technischer und sozialer Prozesse ist ein unnachgiebiger Beschleunigungszwang geworden, der Menschen, Gesellschaften und die Natur zu überfordern droht.“ (Rosa 2006, 82)

Auf die arbeitssoziologische Kritik würde die Ökonomik evtl. entgegenen, dass die hohe Arbeitsbelastung Folge (zu) hoher Lohnkosten in Deutschland sei, was Arbeitgeber dazu zwingt, den Personalbestand knapp zu halten.

3. Das Arbeitsverhältnis aus Sicht der Organisationspsychologie

Auch die Organisationspsychologie erörtert die Frage, wie eine hohe Arbeitsmotivation der Beschäftigten generiert werden kann. Im Gegensatz zur Ökonomik setzt sie dabei aber nicht auf ökonomische Anreize. Entscheidend sei vielmehr, dass das (Top-)Management ein hohes authentisches Interesse am Wohlergehen seiner Mitarbeiter zeige und sich intensiv um die Sorgen der Belegschaft kümmere:

Wohlergehen der
Mitarbeiter

“You must care deeply for the well-being of your employees and find a way to demonstrate that caring – crossing boundaries of power and hierarchy to do so.” (Gittell 2003, 252)

“Numerous studies in organizational psychology have reported similar patterns: When managers show that they care for their employees, social-exchange relationships develop, which engender effective work behavior, positive employee attitudes, and organizational commitment. Managers should show that they genuinely care about them as persons.” (Dur 2008, 1)

Als wirtschaftlich äußerst erfolgreiches Vorbild für diesen Unternehmensführungsstil wird die US-Fluggesellschaft Southwest Airlines angeführt (Gittell 2003; Osterloh/Weibel 2006, 115f.), die sich als Fallstudie zur konkreten Veranschaulichung des organisationspsychologischen Denkansatzes eignet.

Fallstudie Southwest Airlines

Erstens strebt dieser Führungsstil eine intensive, beziehungsförderliche Kontakt- und Kommunikationskultur im Unternehmen an. Dabei geht es v.a. um die kommunikativ-interaktive Durchlässigkeit und informell-persönliche Auflockerung formaler Hierarchien. Dazu dienen z.B. regelmäßige Treffen zwischen dem Topmanagement und wechselnden Kleingruppen der Belegschaft sowie eine Open-Door-Politik, d.h. ein hohes Maß an Zugänglichkeit des Managements für die Beschäftigten. Auf den unteren Hierarchieebenen wird dafür gesorgt, dass Vorgesetzte ihre Mitarbeiter nicht distanziert überwachen, sondern einen Teil ihrer Zeit Seite an Seite mit ihnen *dieselben* Aufgaben bearbeiten.

Kontakt- und Kommunikationskultur im Unternehmen

Zweitens sollen Mitarbeiter einbezogen werden bei Entscheidungen, die die Organisation des eigenen Arbeitsplatzes, Arbeitsziele und -mittel, Arbeitszeipläne, Weiterbildungsmaßnahmen etc. betreffen (Osterloh/Weibel 2006).

Entscheidungen

Drittens spielt die Garantie von Beschäftigungssicherheit, verstanden als (weitgehender) Verzicht auf betriebsbedingte Entlassungen (wenigstens solange ein Unternehmen Gewinne macht) eine zentrale Rolle. Hierzu wird auf die laut empirischen Studien stark negativen Effekte von Entlassungswellen („Downsizing“) auf das Commitment der *verbleibenden* Belegschaft zur Firma verwiesen. „Nothing kills your company’s culture like layoffs. Not furloughing people breeds loyalty.“ (Herb Kelleher, Gründer von Southwest Airlines, zit. nach Gittell 2003, 243). Rezessionen seien eine gute Gelegenheit für das Management zu zeigen, dass es *in aufrichtiger Weise* Sorge für das Wohlergehen der Mitarbeiter trage. Auch hier gilt das Verhalten von Southwest Airlines als Vorbild, die seit ihrer Gründung vor 40 Jahren nie einen Mitarbeiter aus betrieblichen Gründen entlassen haben. Southwest Airlines hielt an dieser Personalpolitik – im Gegensatz zu allen anderen US-Fluggesellschaften – selbst nach der Terrorattacke vom 11.9.2001 und der folgenden Krise der US-Flugfahrtbranche fest, obwohl dies vorübergehend zu hohen finanziellen Verlusten führte. Zentrale Voraussetzung für diese Loyalität sei das Vorhalten hoher finanzieller Reserven im Unternehmen, um temporäre Verluste kompensieren zu können. Solche Reserven würden von Akteuren auf Finanzmärkten (z.B. Analysten), denen es wegen ihrer rein finanzwirtschaftlichen Ausbildung oft an Sensibilität für organisationspsychologische Belange fehle, jedoch kritisiert, was eine auf Loyalität zur Belegschaft setzende Unternehmenspolitik erschwere (Gittell 2003, 245ff.).

Beschäftigungssicherheit

Viertens wird eine Bezahlung nach individueller Leistung eher skeptisch betrachtet. Während andere – wirtschaftlich weniger erfolgreiche – US-Fluggesellschaften stark auf solche Anreize setzen, entlohnt Southwest Airlines seine

Bezahlung nach Seniorität und Funktion

Beschäftigten nach Seniorität und Funktion und beteiligt sie am Unternehmensgewinn. Aus rein ökonomischer Perspektive könne man zwar kritisieren, dass die Anreizwirkung einer Gewinnbeteiligung für den einzelnen Beschäftigten zu schwach sei, da der Zusammenhang zwischen der Anstrengung des Einzelnen und dem Unternehmensgewinn zu gering ist. Wichtiger als Anreize sei jedoch die symbolische Bedeutung der Gewinnbeteiligung, die ein gemeinsames Schicksal und die Bereitschaft eines Unternehmens zum Ausdruck bringe, Erfolge mit den Beschäftigten fair zu teilen.

relationale
Kompetenz

Fünftens wird die Bedeutsamkeit einer sorgfältigen Auswahl von Mitarbeitern betont, *und zwar in erster Linie mit Blick auf deren „relationale Kompetenz“*, d.h. die Fähigkeit/Bereitschaft zum Teamwork, zur Perspektivenübernahme, zur Kooperation und zum respektvoll-sensiblen Umgang mit anderen Menschen (Gittell 2003, 85). Southwest Airlines hat diesbezüglich ein sehr aufwändiges Auswahlverfahren entwickelt.

Perceived
Organisational
Support

Dieser Unternehmensführungsstil basiert nicht auf dem Modell des Homo Oeconomicus, sondern auf dem Modell des Homo Reciprocans und der organisationspsychologischen Theorie des Perceived Organisational Support, wonach eine hohe Wertschätzung des Unternehmens gegenüber den Beschäftigten von diesen *freiwillig* reziprok erwidert wird, d.h. ihre Arbeitsmotivation stark fördert. Die Stichhaltigkeit dieser Theorie wurde in einer empirischen Metastudie (mit 70 Einzelstudien) nachgewiesen (Rhoades/Eisenberger 2002). Im Gegensatz zum Denkmodell der Ökonomik(-Didaktik) werden Präferenzen der Akteure nicht als opportunistisch angenommen und stabil gehalten, sondern man „fragt nach den Determinanten prosozialer Präferenzen anstelle einer axiomatischen Annahme von opportunistischen Neigungen“ (Osterloh/Frey 2005).

Gleichwohl bildet der ökonomische Denkansatz *einen* wichtigen Bestandteil eines guten sozialwissenschaftlichen Unterrichts. So sollte z.B. kritisch diskutiert werden, wie verallgemeinerbar der organisationspsychologische Führungsstil auf die Gesamtwirtschaft ist. Laborexperimente zeigen, dass sich 40-66% der Menschen freiwillig reziprok verhalten, eine signifikante Minderheit von 20-30% jedoch opportunistisch agiert. Dies ist wohl ein Grund, warum die Organisationspsychologie und Southwest Airlines einen so hohen Wert auf die sorgfältige Auswahl der Bewerber nach „relationaler Kompetenz“ setzen (s.o.). So kann man zu dem differenzierten Urteil gelangen, dass sehr viele, aber bei weitem nicht alle Unternehmen den organisationspsychologischen Führungsstil anwenden könn(t)en, da ein Teil der Arbeitnehmer das Wohlwollen eines Unternehmens nicht reziprok erwidert, sondern opportunistisch ausnutzt. Zur Motivation solcher Mitarbeiter eignet sich der ökonomische Ansatz (Kapitel 1).

4. Fazit

Die didaktische Sachanalyse zum Arbeitsverhältnis zeigt, dass ein Vergleich verschiedener disziplinärer Perspektiven hier sehr wohl möglich und weitaus sinnvoller ist als die Ökonomik als zentrales Analyseschema zu privilegieren. Integrativ gebildete Lehrer setzen sich keinesfalls „zwischen alle Stühle“ (Retz-

mann et al. 2010). Vielmehr können sie bei diesem Thema einen differenzierten, wirklichkeitsnäheren, kritischeren und optionenreicheren Unterricht gestalten.

Die Disziplinen unterscheiden sich hier nicht bzgl. ihres Gegenstands, sondern bzgl. ihrer normativen Empfehlungen (vgl. Tabelle 1). Während die Ökonomik den Gegenstand vornehmlich aus der Perspektive von Arbeitgebern betrachtet, diese als potentielle Opfer des „Shirking“ der Arbeitnehmer analysiert und ökonomische Anreize fordert, die dies verhindern, nimmt die Arbeitssoziologie die Perspektive von Arbeitnehmern ein, analysiert diese als potentielle Opfer psychosomatischer Überforderung im marktzentrierten Kontrollmodus und fordert daher verstärkte Mitbestimmungsrechte. Die Organisationspsychologie nimmt eine vermittelnde Position ein, die die Interessen beider Akteure berücksichtigt und empfiehlt, in Unternehmen eine reziproke Kultur loyaler Fürsorge zu etablieren.

normative
Empfehlungen

Anstatt der üblichen pauschal-abstrakten Befürwortung/Ablehnung interdisziplinärer Bildungsformen sind somit differenzierte, konkrete didaktische Sachanalysen zu einzelnen Themen gefordert.

Tabelle 1: Das Arbeitsverhältnis aus Sicht drei sozialwissenschaftlicher Disziplinen

	Ökonomik	Arbeitssoziologie	Organisationspsychologie
Interessenperspektive	Vornehmlich Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Arbeitgeber + Arbeitnehmer
Akteursmodell	Homo Oeconomicus	Homo Laborans ¹	Homo Reciprocans
Normatives Kernproblem	Verhinderung von „Shirking“; Förderung unternehmerischer Verhaltensweisen bei Arbeitnehmern; Absentismus	Verhinderung psychosomatischer Erkrankung von Arbeitnehmern durch Leistungsüberforderung; Präsentismus	Sicherung der Loyalität der Arbeitnehmer zum Unternehmen durch dauerhafte, intensive soziale Beziehungen
Qualität der heutigen Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	heute keine „Ausbeutung“ der Arbeitnehmer mehr; der Markt zwingt Unternehmen, Arbeitnehmer respektvoll zu behandeln	oft unterdrückte Konflikte; marktzentrierter Kontrollmodus führt zu „ausbeuterischen“ Tendenzen	Beziehungen können sowohl kooperativ als auch konfliktuell sein; hängt stark vom einzelnen Unternehmen ab
Steuerungskonzept zur Lösung des Problems	Monetäre Anreize, Wettbewerb	Partizipation, Mitsprache der Arbeitnehmer	Fürsorge für Mitarbeiter, Auswahl nach relationaler Kompetenz
Unternehmens-Vorbild	Würth-Gruppe	keins genannt	Southwest Airlines

¹ Hier wird auf die Dreifachbedeutung von lat. „laborare“ abgestellt: 1) arbeiten, sich anstrengen, 2) auf etwas brennen, 3) leiden, geplagt werden.

Literatur

- Akerlof, G. & Shiller, R. (2009): *Animal Spirits*. Frankfurt
- Baukrowitz, A. (2008): *Gesund arbeiten, leben und altern in der IT-Industrie*. http://www.diwa-it.de/img/content/doku_world_cafe.pdf
- Becker, K. et al. (2010): *Markt, Gesundheit und eigensinniges Handeln. Der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz als umkämpftes Terrain*. In: K. Becker et al. (Hg.): *Grenzverschiebungen des Kapitalismus*. Frankfurt, 202-227
- Boes, A. & Bultemeier, A. (2008): *Informatisierung – Unsicherheit – Kontrolle*. In: K. Dröge et al. (Hg.): *Rückkehr der Leistungsfrage*. Berlin, 59-90
- Boes, A. et al. (2008a): *Gesundheit am seidenen Faden. Innenansichten zu den Herausforderungen der Gesundheitsförderung in der IT-Industrie*. http://www.isf-muenchen.de/pdf/arbeitspapier_02_v3.pdf
- Boes, A. et al. (2008b): *Gesundheit am seidenen Faden. Zur Gesundheits- und Belastungssituation in der IT-Industrie*. <http://www.isf-muenchen.de/pdf/Hochseilakt-Gesundheit.pdf>
- DAI (Deutsches Aktieninstitut) (2008): *Ökonomische Bildung in allgemeinbildenden Schulen*. Frankfurt
- Dietz, M. (2006): *Der Arbeitsmarkt in institutionentheoretischer Perspektive*. Stuttgart
- Dur, R. (2008): *Gift Exchange in the Workplace*. <http://ftp.iza.org/dp3839.pdf>
- Fehr, E. & Renninger, S. (2001): *Unvollständige Arbeitsverträge schaffen Arbeitslosigkeit*. *Neue Züricher Zeitung*, 13. Januar, S. 27
- Gerlmaier, A. et al. (2010): *Gesund altern in High-Tech-Branchen?* <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2010/report2010-04.pdf>
- Gittell, Jody (2003): *The Southwest Airlines Way*. New York
- Halal, W. (2000): *From hierarchy to enterprise*. In: R. Varey & B. Lewis (Ed.): *Internal marketing*. London, 3-24
- Hedtke, R. (2002): *Die Kontroversität in der Wirtschaftsdidaktik*. In: *GWP* 51, 173-186
- Homann, K. & Suchanek, A. (2005): *Ökonomik*. Tübingen
- Homann, K. (2007): *Das ethische Programm der Marktwirtschaft*. http://archiv.insm.de/Downloads/Karl_Homann_Forum.pdf
- Kaminski, H. (2001/2002): *Zum Verhältnis von Fachwissenschaft und Fachdidaktik in der ökonomischen Bildung*. In: *Unterricht Wirtschaft*, Heft 8, 49-55 + Heft 9, 60-68
- Kocyba, H. & Voswinkel, S. (2007): *Krankheitsverleugnung*. http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_150.pdf
- Krol, G. et al. (2006): *Standards für die ökonomische Bildung in der gestuften Lehrerbildung*. http://www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb/downloads/forschen/paper/IOEB_DP_01_2006.pdf
- Lazear, E. & Shaw, K. (2007): *Personnel Economics: The Economist's View of Human Resources*. NBER Working Paper No. 13653
- Marrs, K. (2010): *Herrschaft und Kontrolle in der Arbeit*. In: F. Böhle et al. (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden, 331-356
- Osterloh, M. & Weibel, A. (2006): *Investition Vertrauen*. Wiesbaden
- Osterloh, M. & Frey, B. (2005): *Corporate Governance*. In: B. Schauenberg et al. (Hg.): *Institutionenökonomik als Managementlehre?* Wiesbaden, 333-364
- Preisendörfer, P. (2010): *Präsentismus*. In: *Zeitschrift für Personalforschung* 24, 401-408.
- Retzmann, T. et al. (2010): *Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen*. http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/presse/Pressemeldungen/2010/Gutachten.pdf
- Rhoades, L. & Eisenberger, R. (2002): *Perceived Organizational Support*. In: *Journal of Applied Psychology* 87, 698-714
- Rosa, H. (2006): *Wettbewerb als Interaktionsmodus*. In: *Leviathan* 34, 82-104
- Sinn, H.-W. (2005): *Ist Deutschland noch zu retten?* Berlin
- Venohr, B. (2006): *Wachsen wie Würth*. Frankfurt
- Von Weizsäcker, C. (1998): *Das Gerechtigkeitsproblem in der Sozialen Marktwirtschaft*. In: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 47, 257-288

Lernwelt Internet

Christian E. Rieck



Christian E. Rieck

Zusammenfassung:

In der Debatte um Nutzen und Gefahren des Internets sind schon jetzt die Umrisse eines Kompromisses erkennbar: Zwar verändert das neue Medium Internet zweifelsohne unsere kognitiven Fähigkeiten als Gesellschaft und damit unseren Zugang zur Welt, doch gibt es Hoffnung auf eine neue Medienkultur, die im Wissen um die Gefahren des Mediums auch seine Chancen wahrnimmt. Dieser Essay plädiert dafür, dass die Schule das richtige Laboratorium zur Formulierung und Einübung einer solchen neuen Medienkultur ist. Dazu muss das Internet aber stärker als bisher zum konstruktiven Werkzeug in unseren Schulen gemacht werden.

Nach einem kursorischen Überblick über die Medientheorie, der auf das spezifisch Neue am Internet zielt sowie auf seine transformatorische Wirkung in unseren Gesellschaften, werden einige Gefahren aber auch Potentiale dieses Multimediums skizziert und sodann mit konkreten Beispielen zur möglichen Rolle dieser neuen Technologie in der deutschen Schulbildung verbunden.

1. Einführung

Im Juni letzten Jahres tobte eine Debatte im Wall Street Journal über Vorteile und Nachteile des Internets, speziell zu seinen Auswirkungen auf unsere kognitiven Fähigkeiten. Losgetreten wurde sie durch Nicholas Carrs „The Shallows“, frei übersetzt: „Die Oberflächlichen“, das sich gegen technologischen Utopismus wendet und die negativen Auswirkungen des Internets auf unsere Kognition kritisiert. In einer technikbegeisterten Gesellschaft wie der der Vereinigten Staaten, die die „elektronische Revolution“ des Silicon Valley hervorgebracht und begeistert gefeiert hat, sind diese Zweifel bemerkenswert. In Deutschland, wo man Technologien skeptischer begegnet und wiederkehrende Diskussionen um Humboldt, Bildungskanon und Bildungsideal seit jeher zum festen Bestandteil und zum guten Ton des Feuilletons gehören, ist diese medienkritische Diskussion dankbar aufgenommen worden.

Carrs Buch ist seit Oktober auch auf Deutsch unter dem Titel „Wie das Internet unser Denken verändert“ erhältlich. Die Fähigkeit zum „tiefen“ und „kreativen“ Denken sei durch die ständige Überfütterung mit Stimuli aus dem Netz kurzgeschlossen. Das Internet beeinträchtigt die Konsolidierung unseres

Langzeitgedächtnisses und damit unsere Intelligenz. Das Netz katapultiere uns in einen Zustand permanenter geistiger Kurzatmigkeit, indem das Surfen auf der Datenoberfläche unsere Fähigkeit zu ruhiger, aufmerksamer Kontemplation, Reflexion und Introspektion behindere. Wo das Internet unsere Aufmerksamkeit zersplittere, fokussiere das Buch sie in die Tiefe. Das sei die bedeutende zivilisatorische Leistung des Buches. Denn die Fähigkeit zum Lesen langer zusammenhängender Texte sei uns nicht angeboren, sondern eine schwer erarbeitete Kulturtechnik. Im Internet nun würden aus Lesern wieder Nutzer, die intuitiv mehr erfassten, doch insgesamt weniger verstünden.

Clay Shirky begegnet dem Vorwurf der neuen Beliebtheit mit einem Blick in die Vergangenheit: Schon beim Aufkommen früherer neuer Medientechnologien habe es ein Nebeneinander von hoch- und minderwertigen Inhalten gegeben. Die Gutenbergpresse habe die Bibel für jedermann hervorgebracht, aber auch den Schundroman. Diese Fragmentierung bisher akzeptierter Standards habe dann aber noch jedes Mal neue Normen für Qualität und Moral hervorgebracht. Als Reaktion auf die neue Flut zeitgenössischer Inhalte, entstanden beispielsweise der Bildungsroman, die Zeitung und die wissenschaftliche Zeitschrift – die alle einem neuen Qualitäts- und Wahrheitsbegriff verpflichtet waren und ihn etwa durch das *peer review* des Gutachterverfahrens auch durchsetzten. Damit wurde die Vermischung von Realität und Erfindung in den Schreibstuben des Mittelalters überwunden.

In der Debatte um Sinn und Irrsinn des Internets sind also schon jetzt die Umrisse eines Kompromisses erkennbar: Zwar verändert das neue Medium Internet zweifelsohne unsere kognitiven Fähigkeiten als Gesellschaft und damit unseren Zugang zur Welt, doch gibt es Hoffnung auf eine neue Medienkultur, die im Wissen um die Gefahren des Mediums auch seine Chancen wahrnimmt. In diesem Essay soll in diesem Sinne dafür plädiert werden, dass die Schule das richtige Laboratorium zur Formulierung und Einübung einer solchen neuen Medienkultur ist. Dazu muss das Internet aber stärker als bisher zum konstruktiven Werkzeug in unseren Schulen gemacht werden. Es soll nachfolgend also zunächst ein cursorischer Überblick über die Medientheorie gegeben werden, der auf das spezifisch Neue am Internet zielt sowie auf seine transformatorische Wirkung in unseren Gesellschaften (2.), dann werden einige Gefahren aber auch Potentiale dieses neuen Multimediums skizziert (3.). Schließen möchte ich mit einigen Ausführungen und konkreten Beispielen zur möglichen Rolle dieser neuen Technologie in der deutschen Schulbildung (4.).

2. Medientheorie, Medieneffekte, Technologiekritik

„Technologien“ sind als technisches Verfahren definiert, in diesem Fall als „Medium“ zur Übermittlung von Information. Neu an den „neuen Technologien“ ist ihre Qualität: sie bestimmen nicht lediglich die Art und Weise unserer Aneignung von Welt, sondern konditionieren vielmehr unsere Realität selbst, indem wir sie immer mehr zum primären Prisma unserer Wahrnehmung machen. Es mag paradox erscheinen, doch wir entfremden uns in dem Maße von

der Welt, in dem wir nicht nur unsere Wahrnehmung, sondern unsere Sinne selbst durch das Internet erweitern.

Die Standardkritik zu neuen Medien formulierte 1964 Marshall McLuhan in seinem Buch „Understanding Media“, damals für das Fernsehen als neuem Massenmedium. Er sah uns schon damals in einer tiefgreifenden Transformation, dem Wandel von der Buchkultur zur elektronischen Kultur – von Luther zu Lady Gaga, sozusagen. Nach der klassischen Mediendefinition ist ein Medium ein Kommunikationsmittel zur Übertragung von Information. Neil Postman hat diese Definition um seine Form und Umwelt erweitert: Ein Medium sei einerseits die Art und Weise des Gebrauchs eines technischen Geräts, andererseits aber auch die soziale und intellektuelle Umwelt, die dieser Gebrauch hervorbringe. Von ihm stammt der Begriff der „Medienökologie“. Nach McLuhan seien Medien die Botschaft, das heißt sie agierten als „Figur“ und schaffen ihren eigenen „Hintergrund“. Medien transportieren nicht nur Inhalte, sondern erzeugen auch ihren gesellschaftlichen Kontext. Man könnte dies die „Umweltbezogenheit des Mediums“ nennen, das Medium schafft sich seinen *oikos*. Nicht der übertragene Inhalt eines Mediums, sondern die Charakteristiken eines Mediums wirken auf die Gesellschaft ein, um sie schließlich zu verändern.

Wenngleich eine Saldierung der Effekte schwierig bleibt, McLuhans Tetraeder der Medieneffekte vermag die gesellschaftlichen Umwälzungen von neuen Medien zu verdeutlichen. Gefragt wird dabei konkret nach vier Wirkungen eines Mediums: (1) Was verstärkt das Medium? (Figur: „verstärkende Wirkung“), (2) Was verdrängt das Medium? (Hintergrund: „veralternde Wirkung“), (3) Was holt das Medium zurück, das zuvor verworfen wurde? (Figur: „rückgängigmachende Wirkung“), (4) Was bewirkt das Medium, wenn es bis zu seinen Extremen ausgereizt wird? (Hintergrund: „Umkehrende Wirkung“). So hat zum Beispiel das Radio (1) die Bedeutung von Sprache und Musik verstärkt, (2) die von Druck und Film reduziert, (3) das gesprochene Wort wieder in den Vordergrund gestellt und, konsequent zu Ende gedacht, (4) würde das akustische Radio in audiovisuelles Fernsehen übergehen.

McLuhans Medientheorie gilt auch für das Internet als Meta- und Multimedien, das alle vorhergehenden Medien absorbiert und ihnen durch die Interaktivität eine neue sensorische Qualität verleiht. Das Internet kann mal als Radio, mal als Fernseher, mal als Buch fungieren und damit unterschiedliche Effekte zeitigen. Oder es kann in Form einer Sequenz oder gar Parallelität dieser unterschiedlichen Medien wirken und also je nach Nutzerprofil vielfältige und auch widersprüchliche Effekte haben. Konsequent an sein Ende gedacht geht das Internet als Informationsportal in eine umfassende virtuelle Realität über, die keine Portale mehr braucht um unsere Welt zu kolonisieren. Diese Sorge schwingt mit, wenn Nicholas Carr meint, nicht wir würden die Technologien lenken, sondern die Technologien uns. Das gelte besonders für die „intellektuellen Technologien“, die unsere geistigen Fähigkeiten erweiterten, wie Schrift, Buchdruck oder das Internet. Das Internet sei nach Radio, Kino und Fernsehen nun das Medium, das bei der Übertragung des geschriebenen Wortes keine Reibungsverluste mehr produziere. Damit sei es in der Lage den Einfluss der Druckerpresse zu verdrängen. Google statt Gutenberg.

Kevin Kelly, der Gründungsherausgeber von „Wired“, dem einflussreichen Technologiema­gazin und Seismographen des Silicon Valley, geht sogar so weit, das Netz als eine einzige große Allmaschine zu definieren: „the one machine“. In seinem neuen Buch „What Technology Wants“ prägt er dafür den Begriff des „Technium“. Megatrends des Internet seien: (1) „Verkörperung“ (*embodiment*) in Maschinenkörper, die bald durch die allgegenwärtige künstliche Intelligenz (*ambient intelligence*) schlicht alle Sachen seien, die wir benutzen: also nicht nur wie bisher Telefone, Blackberries, Fernseher, Personal Computer oder Automobile, sondern bald auch Alltagsgegenstände wie Schuhe, Kleidungsstücke oder Kühlschränke. Mark Weiser nannte dies bereits 1988 „ubiquitous computing“. (2) „Restrukturierung“ (*restructuring*), der Umwandlung des „Internet der Netze“ in ein „Internet der Dinge“, das sich um Ideen und Informationen herum gruppiert und nicht mehr nur Netze verschaltet. (3) „Kodependenz“ (*co-dependency*), der Durchwebung unserer Alltagswelt mit Technologien bis zu dem Punkt, dass sie nicht mehr ohne diese zu bewältigen sei. Diesen Moment der vollständigen Verschaltung zu einer Großmaschine, nennt Ray Kurzweil, einer der Visionäre der Künstlichen Intelligenz, „Singularität“. Maschinen könnten sich mittels Künstlicher Intelligenz dann selbst verbessern und so den technologischen Fortschritt massiv beschleunigen.

Was wie Science-Fiction klingt, ist heute schon in Ansätzen zu beobachten, etwa wenn intelligente Konstruktionsprogramme beim Design von Industrierobotern helfen. Möglich geworden ist das durch die Entwicklung von immer schnelleren Mikroprozessoren. Gordon Moore hat das nach ihm benannte Gesetz 1965 folgendermaßen formuliert: Informationstechnologien (aller Art) verdoppeln jedes Jahr Ihre Leistungsfähigkeit (Preiseffizienz, Kapazität, Bandbreite). Dieses Gesetz wird bis etwa 2020 gültig sein, wenn das exponentielle Wachstum von Mikrochips („schneller durch Miniaturisierung“) an seine physikalischen Grenzen stößt. Kurzweil hat in diesem Zusammenhang jedoch gezeigt, dass dieses Paradigma in unterschiedlichen Formulierungen (Verdoppelung alle drei, dann alle zwei Jahre, dann jedes Jahr) auch auf vorhergehende Technologien anwendbar war und erwartet daher die Ablösung des Moore’schen Gesetzes durch ein anderes, noch „schnelleres“ Paradigma. Er nannte dies 2001 das „Gesetz des sich beschleunigenden Nutzens“. Der Leistungsfähigkeit von Prozessoren – und damit der Vermessung der Welt durch neue Technologien – werden also wohl auch weiterhin keine technischen Grenzen gesetzt sein.

Schon heute sind wir dabei von unseren Technologien abhängig. Ohne Taschenrechner, Telefon, Automobil und Email ist unser Alltag schon heute nicht mehr zu bewältigen. Unsere für uns modernen Kommunikationstechnologien sorgen für eine Verdichtung der Schnittstellen, sind jedoch nur Ausdruck eines älteren Megatrends der Inkorporation von Technologien in unsere Umwelt. Mit dem Internet geht der Trend nun hin zur Verschaltung von allem mit allem (*ubiquity*). Seine Portale übernehmen dabei immer mehr die Funktion von multisensorischen Interfaces, die alle unsere Kommunikationsbedürfnisse in einem Gerät erfüllen können (*convergence*). Keine Angst also vor der Kodependenz – wir haben es uns schon lange in ihr bequem gemacht.

Die Effekte des Internets auf die Gesellschaft sind komplex, gerade weil es unterschiedliche Medien in sich vereinigt. Es ist elastisch in dem Sinne, dass es jedem Nutzer individuell ermöglicht, die Intensität und Sequenz der Informationskanäle selbst zu wählen. Diese Responsivität des Internets macht es so potent, aber auch perfide: Wie schon das Radio und Fernsehen davor, vermag dieses Medium mittlerweile mit Macht alle sozialen Schichten zu durchdringen – ohne jedoch allein durch die Demokratisierung des Zugangs schon eine Emanzipation bisher benachteiligter Schichten zu erreichen. Die Neuen Technologien bleiben für viele ein unerfülltes Versprechen. Denn – und das ist die Perfidie des Internets – die Inhalte bleiben ohne Orientierungswissen und Wahrheitsmaßstäbe zusammenhangslos, wertlos. An dieser Schnittstelle perpetuiert sich die Stratifikation der Gesellschaft: bestehende Unterschiede im Bildungsniveau determinieren auch den Bildungserfolg mit den Neuen Technologien. Die einordnende Analyse bleibt weiterhin wichtig, das Wissen um den Kontext der jeweiligen Information. Die benötigte „Inwertsetzung von Information“ braucht also weiterhin tradierte Bildungsgrundlagen aus dem Schulunterricht für alle, soll keine ahistorische Gesellschaft entstehen. Dies ist nicht zuletzt wegen der Delegitimierung der Autoritäten in der Schule aber nicht einfacher, sondern schwieriger geworden.

3. Gefahren und Potentiale des Internets

Jede Revolution, auch jede Medienrevolution, schafft zunächst Chaos, bevor sich allmählich neue Strukturen herausbilden können. Die Kritik an den neuen Medien ist denn auch so alt wie diese Medien selbst. Noch jedes Medium hat schon unter seinen Zeitgenossen zahlreiche Kritiker hervorgebracht. Nicht zuletzt die Explosion des Massenmediums in Form des Privatfernsehens in den 1980er Jahren des letzten Jahrhunderts hat eine heftige Medienkritik hervorgebracht, die mit Neil Postman einen ihrer Wortführer fand. In seinem 1988 auf Deutsch erschienenen Buch „Wir amüsieren uns zu Tode“ diagnostiziert er eine Verflachung der Medieninhalte durch Emotionalisierung und Unterhaltung (*infotainment*). Über kurz oder lang werde dies eine Entrationalisierung und Entleerung der Gesellschaft selbst nach sich ziehen. Noch 2009 stellte sich Chris Hedges in diese argumentative Linie, wenn er die USA in zwei Gesellschaften zerfallen sieht – in eine literate, die liest und komplexe Zusammenhänge versteht und in eine illiterate, mit Hang zum Spektakel und zur Oberflächlichkeit.

Beobachtbar ist darüber hinaus eine Tendenz zur Re-Lokalisierung des Internets, das sich in zwei gegenläufigen Bewegungen ausdrückt: Einerseits ist dies die Globalisierung von Information durch freien Zugang und eine neue *lingua franca*, andererseits die Nationalisierung des Netzes durch Sprachbarrieren und nationalstaatliche Regulierung. Das Netz zerfällt in Netze, während es gleichzeitig die Welt dichter verwebt. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben einen kosmopolitischen wie einen parochialen Gehalt. In manchen Weltgegenden und sozialen Schichten kann ihr Einsatz tatsächlich befreiend oder bewusstseinsweiternd wirken, etwa wenn sie die Welt näher her-

an bringen, sei es in der Form von neuen Märkten und Ideen oder Verständnissen und Visionen. Anderswo und andernorts dagegen kann ihr Einsatz vereinsamend wirken oder gar entsolidarisierend – dann nämlich wenn er zu Isolation und Autismus bei den Nutzern führt, die nur noch um sich selbst kreisen. Das Einsperren in den virtuellen Realitäten kann sodann zu einer weiteren Schwächung gesellschaftlicher Solidarität und also zwischenmenschlichen Humankapitals führen.

Mit der Erosion des „Gewussten“ eng verwandt ist die Erosion des „Wissens“ selbst. Beobachtbar ist eine bedenkliche Bewegung von „Wissenden“ (*knowers*) zu „Glaubenden“ (*believers*), die zu einem Nebeneinander von voneinander abgeschotteten Diskursgemeinschaften (und einer Proliferation von zweifelhaftem Expertentum) führen kann, mit miteinander konkurrierenden Wahrheiten, die nicht mehr in einen Dialog miteinander treten. Wie zum Beispiel die Diskussionen um die naturwissenschaftliche Beweisbarkeit des Kreationismus aber auch um den Wahrheitsgehalt der tendenziösen Berichterstattung von Fox News zeigen, können Glaubensinhalte eine neue, fast religiöse Qualität gewinnen, zumal sie in einer generell abgeschotteten, doch untereinander hochgradig vernetzten Gemeinschaft im szientistischen Gewand der wissenschaftlichen Wahrheit daherkommen. Einerseits werden nun gesamtgesellschaftlich „Beweise“ verhandelbar, gleichzeitig verfestigen sich jedoch die „letzten Wahrheiten“. Auch Gerüchte oder Hörensagen können sich im Internet durch häufiges blindes Zitieren leicht zu scheinbaren „Wahrheiten“ verfestigen – ein Befund, der durch die oft mangelhafte Möglichkeit zur Zuschreibung der Autorenschaft im Internet noch verstärkt wird. Wenn auch die wissenschaftliche Erfolgsmessung, also die Überprüfbarkeit von Wahrheit, angezweifelt werden kann, hat das auch Auswirkungen auf die politische Steuerung von Gemeinwesen. Das wäre dann eine weiter gespaltene Gesellschaft, zu der ein fragmentierter Wissenschafts- und Wahrheitsbegriff tritt.

Trotz alledem gilt, auch wenn es schon zum Klischee geronnen ist: Das Internet ist trotz seiner derzeitigen Fragmentierungs- und Nationalisierungstendenzen das erste wirklich demokratische Weltprojekt, ein globales Gehirn – und in weiten Teilen in der Nutzung umsonst. Dieses Internet der Dinge hat Luciano Floridi, der Begründer der Informationsphilosophie, schon 1996 auf den Begriff der *Augmented Intelligence* gebracht: einer erweiterten oder verbesserten Intelligenz, die das menschliche Maß bereits hinter sich gelassen hat. Das muss nichts Bedrohliches haben, scheint dieser Prozess doch folgerichtig aus unserer gesellschaftlichen Arbeitsteilung heraus geboren zu sein – und durch die Demokratisierung des Wissens ein großes emanzipatorisches Potential zu besitzen: das der vergrößerten individuellen Reichweite bei der Informationssuche und der Selbstdarstellung, die eine Persönlichkeitsbildung durch und an fremden Ideen ermöglicht, mit denen man ohne diese Technologie nicht in Kontakt gekommen wäre. Stimulus durch Widerspruch – jedenfalls für die Bildungsbegeisterten.

Das Internet ist aber auch ein „externes Gedächtnis“, das unseren Umgang mit Wissen (*ratio*) und Erfahrung (*emotio*) verändert. Das bedeutet nichts geringeres als eine Erweiterung unseres Körperverständnisses, dem in der Schule begegnet werden muss: Das Netz ist ein Speicher für Daten, aber auch für Sinne-

serfahrungen. Besonders deutlich wird dies beim Eintauchen in virtuelle Spielwelten, die technisch immer perfekter werden und als zeitlich begrenzter Realitätsersatz fungieren. Auch Computerspiele sind ein technologischer Stimulus, ein Resonanzraum, besonders (aber nicht nur) für junge Menschen im Schulalter. Wir leben schon heute in ganz anderen Bilderwelten als noch vor wenigen Jahren. Das hat schon jetzt unsere Vorstellungsfähigkeiten erweitert und könnte unsere Lösungsfähigkeiten beflügeln – wenn wir zu Akteuren in jener Welt werden und nicht zu Konsumenten.

Clay Shirky sensibilisiert in diesem Sinne für die Potentiale des Internets. Es eröffne nun vielen (statt wenigen) die Möglichkeit, vom Konsumenten zum Partizipanten zu werden. Partizipation wird hier im doppelten Wortsinne als „Teilnahme“ und „Teilhabe“ verstanden. So schaffe das neue Medium neue Nischen für Freiwilligendienste wie Wikipedia, aber dadurch auch neue aufgeklärte Nutzer, die am Weltwissen teilhaben können – gerade weil sie daran aktiv mitwirken. Er nennt dies den „kognitiven Überschuss“, den das Internet nicht selbst produziere aber doch leichter abschöpfen könne als andere, nichtinteraktive Medien. Diese Medien haben also einen sozialen Gehalt, der motivierend wirken und sich kreativ entfalten kann. Mit Richard Baraniuk gesprochen kann dies im Übrigen auch für Lehrer gelten, die bei der Erstellung ihrer Unterrichtsmaterialien nicht mehr auf sich allein gestellt sind, sondern nun über entsprechende Plattformen wie Connexions.org der Rice University in einem kollaborativen und selbstgesteuerten Prozess an der Unterrichtsvorbereitung arbeiten können. Baraniuk nennt dies *Open Source Learning*, das für Lehrkräfte ebenso attraktiv sein könne wie für Schüler.

Mit neuen Medien gehen also auch neue Standards einher, die zunächst zu einer Explosion der Inhalte führen. Im zweiten Schritt löst sie dann aber eine medienökologische Diskussion über die Qualität dieser Inhalte aus, die schließlich zu einem neuen Umgang mit den neuen Medien führt. Das ist nichts weniger als eine neue „Medienkultur“, über deren Standards und Modi sich jede Gesellschaft verständigen muss, um den Anpassungsprozess an die neue Medienumwelt zu moderieren. Da gleichzeitig aber die Sozialisation der kommenden Generationen schon jetzt ungesteuert in dieser neuen Umwelt geschieht, sollte dieser Dialog in der Schule seinen Platz finden – zwischen neuen, alten und künftigen Mediennutzern.

4. Das Internet als Lerntechnologie in der Schule

Kevin Kelly sprach 2005 bei TED von der moralischen Verpflichtung, immer weiter neue Technologien zu erfinden, damit jedes Kind seinen ganz eigenen Weg zur Selbstdarstellung, Selbstverwirklichung, Individualisierung fände. Er nannte diese Entwicklung „*the infinite game*“, das unendliche Spiel. Damit war sowohl das Spiel mit der Technologie durch Entwickler, Programmierer und Designer als auch der spielerische Umgang mit den Technologien durch die Endnutzer gemeint. Technologien sind Teil unserer Erfahrungsumwelt, die sowohl erweiterter Sensor unserer Reizaufnahme sind (etwa als Datenbank oder

Bildarchiv) als auch selbst Bereitsteller von neuartigen Erfahrungen und Reizen (etwa in der Form von virtuellen Realitäten). Zwar gehört dazu ein verantwortungsvoller Umgang mit Technologien, den neuen Kulturtechniken. Doch ist das Internet eben nicht *per se* eine Belastung für die Pfeiler unseres Bildungssystems: Lesefähigkeit, Bildungskanon und Kreativität.

Fürs Lernen hat das multifunktionale Internet demnach zwei Seiten: (1) *Das Internet als Wissensspeicher und Datenbank*. Dies kann den Unterricht einfach und sinnvoll unterstützen, vor allem bei der Informationssuche für Hausarbeiten oder andere Projekte, aber auch bei der Unterrichtsvorbereitung (Kollaboration der Medien). (2) *Das Internet als Spielwiese und Kreativitätsreservoir*. Diese Eigenschaft sollte den Unterricht ergänzen, durch die Begegnung der Schüler mit neuen Ideen aus den unterschiedlichsten Bereichen, die als „inspirierendes Wissen“ über den Schulstoff hinausgehen, aber auch neue Inhalte für den motivierten Selbstlerner vermitteln und spielerisch zur Anwendung bringen, zum Beispiel durch *online-tutorials* (Komplementarität der Medien).

Im Internet finden sich eine Vielzahl von Webseiten, die das Lernen auf mannigfache Weise unterstützen können. Es folgt daher eine nicht abschließende Auswahl von Seiten, die für den Schulbetrieb geeignet erscheinen. Sie lassen sich grob in die vier Kategorien *Tools*, *Tutorials*, *Text*, *Teaching* unterteilen, also in etwa: Werkzeuge, Handbücher, Text, Lehre.

Die erste Kategorie *Tools* umfasst Anwendungssoftware, die das Lernen unterstützen kann. Gute Beispiele für gute und kostenfreie Lernsoftware im Netz sind zum Beispiel CoboCards, ein Online-Karteikarten- & Lernportal, mit dem eigene Karteikartensets erstellt und mit anderen geteilt werden können. Die Karten können außerdem in praktischen Formaten exportiert und gedruckt werden. Ein weiteres Beispiel ist Bubbl.us, eine Mindmapping-Software. Die einzelnen Mindmaps können für andere Benutzer freigegeben und je nach Wunsch von diesen sowohl eingesehen als auch mit bearbeitet werden. Google Docs ist eine kollaborative Webplattform, auf der ähnlich einem wiki Textdokumente von mehreren Nutzern parallel kommentiert und bearbeitet werden können. Texte lassen sich damit einfach in Gruppenautorenschaften erstellen.

Zur zweiten Kategorie *Tutorials* zählen Seiten, die Anleitungen und Handbücher in multimedialer Form zum Selbststudium bereit stellen, wie etwa W3Schools (Web-Entwicklung) oder The Gnomon Workshop (Digitale Kunst). Durch die multimediale Aufbereitung, die Audio, Video und interaktive Elemente beinhalten kann ist eine intensive Ansprache des Nutzers möglich, der selbstbestimmt und in seinem eigenen Tempo lernen kann. Auch für andere Schulfächer existieren Webseiten dieser Art.

Die dritte Kategorie *Text* umfasst klassische textbasierte Datenbanken wie Wikipedia oder Google Books, die in schriftlicher Form das Wissen dieser Welt aufbereiten.

In der vierten Kategorie *Teaching* schließlich verbergen sich hinter Plattformen wie TED, Academic Earth, OpenCourseware des MIT oder auch iTunes U kostenfreie Wissensportale, auf denen Inhalte als Videopräsentationen abrufbar sind. Dies sind in aller Regel Hochschullehrer, Künstler, Politiker oder Literaten, die ihre Konferenzbeiträge oder Universitätsveranstaltungen der Allgemeinheit zugänglich machen. Hierhin gehören auch die Seiten zum *open source*

learning wie *Connexions*. Dabei reicht das Spektrum von Nischenwissen bis hin zu Inhalten allgemeinen Interesses aus einer breiten Palette von Disziplinen. Durch pointierte Vorträge wird zwar das Buchstudium nicht ersetzt, das zweifelsohne eine höhere Informationstiefe und -dichte bieten kann. Aber es ist dadurch doch möglich, bei Bedarf oder Interesse schnell eine gewisse Informationsbreite zu erreichen, die zugleich Anregung und Inspiration für eine spätere Vertiefung sein kann.

Natürlich wird der Datenzugriff heute mit jeder technologischen Neuerung vielfältiger und leichter, was ganz neue Anforderungen an Recherchefertigkeit (Orientierungswissen), Analysefähigkeit (Textverständnis) und Stilistik (einschließlich der Plagiatsproblematik) mit sich bringt – doch gleichzeitig ist der Wissenserwerb potentiell viel größer. Dazu gehören aber Geduld und Durchhaltefähigkeit, eben Frustrationstoleranz, denn der schnellere Zugriff ist tückisch, bedeutet er eben nicht automatisch schnelleres Verständnis. Die Datenflut erfordert die Fähigkeit zur Strukturierung und Einarbeitung, also das (intermediale) Verknüpfen unterschiedlicher Sachverhalte aus Schule, Lehrbuch, Fachzeitschrift, Internet. Zu mehr Kreativität führt dies nur, wenn dieses Verknüpfen gelehrt wird (Schnittstellenkompetenz). Auch entbindet das Internet nicht vom „Selbstwissen“: Der Bildungskanon wird multimedial, er wird aber nicht lediglich auf Datenspeichern externalisiert abgelegt, sondern muss weiterhin mühsam internalisiert werden, um der Orientierung dienen zu können. Informationen aus dem Internet müssen durch die Schule daher an gesellschaftlich erwünschte Sachverhalte angebunden werden. Die Relevanzkriterien für Information werden eben nicht nur von Individuen aufgestellt, sondern auch von der Gesellschaft als Ganze, vor allem über die Bildungspolitik und -bürokratie. Denn dieser soziale Organismus hat ein berechtigtes Interesse an den Grundlagen des gesellschaftlichen Selbstgesprächs unter aufgeklärten Bürgern – dazu gehört nicht zuletzt ein gemeinsamer Bildungskanon. Deshalb müssen traditionelle Klausuren auch weiterhin viel Stoff abfragen – aber aus demselben Grund müssen auch neue Prüfungsformen gefunden werden, etwa *open book exams*, aber mit festen Zeitrahmen und komplexer Fragestellung. Vereinzelt werden solche Prüfungsformen zur Erbringung von Studienteilleistungen auch bereits an Universitäten eingesetzt, etwa in der Form von 24-Stunden-Klausuren, die von zuhause aus mit allen Materialien und dem Internet geschrieben werden, aber vom zeitlichen und textlichen Umfang her begrenzt sind.

Lehrer müssen bei alledem nicht selbst *early adopter* von Technologien sein. Eine Überlastung und Überforderung unseres Lehrpersonals – der wertvollsten Humanressource im Bildungswesen – können wir uns nicht leisten. Um den Lehrern aber die Angst vor neuen Technologien zu nehmen, ist die stärkere Vernetzung der Schulen mit dem Technologiewissen außerhalb der Schule zu suchen: dabei helfen könnte ein Technologiebeauftragter an der Schule, der sich das entsprechende Wissen von anderen Experten in der Privatwirtschaft, der Elternschaft oder bei den Alumni an die Schule holt. Das wäre eine großartige Chance auch zur Stärkung einer *pro-bono* Kultur im Bildungsbereich. Lehrer müssen also nicht alles selbst können, aber wohl alles selbst überprüfen können. Das sind nämlich ihre Kernkompetenzen: die Vermittlung von Bildung und die Messung von Bildungserfolg.

Schule muss aber auch begreifen, dass Virtualität und Realität aufeinander zustreben und immer stärker aufeinander bezogen sind – am eindringlichsten wird dies in der Zwillingswelt von Kino und Computerspiel deutlich. In diesem Zusammenhang muss sie auch das Internet als Teil unserer aller Lebenswelten anerkennen – es bietet außerordentliches Potential nicht nur zur Wissensgenerierung in einzelnen Fächern, sondern auch für die Niederreißung der Mauern zwischen etablierten Fachdisziplinen. Diese Fähigkeit zur Transzendenz von Wissen, von Transdisziplinarität von Methoden und Lösungen ist für unsere Wissensgesellschaft von eminenter Bedeutung. Technologien sind kein Luxus, sie sind unsere Zukunft. Sie werden immer stärker der Träger unserer Innovationsfähigkeit. Dazu brauchen wir Kreativität in der Schule, die mit einfachen Mitteln durch Spieltrieb an Medien geübt werden kann (Exploratives Spielen). Gerade Schülern sollte man die Möglichkeit geben, sich an so vielen verschiedenen Ideen wie möglich abzuarbeiten. Das Internet kann hierbei der ideale Ideengeber sein. In dem Maße wie das Internet für die Schule relevant wird, wird auch die Schule wieder relevant für die Lebenswelt der Schüler.

5. Ausblick und Schluss

Die immer wieder aufbrandende öffentliche Diskussion um Sinn und Irrsinn des Internets verdeckt das Offensichtliche: Wenn wir nicht wollen, dass sich Schüler in den virtuellen Welten verlieren oder einsperren, sondern die befreiende Wirkung von Technologie positiv und gemeinwohlorientiert erleben, dann müssen diese Welten in die Schule gebracht werden, wo ein verantwortungsvoller Umgang mit Ihnen erlernt werden kann. Denn das Internet kann nichts weiter sein als eine Plattform für die Selbstdarstellung von Narzissten oder eine Bühne der Bequemlichkeit, ist das Weltwissen doch scheinbar nur einen Mausklick entfernt – es kann eben auch unter die Oberfläche stoßen und in der Tiefe ganze Ideenwelten öffnen. Dafür brauchen Schüler heute eine neue Begeisterungsfähigkeit für abstrakte Sachverhalte und Ideen, an denen sie ihre Kompetenzen ausprobieren können. Lernen ist eben kein binärer „Zustand“, den man in der Schule ein- und danach wieder ausschaltet – sondern ein Lebensstil, der all unsere Lebensbereiche durchströmen muss. Doch dazu muss sich der Bildungsprozess selbst verändern, der sich stärker als Wirkungsdreieck zwischen Schüler, Lehrer und Technologie verstehen muss. Die Vermittlung der Faszination Lernen bleibt eine Uraufgabe von Schule. Lernen ist keine lästige Pflicht, sondern die Luft, die wir atmen.

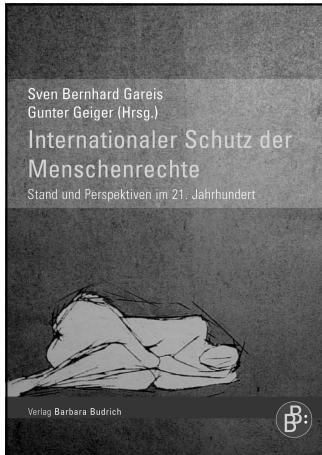
Dies ist kein Plädoyer gegen den klassischen Bildungskanon, der auch weiterhin für die Selbstverständigung einer Gesellschaft von elementarer Bedeutung bleibt, aber doch für eine Internet-Alphabetisierungskampagne, die diesen Kanon technologisch erweitert und dabei das spielerische Entdecken und die Kreativität fördert. Das ist mehr als eine Erweiterung des Unterrichts durch Multimediaeinsatz, sondern eine Aktivierung der Schüler zur eigenständigen Wissenserarbeitung. Das Lernen muss als Spiel erfahren werden, wenn wir wollen, dass Schüler auch nach der Schule noch weiterlernen – und Kreativität

kann durch den Kontakt zu frischen Ideen gefördert werden, die horizonterweiternd und inspirierend wirken können. Das Denken einiger Unterrichtsinhalte von den Ideen (anstatt von den Informationen) her könnte diesen Prozess unterstützen. Technologische Fertigkeiten (*electronic literacy*) sind nicht zuletzt auch arbeitsmarktrelevant. „Literacy“ ist dabei nicht dasselbe wie Programmierkenntnisse in der Informatik, sondern umfassen das gesamte Spektrum der Computertheorie, der Technologiesgeschichte, der Technikphilosophie. Technologien stehen denn auch inmitten unserer Gesellschaft und nicht neben ihr: Es kommt auf den Umgang mit der Technologie an, aber auch auf ihre symbolische Aufladung in Schule und Elternhaus. Das Internet kann aufgrund seiner Multi-medialität eben auch eine Verlängerung der Buchkultur sein. Es ist Zivilisationsspeicher und Kulturform. Marshall McLuhan brachte auch dies auf den Begriff: Medien seien *Extensions of Man*, ein Fortsatz des Menschen, eine Ergänzung und Erweiterung unserer Existenz.

Literatur

- Baraniuk, Richard: „Richard Baraniuk on open source-learning“, in: TED.com im Februar 2006.
- Carr, Nicholas: Wer bin ich wenn ich online bin...: und was macht mein Gehirn solange? – Wie das Internet unser Denken verändert. München: Karl Blessing 2010.
- Carr, Nicholas: „Does the Internet Make You Dumber?“, in: Wall Street Journal vom 05. Juni 2010.
- Carr, Nicholas: *The Shallows. What the Internet is Doing to our Brains*. New York: Norton 2010.
- Floridi, Luciano: *The Philosophy of Information*. Oxford: Oxford University Press 2011.
- Floridi, Luciano: *L'estensione dell'intelligenza*. Rom: Armando 1996.
- Hedges, Chris: *Empire of Illusions: The End of Literacy and the Triumph of Spectacle*. New York: Nation 2009.
- Kelly, Kevin: *What Technology Wants*. New York: Viking 2010.
- Kelly, Kevin: „Kevin Kelly on how technology evolves“, in: TED.com im Februar 2005.
- Kurzweil, Ray: *The Singularity is Near: When Humans Transcend Biology*. New York: Penguin 2006.
- Kurzweil, Ray: „The Law of Accelerating Returns“, in: KurzweilAI.net vom 07. März 2001.
- McLuhan, Marshall: *Understanding Media: The Extensions of Man*. London: Taylor & Francis 2001.
- McLuhan, Marshall: *The Laws of Media: The New Science*. Toronto: Toronto University Press 1988.
- Postman, Neil: *Wir amüsieren uns zu Tode: Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie*. Frankfurt a.M.: Fischer 1988.
- Shirky, Clay: „Does the Internet Make You Smarter?“, in: Wall Street Journal vom 04. Juni 2010.
- Shirky, Clay: *Cognitive Surplus: Creativity and Generosity in a Connected Age*. New York: Penguin 2010.

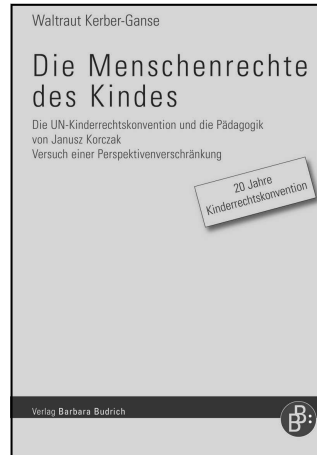
Menschenrechte



**SVEN BERNHARD GAREIS
GUNTER GEIGER (HRSG.)
Internationaler Schutz
der Menschenrechte**

Stand und Perspektiven im 21. Jahrhundert
2009. 231 S. Kt. 19,90 € (D), 20,50 € (A),
30,50 SFr
ISBN 978-3-86649-186-1

... prägnant und gut verständlich, aber zugleich differenziert und ausgewogen [bietet der Band] einen sehr guten Überblick über die Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven des internationalen Menschenrechtsschutzes ... Das vorliegende Werk kann ... als eine gelungene Einführung zu den internationalen Menschenrechten empfohlen werden. *socialnet.de* 4 2009



**WALTRAUT KERBER-GANSE
Die Menschenrechte des Kindes**

Die UN-Kinderrechtskonvention und die Pädagogik von Janusz Korczak
Versuch einer Perspektivenverschränkung
2009. 265 S. Kt. 29,90 € (D), 30,80 € (A),
43,90 SFr
ISBN 978-3-86649-259-2

Pünktlich zum 20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention legte Waltraut Kerber-Ganse ihre Schrift vor. Aber – sagen wir es gleich zu Anfang – dieses Buch braucht keine Jubiläen oder Anlässe: Es trägt sich von selbst und wird noch lange unsere Diskussionen über die Kinderrechte bereichern. *Zeitschrift für Menschenrechte* 4 2010



Gleich bestellen – in Ihrer Buchhandlung oder direkt:

Verlag Barbara Budrich • Barbara Budrich Publishers

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen. Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich-verlag.de

www.budrich-verlag.de

Kann's die Frauenquote richten?

Beim Ziel, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen sind sich alle einig – beim Weg allerdings nicht

Isabelle Kürschner



Isabelle Kürschner

1. Potentiale von Frauen nutzen

Frauen sind in den Führungszirkeln von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik unterrepräsentiert, darin sind sich alle einig. Geteilte Meinungen gibt es bei der Frage nach den Gründen und bei den Methoden, wie das Potential der Frauen auch in der Führung weiter genutzt werden kann. Während die Quote in der Politik bereits seit den 1980er Jahren als Mittel zur Steigerung des Frauenanteils genutzt wird, tut sich die Wirtschaft in Deutschland deutlich schwerer. Laut Führungskräftemonitor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) sind die Vorstände der 200 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland (außerhalb des Finanzsektors) nach wie vor nahezu ausschließlich von Männern besetzt. Von insgesamt 833 Vorstandsmitgliedern sind gerade einmal 21 Frauen, dies entspricht einem Anteil von 2,5 Prozent. In den 100 größten Unternehmen sind Frauen sogar nur zu 0,9 Prozent in den Vorständen vertreten und haben nur vier der 441 Sitze inne. In den Vorständen der 50 größten Unternehmen ist schließlich nur noch eine Frau vertreten, Siemens Managerin Barbara Kux.

<http://tinyurl.com/67tfqlx>

Mit der Einführung einer Frauenquote bei der Deutschen Telekom und den Initiativen, Frauen in Aufsichtsräte und auf Vorstandpositionen zu bringen, hat die Diskussion eine neue Intensität angenommen. Die Süddeutsche Zeitung bezeichnet dies als

„ein Armutszeugnis für die Deutsche Wirtschaft. Fast neun Jahre ist es nun her, dass deren Spitzenverbände und die Bundesregierung vereinbart haben, die Karrierechancen von Frauen zu verbessern. Verändert hat sich seitdem wenig.“

Süddeutsche Zeitung 15.3.2010

Dabei ist die wirtschaftliche Notwendigkeit von Frauen in Führungspositionen mittlerweile breit anerkannt. Die Initiative FidAR (Frauen in die Aufsichtsräte), ins Leben gerufen von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und gefördert vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, will den Druck auf die Wirtschaft erhöhen und auf eine

nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Kapitalgesellschaften hin wirken. Laut FidAR ist

„(d)ie ausgewogene Vertretung von Frauen in den Führungspositionen der Wirtschaft (...) nicht nur ein Gebot der Gleichstellung, sondern vielmehr ein Gebot guter Unternehmensführung. Wissenschaftliche Studien belegen, dass Diversität in den Aufsichtsgremien, d.h. insbesondere die sichtbare Präsenz einer kritischen Masse von Frauen, ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg ist. Sie führt zu einer differenzierten Diskussion, einer risikobewussteren Entscheidungsfindung und einer besseren Unternehmenskontrolle.“

<http://www.fidar.de/Home.2.0.html>

Einen wichtigen Beitrag zur Diskussion leistet die Studie „Women Matter“ der Management-Beratung McKinsey & Company. Claudia Nemat, Director und Senior Partner bei McKinsey & Company hat die wissenschaftlichen Untersuchungen begleitet:

„Frauen den Weg ins Topmanagement zu ebnen ist keine nette Geste, sondern eine Strategie, die sich für Unternehmen knallhart und nachrechenbar auszahlt. Das belegen McKinsey Studien, in denen wir die finanzielle Performance von Unternehmen mit gleichförmigen und mit gemischten Führungsteams analysiert und verglichen haben. Gerade jetzt ist das aktuell: Mit einem höheren Frauenanteil auf Vorstandsebene, so eines der Ergebnisse, steigt die Chance, dass ein Unternehmen die Folgen der Wirtschaftskrise meistert.“

Handelsblatt, 18.6.2010

In der ZEIT werden noch weitere Aspekte aufgelistet:

„Immerhin sind rund zwei Drittel der Absolventen wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge Frauen. Das heißt, die Gesellschaft investiert zwar massiv in die Ausbildung von Frauen, lässt aber dann das Potential verkümmern.“

DIE ZEIT 15.3.2010

„Das darf nicht so bleiben, denn es ist einer fortschrittlichen Gesellschaft unwürdig – und zudem volkswirtschaftlicher Unsinn, wie kaum jemand ernsthaft bestreiten kann. Weil ein generelles Interesse daran besteht, dass teuer ausgebildeten Akademikerinnen eine Karriere ermöglicht wird, die ihrem Potenzial entspricht. Weil Unternehmen mit weiblichen Vorständen bessere Zahlen schreiben. Weil wir es uns gar nicht länger leisten können, angesichts der demografischen Entwicklung und des Mangels an Führungskräften, der daraus resultiert, auf weibliche Bosse zu verzichten. Und schließlich, weil Deutschland mit seinen manifesten Herrenklub-Strukturen schon jetzt als hoffnungslos rückständig gilt im Vergleich zu zahlreichen EU-Ländern.“

DIE ZEIT 6.9.2010

2. Ohne Quote geht es nicht

Verfolgt man die Debatte in den Medien, soll sich dies nun entschieden ändern. Seit Anfang des Jahres 2010 wird in Wirtschaft und Politik immer wieder ein Instrument genannt, wenn es um die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen geht: Die Frauenquote. So schreibt der Rheinische Merkur:

„Neu ist die Idee einer Quote nicht. Seit 1979 beschäftigt sie die Öffentlichkeit. Bei ihrer Parteigründung beschlossen die Grünen, mindestens die Hälfte aller Ämter weiblich zu besetzen. (...) Mehr als 20 Jahre später ist die Politik immer noch deutlich weiter als die Wirtschaft.“

„Der leichte Boom an weiblichen Abgeordneten und Ministerinnen seit den Achtzigerjahren ist allein den parteiinternen Frauenquoten zu verdanken“, sagt Julia Paulus, wissenschaftliche Referentin für Frauen- und Geschlechterstudien an der Universität Münster. „Natürlich wäre es besser, Gleichheit ohne Quoten zu erreichen. Aber das scheint eine Utopie zu sein. Wenn sich von allein nichts ändert, muss man eben zu solchen Maßnahmen greifen.“

Rheinischer Merkur, 1.7.2010

In anderen Ländern sind diese Maßnahmen bereits verbindlich geregelt oder sie wurden auf den Weg gebracht. Die Süddeutsche Zeitung fasst zusammen:

„Als einziges Land weltweit schreibt Norwegen seinen börsennotierten und staatlichen Unternehmen vor, dass vier von zehn Aufsichtsräten Frauen sind. Auch die Niederlande und Spanien haben inzwischen ein solches Gesetz verabschiedet. Den Haag verlangt von Firmen mit mehr als 250 Mitarbeitern sogar, Aufsichtsrat und Vorstand mit 30 Prozent Frauen zu besetzen. Doch in beiden Ländern werden die Regeln erst 2016 wirksam sein. Auch in Frankreich, wo die Regierungspartei UMP mehr Frauen den Weg in Aufsichtsräte ebnen will, hat ein entsprechendes Gesetz inzwischen das Parlament passiert. Es sieht vor, dass große Unternehmen zunächst eine Quote von 20 Prozent im Aufsichtsrat erreichen müssen, sechs Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes müssen es 40 Prozent sein. Allerdings hat der Senat noch nicht darüber abgestimmt.

Norwegens Storting dagegen hat die Quote für Aufsichtsräte bereits 2003 beschlossen, damals lag der Frauenanteil bei knapp sieben Prozent. Seit 2006 ist das Gesetz in Kraft. Danach hatten Firmen zwei Jahre lang Zeit um ihre Aufsichtsgremien für Frauen zu öffnen, und seit Anfang 2008 haben sie keine Ausreden mehr. „Im April 2008 hatten alle 360 betroffenen Unternehmen die Quote erfüllt“, sagt Marit Hoel. Im Auftrag der Regierung begleitet ihre Organisation das Gesetz und trägt die Erfahrungen der Unternehmen zusammen.“

Süddeutsche Zeitung 16.3.2010

Wie DIE ZEIT berichtet hat die Quote nicht nur den Frauen selbst zu mehr Erfolg verholfen. Auch die Wirtschaft profitiert von der neuen Regelung.

„Seit die Quote gilt, ist Norwegens Wirtschaft im Jahresschnitt um fast zwei Prozent gewachsen. Kaum ein westliches Land hat die Weltrezession so gut überstanden. (...) Die Quote hat der Wirtschaft einen neuen, großen Talentepool erschlossen.“

DIE ZEIT 5.8.2010

Silvija Seres, Microsoft Managerin in Norwegen beschreibt ihre persönliche Erfahrung mit der Quote:

„Ich persönlich habe von der Quote sehr profitiert. (...) Wenn Unternehmen damals nicht nach Frauen für ihre Aufsichtsräte Ausschau gehalten hätten, wäre ich vielleicht nicht aufgefallen.“ Ohne die Hilfe der Politik, davon ist sie überzeugt, säße sie heute nicht in gut einem halben Dutzend Kontrollgremien. Aber das stört sie nicht. „Ich weiß ja, dass ich für jeden Posten qualifiziert bin.“

Ein Mehr an Frauen an der Spitze lockt nach ihren Worten auch neue Frauen an. Ließe sich nach anderen als den männlichen Regeln Karriere machen, würden weibliche Nachwuchskräfte die Mühen des Aufstiegs eher auf sich nehmen. Der Verdienst der Quote, so sagt es die Aufsichtsrätin Silvija Seres, sei, dass sie Vorbilder für Tausende junge Frauen schaffe.

DIE ZEIT 5.8.2010

Es waren jedoch nicht die Frauen allein, die Norwegen die Quote bescherten:

„Es war ein Mann, ausgerechnet, ein konservativerer dazu, der den Notwegerinnen die Quote brachte. Vor acht Jahren hatte Ansgar Gabrielsen, der damalige Industrie- und Handelsminis-

ter, die Nase voll von den Männerclubs in den Aufsichtsräten. An einem Tag im Februar 2002 marschierte er in die Räume der auflagenstärksten Tageszeitung und gab ein Interview: Mehr Frauen in die Räte! Notfalls per Gesetz!“

DIE ZEIT 5.8.2010

Auch in Deutschland hat sich ein Mann untrennbar mit der Frauenquote verbunden. Thomas Sattelberger, Personalchef der Deutschen Telekom, hat seine Motivation für die Einführung einer Frauenquote im eigenen Unternehmen ähnlich begründet wie der Norweger Gabrielsen.

„Ich sitze jetzt seit über 20 Jahren auf Positionen, auf denen ich Karriere-Politik mit gestalten kann und soll. Wer da glaubt, Karrieren würden ausschließlich nach Kompetenz und Potenzial entschieden, der irrt. Ich habe erlebt, wie externe Berater ins Unternehmen ‚reingeschossen‘ wurden, wie junge Assistenten, mit kaum Erfahrung, in breite operative Verantwortung reingehievt worden sind, wie Treue – nicht Leistung – mit beruflichem Aufstieg belohnt wurde, oder nach dem Motto ‚den platziere ich strategisch‘ befördert wurde. Kompetenz spielte dabei eher eine Nebenrolle. Wer sagt, Unternehmen wählen nur nach Qualifikation und Leistung aus, tut dies wider besseres Wissen oder ist naiv. Aber an Frauenförderung wird der Schwindel des Purismus exerziert. Das wollte ich ändern.“

Financial Times Deutschland, 18.6.2010

Auf Sattelbergers Initiative hat die Telekom sich als erstes börsennotiertes Großunternehmen in Deutschland dazu verpflichtet, eine Frauenquote einzuführen.

„Bis Ende 2015 sollen 30 Prozent der Führungspositionen mit Frauen besetzt sein. Das klingt gut. Doch dahinter verbirgt sich auch das Eingeständnis, dass die bisherige Frauenförderung nicht geklappt hat. „Unsere jahrelangen Maßnahmen zur Frauenförderung waren redlich und gut gemeint, der durchschlagende Erfolg blieb wie in allen großen Unternehmen leider aus“, erklärt Telekom Personalvorstand Thomas Sattelberger.“

Süddeutsche Zeitung 15.3.2010

Und er sagt weiter:

„Es geht nicht um politisch korrekte Alibiregelungen, sondern um spürbare und nachhaltige Umsetzung von Chancengleichheit für die besten Talente, egal welchen Geschlechts (...) Wenn es um die Besetzung von Aufsichtsräten ging, wurde oftmals gar nicht erst nach Frauen geguckt. (...) Noch immer verhindern Rollenklischees, verfestigte Verhaltensmuster und diffuse Ängste bei den Top Entscheidern, dass Frauen in die Spitzenjobs kommen.“

DIE ZEIT 15.3.2010

Diese Problematik beschreibt auch die Süddeutsche Zeitung:

„Wer oben sitzt, und das ist ja meist ein Mann, ist – vermutlich nicht ganz zu unrecht – davon überzeugt, dass er vieles richtig gemacht hat. Deshalb fördert er vor allem solche Leute, die ihm ähnlich sind. Es liegt in der Natur der Sache, dass sein Blick dabei eher auf Männer fällt als auf Frauen. Es sei denn, eine Quotenfrau zwingt ihn, sein Blickfeld zu öffnen.“

Süddeutsche Zeitung 16.6.2010

Die Soziologin und Arbeitsmarktexpertin Jutta Allmendinger weist ebenfalls auf die Vorzüge von Quotenfrauen hin:

„Quotenfrau zu sein heißt doch nicht, dass die Leistung nicht da ist. Im Gegenteil: Nur Frauen, die Leistung bringen, können zu Quotenfrauen werden. Und die Gesellschaft wird erst dann feststellen, wie gut Frauen sind, wenn sie in den entsprechenden Positionen sichtbar werden. Ich bin oft in meinem Leben Quotenfrau gewesen und ich kann ihnen verraten: Die Integrationsphase ist hart.“

Auch Claudia Nemat, die bereits erwähnte McKinsey Direktorin weiß, dass es für einzelne Frauen häufig sehr schwer ist.

„Es braucht eine kritische Masse, einen Anteil in der Führungsspitze. Und zwar von etwa 30 Prozent. Wer nur einzelne Frauen beruft, verändert die männlich geprägte Arbeitskultur nicht. Die Machtspielchen, das Imponiergehabe.“

DIE ZEIT 5.8.2010

Telekom Personalchef Sattelberger hat auch eine klare Vorstellung, wie diese kritische Masse zu erreichen ist. Er befürwortet verbindliche Regelungen.

„Die Politik hat hier eine Scham, der Wirtschaft Direktiven zu geben. An dieser Stelle wäre eine Emanzipation der Politik wünschenswert.“

Süddeutsche Zeitung 15.3.2010

Und Sattelberg sagt weiter:

„Wenn die Wirtschaft einer Selbstverpflichtung nicht nachkommt, halte ich Ordnungspolitik für angemessen. Das ist in anderen Feldern auch so.“

Financial Times Deutschland, 18.6.2010

3. Die Politik setzt auf Selbstverpflichtung

Die Politik hatte sich jedoch im Bezug auf die Frauenquote lange Zeit zurückhaltend gezeigt. So beschreibt die ZEIT, dass

„(n)ur durch den massiven Lobbydruck aus Frauen- und Wirtschaftsverbänden – allen voran FidAR – (...) die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden (hat). Bislang steht da aber nicht mehr als eine schwammige Erklärung. Die Regierung ist eigentlich gegen die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für die Kontrollgremien in DAX-Konzernen. Schwarz-Gelb setzt lieber auf Selbstverpflichtungen und fürchtet, dass eine Quote als Brechstange wahrgenommen werden könnte.“

DIE ZEIT 15.3.2010

Im Koalitionsvertrag liest sich diese Passage wie folgt:

„Wir wollen bestehende Benachteiligungen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. [...] Wir erarbeiten einen Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs. Die Bundesinitiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft wird einbezogen. [...]

Die Ziele des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes werden mit Nachdruck verfolgt. Wir werden prüfen, ob und inwieweit die Gesetze geändert und effektiver gestaltet werden müssen. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll maßgeblich erhöht werden. Dazu wird ein Stufenplan, insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten vorgelegt. Der Stufenplan setzt in einer ersten Stufe auf verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen.“

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (S.72-73)

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder lehnt eine gesetzliche Quote bisher ab:

„Weil eine Quote immer auch Kapitulation der Politik ist. Für mich bedeutet Wirtschaft in erster Linie freies Handeln ohne staatliche Vorschriften. Deswegen ist für mich eine Quote nur Ultima Ratio. Ich bin mir sogar sicher, dass wir keine Quote brauchen – erst recht nicht in Zeiten von steigendem Fachkräftemangel. Die Unternehmen setzen schon heute Headhunter darauf an, gezielt Frauen für die Top-Positionen zu suchen.“

Der Spiegel 45/2010

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger stellt jedoch klar, dass es letztendlich nur mit Druck von Seiten der Politik funktionieren könnte:

„Ich bin keine Anhängerin der Quote und habe keinen Gesetzentwurf dafür in der Schublade, auch kein Arbeitspapier. Aus vielen Gesprächen gerade mit jungen Frauen weiß ich, dass das Thema Quote nicht positiv besetzt ist und diese Art von Regulierung kritisch gesehen wird. Aber um es deutlich zu sagen: Am Ende kann es sein, dass eine Regierung aus Union und FDP keinen anderen Weg sieht, als zum Instrument der Quote zu greifen.“

DIE ZEIT 5. 8.2010

4. Qualität statt Quote

Gesetzliche Regelungen und staatliche Eingriffe werden jedoch von anderer Seite vehement abgelehnt, u.a. auf Grund rechtlicher Bedenken. So sagt beispielsweise der hessische Justizminister Jörg-Uwe Hahn:

„(D)ie Forderung zu formulieren, eine gesetzlich vorgeschriebene Frauenquote könne Abhilfe schaffen, ist falsch. Eine solche Frauenquote ist verfassungsrechtlich riskant, da sie einen Eingriff in die freie Entscheidungsmöglichkeit von Aktionären darstellt.“

<http://www.hessen.de>

Auch Christine Windbichler, Professorin für Gesellschaftsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin resümierte in einem Gutachten für den Bundestagsrechtsausschuss im Jahr 2008:

„Eine starre Frauenquote für die Besetzung von Aufsichtsräten ist verfassungsrechtlich problematisch und einfachgesetzlich sehr schwierig. Sie greift tief in die Rechte der Aktionäre und der wahlberechtigten Arbeitnehmer ein.“

<http://windbichler.rewi.hu-berlin.de/Frauenquote.pdf>

Neben den rechtlichen Bedenken werden auch gesellschaftliche zum Ausdruck gebracht. Die ZEIT schreibt:

„Eine gesetzlich festgeschriebene Frauenquote, befürchten die Gegner, sei nicht nur ein massives, politisches Eingreifen in die Wirtschaft, die Maßnahme könnte auch dazu führen, dass talentierte junge Männer nicht mehr zum Zuge kommen und stattdessen mittelmäßige Frauen auf Posten gehievt werden, denen sie nicht gewachsen sind.“

DIE ZEIT 15.3.2010

Qualität statt Quote ist das immer wiederkehrende Argument gegen die Frauenquote. So heißt es beispielsweise beim Gashersteller Linde:

„Bei uns zählt Qualifikation statt Quote.“

Und die Deutsche Bank bestätigt:

„Wir haben eine Leistungsorientierung im Haus. Wir glauben, dass Frauen diese Leistung auch ohne Quote bringen.“

Der Tagesspiegel 16.03.2010

Personalberater Johannes Graf von Schmettow gibt zu bedenken:

„Wenn wir eine Führungsposition besetzen sollen, hören wir von unseren Auftraggebern immer wieder: Wir hätten gerne eine Frau, aber wir wollen im Hinblick auf die fachlichen und persönlichen Kompetenzen keine Kompromisse machen. Das halte ich auch für die richtige Einstellung.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.3.2010

Qualität statt Quote ist auch das Argument, das wiederholt gegen sogenannte Quotenfrauen vorgebracht wird.

„Frauenquoten produzieren Quotenfrauen – das sind Damen, die nur deshalb eine Position innehaben, weil sie das richtige Geschlecht besitzen. Männer, die besser geeignet wären, kommen wegen des falschen Geschlechts nicht zum Zuge. Entsprechend groß ist allseits die Verachtung von Quotenfrauen. Nicht zuletzt erfolgreiche Frauen sind vehement gegen Quotenregelungen, weil sie den schlechten Ruf der Quotenfrau fürchten.“

Handelsblatt, 15.3.2010

Davor fürchten sich gerade auch viele Frauen, so zum Beispiel die Bundesvorsitzende der jungen Unternehmer, Marie-Christine Ostermann:

„Ich glaube nicht, dass es über gesetzlichen Zwang geht. Und ich möchte auch nicht als Quotenfrau abgestempelt und auf mein Geschlecht reduziert werden.“

Handelsblatt 18.6.2010.

Gegner von Quotenregelungen halten diese also für nicht mit dem Leistungsgedanken vereinbar. So nennt der Soziologe Gerhard Amendt „(d)ie Außer-Kraftsetzung von Leistungskriterien im Gender Mainstreaming“ einen „Hebel für die regelmäßige Fortsetzung von Starthilfen – wie sie es nennen – für Frauen“.

Die Welt, 3.1.2010

Der Journalist Karl-Heinz Büschemann ist überzeugt, dass es „allein auf die Kompetenz der Frauen“ ankommen sollte und „nicht auf ihre Anzahl im Rat. Die Gremien brauchen mehr Qualität, keine Quote. (...) Schon heute gibt es nicht nur unfähige Männer, es gibt auch inkompetente Frauen in Unternehmen.“

Süddeutsche Zeitung 16.6.2010

Auch Wissenschaftler halten die Quote mitunter für einen „Irrweg“. Frauen wären sogar die Leidtragenden einer solchen Regelung, argumentiert der Wirtschaftswissenschaftler Hagen Linstädt, denn „sie stünden doch stets unter dem Generalverdacht, ihren Posten in erster Linie der Quote und nicht ihren Leistungen zu verdanken.“

Die Welt, 17.9.2009

Ebenso sieht es Denice Kroanau, Chief Diversity Officer bei Siemens: „Frauen machen bei uns Karriere weil sie gut sind, nicht, weil sie Frauen sind!“

Handelsblatt 18.6.2010.

Für Gerhard Amendt sind Hilfestellungen für Frauen sogar kontraproduktiv.

„Wenn Frauen heute durch die Bank als Opfer beschrieben werden, setzt das paradoxerweise die tradierte Versorgermentalität der Männer abermals in Bewegung. Eine Frau, die als Opfer auftritt, ruft einen Mann auf, ihr zur Hilfe zu eilen. Und das ist genau das, was Frauen nicht brauchen. Frauen müssen selbst sehen, wie sie zurechtkommen. Ich werde nie den Ruf vergessen, der beim Sinken im „Titanic“-Film durch das Schiff hallte: „Frauen und Kinder zuerst in die Boote“. Selbstverleugnung der Gesundheit und sogar des Lebens ist Bestandteil männlicher Mentalität.

Die Welt, 3.1.2010

Zum Teil sind die Widerstände sogar noch massiver. So sieht ein Redakteur der FAZ die verbindliche Einführung einer unternehmensinternen Frauenquote gar als Abschaffung des Leistungsprinzips, die

„unter dem Deckmantel einer nicht-bewiesenen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit die uralten Forderungen aus der Frauenbewegung umsetzt und zu Produktivitätsverschlechterungen unter anderem durch Demotivation und Dequalifikation führt“ und „im Zweifelsfall auch ungeeignete Frauen für viel Geld eingestellt“. In der „Adverse Selection“ sieht er „ein faszinierend-fatales Phänomen, bei dem als Negativauslese Personen mit wünschenswerten Eigenschaften verschwinden und Personen ausgesucht werden, die man eigentlich nicht möchte, was Marktmechanismen zerstört und eine Zentralsteuerung mit insgesamt niedrigem Leistungsniveau impliziert.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.2.2010

5. Ausblick

Die Gründe für die anhaltend starke Unterrepräsentanz von Frauen sind sicherlich vielfältiger als sie hier dargestellt werden können. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nennt in den Ergebnissen seiner Studie unter anderem die schlechten Vereinbarkeit von Karriere und familiären Verpflichtungen und die fehlenden weiblichen Vorbilder und Rollenmuster. Als weiterer Grund gilt, dass Männer einflussreiche Netzwerke in Vorständen und Aufsichtsräten bilden, in die Frauen als Außenseiterinnen kaum vordringen können. Frauen gelingt es gar nicht oder nur selten die gläserne Decke, die als unsichtbare Barriere ihren Aufstieg in Spitzenpositionen hemmt, zu durchbrechen. Häufig sehen sie sich auch Stereotypen und Vorurteilen gegenübergestellt, die auf die kulturell definierte Rolle von Frauen in der Gesellschaft zurückgehen. Eine stärkere Repräsentanz in den Spitzengremien könnte zu einem Umdenken führen. Doch diese wird sich wohl auch weiterhin nur langsam vollziehen. Mit der im Jahr 2001 geschlossenen Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft sollte durch eine freiwillige Selbstverpflichtung eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen erreicht werden. Dieser Anspruch muss in Bezug auf die Spitzengremien der Unternehmen als gescheitert angesehen werden. Es bleibt abzuwarten, ob die im Koalitionsvertrag von 2009 vereinbarten Vorhaben zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten zum Erfolg führen.

<http://tinyurl.com/67tfqlx>

Ob mit oder ohne Frauenquote, wird sich in nicht allzu fernen Zukunft zeigen.

Reichtum und Steuerbetrug

Das Bundesverfassungsgericht lässt zur Kasse bitten

Heiner Adamski



Heiner Adamski

Der Staat Bundesrepublik Deutschland ist ein „teures Unternehmen“; er kostet Geld – viel Geld. Das Volk – von dem alle Staatsgewalt ausgeht (Art. 20 GG) – muss ihn vor allem durch Steuerzahlungen finanzieren. Bei den Festsetzungen der Steuern werden die „Verhältnisse“ der Bürger berücksichtigt (ebenso auch die der steuerpflichtigen Unternehmen in verschiedenen Rechtsformen). Reiche Bürger müssen höhere Steuern zahlen. Einige (viele?) wohlhabende Bürger und auch Bürger mit vergleichsweise kleineren Vermögen entziehen sich aber in mehr oder weniger großem Umfang den gesetzlichen Steuerzahlungspflichten. Sie verbergen Geld in unrechtmäßiger Weise vor deutschen Steuerbehörden durch Geldverlagerungen auf Bankkonten in Staaten mit weit reichendem Banken- und Anlegerschutz (Bankgeheimnis) oder durch Gründung von Stiftungen mit Sitz im Ausland. Dabei werden „dunkle Kanäle“ benutzt. Das Geld kommt als „Schwarzgeld“ im Ausland an und steht dort samt dem Anleger unter dem Schutz des Bankgeheimnisses. Der Schutz besteht in der gesetzlichen Verpflichtung der ausländischen Bank zur Verschwiegenheit über Tatsachen und Wertungen, die ihr im Rahmen der Geschäftsverbindung zum Kunden bekannt geworden sind und die der Kunde geheim halten will. Die für den Anleger zuständigen (deutschen) Steuerbehörden erfahren von diesem Geld nichts. Der Anleger zahlt in Deutschland nicht die eigentlich fälligen Steuern. Der bekannteste Bankgeheimnis-Staat ist die Schweiz. Bekannt ist auch der winzig kleine Staat Liechtenstein: eine konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage mit einem Staatsgebiet von 160 Quadratkilometern und 36.000 Einwohnern zwischen der Schweiz und Österreich (genauer: zwischen St. Gallen und Vorarlberg). In Liechtenstein gilt zudem ein spezielles Stiftungsrecht. Normalerweise (wie etwa nach deutschem Stiftungsrecht) sind bei Stiftungen die Herkunft des Geldes und damit die Stifter bekannt. Ferner ist das in eine Stiftung eingebrachte Geld – plastisch gesprochen – weg; es ist sozusagen „stiften gegangen“ und von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen auch den Stiftern nicht mehr zugänglich. Stiftungen können ja erst durch eine solche Regelung die für die Stiftungsarbeit unerlässliche Sicherheit erlangen. In

Liechtenstein ist das aber anders ... Dort kann nämlich das in eine Stiftung eingebrachte Vermögen vom Eigentümer/Stifter getrennt und damit anonymisiert werden. Zudem kann der Stifter die Stiftung jederzeit wieder auflösen. Das in eine Liechtensteiner Stiftung eingebrachte Geld ist also weg und doch noch da: natürlich steuerfrei. Der Stifter hat es vor den (deutschen) Steuerbehörden verborgen und zahlt in Deutschland keine Steuern.

Seit geraumer Zeit gibt es mit den ausländischen Geldanlagen „an der Steuer vorbei“ aber Probleme. In der Schweiz und anderen Staaten haben Personen mit Zugriffsmöglichkeiten auf Bankdaten ausländischer Anleger diese Daten in ihren Besitz gebracht („Datenklau“) und deutschen Behörden auf sog. Steuer-CDs gegen beträchtliche Geldforderungen (in Einzelfällen auch kostenfrei) angeboten. Eine solche „Geschäftsidee“ ist nicht überraschend in Gesellschaften, in denen fast alles zur Ware wird und käuflich ist. Mitarbeiter von Banken, die in aufwändig-seriösen Bankgebäuden Geschäfte mit Geldern unklarer Herkunft abwickeln und – wie im Falle Schweiz – in einem Staat leben, in dem solche Bankgeschäfte geradezu staatstragend sind, können schon auf den Gedanken kommen, dass sie ihr Wissen zu Geld machen könnten. Freilich stellen sich hier einige Fragen: Darf die Bundesrepublik Deutschland (der Bund oder ein Land) diese gestohlenen Daten „kaufen“ und nutzen? Darf der Staat den Anbietern von Diebesgut beispielsweise zwei Millionen Euro zahlen und aufgrund dieser gestohlenen Daten von Steuerhinterziehern die hundert- oder fünfhundertfache Summe an Steuern kassieren? Lohnen würden sich solche „Geschäfte“ für den Staat und damit für seine steuerehrlichen Bürger: die ehrbaren Kaufleute, die Handwerksmeister und Gesellen, die Lehrer und Hochschullehrer und viele, viele andere ... Ferner: Darf der Staat auf der Basis der gestohlenen Daten auch Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung einleiten? Dürfen Gerichte aufgrund geklauter Daten bei Tatnachweisen „im Namen des Volkes“ Urteile verkünden und damit den im Strafrecht zum Ausdruck kommenden staatlichen Rechtswillen durchsetzen? Und schließlich stellen sich auch diese Fragen: Wer wird eigentlich beim „Datenklau“ bestohlen? Die ausländische Bank? Der deutsche Anleger? Wird überhaupt jemand bestohlen? Wer hat eigentlich Anspruch auf die Daten? Der deutsche Anleger? Die ausländische Bank? Der deutsche Staat?

Die Meinungen gehen auseinander. Die einen lehnen „Geschäfte“ mit den Anbietern von Steuer-CDs ab; sie sehen den Staat als Hehler im Verbund mit Kriminellen und sprechen sogar von einer Gefahr für den Rechtsstaat. Die Steuerhinterzieher sollen anderweitig – aber wie? – verfolgt werden. Die anderen sehen die Steuerhinterzieher als Kriminelle und möchten den Anbietern der Daten Orden verleihen. Der Verlauf der „Fronten“ ist unter anderem parteipolitisch interessant.

1. Staatskosten

Der Staat hat einen großen Finanzbedarf für staatliche Institutionen und Einrichtungen auf den unterschiedlichsten Ebenen und für die Erfüllung von tausend und abertausend Staatsaufgaben gemäß den Vorgaben des Grundgesetzes,

den Verfassungen der Länder und anderer Rechtsgrundlagen wie etwa Gemeindeordnungen. Auf der obersten Ebene (der Bundesebene) gibt es den Finanzbedarf der Institutionen der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung: also Bundestag und Bundesrat, Bundesregierung mit Fachministerien und obersten Bundesbehörden sowie Bundesverfassungsgericht und diverse Bundesgerichte. In den Bundesländern gibt es einen ähnlich strukturierten Bedarf: 16 Landtage, 16 Landesregierungen mit Fachministerien und Landesbehörden sowie 16 Gerichtsbarkeiten müssen finanziert werden. Sodann gibt es den großen Geldbedarf in Regierungsbezirken, Landkreisen und Kommunen. Auf all diesen Ebenen wird der Staat tätig: Er schafft die Rechtsgrundlagen für das Gemeinwesen. Er sorgt für die innere und die äußere Sicherheit. Er ist für das gesamte Verkehrswesen zuständig. Er ist verantwortlich für Wirtschaftsansiedlungen und für Naturschutz, für soziale und medizinische Fürsorge, für Schulen, Hochschulen und Wissenschaft und für eine schier endlos lange Reihe anderer Aufgaben. Das alles kostet Geld. Allein eine normale Schule kostet jährlich einige Millionen Euro.

Die Ausgabendimensionen des Staates können mit wenigen Zahlen angedeutet werden: Der Bundeshaushalt des Jahres 2010 weist Ausgaben von 320 Milliarden Euro aus. Die Kosten der Volksvertretung (des Deutschen Bundestages) haben übrigens die Höhe von fast 700 Millionen Euro. Dazu kommen die Ausgaben der 16 Länder. Im Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen – dem Bundesland mit den meisten Einwohnern (18 Millionen) – sind für 2010 Ausgaben von 51 Milliarden ausgewiesen. Sodann gibt es Ausgaben auf der kommunalen Ebene. Eine Stadt mit einer Million Einwohnern (Köln) hatte 2010 Ausgaben von etwas mehr als drei Milliarden Euro. Eine Stadt mit 200.000 Einwohnern (die documenta-Stadt Kassel) hatte Ausgaben von knapp 650 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte – dazu gehören die Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie die gesetzliche Sozialversicherung (Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit) und die Finanzanteile der BRD an der Europäischen Union – hatten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahre 2009 die Höhe von 1.126,7 Milliarden Euro. Detaillierte Überblicke mit Angaben zu Einzelplänen sind hier zu finden: <http://www.haushaltssteuerung.de/>

2. Steuerpflicht und Schwarzgeld

Das Geld für die Finanzierung des Staates „beschafft“ sich der Staat auf der Grundlage der Finanzverfassung in den Art. 104 a bis 115 Grundgesetz und zahlloser Gesetze und Verordnungen durch Steuern sowie Gebühren und Beiträge. Aus der Finanzverfassung ergeben sich die staatliche Steuererhebungskompetenz und die Zuordnung der Steuermittel an den Bund, die Länder und die Gemeinden. In ihr ist auch bestimmt, dass jeder Steuererhebung ein Gesetz zugrunde liegen muss (Gesetzesvorbehalt).

Bei der Pflicht der Bürger zur Zahlung von Steuern wird zwischen unbeschränkter und beschränkter Steuerpflicht unterschieden. Unbeschränkt steuer-

pflichtig sind Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland. Die Steuerpflicht erstreckt sich hier auf das gesamte in Deutschland oder im Ausland erzielte Einkommen. Zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen gelten in der Regel sog. Doppelbesteuerungsabkommen. Ein solches Abkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen zwei Staaten, in dem geregelt wird, in welchem Umfang den Vertragsstaaten das Besteuerungsrecht für die in ihrem Hoheitsgebiet erzielten Einkünfte zusteht. Beschränkt steuerpflichtig sind dagegen Personen, die im Inland weder ihren Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Die Steuerpflicht beschränkt sich in einem solchen Fall auf im Inland (Deutschland) erzielte bestimmte Einkünfte.

Die Steuerpflicht wird im Prinzip unbeschadet unterschiedlicher Vorstellungen von „richtiger“ Steuerpolitik und Steuergerechtigkeit akzeptiert. Es ist jedem klar, dass der Staat Geld braucht und dass Steuern gezahlt werden müssen. Aber: Reiche Bürger – andere können es gar nicht – lassen Geld „verschwinden“ und entziehen sich so teilweise der Zahlung der Steuern. Sie nutzen den Staat und seine Leistungen als Schüler und Student, als Patient, als Verkehrsteilnehmer, als Unternehmer und in vielen anderen Situationen. Selbst die Erben nutzen den Schutz des Staates gem. Art. 14 GG („das Eigentum und das Erbrecht gewährleistet“). Sie leben gut in diesem Staat und entziehen sich doch teilweise seiner Finanzierung gemäß den auch für sie geltenden Gesetzen.

Die „Mengen“ des ins Ausland verlagerten Geldes und der Umfang der Steuerhinterziehungen sind schwer zu bestimmen. Ein gewisses Licht auf das in der Schweiz deponierte Geld hat im vorigen Jahr das auf Finanzrecherchen spezialisierte Genfer Unternehmen Helvea geworfen. In einer Studie wird dargelegt, dass auf Schweizer Konten 862,7 Milliarden Franken von EU-Bürgern stammen und dass davon 725 Milliarden Franken (etwa 80 Prozent) schwarz lagern – umgerechnet ist das etwa eine halbe Billion Euro. Von dieser Summe entfallen etwa 132 Milliarden Euro auf deutsche Steuerhinterzieher. Andere größere Anteile halten Italiener (126 Milliarden Euro), Franzosen (62 Milliarden Euro) und Briten (40 Milliarden Euro). Der Rest entfällt zu unterschiedlichen Anteilen auf Österreicher, Belgier, Griechen und Niederländer. Auf die Helvea-Studie ist in seriösen Schweizer Zeitungen (z.B. Neue Zürcher Zeitung und Basler Zeitung) und in vielen europäischen Zeitungen hingewiesen worden. Die Zeitung ‚Le Matin‘ schrieb, dass es in Kenntnis dieser Zahlen verständlicher werde, dass Deutschland, Italien und Frankreich die Schweiz angreifen würden, um ihre Steuern einzutreiben. Die Zeitung schreibt ferner, dass der Sprecher der Bankiervereinigung Suttner die Zahlen nicht bestätigt hat: „Wir kommentieren nie, weil wir die genauen Summen nicht kennen.“ Auf die Bemerkung des Journalisten, es gebe ‚keinen Rauch ohne Feuer‘, meinte Sutter: „Sagen wir es so: Wenn diese Zahlen korrekt sind, so zeigen sie, dass die betroffenen europäischen Länder ihrerseits ein Interesse an einer Verhandlungslösung mit uns haben.“

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte zu dieser Studie in der Zeitschrift „standpunkt“ (Nr. 4/2010 vom 27. Juli 2010): „Steuer-oasen – oder genauer gesagt Schattenfinanzplätze (tax justice network) – liegen nicht weit entfernt, sondern um die Ecke. ... Allein in der Schweiz sollen nach Angaben des Schweizer Forschungsinstituts Helvea 132 Milliarden Euro

Schwarzgeld aus Deutschland angelegt sein. Hinterzogenes ließe sich sicherlich aber auch auf Konten in Österreich oder in Luxemburg finden ...“ Weiter heißt es: „Auch belegen jüngst veröffentlichte Zahlen erneut, wie ungehindert sich weltweit – trotz Finanzkrise – das in Steueroasen angelegte Vermögen vermehrt hat: von 6,8 Billionen in 2008 auf 7,4 Billionen US-Dollar im vergangenen Jahr (Reichtumsbericht der Boston Consulting Group). Für Deutschland werden nach wie vor regierungsoffiziell Einnahmenverluste durch Steuerhinterziehung im Umfang von rd. 100 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. All dies sind nur Schlaglichter, die deutlich machen, wie hoch das Einnahmenpotential ist, würde illegaler Steuerflucht entschieden nachgegangen. Würde darüber hinaus gegen legale grenzüberschreitende Steuergestaltungsmöglichkeiten und inländische Steuerverkürzungen entschieden ermittelt bzw. Gestaltungsmöglichkeiten erschwert, wäre der Erlös für die bundesdeutschen Steuerbehörden noch um Milliardenbeträge höher.“

3. Kontroverse rechtliche und politische Positionen

Zu der Frage nach den richtigen Reaktionen des Staates auf Angebote von Steuer-CDs wurden unterschiedlichste Positionen vertreten. Hier eine kleine Auswahl aus Medien oder Pressemitteilungen von Politikern, Juristen und Wirtschaftsexperten:

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder erklärte: „Diebstahl bleibt Diebstahl. Mit Dieben sollte sich der Staat nicht gemein machen.“ Der CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Meister äußerte sich ähnlich: „Ich habe erhebliche Bauchschmerzen, wenn der Staat als Hehler auftritt.“ Der CDU-Wirtschaftspolitiker Michael Fuchs sagte: „Das ist ein gestohlenen Gut. Da würde man Diebe belohnen.“ Der Staatsrechtler und frühere Bundesminister der Verteidigung sowie Berliner Justizsenator Rupert Scholz forderte: „Der Staat darf sich nicht auf dieses Niveau begeben.“ Nach Ansicht des jungen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) muss sich „manches Interesse an Daten allerdings auch an rechtsstaatlichen Grundsätzen messen lassen.“ CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich stellte einen Bezug zum Datenschutz her: „Wer jetzt den Ankauf von Hehlerware befürwortet, der braucht uns nie wieder über Datenschutz zu belehren.“ Und der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar vertrat diese Ansicht: „Grundrechte sind wichtiger als ein Steuersegen. Es kann nicht Datenschutz nach Kassenlage betrieben werden.“ Der FDP-Finanzexperte Frank Schäffle hatte ebenfalls Bedenken: „Es kann nicht sein, dass eine christlich-liberale Regierung Hehlerware ankauft.“ In einer der abendlichen Fernsehdiskussionen (ARD/Anne Will) wetterte Heiner Geißler (CDU- und Attac-Mitglied) gegen Steuer Sünder und skrupellose Spekulanten: „Ich mache zwischen Steuerbetrügern in dieser Größenordnung, Mädchenhändlern und Drogenhändlern keinen Unterschied.“ Der Jurist Geißler: „Kriminell sind diejenigen, die das Geld auf eine Schweizer Bank bringen. Kriminell ist die Bank, die für diese Leute Konten einrichtet. Derjenige, der das aufdeckt, verdient eigentlich einen Orden.“ Für den Mitdiskutanten Hans-Olaf

Henkel (ehemaliger BDI-Präsident) war das völlig absurd; Henkel wollte den Datendieb sofort verhaften und auf keinen Fall zulassen, dass sich der Staat an Hehlerei beteiligt.

In gewisser Weise ähnlich wie Vertreter der CDU/CSU und der FDP und dann doch anders argumentierte der rechtspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Die LINKE. Der ehemalige Bundesrichter Wolfgang Neskovic erklärte in einer Pressemitteilung: „Mit dem Ankauf geklauter Daten machen sich Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble zu Komplizen von Datendieben.“ Weiter heißt es: „Der Zweck heiligt im Rechtsstaat nicht die Mittel ... Mit dem Ankauf von Hehlergut bekämpft die Bundesregierung Steuerhinterziehung nur an der Oberfläche. Einen nachhaltigen Abschreckungseffekt erzielt man nicht durch die nachträgliche Zusammenarbeit mit Kriminellen, sondern durch effektive Steuerkontrollen im Inland. Hier wäre Einsatz gefragt, anstatt jetzt populistisch Aktionismus zu zeigen. Gegen Steuerhinterziehung sollte man insbesondere mit der Arbeit von Betriebsprüfern und Steuerfahndern vorgehen. Jeder Betriebsprüfer treibt durchschnittlich eine Millionen Euro zusätzlicher Steuern pro Jahr ein. Auf diesem Weg muss die Verfolgung von Steuerhinterziehern drastisch verschärft werden. Zudem sollten Gerichte bei der Bestrafung von Steuerhinterziehung in großem Stil kein Pardon mehr kennen, indem sie mit Steuerkriminellen dealen.“ Später hieß es dann in weiteren Presseerklärung: „Die Absicht der Koalition, die Selbstanzeige im Steuerstrafrecht weiterhin zu ermöglichen, offenbart eine unverständliche staatliche Nachsicht mit Steuerkriminellen. In keinem anderen Bereich des Strafrechts werden Kriminelle so sehr begünstigt wie bei der Straftat der Steuerhinterziehung. Die strafbefreiende Selbstanzeige gehört deshalb ganz abgeschafft.“

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel will Steuerhinterzieher nicht laufen lassen: „Wir können Ganoven nicht laufen lassen, nur weil sie von Ganoven entlarvt werden. Wenn die Bundesregierung auf diese Daten verzichtet, setzt sie sich einmal mehr dem Verdacht aus, ihre Politik an den Interessen einer Klientel von Wohlhabenden auszurichten.“ Und die Generalsekretärin der Partei – Andrea Nahles – wollte diese Richtung vorgeben: „Wir haben bei organisierter Kriminalität, bei Drogen und bei Zeugenschutzprogrammen immer wieder auf durchaus zweifelhafte Quellen zurückgegriffen, weil es eine Abwägung gab: Was ist wichtiger? Wo wird das Recht mehr verletzt? In diesem Fall ist es natürlich eine Abwägung, die aber nur heißen kann, dass das Interesse des Staates hier vorgeht und der Staat dieses Geschäft machen sollte, weil hier grundsätzliche Gerechtigkeitsfragen berührt sind.“

Der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Dieter Ondracek (früher als Steuerfahnder tätig) bestritt das Argument Hehlerware und sieht Zahlungen als Informationshonorar: „Es bedeutet keinen Unterschied, ob der Finanzminister für diese Hinweise Geld zahlt oder die Staatsanwaltschaft für Hinweise zur Ergreifung eines Straftäters Belohnungen auslobt.“ Der Volkswirtschaftsprofessor und Wirtschaftsweisen Peter Bofinger riet: „Schäuble sollte die Daten kaufen. Das hätte eine gute Abschreckungswirkung.“

Zum Abschluss drei Stimmen aus der Schweiz: Die Schweizer Bankenvereinigung erklärte: „Sollte es sich tatsächlich um einen Datendiebstahl handeln, erwarten wir von der deutschen Regierung, dass sie sich nicht zum Hehler von

Diebesgut macht, sondern die Daten dem Eigentümer zurückgibt und gegen den Dieb strafend vorgeht.“ Der Schweizer Verteidigungsminister Uli Maurer würde in seinem „Vertrauen in Deutschland erschüttert, wenn sich der deutsche Staat dafür hergeben würde, für geklaute Daten zu bezahlen.“ Und Doris Leuthard – die Bundespräsidentin der Schweiz – bereicherte die Diskussion so: „Generell halten wir es für ziemlich schwierig, wenn ein Rechtsstaat illegale Daten verwendet.“ Sie befürchtete, dass es dann wohl bald den neuen Beruf „Datenklauer“ geben könnte.

4. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht hat auf die strittigen Fragen eine Antwort gegeben: Es musste sich mit einer Verfassungsbeschwerde befassen, die gegen die Anordnung einer Wohnungsdurchsuchung in einem steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahren (Verdacht der Einkommensteuerhinterziehung) gerichtet war. Die Beschwerdeführer hatten sich dagegen gewendet, dass der Anfangsverdacht auf Daten gestützt worden ist, die die Bundesrepublik Deutschland von einer Privatperson aus Liechtenstein erworben hat. Mit der Verfassungsbeschwerde rügten die Beschwerdeführer die Verletzung ihrer Rechte auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG, Art. 25 GG), die Verletzung von Art. 13 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip und der Rechtsschutzgarantie und die Verletzung von Art. 103 Abs. 1 GG.

Erfolg hatten die Beschwerdeführer nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat nämlich die Verfassungsbeschwerde gar nicht zur Entscheidung angenommen. Der dazu ergangene Beschluss – 2 BvR 2101/09 – besagt im Kern: Der deutsche Staat darf Daten über Steueründer kaufen und für Ermittlungsmaßnahmen nutzen. Er darf dies auch dann, wenn die Informationen rechtswidrig erlangt wurden. Auch strafbares Handeln führe nicht dazu, dass die Daten nicht verwertet werden dürften. Eine zentrale Passage des Beschlusses besagt:

„Auch wenn die Strafprozessordnung nicht auf Wahrheitserforschung ‚um jeden Preis‘ gerichtet ist, schränkt die Annahme eines Verwertungsverbotes eines der wesentlichen Prinzipien des Strafverfahrensrechts ein, nämlich den Grundsatz, dass das Gericht die Wahrheit zu erforschen hat und dazu die Beweisaufnahme von Amts wegen auf alle Tatsachen und Beweismittel zu erstrecken hat, die von Bedeutung sind. Das Rechtsstaatsprinzip gestattet und verlangt die Berücksichtigung der Belange einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege, ohne die der Gerechtigkeit nicht zum Durchbruch verholfen werden kann ... Der Rechtsstaat kann sich nur verwirklichen, wenn ausreichende Vorkehrungen dafür getroffen sind, dass Straftäter im Rahmen der geltenden Gesetze verfolgt, abgeurteilt und einer gerechten Bestrafung zugeführt werden ... Daran gemessen bedeutet ein Beweisverwertungsverbot eine Ausnahme, die nur nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift oder aus übergeordneten wichtigen Gründen im Einzelfall anzuerkennen ist.“

5. Kommentar

In Deutschland wie in vielen anderen Staaten gilt steuerrechtlich der Grundsatz der Besteuerung der Bürger nach dem je individuellen Vermögen. Auf dieser Basis soll jeder zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Gegen diesen Grundsatz sind die in manchen Staaten bestehenden Möglichkeiten der geheimen Anlage von Geld und damit des unrechtmäßigen Versteckens vor den Steuerbehörden der Heimatländer der Anleger gerichtet. Es ist im Grunde ein als kriminell zu beurteilendes Banken- und Staatsverhalten. Staaten wie die Schweiz und Liechtenstein und viele andere machen Geschäfte mit Geld, das eben „nicht in Ordnung“ ist. Es ist jedenfalls nach deutschem Recht kein „sauberes Geld“. Teile dieses Geldes – der Steueranteil – gehören einem anderen Staat. Und Staaten wie die Schweiz und andere sind – soweit es um diese Teile des Geldes geht – Hehler. Die Auskunftsverweigerungen (Bankgeheimnis) können als Strafvereitelung betrachtet werden. Klagen über die deutsche Praxis wirken angesichts dieser Sachlage absurd. Vollends absurd wird es, wenn bedacht wird, dass in der Schweiz und in anderen „einschlägigen“ Staaten Geld aus der ganzen Welt liegen dürfte. Es darf vermutet werden, dass seit Jahrzehnten Kommunisten, Sozialisten, Kapitalisten und Faschisten, Liberale und Konservative und Tyrannen aus aller Welt nebst international agierenden Verbrecherbanden zweifelhaftes Geld „unterbringen“ – auch Milliarden über Milliarden aus dem Drogenhandel. Von dem in Deutschland hinterzogenen Geld könnten viele Schulen gebaut werden – und Gefängnisse, in denen nicht nur die üblichen Straftäter vom Handtaschendieb bis zum Raubmörder, sondern auch Steuerhinterzieher einsitzen könnten. Diese Steuerhinterzieher hätten dann ihre Zellen oder gar ein ganzes Gefängnis selber bezahlt. In der politischen Bildungsarbeit könnte mit soziologischer Phantasie erörtert werden, was Finanzpolitiker für eine Welt des „weißen Geldes“ – das zudem noch gerecht verteilt ist – tun könnten. Die meisten Vorschläge werden wohl idealistisch sein. Es gibt aber auch einige erfolgreiche Entwicklungen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Politiker könnten sie – so sie es wirklich wollen – ausbauen. Wenn das nicht getan wird, darf vermutet werden, dass Steuerhinterzieher geschützt werden sollen.

„Klimawandel“ – Eine Route durch das World Wide Web

Sebastian Chr. Fückel



Sebastian Chr.
Fückel

1. Einleitung

Auch wenn die Durchschnittstemperatur Deutschlands 2010 (7,9°C) unter dem langjährigen Mittel (8,2°C) lag, haben Meldungen über Hitzerekorde, das Schmelzen der Gletscher, Sturmfluten und Überschwemmungen der vergangenen Jahre das Bewusstsein der Bevölkerung geprägt. Der Klimawandel ist zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden. Die mögliche Zunahme extremer Wetterereignisse als Folge des Klimawandels ist dabei nur ein kleiner Ausschnitt des Gegenstandsfeldes.

Zwar gilt die Existenz des Klimawandels in der Wissenschaft im Prinzip als unumstritten. In welchem Ausmaß er sich vollzieht, inwieweit er auf natürlichen Ursachen beruht und welchen Anteil der Mensch daran trägt, ist hingegen weit weniger klar. Wie wichtig exakte und gesicherte Befunde für die Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen in der internationalen Klimapolitik sind, zeigte beispielsweise der 4. Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Obwohl Unstimmigkeiten und Zweifel an dessen Kernaussagen heute weitestgehend ausgeräumt sind, gelang es den Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) auch auf der UN-Klimakonferenz in Cancún 2010 nicht, ein schon für die Konferenz von Kopenhagen geplantes Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zur verbindlichen Senkung von schädlichen Treibhausgasemissionen zu verabschieden.

Das World Wide Web hält für zahlreiche Aspekte rund um den Klimawandel eine schwer überschaubare Fülle teils mehr, teil weniger nützlicher Informationen bereit. Ziel dieses Beitrags ist es, dem Leser eine Route durch das Netz entlang einer beispielhaften Fragestellung anzubieten, von der er je nach Bedarf aber auch abweichen und eigenen Interessenschwerpunkten nachgehen kann. Zu diesem Zweck finden sich im Textverlauf Hinweise auf Websites, die nach Auffassung des Autors jeweils besonders informativ für einen bestimmten Aspekt des Klimawandels sind. Oftmals decken jene Seiten eine große Themenbreite ab und enthalten leicht auffindbar weiterführende Verlinkungen. Daher kann je nach persönlichem Geschmack auch auf Alternativen ausgewichen werden.

Ausgangspunkt der Route ist die Frage danach, welche wissenschaftlichen Befunde zum Prozess des Klimawandels vorliegen und wie die Vertragsstaaten der UNFCCC im Rahmen der internationalen Klimakonferenzen darauf reagieren. Ziel der Route ist es, die nötigen Informationen für eine Antwort bereitzustellen. Dazu sind drei Etappen vorgesehen: Kapitel 2 behandelt zuerst wissenschaftliche Befunde zu Ursachen und Folgen des Klimawandels. Abschnitt 3 setzt sich daraufhin mit der internationalen Klimapolitik und der Debatte um Klimagerechtigkeit auseinander. Im Schlussabschnitt finden sich schließlich Überlegungen zu Konsequenzen des Klimawandels für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die als Ausgangspunkt für weitere Auseinandersetzungen mit der Thematik dienen können.

Tabelle 1: Einführung in die Thematik im World Wide Web

<p>„Aktuelle Ereignisse“: ZDF Themenportal und Mediathek</p> <p>http://klimagipfel.zdf.de/ http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/interaktiv/222172/Folgen-des-Klimawandels#/beitrag/interaktiv/222172/Folgen-des-Klimawandels</p> <ul style="list-style-type: none"> – allgemeine Nachrichten, Interviews, Dokumentationen zum Klimawandel – interaktive Präsentation der zentralen Ursachen, Fakten und Folgen
<p>„Kurzüberblick“: Bundeszentrale für politische Bildung</p> <p>http://www.bpb.de/themen/3U108W,0,0,Klimawandel.html</p> <ul style="list-style-type: none"> – einführende Kurzartikel (Klimasystem, Klimapolitik, Emissionshandel) – Zeitschriften (APuZ, Politische Bildung, Unterrichtsmaterialien)
<p>Alternativen</p> <ul style="list-style-type: none"> – http://www.ard.de/natur-kosmos/klimawandel/-d=1253162/xr2l43/index.html.html – http://www.germanwatch.org/ – http://lbs.hh.schule.de/index.phtml?site=themen.klima

Als Einstieg empfiehlt es sich, die Mediatheken/Themenportale von ARD/ZDF aufzusuchen, um dort einerseits tagesaktuelle Berichte zu verfolgen, andererseits eine sehr grundlegende, dafür aber anschaulich aufbereitete Einsicht in die Problematik zu erhalten. Fortgeschrittene sollten zur Einführung gleich zum Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung übergehen und sich durch die jeweiligen Reiter klicken. Auch ein Blick auf die dort frei zugänglichen Publikationen APuZ (32-33/2010) und „Informationen zur politischen Bildung“ (Heft 287) sind äußerst nützlich.

2. Klimawandel kompakt: Ursachen, Zahlen und Folgen

Mit dem Ziel, eine politisch unabhängige und wissenschaftlich objektive Informationsquelle zum Prozess des Klimawandels zu etablieren, haben 1988 die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und das Umweltprogramm der Ver-

einten Nationen (UNEP) den IPCC gegründet. Ein Besuch auf dessen Homepage lohnt, weil sich dort die mittlerweile vier Sachstandsberichte abrufen lassen. Sie bilden den aktuellen Forschungsstand zum Klimawandel ab und stellen heute wichtige Grundlagen für Regierungsentscheidungen dar. Außerdem steht dort ein Glossar bereit. Dem vierten Sachstandsbericht des IPCC, aber auch den Webseiten der WMO und des UNEP, ist unter anderem Folgendes zu entnehmen.

„Klima“ beschreibt das Wetter in Form von relevanten Durchschnittswerten (Temperatur, Niederschlag, Wind) und deren Variabilität über einen Zeitraum von drei oder mehr Dekaden. Klimaveränderungen werden in der Wissenschaft auf interne Prozesse innerhalb des Klimasystems, auf externe natürliche und auf externe anthropogene Einflüsse zurück geführt. Der Alltagssprachgebrauch vom „Klimawandel“ orientiert sich dagegen eher an der Definition der UNFCCC. Sie versteht darunter lediglich die durch unmittelbare oder mittelbare menschliche Tätigkeiten verursachten Klimaänderungen, welche die Zusammensetzung der Erdatmosphäre verändern und zu den natürlichen Klimaschwankungen hinzukommen.

Um geeignete Maßnahmen zur Anpassung an nicht mehr abwendbare Auswirkungen des Klimawandels (Adaption), vor allem aber (politisch initiierte) Maßnahmen zur Abmilderung noch abwendbarer Folgen (Mitigation) treffen zu können, sind wissenschaftlich gesicherte Befunde von höchster Bedeutung. Die Erkenntnis, dass Klimaänderungen sehr wahrscheinlich vorrangig auf menschengemachte Einflüsse zurückzuführen sind, zählt dabei zu den wichtigsten Einsichten. Denn seit Beginn der Industrialisierung steigt die atmosphärische Konzentration von Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan, Lachgas, ...) um ein zuvor nie beobachtetes Ausmaß an. So bewegte sich die atmosphärische CO²-Konzentration der letzten 650 000 Jahre (!) bis zur Industrialisierung in einer Bandbreite von 180 bis 300 ppm (parts per million). Seither stieg die Teilchendichte von 280 auf 379 ppm an. Der Verbrauch fossiler Brennstoffe, Landnutzungsänderungen und die Entwicklung der Landwirtschaft tragen demnach sehr wahrscheinlich zu einem drastischen Anstieg der atmosphärischen Treibhausgaskonzentration bei.

Eine Folge davon ist der bekannte Treibhauseffekt. Die veränderte Zusammensetzung der Atmosphäre verhindert die Reflektion der Sonneneinstrahlung in den Weltraum, wodurch sich die globale Oberflächentemperatur erhöht. Messen lässt sich diese Erwärmung etwa in der Maßeinheit des „Strahlungsantriebs“, der seit der vorindustriellen Zeit + 2,30 Watt pro m² beträgt. Während davon auf den natürlichen Wandel der Sonnenstrahlung nur + 0,12 Watt pro m² entfallen, beträgt der totale anthropogene Anteil + 1,60 Watt pro m². Insgesamt hat sich die Erdoberfläche dadurch zwischen 1906 und 2005 um 0,74°C erwärmt.

Tabelle 2: Klimawandel in der Wissenschaft

<p>„Forschungsstand“: <i>Intergovernmental Panel on Climate Change</i></p> <p>http://www.ipcc.ch/</p> <ul style="list-style-type: none"> - Glossar - Sachstandsberichte <p>„Fakten und Zahlen zum Klima“: <i>World Meteorological Organization</i></p> <p>http://www.wmo.int/pages/themes/climate/index_en.php</p> <ul style="list-style-type: none"> - Paläoklimatologie, Monitoring, Prognosen - Graphiken und Tabellen <p>„Klimaforschung/Fachzeitschrift“: <i>Climatic Change</i></p> <p>http://www.springer.com/earth+sciences+and+geography/meteorology+%26+climatology/journal/10584</p> <ul style="list-style-type: none"> - Befunde zu Ursachen, Entwicklungen und Folgen - Case studies <p>Alternativen</p> <ul style="list-style-type: none"> - http://www.unep.org/climatechange/ - http://www.un.org/wcm/content/site/climatechange/gateway - http://www.wupperinst.org/ - http://cait.wri.org/ - http://ijc.cgpublisher.com/ - http://onlinelibrary.wiley.com/journal/10.1002/(ISSN)1097-0088
--

Auf der Website der WMO lässt sich weiter ermitteln, dass dieser Temperaturanstieg zu rund 80% von den Ozeanen absorbiert wurde. Die Gletscherschmelze, sowie die Verminderung der grönländischen und antarktischen Eisschilde haben sehr wahrscheinlich zu einem Anstieg des Meeresspiegels um 17 cm im vergangenen Jahrhundert beigetragen. Weitere meteorologische Folgeerscheinungen, die regional allerdings sehr unterschiedlich ausfallen können, sind sehr wahrscheinlich (> 90%) häufigere Starkniederschläge und wahrscheinlich (> 66%) eine erhöhte Aktivität starker tropischer Stürme und Überschwemmungen. Aber auch häufigere Hitze- und Dürreperioden werden wahrscheinlicher (> 66%).

Da sich die Auswirkungen der erhöhten atmosphärischen Treibhausgasemissionen nur sehr langsam und mit einiger Verzögerung bemerkbar machen, muss selbst bei einer Konstanz der Treibhausgase auf dem Niveau des Jahres 2000 mit einem Temperaturanstieg von 0,1 bis 0,2°C in jedem weiteren Jahrzehnt gerechnet werden. Die besten Schätzungen für Szenarien zum Ausgang des gegenwärtigen Jahrhunderts prognostizieren dementsprechend im günstigsten (ungünstigsten) Fall einen weiteren durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg um 1,8°C (4,0°C) und einen Anstieg des Meeresspiegels um 28 cm (42 cm). Selbst bei Eintritt des günstigsten Szenarios bewegt sich die globale Durchschnittstemperatur dann am oberen Rand eines Temperaturintervalls (9,9 bis 16,6°C), das in den vergangenen 800 000 Jahren nie über einen längeren Zeitraum überschritten wurde.

Daher betrachten einige Klimatologen einen Temperaturanstieg um 2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit als möglichen „tipping point“ für das Klimasystem. Ein tipping point bezeichnet in der Systemtheorie einen Zustand, der eine schlagartige, katastrophale Änderung des Systemverhaltens nach sich zieht. Demnach könnte der Klimawandel noch weitaus stärkere meteorologische Folgeerscheinungen nach sich ziehen, die ihrerseits mit erheblichen Konsequenzen für Flora und Fauna und insbesondere für den Menschen einhergehen. Weitere interessante Befunde zu Fakten, Ursachen und Folgen des Klimawandels von der Forschungsfront bietet z.B. die Fachzeitschrift „Climatic Change“ an, die (allerdings gebührenpflichtig) online abrufbar ist.

Die Berücksichtigung zusätzlicher wissenschaftlicher Quellen neben den IPCC-Berichten erscheint auch wegen der zuletzt aufgetretenen Kritik sinnvoll. So wurden vornehmlich von Wissenschaftlern aus den USA fehlerhafte Jahreszahlen über das Abschmelzen der Gletscher und vermeintlich vor dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen zurückgehaltene Daten durch den IPCC schon mit dem Begriff „Climategate“ gebrandmarkt. Auch wenn manche Kritikpunkte an der Arbeit des mit dem Friedensnobelpreis geehrten IPCC gerechtfertigt sind, besteht an den Kernaussagen kein Zweifel. Der Klimawandel findet statt und ist sehr wahrscheinlich anthropogen verursacht. Warum gelingt es dann aber nicht, Maßnahmen zur Mitigation zu ergreifen? Die Vehemenz der politisch motivierten Diskussion um „Climategate“ verweist auf eine mögliche wissenschaftliche Stellvertreterdebatte um diverse politische, ökonomische und gesellschaftliche Interessen. Die nächste Etappe der Informationsroute durch das World Wide Web zeigt daher Aspekte der internationalen Klimapolitik und der Debatte um die Klimagerechtigkeit auf.

3. Internationale Klimapolitik und Klimagerechtigkeit

Zentrales Forum der internationalen Klimapolitik sind die seit 1992 jährlich statt findenden UN- bzw. Weltklimakonferenzen. Um Übersicht über deren Abläufe, Protokolle und Beschlüsse zu gewinnen sowie um zahlreiche weitere Informationen rund um die internationalen Verhandlungen zu erhalten, sei die Website der UNFCCC empfohlen. Seit Verabschiedung der Klimarahmenkonvention, in der die teilnehmenden Staaten die Gefahren des Klimawandels für das Erdsystem anerkennen, versuchen die Vertragsparteien dort gemeinsam Maßnahmen zur Adaption und Mitigation zu ergreifen. Das bekannteste Ergebnis ist das Kyoto-Protokoll der Konferenz 1997. Darin verpflichten sich die Unterzeichner – völkerrechtlich verbindlich – ihre Treibhausgasemissionen für den Zeitraum zwischen 2008 und 2012 im Durchschnitt um 5,2% gegenüber 1990 zu senken. Nach dem Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Programm gewannen die Verhandlungen erst mit Veröffentlichung des 4. Sachstandsberichts des IPCC auf der Konferenz von Bali 2007 neue Dynamik. Gemäß dem Bali-Aktionsplan sollte bis spätestens zur Konferenz von Kopenhagen 2009 ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll ausgehandelt werden. Bekanntlich gelang dies den Staaten weder damals, noch auf der Konferenz in Cancún 2010. Immerhin

verständigte man sich darauf, die Erderwärmung bis zum Ausgang des Jahrhunderts auf eine maximale Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um 2°C gegenüber dem Beginn der Industrialisierung (sogenanntes „Zwei-Grad-Ziel“) begrenzen zu wollen, allerdings ohne verbindliche Maßnahmen zu beschließen.

In den Verhandlungen zeichneten sich vier Interessengruppen ab, deren Positionen sich hinsichtlich der Verabschiedung eines Kyoto-Nachfolgeprogramms als vorläufig unvereinbar erwiesen. Neben dem Besuch der Seiten der UNFCCC informiert in vielen Fällen auch die Internetpräsenz der jeweiligen Umweltministerien wie die des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über die nationalen Standpunkte, Maßnahmen oder künftigen Projekte zum Klimaschutz.

Die erste Ländergruppe umfasst dabei vornehmlich kleinere Inselstaaten der Karibik und des Pazifiks. Diese Staaten haben durch ihre kleinen Volkswirtschaften den Klimawandel selbst kaum vorangetrieben und können auch keinen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sind von dessen Folgen allerdings am weitaus stärksten betroffen. So sehen sich Staaten wie Tuvalu der Gefahr ausgesetzt, große Teile ihrer Landmassen durch den prognostizierten Meeresspiegelanstieg an den Ozean zu verlieren. Sie fordern daher das „Zwei-Grad-Ziel“ in ein „1,5°C Ziel“ umzuwandeln und appellieren insbesondere an die entwickelten Industrienationen, deren Treibhausgasemissionen drastisch zu senken.

In der zweiten Gruppe finden sich vor allem ökonomisch aufstrebende Entwicklungs- und Schwellenländer. Auch auf diese Staaten entfiel in der Vergangenheit ein vergleichsweise geringer Anteil an der Steigerung der atmosphärischen Treibhausgaskonzentration. Die rasante ökonomische Entwicklung – etwa in China oder Indien – lässt jedoch bereits für die nahe Zukunft einen erheblichen Emissionsanstieg erwarten. Während die Gruppe der Entwicklungsländer im Zuge des Kyoto-Programms noch nicht zu Emissionsminderungen verpflichtet wurde, sehen sie sich von anderen Parteien nun jedoch mit der Forderung nach eigenen Anstrengungen zur Konstanz bzw. Absenkung ihrer Treibhausgasemissionen konfrontiert. Zwar zeigen sich die Entwicklungsländer dem gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt, sie verlangen ihrerseits aber genügend Spielraum um durch Wirtschaftswachstum eigenen Wohlstand zu generieren.

Die Einbindung der Entwicklungsländer wird insbesondere von den entwickelten Industrienationen als Voraussetzung für ein Bekenntnis zu einem neuerlichen völkerrechtlich bindenden Abkommen angesehen. Diese dritte Staatengruppe hat im Zuge der Industrialisierung einerseits ein hohes Wohlstandsniveau erreicht, sich dies aber andererseits durch den übermäßigen Verbrauch fossiler Brennstoffe erkaufte und so den größten Anteil zum anthropogenen Klimawandel beigetragen. In Anerkennung ihrer Verantwortung trugen sie auch die Hauptlast am Kyoto-Programm. Da sich mit den Maßnahmen jedoch auch erhebliche Kosten verbinden, sehen sie zum einen ihre ökonomische Vormachtstellung in Gefahr. Zum anderen argumentieren sie, dass einseitige Anstrengungen nicht ausreichen, um das „Zwei-Grad-Ziel“ zu realisieren.

Eine Sonderposition unter den entwickelten Industrienationen nehmen die USA ein, die jegliche Zusagen zu verbindlichen Verträgen ablehnen. Schon das

Kyoto-Protokoll wurde von ihnen, zunächst mit der Unsicherheit über die Ursachen des Klimawandels begründet, nicht ratifiziert. Wirft man aber z.B. mittels der Statistikdatenbanken der Internationalen Energie Agentur oder der Vereinten Nationen einen Blick auf die Verteilung der Emissionen auf die einzelnen Länder, so wird schnell klar, dass sehr wahrscheinlich andere – hauptsächlich ökonomische – Gründe Triebfeder für die Position der Vereinigten Staaten sein dürften.

Tabelle 3: Die sechs größten CO²-Emittenten in 2007

	China	USA	Russland	Indien	Japan	Deutschland
Anteil am gesamten globalen CO ² -Ausstoß	20,8%	19,9%	5,5%	4,6%	4,3%	2,8%
pro Kopf	4,6 t	19,1 t	11,2 t	1,2 t	9,7 t	9,7 t

Quelle: Internationale Energie Agentur

Überhaupt spielen ökonomische Kosten-Nutzen-Analysen eine herausragende Rolle für die Positionierung einzelner Staaten in der internationalen Klimapolitik, etwa im Zuge der Kyoto-Mechanismen: Emissions Trading, Clean Development Mechanism und Joint Implementation. Den Versuch einer umfassenden Analyse der „Economics of Climate Change“ unternahm der ehemalige Weltbankökonom Nicholas Stern. Der nach ihm benannte Stern-Review ermittelte, dass zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration auf etwa 550 ppm CO²-Äquivalenten (zur Verwirklichung des „Zwei-Grad-Zieles“) jährlich etwa ein Prozent des globalen Sozialprodukts aufgewendet werden müsste, dem aber langfristig ein Nutzen von fünf bis zwanzig Prozent gegenüber stünde. So großes Aufsehen der Report erregte, so kontrovers wurde er diskutiert. Um selbst einen Eindruck zu gewinnen, lohnt sich dessen Lektüre auf den Seiten der National Archives des Vereinigten Königreiches.

Mit Hilfe der angeführten Hinweise und Informationen, die das World Wide Web bereitstellt, sollte nun schon eine erste Grundlage für eine Beantwortung der eingangs formulierten Fragestellung gegeben sein. Das Kooperationsproblem der Staaten in der internationalen Klimapolitik kann so auf die diversen Bestrebungen um ökonomische Machtpositionen zurückgeführt werden. Auch sollte man sich bewusst werden, dass es sich bei dem Klima(schutz) um ein Kollektivgut handelt, von dessen Nutzen niemand ausgeschlossen werden kann, sofern es einmal bereitgestellt wurde, selbst wenn man keinen eigenen Beitrag zur Generierung geleistet hat. Schließlich kommt nationalen Interessen- und Lobbygruppen eine herausragende Bedeutung für die Bildung staatlicher Präferenzen in internationalen Verhandlungen zu. Hier bietet das Internet ebenfalls eine große Bandbreite an Analysemöglichkeiten. Ökologisch orientierte (I)NGOs wie Greenpeace, der BUND oder der World Wide Fund for Nature (WWF) bieten auf ihren Homepages zahlreiche Informationen und interaktive Tools an, die ihren dort ebenso zu ermittelnden Standpunkt untermauern sollen. Die Lobbyarbeit von klimaskeptischen Organisationen kann oftmals nicht so leicht nachvollzogen werden. Eindeutig lässt sich aber beispielsweise die Tätigkeit des American Enterprise Institute (AEI) durch dessen Internetpräsenz bestimmen.

Tabelle 4: Links zur internationalen Klimapolitik und Klimagerechtigkeit

<p>„Klimakonferenzen“: United Nations Framework Convention on Climate Change http://unfccc.int/2860.php</p> <ul style="list-style-type: none"> – Klimarahmenkonvention, Kyoto-Protokoll, Bali Aktionsplan – Adaption, Mitigation, Emissionshandel, Clean Development Mechanism, Joint Implementation <p>„Nationale Klimapolitik“: Bundesministerium für Umwelt / Forschung und Entwicklung http://www.bmu.de/klimaschutz/aktuell/aktuell/1675.php http://www.bmbf.de/de/917.php</p> <ul style="list-style-type: none"> – Parlamentarische Vorgänge – Maßnahmen und Projekte <p>„Treibhausgasemissionen“: International Energy Agency http://www.iea.org/subjectqueries/keyresult.asp?KEYWORD_ID=4106</p> <ul style="list-style-type: none"> – Emissionshandel – Datenbanken <p>„Kosten-Nutzen-Analysen“: Stern-Review http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einfluss des Klimawandels auf Ökonomie – Adaption- und Mitigationsstrategien <p>„Interessengruppen“: World Wide Fund for Nature / American Enterprise Institute http://www.wwf.de/themen/klima-energie/ http://www.aei.org/outlook/21974</p> <ul style="list-style-type: none"> – Standpunkte – interaktive Tools <p>Alternativen</p> <p>http://unstats.un.org/unsd/ENVIRONMENT/qindicators.htm http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1808350,00.html http://www.sueddeutsche.de/wissen/kritik-an-exxon-sie-nennen-es-luftverschmutzung-wir-leben-1.911069 http://www.greenpeace.de/themen/klima/</p>
--

Folgt man der Linkliste zu den erwähnten Aspekten der internationalen Klimapolitik, wird die Komplexität der Verhandlungen zwischen den Staaten deutlich. Auch deshalb ist derzeit noch nicht absehbar, welche (neuen) Konflikte und Lösungen am Ende der diesjährigen Klimakonferenz in Durban aufkommen werden. Klar ist aber, dass der Klimawandel Maßnahmen zur Adaption und Mitigation erfordert. Diese werden nicht ohne Auswirkungen auf Politik, Ökonomie und Gesellschaft bleiben.

4. Der Klimawandel als Gesellschaftswandel?

Die bisherigen Ausführungen haben entlang einer möglichen Route durch das Netz diverse Aspekte rund um den Klimawandel beleuchtet. Welche Implikationen ergeben sich daraus aber für die Gesellschaft? Aus den Sachstandberichten des IPCC konnte beispielsweise ermittelt werden, dass mit dem Klimawandel in Deutschland die Anzahl und Intensität wärmerer/heißerer Tage und Nächte sehr wahrscheinlich zunehmen wird. Daraus ergeben sich unmittelbare Konsequenzen etwa für den Gesundheitszustand der Bevölkerung. So könnte künftig durch den demographischen Wandel unterstützt eine weitaus größere Anzahl betagter Mitbürger an Austrocknungserscheinungen in Sommermonaten leiden.

Nimmt man die Bemühungen der Parteien der internationalen Klimakonferenzen ernst, so ist auch klar, dass das „Zwei-Grad-Ziel“ nur dann erreicht werden kann, wenn die Überführung der Weltwirtschaft in eine globale „Low Carbon Economy“ gelingt, das heißt in eine Ökonomie mit geringem Anteil an fossilen Brennstoffen. Während dies insbesondere den industriellen Sektor vor weitere Herausforderungen stellt, ergibt sich natürlich auch eine Vielzahl an Chancen, die mit dem Begriff der „Green Economy“ verbunden sind.

Schließlich werden auch die sozialen Lebenswelten der Menschen durch den Klimawandel beeinflusst. Dies beginnt beispielsweise mit veränderten Mobilitätsmustern von Arbeitnehmern, die, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten (oder hohen Benzinpreisen aus dem Weg zu gehen), auf die tägliche Fahrt mit dem Auto verzichten. Dies kann sich in neuen (oder doch nur neuerlichen) Lebensstilen äußern oder in temperaturbedingt veränderten Freizeitmustern. Ob daraus im Verlauf des 21. Jahrhunderts auch ein sozialer Wandel der Gesellschaft im eigentlichen Sinn hervorgeht, lässt sich noch nicht beurteilen. Dass das World Wide Web darüber aufklären wird, steht hingegen außer Zweifel.

Kompetenzorientiert unterrichten – Anforderungssituationen als didaktisches Zentrum politisch-sozialwissenschaftlichen Unterrichts

Michael May



Michael May

Zusammenfassung

Trotz der kompetenzorientierten Revision der Curricula und der damit einhergehenden Handlungsaufforderung an die Lehrenden, sind Überlegungen zu einer kompetenzorientierten Unterrichtspraxis noch Mangelware. Der Beitrag zeigt, dass Kompetenzorientierung die Bearbeitung von fachspezifischen Anforderungssituationen nötig macht und schlägt ein Set typischer Anforderungssituationen vor. Darüber hinaus wird an Beispielen gezeigt, wie Anforderungssituationen im Unterricht eingesetzt und mit welchen Unterrichtsmethoden sie bearbeitet werden können.

1 Einleitung

Die aktuelle Kompetenzorientierung in der politisch-sozialwissenschaftlichen Bildung hat breite Aktivitäten in den Kultusbürokratien angestoßen; Kultusministerien sahen sich in den letzten Jahren veranlasst, Curricula zu reformieren und zu implementieren, in denen Kompetenzen das didaktische Zentrum bilden. Oft wird hierbei den Fachgruppen an den Schulen die Aufgabe zugewiesen, schulinterne Curricula zu erstellen, die die Kompetenz- und Inhaltsvorgaben in einen konkreten Lehrgang für die einzelnen Schuljahre überführen sollen – zum Teil bis hin zu Unterrichtseinheiten. Der Kompetenzbezug soll hierbei durchgängig deutlich werden; moderner Unterricht muss demnach kompetenzorientiert sein.

In der tagtäglichen Unterrichtsplanung sehen sich Lehrende mit der Aufgabe konfrontiert, die allgemeinen Kompetenz- und Inhaltsvorgaben der Curricula in eine kompetenzorientierte Unterrichtsorganisation zu übertragen. Referendare sind durch Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zunehmend darauf verpflichtet, eine kompetenzorientierte Unterrichtspraxis zu entwickeln. Doch wie können Unterrichtsprozesse initiiert und gestaltet werden, die fachspezifische Kompetenzen auszubilden helfen?

Die aufwändige Umstellung der Curricula steht im Gegensatz zur Vernachlässigung der Frage, was das neue Paradigma nun für den konkreten Unterricht bedeutet. Die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, bleibt hierbei noch zu oft

die Privatsache der Lehrenden (vgl. Drieschner 2009: 36 f.). „Was [...] vor allem fehlt, ist die Vermittlung klarer Vorstellungen darüber, welche Konsequenzen diese ambitionierte Reform für die konkrete Planung und Gestaltung von Unterricht hat“ (Lersch 2010: 2). Ohne solche klaren und praxistauglichen Vorstellungen, werden Lehrerinnen und Lehrer an den alten und bewährten Planungsstrategien festhalten. Ein breiterer fachdidaktischer Diskurs zu den Möglichkeiten und Merkmalen kompetenzorientierten Unterrichts ist dringend erforderlich, wenn die „Jahrhundertreform“ (Lersch 2006: 38) auch in den Klassenzimmern ankommen soll!

Die Fachdidaktik der politisch-sozialwissenschaftlichen Bildung konzentriert sich vornehmlich auf die Klärung theoretischer Grundlagen und die Möglichkeiten der empirischen Erfassung von Kompetenzen.¹ Das Ziel besteht hauptsächlich darin, wissenschaftliche Instrumente zu entwickeln, um den Kompetenz-Output messen zu können.

In diesem Beitrag sollen deshalb praxisrelevante Ideen für eine kompetenzorientierte Architektonik politisch-sozialwissenschaftlichen Unterrichts vorgestellt werden. Dazu wird zunächst das Zielkonstrukt (Kompetenz) untersucht (Kap. 2) und – unter Hinzuziehung von Beispielen – für die Gestaltung von Unterricht fruchtbar gemacht (Kap. 3). Es folgen Überlegungen zum Zusammenhang von Anforderungssituationen und fachspezifischen Unterrichtsmethoden (Kap. 4). Am Ende steht ein kurzes Fazit in Thesenform (Kap. 5).

2 Kompetenzen als Ziel der Unterrichts

2.1 Kompetenzen in der politisch-sozialwissenschaftlichen Bildung

In der bundesdeutschen Didaktik der politischen Bildung gibt es eine Vielzahl von Vorschlägen zur Ausstattung eines fachspezifischen Kompetenzsets. Zwei einflussreiche Sets schlugen die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) (2004) sowie die „Arbeitsgruppe Sozialwissenschaften“ (Behrmann/Grammes/Reinhardt 2004) vor. Letztlich gehen die Vorschläge – neben der Betonung **fachspezifischen Wissens sowie fachspezifischer Begriffe und Konzepte** – gemeinsam von folgenden zwei Kompetenzen aus.

1. **Politische Urteilskompetenz** – beinhaltet die Fähigkeiten, sachliche und wertende *Positionierungen* in Bezug auf politische und gesellschaftliche Phänomene zu treffen. **Sachurteile** beziehen sich auf die Fähigkeit, Zweck-Mittel- oder Ursache-Wirkung-Zusammenhänge sozialwissenschaftlich angemessen erfassen zu können (sozialwissenschaftliches Analysieren) und im Anschluss eine in Bezug auf diese Zusammenhänge stringente Entscheidung zu treffen (Welche politische Maßnahme ist zielführend?). **Werturteile** beziehen sich auf die Fähigkeit, unter der Verwendung von wertenden Kriterien (z.B. Gerechtigkeit) die moralische Qualität eines gesellschaftlichen oder

politischen Vorgangs einschätzen zu können und zu diesem eine wertende Positionierung zu finden (moralisch angemessen/nicht angemessen).

2. **Konfliktkompetenz** – bezieht sich auf ein Handeln im Konflikt. Es geht darum, in Konflikt stehende Urteile und Interessen durch Artikulation, Aushandeln und Konfliktregelungen (friedlicher Dissens, Kompromiss, Konsens) zu vermitteln.

Unterschiede gibt es bezüglich der **Methodenkompetenz**, die im GPJE-Entwurf enthalten ist, sowie der **Perspektivenübernahme** und der **Partizipationskompetenz**, die von der Arbeitsgruppe Sozialwissenschaften vorgeschlagen werden.

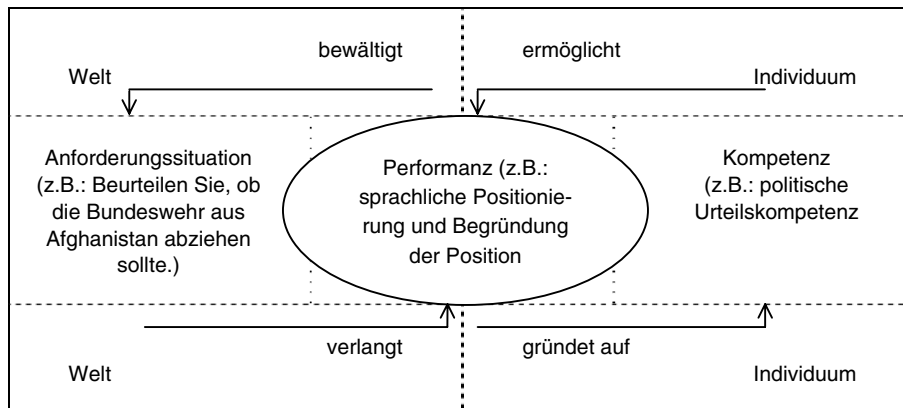
Man kann sagen, dass die etwas abweichenden, aber dennoch harmonisierenden Kompetenzsets von den Curriculum-Kommissionen der Länder sehr eigenständig aufgegriffen wurden und in die neuen kompetenzorientierten Kerncurricula des jeweiligen politisch-sozialwissenschaftlichen Faches eingeflossen sind. Im Gefolge der akademischen Diskussion hat sich mittlerweile eine Praxis kompetenzorientierter Curriculum-Konstruktionen etabliert. Für die Planung und Durchführung von kompetenzorientierten Unterricht sind Lehrende auf diese curricularen Vorgaben verwiesen.

2.2 Kompetenzen, Performanzen und Anforderungssituationen

Im Zuge des aktuellen Paradigmas soll Unterricht die Lernenden mit den genannten Kompetenzen ausstatten. Die Bearbeitung der Frage, wie kompetenzorientierter Unterricht gestaltet werden muss, ist aufs Engste mit der Klärung des Kompetenzbegriffs, also der Zielkonzeption des Unterrichts verbunden. *Kompetenzen* sind ein Konglomerat aus kognitiven, motivationalen, volitionalen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Sie sind ein theoretisches Konstrukt, bezeichnen ein Vermögen von Individuen und sind nicht direkt zu beobachten. „Man sieht nur, was Menschen mithilfe ihrer Kompetenzen zustande bringen“ (Meyer 2007: 147). Was zustande gebracht wird und somit ‚sichtbar‘ ist, wird als *Performanz* bezeichnet. Damit ist eine beobachtbare Leistung gemeint. Performanzen richten sich auf Anforderungen der Welt, die mit ihrer Hilfe bewältigt werden können. Im Kontext des hier vorgestellten Kompetenzbegriffs von Franz E. Weinert (2001) haben diese Anforderungen oder *Anforderungssituationen* objektiven Charakter und kennzeichnen das Leben in modernen Gesellschaften.

Was eine Kompetenz ist, lässt sich somit nur in Bezug auf die zu bewältigende Anforderungssituation sagen: *Kompetenzen* sind „die für ein Individuum oder eine Gruppe von Individuen verfügbaren Voraussetzungen, um komplexe Anforderungen zu erfüllen [...]. Die psychische Struktur der Kompetenz richtet sich nach der logischen Struktur der Anforderungen“ (Weinert 2001: 62; Übersetzung: M.M.; vgl. für alternative Kompetenzbegriffe May 2007: 34-38).

Abb.1.: Anforderungssituation, Performanz und Kompetenz



3. Anforderungssituationen im Unterricht

Einige der wenigen explizit kompetenzorientierten Unterrichtsvorschläge orientieren sich – wenngleich dies reflektiert wird – zu stark an Testaufgaben (im Sinne empirischer Forschung) (vgl. Breit/Weißeno 2008, Weißeno/Detjen/Juchler/Massing/Richter 2010: 196-212). Testaufgaben operationalisieren eine Kompetenz und ermöglichen so deren Messung. Sie vernachlässigen aber Lernwege und sind nicht notwendig in einen sinnstiftenden und somit lern- sowie handlungsaktivierenden Unterrichtszusammenhang eingebettet. Wenngleich der Umgang mit Testaufgaben gelernt werden kann, sind diese in der Regel keine Lernaufgaben (vgl. Drieschner 2009: 92-94). Welche Konsequenzen legt nun aber der vorgestellte Kompetenzbegriff für die Gestaltung von politisch-sozialwissenschaftlichem Unterricht nahe?

3.1 Anforderungssituationen als didaktisches Zentrum des kompetenzfördernden Unterrichts

Der Zusammenhang von Kompetenz, Performanz und Anforderungssituation ermöglicht nun auch eine didaktische Perspektive: Wenn sich Kompetenz und Performanz in Anforderungssituationen zeigen, dann muss sich ein kompetenzfördernder Unterricht auf die Bearbeitung von Anforderungssituationen richten. Anforderungssituationen können im Sinne des vorgestellten Kompetenzbegriffs als äußere materielle und soziale Bedingungen des Handelns (Performanz) und Denkens (Kompetenz) gefasst werden (vgl. Schmitt/Baumert/Hofmann 2007: 59, 68f.). Sie sind in der Lage, die zu ihrer Bewältigung notwendigen Performanzen und Kompetenzen zu aktivieren und auszubilden (vgl. Lersch 2007: 436). Es geht bei der Bewältigung nicht um die Reproduktion von Wissen und Fakten. Vielmehr soll Wissen flexibel genutzt werden, um in der Anforderungssituation erfolgreich handeln zu können.

Die Politikdidaktik steht somit vor der Aufgabe, *typische Anforderungssituationen* auszuweisen, die eine Aktivierung und Ausbildung der spezifischen, oben kurz vorgestellten Kompetenzen des Faches (der Domäne) ermöglichen. *Im Unterricht muss eine Begegnung mit solchen typischen Anforderungssituationen inszeniert werden.* Kompetenzorientierter Unterricht entfaltet sich dann in der und durch die Bearbeitung von fachspezifischen Anforderungssituationen. Mindestens folgendes Set sollte zum Kernbestand kompetenzfördernden politisch-sozialwissenschaftlichen Unterrichts gehören. Es umreißt objektive Bedingungen und Herausforderungen, denen sich Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie gegenüber sehen (vgl. das Alltagswissen bei Reinhardt/Richter 2007: 8-11):

1. *Begegnung mit gesellschaftlichen oder politischen Problemen*, also Zuständen oder Entwicklungen, die bedrohlich wirken und – im Kontext rechtlicher Rahmenbedingungen – nach Abhilfe verlangen (z.B. demographischer Wandel, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit), ohne dass die Mittel der Problembereinigung bereits offensichtlich wären. Gesellschaftliche und politische Probleme erfordern für ihre Bearbeitung vornehmlich die Kompetenzen des sozialwissenschaftlichen Analysierens und der Bildung von Sachurteilen.
2. *Begegnung mit politischen Konflikten*, die in der Gesellschaft latent angelegt oder manifest gegeben sind. Gemeint sind nicht (nur) persönliche Auseinandersetzungen, sondern Konflikte zwischen aggregierten gesellschaftlichen Interessen (Parteien, Verbänden), die im Kontext rechtlicher Rahmenbedingungen ausgetragen werden. Politische Konflikte erfordern zu ihrer Erhellung zunächst Kompetenzen der inhaltlichen Klärung (sozialwissenschaftliches Analysieren mit Analyseinstrumenten), fordern aber auch zur eigenen Positionierung auf (politische Urteilsbildung).
3. *Begegnung mit politischen Urteilen und an diesen ausgerichteten Forderungen oder Entscheidungen*. Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker verfolgen Interessen, fällen moralisch brisante Urteile, treffen Entscheidungen und *konfrontieren damit Mitbürgerinnen und Mitbürger*. Sie rufen Reaktionen und (zustimmende, ablehnende, differenzierende) Positionierungen hervor (politische Urteilskompetenz). Zudem regen sie, wenn Betroffenheit gegeben ist, zur Teilnahme an Aushandlungsprozessen (Konfliktkompetenz) und politischer Partizipation (Partizipationskompetenz) an, um eigenen Interessen und Urteilen Geltung zu verschaffen.
4. *Begegnung mit personalisierten Problemen, Konflikten oder Entscheidungen. Anders formuliert: die Begegnung mit Fällen*. In Fällen handeln natürliche oder juristische Personen als Protagonisten. Sie bewegen sich in Problem-, Konflikt- oder Entscheidungskontexten. So kann das Problem des Terrorismus an der Sauerland-Gruppe, der Konflikt um das Tragen des Kopftuches in öffentlichen Gebäuden am Beispiel der eigenen Schule und die Entscheidung zur Erhöhung des ALG II an betroffenen Familien thematisiert werden. Fälle können verschiedene politische Materien (Probleme, Konflikte, Entscheidungen) in sich aufnehmen und je nach Fall zu Analyse-, Urteils- oder Konfliktkompetenz beitragen.

5. *Begegnung mit politischen Manifestationen.* Politische Urteile begegnen uns oft nicht unmittelbar, sondern in Form von Zeitungsartikeln, Karikaturen, Plakaten, Werbespots oder Reden. In dieser Form erscheinen sie rätselhaft und unklar; Lernende erkennen nach der ersten Lektüre oft nicht den politischen Standpunkt eines Politikers. Deshalb ist eine Kompetenz des Dechiffrierens und der Deutung nötig, die über eine einfache Lesekompetenz hinausweist. Vielmehr geht es um die Deutung von politikspezifischen Symbolen (z.B. Bundesadler) und sprachlich-strategischen Wendungen (z.B. „Arbeitsmarkt liberalisieren“, „Haushalte konsolidieren“, „Subventionen abbauen“, „Steuergerechtigkeit herstellen“) (Methodenkompetenz).
6. *Begegnung mit unklaren Situationen und Informationsdesideraten,* in denen Wissen zu gesellschaftlichen und politischen Phänomenen fehlt (Wählerverhalten, Wahlverhalten bei Schulwahl, fremdenfeindliche Einstellungen an unserer Schule). Fehlende Informationen rufen zum sozialwissenschaftlichen Analysieren und zum wissenschaftspropädeutischen Forschen auf, um die Informationslücke zu schließen.

3.2 Eine beispielhafte Anforderungssituation im horizontalen Lerntransfer – Bedroht der Iran den Weltfrieden?

Nach Rainer Lersch wird im horizontalen Lerntransfer durch die Konfrontation mit einer Anforderungssituation der Unterrichtsprozess initiiert. Der Zugriff auf Wissen, das zur Bewältigung der Anforderungssituation nötig ist, folgt der Konfrontation und wird durch diese gesteuert: „In diesem Fall bestimmt quasi die Situation den Inhalt der jetzt folgenden Unterrichtssequenz: Dass das, was den Schülern zur Bewältigung der Anforderungssituation noch fehlt, jetzt erst mal gelehrt und gelernt werden muss, ist dabei auch den Schülern unmittelbar einsehbar!“ (Lersch 2010: 8).

Die meisten Makromethoden der politischen Bildung funktionieren nach diesem Prinzip. Die Begegnung mit einem herausfordernden, appellatorischen Fall, einem Konflikt, einer Situation oder einem Problem setzt den „selbstläufigen“ (Reinhardt 2005: 223) Unterrichtsprozess in Gang, der seine Logik aus der Sinnhaftigkeit der Handlungsschritte zieht, die zur Bewältigung der Anforderung nötig sind. Es gibt zahlreiche Unterrichtsvorschläge, die dieser Logik folgen (vgl. z.B. <http://www.zsb.uni-halle.de/archiv/didaktischer-koffer/>).

Ein Beispiel ist die Konfrontation eines Oberstufenkurses mit der vermuteten Bedrohung des Weltfriedens durch den Iran (=Anforderungssituation). Die Lernenden wurden mit einem Fall konfrontiert, der die bisherige Entwicklung und die Gefährdungspotentiale von Atomwaffen zeigte und die Frage aufwarf, wie die gefühlte Bedrohung beigelegt werden kann. Der sich entwickelnde Unterricht kann sowohl als fall- und problemorientiert eingeschätzt werden: Einer Sammlung von Schülerfragen, die nach den Dimensionen des Politischen sortiert und von den Schülern geklärt wurden (Sammeln, Auswerten und Präsentieren von Informationen), folgte in Gruppen die Suche nach Lösungen und Strategien zur Abwendung der gefühlten Gefahr (Exploration und Resolution) sowie schließlich eine Diskussion der Lösungen im Plenum (Disputation). Da der Fall

noch nicht abgeschlossen ist und die internationale Gemeinschaft noch um einen angemessenen Umgang mit dem Iran ringt, konnte der Vergleich mit der Realität nicht durchgeführt werden (Kollation). Am Ende der Unterrichtseinheit stand deshalb eine generalisierende Diskussion der Frage, ob – vor dem Hintergrund des Irankonflikts – die institutionelle Ausgestaltung der UNO hilfreich für die Schaffung einer friedlicheren Welt ist (vgl. ausführlicher May 2008).

3.3 Eine beispielhafte Anforderungssituation im vertikalen Lerntransfer – Ein Lehrgang zur UNO

Im Lichte des kompetenzorientierten Paradigmas erscheint der herkömmliche analytische Lehrgang mit direkter Instruktion, der durch die Vorgaben des Lehrenden gesteuert wird und sich an der Sachsystematik des Unterrichtsgegenstandes orientiert, endgültig als überholt. Bei näherer Betrachtung lassen sich jedoch lehrgangsmäßige und „selbstläufige“ (vgl. Reinhardt 2005: 223; auch hier Kap. 3.2 und 4) Unterrichtsorganisationen nicht gegeneinander ausspielen. Die Leistungsfähigkeit guter und adressatengerechter Lehrgänge ist empirisch belegt (vgl. Oelkers 2003: 68 f., Souvignier/Gold 2006: 152-155).

Freilich können aber auch im lehrgangsmäßigen Unterricht Kompetenzen nur durch die Bearbeitung von Anforderungssituationen ausgebildet werden. Lehrgangsmäßiger Unterricht muss deshalb in seinem Verlauf eine Phase bereithalten, in der Schülerinnen und Schüler nicht nur etwas wissen, sondern etwas mit ihrem Wissen anfangen sollen: „Auf der ‚Angebotsseite‘ ist deshalb im kompetenzorientierten Unterricht neben der Vermittlung von Wissen auch noch dessen Situierung erforderlich, also das Arrangieren von Anwendungs- bzw. Anforderungssituationen (Problem, Aufgabe, Kontext usw.), die die Schülerinnen und Schüler möglichst selbstständig bewältigen können [...]“ (Lersch 2010: 8).

In einer weiteren, als vertikaler Lerntransfer bezeichneten Variante schlägt Rainer Lersch nun vor, den Unterricht mit einer systematischen und lehrgangsmäßigen Wissensvermittlung zu beginnen. Es geht hier um Instruktion durch den Lehrenden, um die systematische Erschließung von Texten und Begriffen sowie die Ordnung des Wissens. Danach erfolgt die Bearbeitung einer Anforderungssituation, in der das Wissen angewendet wird.

In einem Oberstufenkurs habe ich einen solchen Unterricht durchgeführt, in dem ich zum curricular vorgegebenen Inhalt „internationale Organisationen“ zusammen mit den Lernenden zunächst systematisch die Charta der Vereinten Nationen erschlossen habe. Grundsätze, Ziele, Aufbau und Strukturen sowie Handlungsinstrumente der UNO wurden geklärt, zentrale Begriffe (z.B. Souveränität) besprochen. Als Hausaufgabe erhielten die Schülerinnen und Schüler einen Text, der die Probleme der UNO aufzeigte (Blockade und Handlungsunfähigkeit, mangelnde Repräsentativität des Sicherheitsrates, keine eigenen Streitkräfte, Spannung zwischen kollektiven Zielen und Betonung der Souveränität der Mitgliedsstaaten etc.). In der darauf folgenden Stunde wurden die Probleme zusammengetragen. Im Ergebnis stand ein Problemaufriss an der Tafel (=Anforderungssituation). Für die Schülerinnen und Schüler war der nächste Unterrichtsschritt augenfällig: die Suche nach Problemlösungen. In einem kom-

petenzorientierten Unterricht muss nun die Anwendung bereits gelerntes Wissens erfolgen. Dies verbot den Einsatz weiterer Texte. Vielmehr waren die Lernenden angehalten, auf der Grundlage ihres *vorab vermittelten* Wissens zur UN-Charta ein Reformpapier zu erstellen. Die Ergebnisse (z.B. Modifizierung des Vetorechts durch Notwendigkeit von zwei Gegenstimmen, feste UN-Streitkräfte, mehr Kompetenzen für die Generalversammlung) wurden dann mit wissenschaftlichen Reformvorschlägen verglichen und auf Vor- und Nachteile hin geprüft.

4. Anforderungssituationen und Unterrichtsmethoden

Fachspezifische Anforderungssituationen lassen sich theoretisch kaum mit den Begriffen allgemeiner Didaktik erfassen. Am ehesten erinnern sie an die von Hilbert Meyer beschriebenen *Handlungssituationen und Inszenierungstechniken*, die kurzfristige, den Unterricht vorantreibende Handlungsdynamiken bezeichnen (sich melden – drangenommen werden, Impuls geben – darauf reagieren etc.):

„Wenn diese Techniken geschickt im Unterricht eingesetzt werden, entsteht eine Dynamik der Handlungssituationen, die sich aus der inneren Zielgerichtetheit dieser Techniken ergibt: Die Frage drängt auf Antwort, das Beispiel auf Verallgemeinerung [...]. Durch Inszenierungstechniken setzen sich Lehrer und Schüler immer wieder gegenseitig in Zugzwang und treiben dadurch den Unterrichtsprozess voran: [...] Handlungssituationen haben Aufgabencharakter. Sie setzen den Unterrichtsprozess in Gang, halten ihn in Fluss und bringen ihn zu konkreten Ergebnissen“ (Meyer 1994: 120).

Allerdings weisen fachspezifische Anforderungssituationen, wie sie oben vorgestellt wurden, deutlich über Inszenierungstechniken hinaus. Sie haben mindestens drei Auswirkungen auf die Unterrichtsorganisation:

1. Anforderungssituationen haben einen *appellatorischen und aktivierenden Charakter*. Sie appellieren daran, tätig zu werden, bringen einen Unterrichtsprozess in Gang und halten ihn am Laufen. Anforderungssituationen setzen – wie die Inszenierungstechniken Hilbert Meyers – eine Lerngruppe gleichsam unter Zugzwang.
2. Anforderungssituationen führen zur Entwicklung einer *ganzheitlichen Unterrichtsdynamik*. Sie sind nicht mit einem Unterrichtseinstieg zu verwechseln, der lediglich motivieren soll, sondern sie strukturieren den gesamten Unterrichtsprozess. *Der Unterricht besteht in der Bearbeitung der Anforderungssituation*. Dies unterscheidet Anforderungssituationen auch von den kurzschrittigen Inszenierungstechniken.
3. Anforderungssituationen ziehen eine *fachspezifische Unterrichtsorganisation* nach sich. Sie beinhalten Informationen über methodische Entscheidungen. In diesem Sinne ist von einer strukturellen Gleichheit von Anforderungssituation und Unterrichtsmethode auszugehen; die Situation legt das Vorgehen zu ihrer eigenen Bewältigung nahe. Die Konfrontation mit dem *Problem Arbeitslosigkeit* führt beispielsweise zu Klärungen und Lö-

sungssuche (z.B. im Sinne der Problemstudie: Worin besteht das Problem? Wo liegen Ursachen? Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es? Welche Auswirkungen haben die Lösungen auf verschiedene Beteiligte?).

Die gewählten Methoden müssen in der Lage sein, die Situationsbewältigung und die Kompetenzausbildung bei den Lernenden anzuleiten. So richtig diese Forderung ist, so wenig hilft sie aber bei konkreten Planungsentscheidungen weiter. Die zu beantwortende Frage muss deshalb sein, *an welche Anforderungssituation sich welche Methodendynamik anschließt*, um die Kompetenzen anbahnen zu können. Die Übersicht ist nicht vollständig; an dieser Stelle soll nur das Prinzip verdeutlicht werden (ich orientiere mich an Reinhardt 2005 und Reinhardt/Richter 2007).

Anforderungssituation: Begegnung mit...	geeignete Methoden
gesellschaftlichen oder politischen Problemen	Problemstudie, Szenariotechnik, Zukunftswerkstatt, Bürgeraktion, politisches Handeln
politischen Konflikten	Konfliktanalyse, Kontroversverfahren als Simulation (Rollenspiel, Planspiel, Debatte, Podiumsdiskussion, Talkshow)
politischen Urteilen und Entscheidungen	Kontroversverfahren als Methode der eigenen Urteilsfindung (insbesondere Pro-Kontra) politisches Entscheidungsdenken, Bürgeraktion, politisches Handeln
Fällen („personalisierten“ Konflikten, Problemen oder Entscheidungen)	Fallanalyse, Fallstudie, Dilemma-Methode
politischen Manifestationen	interpretative Verfahren (Umgang mit politischen Karikaturen, politikwissenschaftliche Medienanalyse, Umgang mit politisch-intentionalen Texten)
unklaren Informationen oder Informationslücken	forschendes Lernen (Beobachtung, Befragung, Experiment)

Freilich kann mit dieser Forderung keine zwingend logische Ableitung von Unterrichtsmethoden aus Anforderungssituationen einhergehen. Anforderungssituationen mögen durch objektive Bedingungen menschlichen Denkens und Handelns gekennzeichnet sein, aber die mentale Repräsentation der Situation kann individuell sehr unterschiedlich erfolgen (vgl. Schmitt/Baumert/Hofmann 2007: 67). Dies zeigt sich im Unterricht zum Teil überaus deutlich: So bearbeitete beispielsweise ein 12. Jahrgang den *Inhalt Terrorismus* mit Hilfe einer biographisch angelegten Fallanalyse zur sogenannten Sauerland-Gruppe. Es ging im Sinne von Gotthard Breit darum, Rahmenbedingungen und Stationen der Ereignisse (Außenperspektive), subjektive Wahrnehmungen und Motivlagen der Täter (Innenperspektive), Möglichkeiten der Verhinderung der Tat (Urteil) sowie politische und gesellschaftliche Konsequenzen (Verallgemeinerung) zu erarbeiten (vgl. Breit/Eichner 2006). Die Konfrontation mit dem Fall (Anforderungssituation) erzeugte bei einem Schüler jedoch *nicht* diese Fragen nach Vermeidungsmöglichkeiten der Tat sowie terroristischer Bedrohungen im Allgemeinen. Vielmehr empörte er sich (zum Erstaunen aller), dass wir im Unterricht

die Biographien der Täter durchleuchten und sezieren, und fragte, ob wir „überhaupt ein Recht dazu“ hätten. Schließlich sei dies ja eine Verletzung individueller Rechte des Täters. Die mentale Repräsentation des Schülers führte zu einer anderen Unterrichtsdynamik als von mir intendiert wurde. Ich musste von meiner ursprünglichen Planung abweichen, den eher problemorientierten Ansatz der Fallanalyse zurückstellen und ein kontroverses Unterrichtsgespräch moderieren.

Dieses Beispiel zeigt: Eine Anforderungssituation legt „bestimmte Handlungen nahe und macht andere unwahrscheinlich“ (Meyer 1994: 117), aber Anforderungssituationen *determinieren Unterrichtsorganisationen nicht* (so auch Sander 2007: 239). In der Planung und Durchführung von Unterricht sollte dieser Tatbestand beachtet werden, um nicht statisch an Planungen festzuhalten, die ‚am grünen Tisch‘ erdacht wurden. Methodisch trägt am ehesten das *Projekt* oder die *Politikwerkstatt* der zumindest partiellen Offenheit von Anforderungssituationen Rechnung (vgl. Lange 2007, Moegling 2008). Gleichzeitig braucht unterrichtliches Handeln innerhalb von Schule mit ihren vielfältigen Zwängen und Belastungen aber Routinen und Wege, die sich bei der Bearbeitung fachspezifischer Anforderungssituationen bewährt haben. Diese pragmatische Dimension darf bei einer didaktischen Theoriebildung nicht vernachlässigt werden (vgl. Meyer 1994: 33).

5 Ergebnisse in Thesenform

1. Kompetenzen ermöglichen die Bewältigung von authentischen Anforderungssituationen. Anforderungssituationen erfordern Leistungen (Performanzen) und aktivieren sowie schulen Kompetenzen.
2. Kompetenzorientierter politisch-sozialwissenschaftlicher Unterricht ist durch die Bearbeitung von fachspezifischen Anforderungssituationen gekennzeichnet.
3. Fachspezifische Anforderungssituationen lassen sich durch fachspezifische Methoden bearbeiten. Direkte Instruktion steht nicht im Gegensatz zu kompetenzorientierten Unterricht, muss aber Phasen bereithalten, in denen das vermittelte Wissen in Anforderungssituationen zur Anwendung kommen kann.
4. Das kompetenzorientierte Paradigma zieht keine gänzliche Umstellung moderner Unterrichtspraxis nach sich. Die oben genannten Unterrichtsmethoden gehören zum traditionellen Bestand politisch-sozialwissenschaftlichen Unterrichts. Bisheriges Planungsdenken und Unterrichten muss aber – im Sinne der Bearbeitung von fachspezifischen Anforderungssituationen – kompetenzbezogen präzisiert und reinterpretiert werden (vgl. ausführlich May 2010).

Anmerkung

- 1 Ausnahmen: Breit/Weißeno 2008, Moegling/Backhaus/Rosenkranz 2008, Weißeno/Detjen/Juchler/Massing/Richter 2010: 196-212)

Literatur

- Behrmann, G. C./Grammes, T./Reinhardt, S. (2004): Politik: Kerncurriculum Sozialwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe. In: Tenorth, H.-E. (Hg.) (2004): Kerncurriculum Oberstufe. Biologie, Chemie, Physik, Geschichte, Politik. Expertisen – im Auftrage der KMK. Beltz. Weinheim/Basel. 322-406.
- Breit, G./Weißeno, G. (2008): Von der traditionellen Aufgabekultur zur kompetenzorientierten Lernaufgaben. In: Weißeno, G. (Hg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. 402-419.
- Breit, G./Eichner, D. (2006): Die Fallanalyse. In: Frech, S./Kuhn, H.-W./Massing, P. (Hg.): Methodentraining I für den Politikunterricht. Wochenschau-Verlag. Schwalbach/Ts. 89-116.
- Drieschner, E. (2009): Bildungsstandards praktisch. Perspektiven kompetenzorientierten Lehrens und Lernens. VS Verlag. Wiesbaden.
- GPJE (Hg.) (2004): Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der politischen Bildung. Ein Entwurf. Wochenschau-Verlag. Schwalbach/Ts.
- Lange, D. (2007): Projekt. In: Reinhardt, S./Richter, D.: Politik-Methodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Cornelsen Scriptor. Berlin. 78-82.
- Lersch, R. (2006): Unterricht zwischen Standardisierung und individueller Förderung. Überlegungen zu einer neuen Lernkultur angesichts der bevorstehenden Einführung von Bildungsstandards. In: Die Deutsche Schule. Jg. 98. H. 1. 29-40.
- Lersch, R. (2007): Unterricht und Kompetenzerwerb. In 30 Schritten von der Theorie zur Praxis kompetenzfördernden Unterrichts. In: Die Deutsche Schule. Jg. 99. H. 4. 434-446.
- Lersch, R. (2010). Didaktik und Praxis kompetenzfördernden Unterrichts. In: Schulpädagogik heute. Jg. 1. H. 1. (<http://www.schulpaedagogik-heute.de>)
- May, M. (2007): Demokratiefähigkeit und Bürgerkompetenzen. Kompetenztheoretische und normative Grundlagen der politischen Bildung. VS Verlag. Wiesbaden.
- May, M. (2008): Demokratie lernen oder Politik lernen? Wochenschau. Schwalbach/Ts.
- May, M. (2010): Zur Planung kompetenzorientierten Politikunterrichts. Auswirkungen eines aktuellen Paradigmas auf sozialwissenschaftliche Bildungsprozesse. In: Kompetenzen im Politikunterricht. Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten. Jg. 61. Sonderheft. 74-87.
- Meyer, H. (1994): Unterrichtsmethoden. I: Theorieband. 6. Aufl. Cornelsen Scriptor. Frankfurt/M.
- Meyer, H. (2007): Leitfaden Unterrichtsvorbereitung. Cornelsen Scriptor. Berlin.
- Moegling, K. (2008): Das WeDemoFlex-Projekt: Politikwerkstatt-Arbeit zum Thema „Demokratie in Deutschland“ - Kompetenzzuwächse über Forschen, Präsentieren und Inszenieren von Öffentlichkeit (Sek. II, LK, 12. Jgst.). In: Moegling, K./Backhaus, K./Rosenkranz, S.: Kompetenzorientierung im Politikunterricht. Kompetenzen, Standards, Indikatoren in der politischen Bildung der Schulen. Sekundarstufen I und II. Schneider Verlag Hohengehren. Baltmannsweiler. 127-157.
- Moegling, K./Backhaus, K./Rosenkranz, S. (2008): Kompetenzorientierung im Politikunterricht. Kompetenzen, Standards, Indikatoren in der politischen Bildung der Schulen. Sekundarstufen I und II. Schneider Verlag Hohengehren. Baltmannsweiler.
- Oelkers, J. (2003): Wie man Schule entwickelt. Eine bildungspolitische Analyse nach PISA. Beltz Verlag. Weinheim u.a.
- Reinhardt, S. (2005): Politik-Didaktik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Cornelsen Scriptor. Berlin.

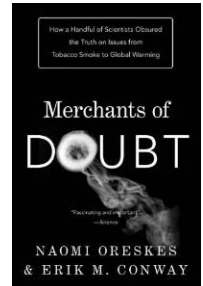
- Reinhardt, S./Richter, D. (Hg.) (2007): Politik-Methodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Cornelsen Scriptor. Berlin.
- Sander, W. (2007): Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung. 2. vollst. überarb. u. erw. Aufl. Wochenschau-Verlag. Schwalbach/Ts.
- Schmitt, M./Baumert, A./Hofmann, W. (2007): Person, Situation oder Interaktion? – Eine zeitlose Streitfrage. In: Frankenberger, R./Frech, S./Grimm, D. (Hg.): Politische Psychologie und politische Bildung. Wochenschau-Verlag. Schwalbach/Ts. 58-74.
- Souvignier, E./Gold, A. (2006): Wirksamkeit von Lehrmethoden. In: Schweizer, K. (Hg.): Leistung und Leistungsdiagnostik. Springer. Heidelberg. 146-166.
- Weinert, F. E. (2001): Concept of Competence: A Conceptual Clarification. In: Rychen, S./Salganik, Laura H. (Hg.): Defining and Selecting Key Competencies. Hogrefe & Huber. Seattle u.a. 45-65.
- Weißeno, G./Detjen, D./Juchler, I./Massing, P./Richter, D. (2010): Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Die Geschichte des Bestreitens von Umweltproblemen

Hans-Jochen Luhmann



Hans-Jochen
Luhmann



Oreskes, Naomi and Erik M. Conway: *Merchants of Doubt. How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming.* New York: Bloomsbury Press 2010; 355 S.

Klimaskeptizismus – das auffällige Phänomen

Mit der Industriellen Revolution und dem Konzept der Industriegesellschaft hat Europa global den Zugriff auf den erdgeschichtlich gebildeten Bestand der fossilen Energieträger in die Wege geleitet. Heute verbrauchen wir davon pro Jahr etwa soviel wie in durchschnittlich einer Million Jahre gebildet wurde. Das Konzept der heutigen Industriegesellschaft basiert somit auf einem massiven naturgeschichtlichen Ungleichgewicht. Dieses Ungleichgewicht manifestiert sich auch, u.a. im menschengemachten Klimawandel.

Gut hundertfünfzig Jahre später war die neuzeitliche Wissenschaft endlich soweit, auch gemäß ihren hohen Qualitätsanforderungen an Wissen dieses eigentlich Selbstverständliche wahrzunehmen. So ausgestattet und überzeugt hat sie sich in den 1970er und insbesondere in den 1980er Jahren mit ihrer Einsicht an die Gesellschaft gewandt, die sie trägt. Ihre Botschaft war: Mit diesem Konzept bedrohst Du Dich selbst!

Wie die daraufhin reagiert hat und bis heute dominant reagiert, das haben die Autoren des hier angezeigten Buches in einer Textpassage von schon literarischer Qualität auf den Punkt gebracht:

“Imagine a gigantic banquet. Hundreds of millions of people come to eat. They eat and drink to their hearts’ content – eating food that is better and more abundant than at the finest tables in ancient Athens or Rome, or even in the palaces of medieval Europe. Then, one day, a man arrives, wearing a white dinner jacket. He says he is holding the bill. Not surprisingly, the diners are in shock. Some begin to deny that this is *their* bill. Others deny that there even *is* a bill. Still others deny that they partook of the meal. One diner suggests that the man is not really a waiter, but is only trying to get attention for himself or to raise money for his own projects. Finally, the group concludes that if they simply ignore the waiter, he will go away. This is where we stand today on the subject of global warming.” (p. 266)

Die Reaktion auf die Offenbarung des Selbstverständlichen ist Panik im Herzen derjenigen, die privilegiert worden sind. Sie bietet das Einfallstor, den Bedarf für den sog. ‚Klimaskeptizismus‘. Der liefert die Anlässe, die Realität zu leugnen. Die Leistung des (Klima-)Skeptizismus ist die Leugnung dessen, was die Wissenschaft sieht. Er ist gleichsam der Widersänger der Wissenschaft.

Deshalb ist es so eigenartig, dass die Wissenschaft um das Phänomen des (Klima-)Skeptizismus lange wie die Katze um den heißen Brei herumgeschlichen ist. Nun endlich beginnt, was lange ausstand: Es wird von ihr aufgenommen. Zwei Wissenschaftshistoriker aus den USA haben, wie sie betonen, ihre freien Forschungsmittel genutzt – um, so ergänze ich, dem Schweigen der beruflichen und ressourcenstarken wissenschaftlichen Institutionen etwas entgegen zu setzen.

Die Essenz des Konflikts

Wofür der Mann mit der Rechnung steht, ist, in begrifflicher Strenge, an anderer Stelle des Buches formuliert:

“Science was starting to show that certain kinds of liberties are not sustainable ... science was showing that Isaiah Berlin was right: liberty for wolves does indeed mean death to lambs.” (p. 239)

Es geht somit um Freiheit. Freiheit ist das zentrale Schutzgut der US-amerikanischen Verfassungs-Geschichte. In Anspruch genommen wird es u.a. von Unternehmen auf dem ‚freien‘ Markt. In Grenzen gewiesen wird die In-Anspruch-Nahme dieses Schutzgutes seit den 1960er Jahren mit Hilfe eines neuentstandenen Zweiges der Wissenschaften, der Umweltforschung. Reaktionen aus denjenigen Bereichen, die in ihrer Expansion zu begrenzen sind, aus Politik und Wirtschaft somit, waren zu erwarten – und zwar mit Mitteln des dort üblichen unzimperlichen Kampfes und unter Einsatz erheblicher Ressourcen. Anlässe gab es zuhauf während der letzten 40 Jahre, und folglich sind die Bestreiter in vielen Feldern aufgetreten. Dem entspricht der Horizont des Buches.

Das beginnt mit der Geschichte der Leugnung der Erkenntnis, dass Tabakrauchen Krebs induziert. Es folgt die Auseinandersetzung um das „Star Wars“-Raketenprogramm, ob es Schutz bringt oder qua Destabilisierung das Gegenteil des Intendierten. Dann erst wird die Trias von modernen Umweltthemen, von Saurem Regen, Ozonloch und Klimawandel, behandelt.

Dass ausgerechnet der Wissenschaft ein Widriggänger erscheinen musste, hängt mit dem Wandel der Naturschutzpolitik zur modernen Umweltpolitik zusammen. Ursprünglich war Umweltschutz in den USA allein Gegenstand der Naturschutzpolitik – auf Augenschein setzend, nicht auf Wissenschaft angewiesen, und zugleich überparteilich. Es kam der Wandel zur modernen Umweltpolitik, dessen Basis, der Clean Air Act, noch im parteiübergreifenden Konsens, unter konservativer Präsidentschaft (Nixon), verabschiedet worden ist. In ihrem Wesen aber war die Naturschutzpolitik damit gewandelt, sie war moderne Anti-Pollution-Politik geworden, zur Vermeidung *antizipierter Folgen*. Um das zu können, ist Politik auf Wissenschaft angewiesen.

Die moderne US-Umweltpolitik aber stellte selbstverständlich keinen sich dort isoliert entwickelnden Politikansatz dar, parallel entwickelten sich vielmehr die abstrakten multilateralen Verträge, die im Nachgang zur ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm (1972) geschlossen wurden. Naomi Oreskes und Erik M. Conway nutzen in ihrem Buch deren grundsätzliche Formulierungen, um

verständlich zu machen, dass damit Ziele wie Anlass des organisierten Skeptizismus in die Welt gekommen waren. Dass den USA von außen etwas auferlegt wird, was ihre Freiheit beschränkt, vermochte ein bestehendes nationalistisches Feindbild bestens zu bedienen.

Das Genfer Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung der UN-Wirtschaftskommission für Europa von 1979 etwa statuiert, jede Nation habe sicherzustellen, dass auf ihrem Hoheitsgebiet nichts stattfindet, was auf dem Gebiet anderer Staaten zu Schäden führt.¹ Damit war programmiert, dass „Kausalität“ und „Schaden“ zu Schlüsselbegriffen in Auseinandersetzungen wurden, zwischenstaatlichen wie innenpolitischen.

US-spezifisch trug sich das wie folgt zu. Der aus US-Kohlekraftwerken mit SO₂ fernbeschossene Nachbar Kanada bezog sich auf diese Anspruchsgrundlage multilateralen Rechts. In den USA war die Umsetzung des *Clean Air Act* zwar auch heimisch auf die Schiene gesetzt, doch mit dem Entschluss Kanadas schwand in der Öffentlichkeit der bis dahin herrschende Eindruck, es handle sich um eine souveräne Entscheidung der US-amerikanischen Innenpolitik. Der Druck von außen begann intern Konturen zu zeigen, und damit wurde a) die Wissenschaftsbasierung des *Clean Air Act* deutlich, samt dem angelegten Konflikt zur Freiheit der Wirtschaft; zugleich (b) vollzog die Republikanische Partei in den USA, nun unter Reagan, eine programmatische Wendung hin zu einem radikal-einseitigen Verständnis von Freiheit (für Marktteilnehmer, also zuvörderst für Unternehmen).

Das war die Geburtsstunde des Skeptizismus nun zu globalen Umweltthemen. Seitdem wird gegen die Erkennbarkeit von (Umwelt-)Folgen qua (wissenschaftlicher) Antizipation geschossen wie bei Sperrfeuer – bei dem Wert bestehender industrieller Anlagen, deren Laufzeit begrenzt zu werden droht, ist ein Mangel an finanziellen Mitteln für Munitionsnachschub nicht das Problem. Munitionskammer ist die in der Naturwissenschaft grassierende Trivialphilosophie des Positivismus. Sie fokussiert allein auf Fakten und sucht alles andere an Wissenschaft aus deren Tempel zu vertreiben. Mit Fakten-Fokussierung aber ist der Zukunft nicht beizukommen. Deswegen passt der Positivismus zum Skeptizismus wie die Schraube zur Mutter.

Die Protagonisten und ihre Biographien

Im Mittelpunkt der Analyse des Buches stehen Personen, die in der Außendarstellung wichtig sind, die Galionsfiguren und ‚Verkäufer‘ des Skeptizismus. Die Autoren des Buches sind eben Historiker und haben Aktenzugang zu prominenten Wissenschaftlern, die einmal als Staatsdiener tätig waren. Nicht hingegen betrachtet werden die Akteure hinter dem Schleier, die Investoren – da fehlt es an Aktenzugang. Dass allein Sumpflüthen in den USA fokussiert werden, ergibt sich zwangsläufig.

Zu den Protagonisten des Klima-Skeptizismus, die öffentlich aufgetreten sind, zählt lediglich eine gute Handvoll von Personen; hervorgehoben werden insbesondere die Portraits von Frederick Seitz, von 1962 bis 1969 Präsident der

National Academy of Science, von William Nierenberg und, eine halbe Generation jünger, von Fred Singer. Mit ihren beeindruckenden Lebensläufen sind die Köpfe der Leugner Produkte des speziellen Wissenschaftssystems, welches die Supermacht USA in der Nachkriegszeit eingerichtet hat und welches heute die Basis der Umweltforschung darstellt.

Das war und ist dominiert von Großforschungsinstitutionen, die nicht der reinen zweckungebundenen Wissenschaft zu dienen hatten, sondern sowohl zur Entwicklung von Kernwaffen und deren Trägersystemen als auch zur Erkundung von Ozeanen und Atmosphäre als Räumen dieser Trägersysteme eingerichtet worden waren. Aus diesen Institutionen sind die Leugner in gleicher Weise hervorgegangen wie ihre Gegenspieler.

Fred Singer ist noch heute aktiv. Er war im Herbst 2010 interfraktionell in den Deutschen Bundestag eingeladen, was deshalb durch die Medien ging, weil aus diesem Anlass ausgerechnet die *umweltpolitische* Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion sich öffentlich als ‚eigentliche‘ Skeptikerin outete. Ein präzedenzloses Coming out im Deutschen Bundestag! Singer verdankt seine Führungsrolle seinem strukturellen Durchblick in Umweltfragen. Der rührt biographisch daher, dass er umweltpolitisch ein beschriebenes Blatt ist: Er ist Renegat. Ursprünglich Raketenspezialist, hatte das Mitglied der Republikanischen Partei zeitweise eine Position bei der US-Umweltbehörde EPA inne.

Aus dieser Zeit stammt eine bildhafte Formulierung, in der sich zugleich Singers heutige Wendung um 180 Grad als auch seine überragende Intelligenz, jenseits des Positivismus, zeigt. Er thematisiert da das von vielen auch heute als zentral und spannungsreich gesehene Verhältnis von ‚unvollständigem wissenschaftlichen Wissen‘ und der Notwendigkeit, politisch zu handeln. Zustimmend formuliert er zunächst einen Satz, von dem er behauptet, er sei ein ‚Garret Hardin‘-Zitat:

“If we ignore the present warnings signs and wait for an ecological disaster to strike, it will probably be too late.” (p. 83)

um anschließend Noah in einer vergleichbaren Situation zu imaginieren: in einer Situation erst beginnenden Regens, von dem noch nicht sicher gewusst werden konnte, dass er sich als katastrophaler Dauerregen erweisen wird. Da sei er von Volksgenossen umgeben, die auf ihn wie folgt abwiegelnd einreden:

“Don’t worry about the raising waters, Noah; our advanced technology will surely discover a substitute for breathing.”

Singer schließt:

“But if it was wisdom that enabled Noah to believe in the ‚never-yet-happended‘, we could use some of that wisdom now.”

Das ist präzise geschlossen. Und wissenschaftstheoretisch, im Hinblick auf die Struktur zukunftsbezogener Aussagen, ist das klüger als das, was Oreskes und Conway, die den Leugnern auf die Schliche kommen wollen, selbst geschrieben haben. Das zeigt das Maß an (überlegener) Intelligenz, die mit den Leugnern ins (politische) Spiel gekommen ist.

Motiv für das Engagement der Spitzen-Leugner aus den Reihen der Wissenschaft ist die Verteidigung der Freiheit, nach ihrem Verständnis. Sie setzen –

mit anderen zusammen – den Kalten Krieg, nach Untergang des Ost-West-Konflikts, innenpolitisch fort. Es ging weiter gegen die Roten, die, so ihr Verständnis, sich lediglich ein grünes Mäntelchen umgehängt und ihr Operationsfeld verlagert hätten. Deren Basis war nun, so die Wahrnehmung der Skeptiker, die Wissenschaft. Also war die Wissenschaft zum Kampfgebiet geworden. Die politische Führung der Truppe der Kalten Krieger in den USA benötigte somit wissenschaftsintern hochrangige Persönlichkeiten als Speerspitze, die im Nahkampf im Sanktuarium des Gegners zu kämpfen hatten. Erste Bewährungsproben aber hatten sich für die so in ihrer Aufgabe beschriebenen Leugner bereits mit der 1980 ins Amt gekommenen Reagan-Administration ergeben.

Was verspricht Hilfe?

Bleibt die Frage, was zur Besserung der Verhältnisse getan werden kann. Die Autoren halten die Medien für entscheidend, und für deren Verhalten sei ein Irrtum ausschlaggebend: Die Journalisten säßen bislang einem unangemessenen Verständnis von Wissenschaft auf, insbesondere verführe sie ihre profunde Kenntnis des Wesens der *politischen* Kontroverse dazu, dieses in die Wissenschaft zu projizieren. Damit übersähen sie das völlig Andere dortiger Kontroversen, und vor allem, was da alles längst entschieden und somit unstrittig sei.

Damit sind wir beim schwächsten Teil des Buches. Das vermag man an einem Defizit zu erkennen. Im Verlauf ihrer Analysen haben die Autoren in etlichen Beispielen auf parteiisches, Fairness-Standards verletzendes Medienverhalten hingewiesen, insbesondere seitens der Wirtschaftspresse – ohne auf die Hintergründe dessen systematisch einzugehen. Die Gründe für diese ihre Beschränkung sind naheliegend: Die Autoren verstehen sich als Wissenschaftshistoriker und folgen in ihrer Arbeit einem dementsprechenden Ethos. Das bedeutet Zweierlei:

Zu den Archiven der Medien haben die methodisch als Wissenschaftshistoriker, auf Grundlage schriftlicher Akten, arbeitenden Experten keinen Zugang, da gilt in den USA kein ‚Freedom of Information Act‘. Und den direkten Zugang, qua Interviews, haben sie nicht gesucht, den haben sie nur zu Wissenschaftlern aufgenommen – sie sind eben *Wissenschaftshistoriker*. Zusammen: Sie folgen dem Ethos ihrer Zunft, dem des Expertentums.

Vor diesem Hintergrund, ohne weitere Analyse, bei den Medien Hoffnung auf den entscheidenden Hebel für eine Veränderung der Situation absurder Medien-Debatten zu verorten, um den Leugnern Einhalt gebieten zu können, ist schon methodisch so blauäugig, dass man sich als Leser die Augen reibt. Sicher ist: So werden wir in Deutschland nicht zu einer Weise der Thematisierung des Klimathemas kommen, welche etwa den (Qualitätssicherungs-)Maximen des Presserates entspricht.

Beim Reiben und beim Blick auf Deutschland fällt noch mehr auf: Deutschland ist beim wissenschaftlich-institutionellen Umgang mit dem organisierten Klimaskeptizismus ein weißer Fleck auf der Landkarte. Eine entsprechende Untersuchung wie die von Oreskes und Conway für die USA gibt es in Deutsch-

land nicht; und sie ist auch nicht in Aussicht, so wie die Wissenschaft hier aufgestellt ist. Auch ist schwer denkbar, dass in Deutschland die Wissenschaft

- (a) nach dem Vorbild der Londoner Royal Society, tätig wird und Unternehmen hinsichtlich ihrer PR-Strategien in die Schranken weist; oder
- (b) etwa bei der Medienaufsicht (Presserat) vorstellig wird; oder
- (c) für eine Untersuchung zu den bekannten klimaskeptischen Aktivitäten der Automobilindustrie sorgt, nicht zu reden zu den aus öffentlichen Mitteln finanzierten Aktivitäten des Kohlebergbaus und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), einer weisungsgebundenen Behörde des Bundesministeriums für Wirtschaft.

Die Wissenschaftsorganisationen in Deutschland stecken erhebliche Mittel in ‚public understanding of science‘. Sie stecken aber Null Mittel in die Korrektur von Fehlvorstellungen zur klimawissenschaftlichen Diagnose, die in den Medien flottieren. Das überlässt das Wissenschaftssystem Einzelnen in ihren Reihen. Das erscheint nicht gerechtfertigt. In einer Demokratie gibt es keine vornehmere Aufgabe der Wissenschaften als die, dem Souverän, dem zu dienen sie verpflichtet sind, zu vermitteln, dass seine Lebensgrundlage gefährdet ist. Und das auch gegen die Medien mit ihren schwach ausgestatteten Qualitätssicherungssystemen.

Anmerkungen

¹ “All nations have responsibility to ‘ensure that activities within their jurisdiction or control do not cause damage to the environment of other states or of areas beyond the limits of national jurisdiction.’”(p. 73)

Northemann, Wolfgang: „... nur der blasse Schatten der Erinnerung“. Hg. von Hanns-Fred Rathenow/Barbara Mansfield. Herbolzheim: Centaurus 2010. 170 S. 19,50 Euro. ISBN: 978-3-86226-009-6

Die Erinnerungen von Wolfgang Northemann (1927-2008), der in Berlin zunächst an der Pädagogischen Hochschule (1963-1980) und nach deren Auflösung bis zu seiner Emeritierung 1993 an der Technischen Universität als Hochschullehrer im Bereich einer weit verstandenen politischen Bildung tätig war, sind eine spannende und kurzweilige Lektüre. Sie zeigt die Verwobenheit von Lebensumständen und wissenschaftlichem Engagement. Obwohl sog. „Halbjuden“, wird der 17jährige 1945 noch zum „Volkssturm“ eingezogen und überlebt den Holocaust nur durch eine Reihe glücklicher Zufälle. Nach einer Tätigkeit als Schulhelfer und Hilfslehrer war Northemann einer der ersten Studierenden an der neugegründeten Freien Universität Berlin (Germanistik, Politik). Von 1956 bis 1963 arbeitete er als Lehrer an einer Oberschule Praktischen Zweigs – für diese Versuchsform der Hauptschule hat sich Northemann auch später besonders eingesetzt, z.B. mit dem ganz aktuellen Konzept eines problemorientierten überfachlichen Unterrichts („Weltkunde“), das an die reformpädagogischen Entwürfe des Projekt- und des Gesamtunterrichts anknüpft. Er ist engagiert im Rahmen des sog. Didaktikums (Paul Heimann). Da die Aufzeichnungen leider mit der Berufung auf die Professur abbrechen, ist es unbedingt Aufgabe der Herausgeber, zu dieser Reformperiode eine weiterführende bildungshistorische Studie anzuregen.

Behrmann, Günter C.: Skepsis und Engagement. Arbeiten zur Bildungsgeschichte und Lehrerbildung. Hg. von Clemens Albrecht, Roswitha Lohwasser, Rosemarie Naumann. Beiträge zur Lehrerbildung 1. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam 2009. 221 S. ISBN: 978-3-940793-62-1

Im Rückblick auf 100 Jahre deutscher Geschichte müsse man einfach feststellen, dass deutsche Lehrer alles gelehrt haben, was sie lehren sollten. (S. 10) Dieser gedruckte Diskussionsbeitrag charakterisiert Günter Behrmann (Jg. 1941), den großen Skeptiker unter

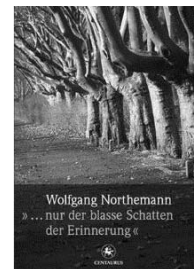
den Hochschullehrern der politischen Bildung (seit 1975: Vechta, 1993-2009 Potsdam), vielleicht am besten „in seiner Distanz gegenüber allem Eifer“ (S. 6). Diese verdienstvolle Edition wurde als „Festschrift“ zur Emeritierung erstellt. Sie versammelt sieben Studien zu Wissenschafts- und Bildungsgeschichte, politischer Erziehung und Bildung, Lehrerbildung und Bildungsreform, die bislang nur als schwer zugängliche Aufsätze, z.T. in teuren Sammelwerken, vorlagen. Einleitend ziehen die Herausgeber die Verbindung zwischen der Deutung einer historischen Lage und den Folgerungen, die Behrmann als „typisches Mitglied der skeptischen Generation“ (S. 6) – obwohl vom Jahrgang her „eigentlich“ ein 1968er! – aus dieser Deutung für die Lösung praktischer politisch-pädagogischer Probleme erschloss (S. 5-14). In den folgend wiederabgedruckten luziden wissenschaftsgeschichtlichen Studien prüft Behrmann u.a. die „Drei-Schulen-Lehre“ in den Bildungswissenschaften (Dimensionen des Politischen, wissenschaftstheoretische Ansätze); die Gründung der Politikwissenschaft nach 1945 im Ringen mit dem Anspruch einer Bildungswissenschaft; sowie den schließlichen Aufstieg der Sozialwissenschaften zu Bildungswissenschaften in den 1960er Jahren. Dabei spielen Fachzeitschriften wie die „Gegenwartskunde“ (heute: GWP) eine bedeutende Rolle. Eine Portraitskizze des Schlüsselfaches Staatsbürgerkunde in der DDR leitet über zur Reform der Lehrerbildung in den neuen Bundesländern (Potsdamer Modell der Lehrerbildung). Lebenslauf und Schriftenverzeichnis machen diese verdienstvolle Edition zu einer runden, anspruchsvollen und weitere Forschungen anregenden Lektüre.

Tilman Grammes

Dirk Lange und Gerhard Himmelmann (Hrsg.): Demokratie-Didaktik – Impulse für die politische Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010

Aristoteles hatte in der Nikomachischen Ethik schon Recht: Unterricht über Demokratie allein reicht nicht, sie muss auch praktisch erlebt werden können.

Das BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“ von 2002 und andere Programme haben eine große Fülle an Aktivi-



täten hervorgebracht. In dem Band von Lange und Himmelmann wird Bilanz gezogen. „Demokratiedidaktik“ heißt das Vorhaben.

Aus der Fülle der Beiträge können nur einige hervorgehoben werden: Werner J. Patzelt beschreibt die sozialmoralischen Grundlagen von Demokratie, aber er beschreibt sie so, als ob Demokratie problemlos gegeben sei. Dass unsere Demokratie sich in einer Krise befinden könnte (Stichwort: „Postdemokratie“ von Colin Crouch), wird noch nicht mal diskutiert. Von K.G. Fischer wäre da didaktisch einzuwenden, dass der Lehrer die Probleme im Blick halten muss, will er mit dem Schüler ins Gespräch kommen.¹

Die Hoffnung, man erweitere die Partizipationsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler und schon würde Demokratie besser verstanden werden, ist leider unbegründet, wie Sibylle Reinhardt in der Auswertung mehrerer Studien zeigt. Es kommt vielmehr darauf an, den Zusammenhang zwischen dem Nahraum der Jugendlichen, dem Fernraum der Politik und einem noch zu bestimmenden Zwischenraum zu erforschen, in dem die Heranwachsenden prägende Erfahrungen machen.

Tilman Grammes versucht den Streit zwischen Demokratiepädagogik und Politikdidaktik in einer näheren Analyse der Projektmethode zu überwinden. Der Politikunterricht betone die Kontroverse, aber nach der Kontroverse müsse entschieden werden, vom „legislativen Modus“ müsse in den „exekutiven Modus“ geschritten werden, auf die Deliberation müsse die kompetente Ausführung folgen können. Zum andern verlangt er, die Demokratiedidaktik möge eine eigene Werktradition schaffen, wie sie für die Lehrkunstdidaktik typisch ist. Dieses sei der nächste notwendige Professionalisierungsschub der Demokratiepädagogik. Andreas Petrik zeigt, wie Demokratie in einem Projekt im Klassenzimmer durch die genetische Inszenierung jener Brüche, die vom privaten Konflikt zu regel-förmiger politischer Konfliktverarbeitung führen, politisch errungen werden kann. Von Bernhard Ohlmeier gibt es ein Beispiel gelingender Einübung demokratischer Prin-

zipien mit der „Klassenkonferenz“, in der Schülerinnen und Schüler eigene Probleme nicht nur besprechen, sondern anschließend auch gemeinsam lösen. Nach Benedikt Sturzenhecker und Elisabeth Richter wird in der freien Jugendarbeit Demokratie erst und genau dann bildend erfahren, wenn die Partizipationsmöglichkeiten als Ansprüche und Gestaltungsmöglichkeiten formalisiert werden, damit die Kinder und Jugendlichen sich als Subjekte erfahren können. Diese Beiträge lassen jenen Zwischenbereich erkennen, den Sibylle Reinhardt näher bestimmt sehen möchte.

Hans Peter Bartels (MdB) möchte durch die Gründung eines „Instituts für die Didaktik der Demokratie“ der Demokratieerziehung eine institutionelle Grundlage geben.

Andreas Klee zeigt, dass die verschiedenen alltagsdidaktischen Prinzipien von Politiklehrern – Politik ist „abstrakt“; an Alltagserfahrungen muss angeknüpft werden; aber der Alltag entfremdet die Schüler vom Wesentlichen – zu einer in sich nicht schlüssigen Alltagspraxis führen, die nicht top-down mit universitärer Demokratiepädagogik überwunden werden könne, sondern nur durch eine gleichberechtigte Kooperation von Demokratiedidaktik und Schule.

Auf die Aufsätze über „Kompetenzen“ von Hermann Veith, Michael May und Ingo Juchler sei nur kurz hingewiesen. Volker Meierheinrich berichtet, was Schülerinnen und Schüler der 13. Klasse, die sozialwissenschaftliche Zusatzkurse absolviert haben, über Demokratie denken. Interessant die Beiträge von Henry Milner aus Kanada und Murry Print aus Australien über civic/citizenship education: Dort geht es um das demokratische Handwerkszeug, das der zukünftige Bürger beherrschen muss.

Anmerkung

- 1 Kurt Gerhard Fischer – Karl Herrmann – Hans Mahrenholz: Der politische Unterricht, 2. Auflage 1965, S. 34

Horst Leps

Heiner Adamski
Brahmsallee 10
20144 Hamburg
E-Mail: heineradamski@t-online.de

Dr. Thomas Demmelhuber
Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft
Bismarckstraße 8
D-91054 Erlangen
E-Mail: Thomas.Demmelhuber@pol-
wiss.phil.uni-erlangen.de

Sebastian Chr. Fückel
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Soziologie
Abteilung Sozialstrukturanalyse und soziale
Ungleichheit
Colonel Kleinmann-Weg 2
D 55099 Mainz
E-Mail: sfueckel@students.uni-mainz.de

Prof. Dr. Tilman Grammes
Universität Hamburg
Fachbereich Erziehungswissenschaft
Arbeitsbereich Didaktik
sozialwissenschaftlicher Fächer
Von-Melle-Park 8
20146 Hamburg
E-Mail: Tilman.Grammes@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Hermann Hartwich
Treudelbergkamp 12
22397 Hamburg
E-Mail: hartwich-hh@t-online.de

Thorsten Hippe
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Postfach 100131
33501 Bielefeld
E-Mail: thorsten.hippe@uni-bielefeld.de

Prof. Dr. Dr.h.c. Stefan Hradil
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Soziologie
Kleinmann-Weg 2
55099 Mainz
E-Mail: hradil@uni-mainz.de

Prof. Dr. Eckhard Jesse
Technische Universität Chemnitz
Institut für Politikwissenschaft
Professur für politische Systeme, politische
Institutionen

Straße der Nationen 62
09111 Chemnitz
E-Mail: eckhard.jesse@phil.tu-
chemnitz.de

Dr. Isabelle Kürschner
Referat für Arbeit und Soziales, Familien-,
Frauen- und Seniorenpolitik
Akademie für Politik und Zeitgeschehen
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33
80636 München
E-Mail: kuerschner@hss.de

Astrid Kufer
Schwabenbergstraße 175
70184 Stuttgart
E-Mail: isfakufe@sowi.uni-stuttgart.de

Dr. Horst Leps
Elersweg 17
22395 Hamburg
E-Mail: Lehrer@leps.de

Dr. Hans-Jochen Luhmann
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt,
Energie GmbH
Döppersberg 19
D-42103 Wuppertal
E-Mail: jochen.luhmann@wupperinst.org

Dr. Michael May
Hildebrandstr. 44
38112 Braunschweig
E-Mail: May.Michael@gmx.de

Prof. Dr. Oskar Niedermayer
Freie Universität Berlin
FB Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum
Innestr. 21
14195 Berlin
E-Mail: niederm@zedat-fu-berlin.de

Wolfram Ridder
Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft
Bismarckstraße 8
D-91054 Erlangen
E-Mail: Wolfram.Ridder@phil.stud.uni-
erlangen.de

Christian E. Rieck
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-
Institut für Regionale und Globale Studien

GIGA in Hamburg und Lehrbeauftragter an
der Humboldt-Universität zu Berlin.
Neuer Jungfernstieg 21
D-22354 Hamburg
E-Mail: rieck@giga-hamburg.de

Kerstin Roggenkamp
Diplomandin am Institut für Politikwissen-
schaft der Universität Erlangen-Nürnberg
Lange Zeile 6

90419 Nürnberg
E-Mail: kerstin.roggenkamp@gmx.de

Prof. Dr. Annette Spellerberg
TU-Kaiserslautern
FB A/RU/BI
Lehrgebiet Stadtsoziologie
Pfaffenbergstraße 95
67663 Kaiserslautern
E-Mail: spellerb@rhrk.uni-kl.de